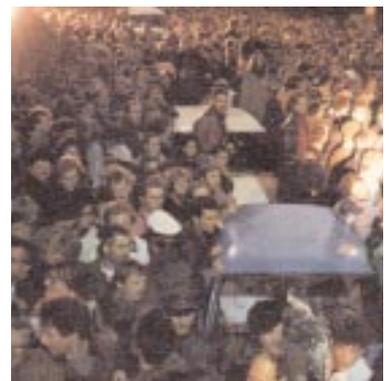
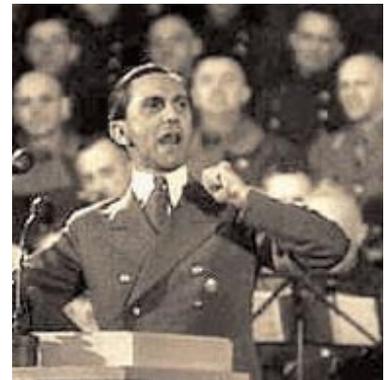


III. Bühne des Wandels

Zeitreise durch Licht und Schatten der Vergangenheit



1. Konstanten der Geschichte Berlins

Der Versuch, die Geschichte Berlins auf einen aussagekräftigen Nenner zu bringen, gerät zum Blick in ein schillerndes Kaleidoskop: Hauptstadt, Kulturstadt, Industriezentrum, Menschenwerkstatt, Metropole die „immerzu wird und niemals ist“ und viele andere lebendige, bunte Bilder mehr. Eine wirklich überzeugende Metapher aber, wie die der Hansestadt für Hamburg oder der Bankenmetropole für Frankfurt am Main, gibt es für Berlin nicht. Zu ungleichmäßig, zu wechselhaft waren die Sprünge, die Berlin in seiner 750-jährigen Geschichte zu erlebt hat. Auf einen einzigen, auf *den* charakterisierenden Begriff ist Berlin nicht zu bringen.

Das Dutzend Gemälde, Fotos, Ton- und Filmaufnahmen hingegen, das sich fast automatisch ins Bewusstsein drängt, wenn der Name Berlin fällt, ist rasch genannt:

- Friedrich der Große beim Flötenspiel
- die Zeichnung des von Bord gehenden Lotsen Bismarck
- Demonstranten, im November 1918 durch die Stadt ziehend mit dem Schild „Brüder! Nicht schießen“
- der am Abend des 30. Januar 1933 durch dem Brandenburger Tor marschierende Fackelzug und
- das brennende Reichstagsgebäude
- Goebbels' mit sich überschlagender Stimme geschriene Frage „Wollt ihr den totalen Krieg“ im Sportpalast und das „Sieg Heil“-Gebrüll einer fanatisierten Masse
- die Bilder vom zerstörten Berlin aus der Luft
- Rosinenbomber
- Demonstranten, die mit Steinen nach Panzern werfen
- den am 13. August 1961 über Stacheldraht Richtung Westen springenden Volkspolizisten
- Kennedy zwischen Adenauer und Brandt und sein emphatisches Bekenntnis: „Ish bin ein Beerliener“
- schließlich der Fall der Mauer, mit jenem die Verblüffung zusammenfassenden Ausspruch, der Ende 1989 in aller Munde war: „Wahnsinn!“

Berlin-Bilder 1
Friedrich der Große beim Flötenspiel

Gemälde von Adolf von Menzel, Das Flötenkonzert, Öl auf Leinwand, 142 x 205 cm, Berlin 1850–52. Nationalgalerie, Stiftung Preußischer Kulturbesitz.



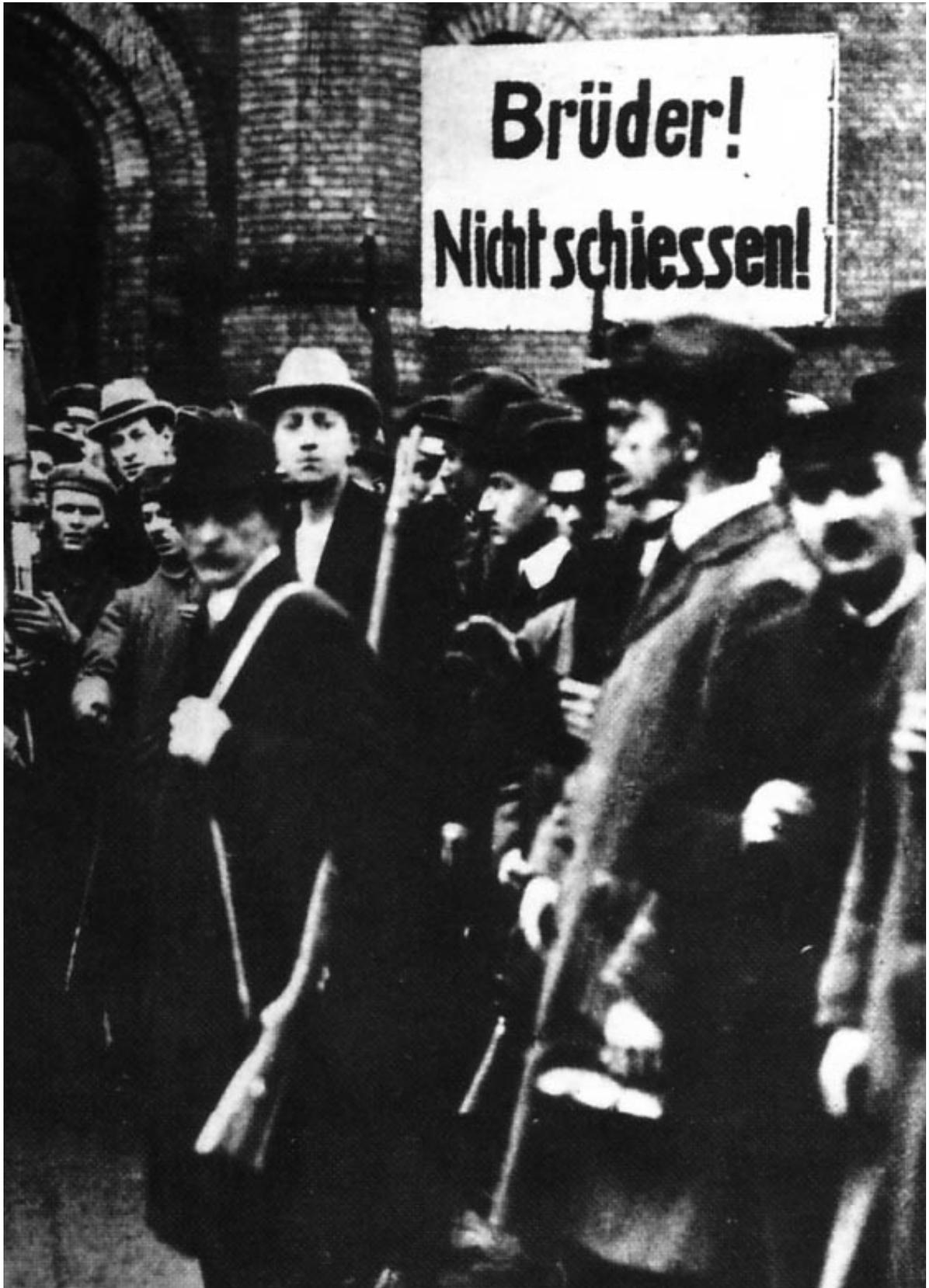
Berlin-Bilder 2 Der Lotse geht von Bord

1890 entlässt Kaiser Wilhelm II. den Reichskanzler Otto von Bismarck. Karikatur der englischen Zeitschrift "Punch" ..



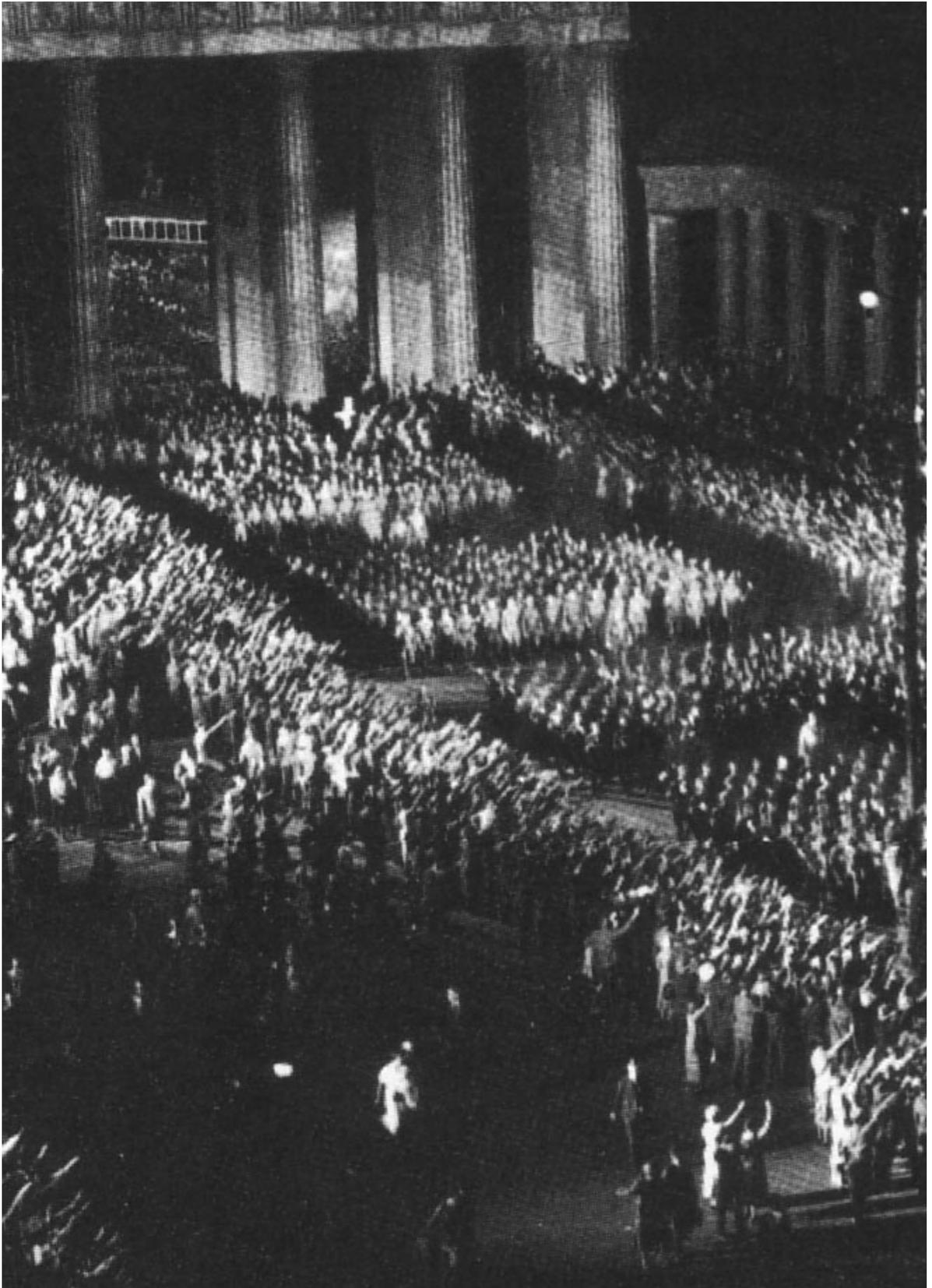
Berlin-Bilder 3
“Brüder! Nicht schießen!”

Während der Novemberrevolution 1918 kommt es zu lang anhaltenden Straßenkämpfen und einem blutigen Bürgerkrieg.



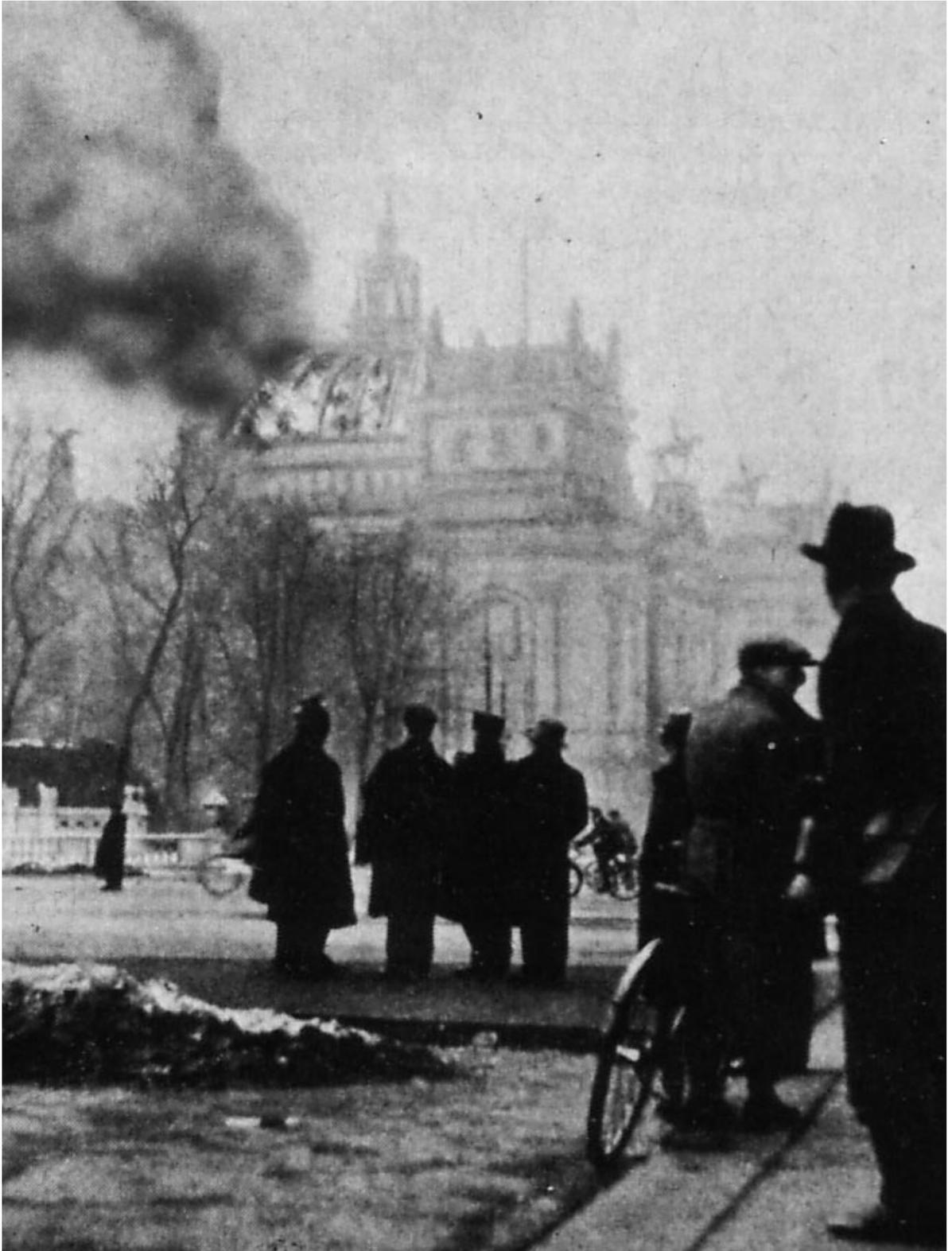
Berlin-Bilder 4
Fackelumzug durch das Brandenburger Tor

Am Abend des 30. Januar 1933 marschiert ein von den Nationalsozialisten organisierter Fackelumzug durch das Brandenburger Tor.



Berlin-Bilder 5 **Reichstagsbrand**

Am 27. Februar 1933 brannte das Reichstagsgebäude aus. Noch in der Nacht verhafteten die Nationalsozialisten Tausende von Kommunisten und Sozialdemokraten. Mit der am folgenden Tag erlassenen Notverordnung zum "Schutze von Volk und Staat" wurden die Grund- und Freiheitsrechte der Weimarer Republik beseitigt.



Berlin-Bilder 6
“Wollt ihr den totalen Krieg?”

Am 18. Februar 1943 hält Reichspropagandaminister Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast eine Rede. Er fordert eine Stärkung des “Kampfwillens von Front und Heimat”. In der im Hörfunk übertragenen Rede stellt er dem Publikum zehn Fragen, die es mit frenetischem Beifall und “Sieg heil”-Rufen beantwortet.

Später notiert Goebbels: “Diese Stunde der Ideotie! Hätte ich gesagt, sie sollen aus dem dritten Stock des Columbia-Hauses springen, sie hätten es auch getan.”



Berlin-Bilder 7 Trümmerstadt

Das zerstörte Berlin aus der Luft: Haus des Fremdenverkehrs, 1945.



Berlin-Bilder 8 Rosinenbomber

Am 20. Juni 1948 blockierten die Sowjets die Zugangswege zu den Westsektoren Berlins zu Lande und auf dem Wasser. General Lucius D. Clay reagierte mit einer unkonventionellen Maßnahme: Er setzte das Militär für zivile Zwecke ein und ließ fehlende Güter auf dem Luftweg nach Berlin transportieren. Jetzt brachten die Maschinen keine Splitter- und Brandbomben mehr, sondern CARE-Pakete, Mehl und andere Lebensmittel. So entstand das Wort Rosinenbomber. Fast ein Jahr, bis zum 12. Mai 1949, versorgten die Rosinenbomber West-Berlin.



Berlin-Bilder 9

Steine gegen Panzer

Die vom 9. bis 12. Juli 1952 von der zweiten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossene "planmäßig Aufbau des Sozialismus hatte dramatische Folgen für die DDR: Vorgesehen waren der Aufbau der Schwerindustrie, die Kollektivierung der Landwirtschaft, der Aufbau von Streitkräften und die Verschärfung des Klassenkampfes. Ein ehrgeiziges Ziel, das viele Opfer fordert.

Knapp ein Jahr später beschließt der SED-Ministerrat die Verschärfung des Kurses und erhöht am 28. Mai 1953 die Erhöhung der von den Arbeitern zu leistenden Normen um 10 Prozent. Das führt zu enormen Unruhen und obwohl die Erhöhung der Normen am 9. Juni auf sowjetische Weisung zurücknimmt, treten Ost-Berliner Bauarbeiter am 15. Juni in einen Streik. Am 16. Juni kommt es zu einer großen Demonstration. Die intensive Anteilnahme und Berichterstattung im Westen, insbesondere durch den Hörfunksender RIAS Berlin, führt dazu, dass die Vorgänge in der ganzen DDR bekannt werden.

Am Morgen des 17. Juni ruht fast in allen Ost-Berliner Betrieben die Arbeit. 12.000 Arbeiter brechen in Henningsdorf zu einem Marsch nach Berlin auf. Ein zweiter Protestmarsch formiert sich am Strausberger Platz. Um 10 Uhr kommt der öffentliche Nahverkehr zum Erliegen, Parteilokale der SED und Zeitungskioske gehen in Flammen auf. Eine Stunde später holen Demonstranten die rote Flagge vom Brandenburger Tor; zur gleichen Zeit werden sowjetische Truppen in Marsch gesetzt. Um die Mittagszeit lösen Panzer eine Kundgebung auf dem Marx-Engels-Platz auf, Schüsse fallen, um 13 Uhr verhängt der sowjetische Stadtkommandant General Pawel T. Dibowra den Ausnahmezustand über Ost-Berlin. Gegen 19 Uhr ist der Aufstand niedergeschlagen. Es gab mehrere Tote und eine Reihe von Verhaftungen und standrechtlichen Erschießungen. In den nächsten Tagen kehrt langsam Ruhe ein, am 11. Juli 1953 wird der Ausnahmezustand wieder aufgehoben.



Berlin-Bilder 10

Die Mauer

Kurz nach Mitternacht, um 1 Uhr 11 Minuten, beginnt die Absperrung der Sektorengrenze. Stacheldrahtverhaue werden errichtet, 69 der 81 Übergangsstellen geschlossen. In den folgenden Stunden reißen Ost-Berliner Arbeiter Straßen entlang der Sektorengrenze auf und blockieren sie durch Betonpfähle und spanische Reiter.

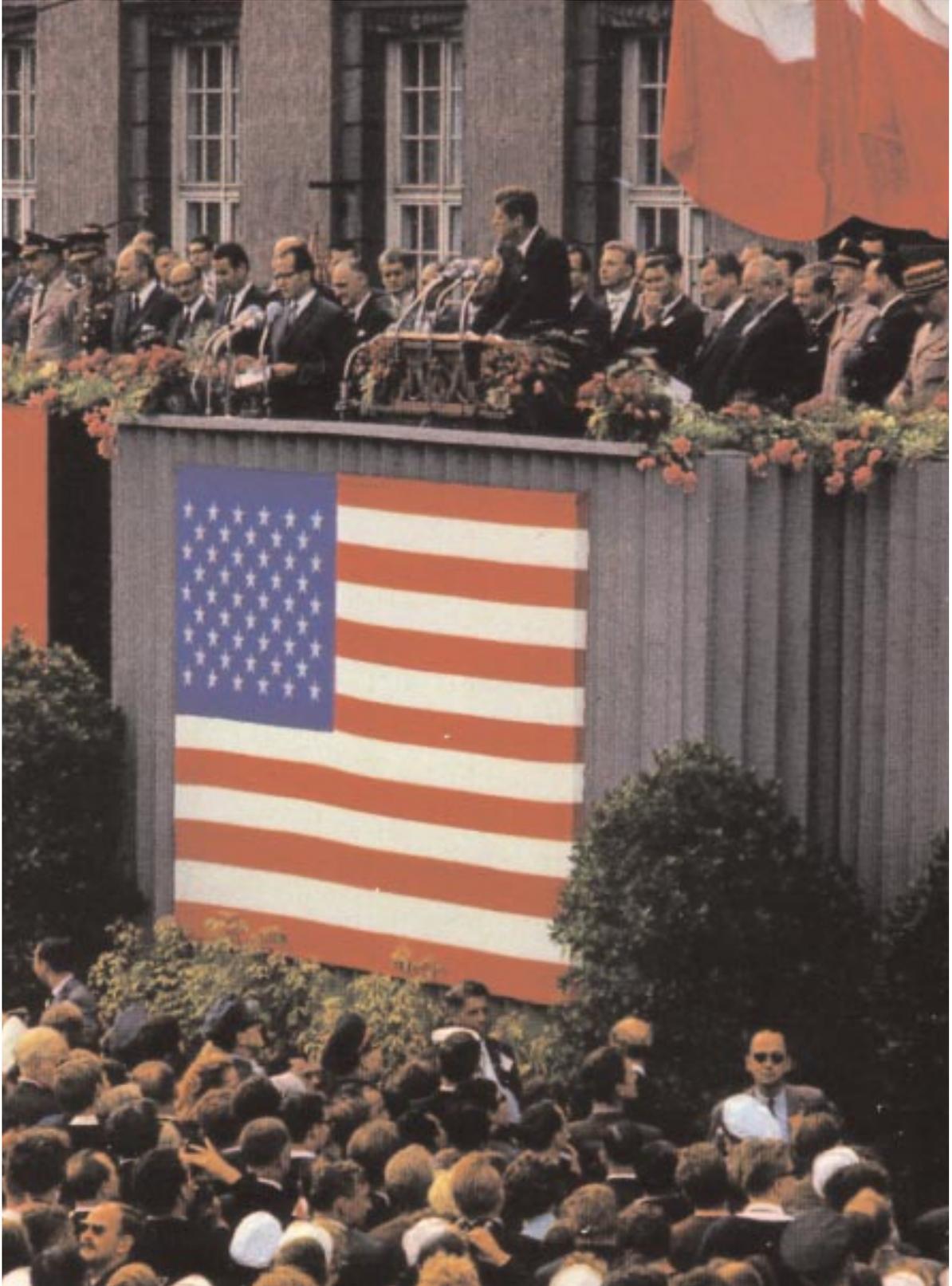
In West-Berlin treffen erste Meldungen von den Absperrungen um 2 Uhr ein. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt bricht sofort eine Wahlkampfreise ab und kehrt nach Berlin zurück.

Die Aufnahme des aus dem Ostsektor in letzter Minute in den Westen Flüchtenden zählt zu den berühmtesten Aufnahmen aus jenen Tagen.



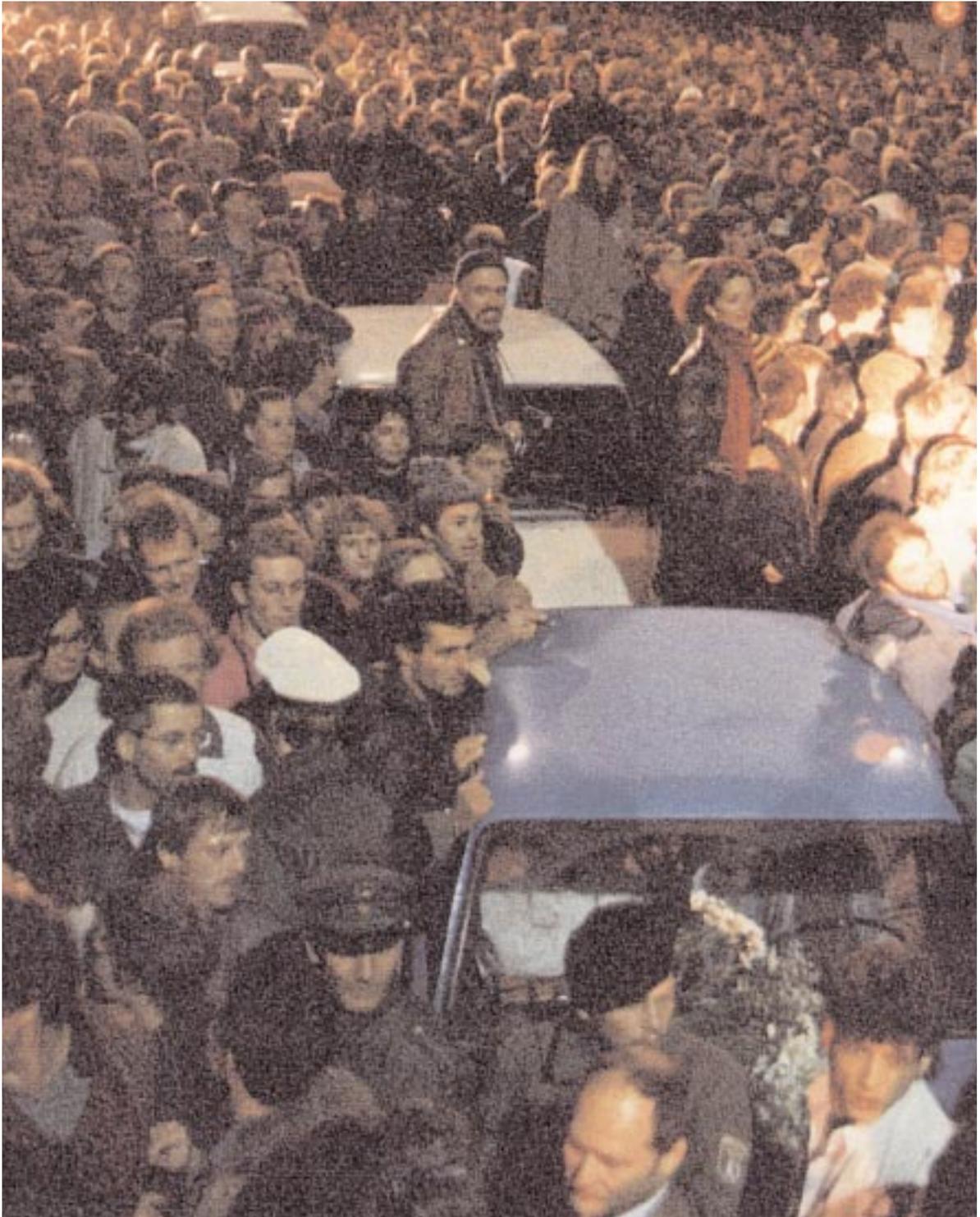
Berlin-Bilder 11
“Ish bin ein Bearleener”:

“Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger dieser Stadt West-berlin, und deshalb bin ich als freier Mann stolz darauf, zu sagen: Ich bin ein Berliner.” Der amerikanische Präsident John F. Kennedy am 26. Juni 1963 auf dem Balkon des Rathauses Schöneberg.



Berlin-Bilder 12 **“Wahnsinn!”**

Nach einer wirren Pressekonferenz, in der Günter Schbowski am Ende kurz eine Meldung über neue Reisemöglichkeiten verlas, gingen versammelten sich Zehntausende an den Grenzübergangsstellen. Die verblüfften Grenzposten hatten keine Weisung und schließlich hoben sich in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 die Schlagbäume und die Stadt erlebte im eiskalten November ein rauschendes Fest der Begegnung – eine friedliche Revolution.



All diese Ereignisse, und die Liste ließe sich ohne Schwierigkeiten verdoppeln, haben sich in Berlin abgespielt – aber sind sie Berliner Geschichte? Die rhetorische Frage verdeutlicht das Problem. Denn zweifellos sind alle Vorgänge auch Berliner Geschichte, aber zugleich sind sie mehr. Sie sind preußische Geschichte. Sie sind deutsche Geschichte. Sie sind europäische Geschichte. Im Fall des von Hitler-Deutschland angezettelten Krieges und des Ost-West-Konflikts umspannen ihre Folgen zwei Generationen und reichen weit über Europa hinaus.

Der Versuch, aus diesem Gemenge eine Stadtgeschichte herauszudestillieren, ist ein sinnloses Unterfangen. Vom Kopf auf die Füße gestellt, wird jedoch die erste entscheidende Konstante der Berliner Vergangenheit sichtbar: Berliner Geschichte war nie nur Berliner Geschichte. Seit der Stadt mit ihrer Erhebung zur Residenz eine politische Rolle zuwuchs, ist sie immer mehr als ein regionales Zentrum, ohne sich dabei, wie Paris oder London, dauerhaft als dominierender Mittelpunkt des Landes zu etablieren.

Das verweist auf die nächste Konstante. Als Ort nationaler und internationaler Politik war Berlin zwar immer wieder von Bedeutung, worin aber diese „Bedeutung“ genau besteht, lässt sich ebenfalls nicht auf einen Nenner bringen. Berlins Stellenwert war und ist abhängig von den jeweiligen ökonomischen, kulturellen und vor allem politischen Umständen, Prozessen und Rahmenbedingungen der Region und des ganzen Landes. Selten jedoch war die Rolle, in die Berlin immer wieder gezwungen wurde – und in der Lage war – hineinzuwachsen, über mehrere Generationen konstant. Die Suche nach einer dauerhaften Stellung, national wie international, prägt als zweite Konstante die Geschichte der Stadt.

Das Merkwürdige und schwer Fassbare an der einzigen deutschen Metropole ist ihre Fähigkeit, sich – wie ein Chamäleon – den jeweiligen Umständen anzupassen. Die Beschreibung der aktuellen Farbe, um im Bild zu bleiben, bringt allerdings neue Schwierigkeiten. Die Rolle, die Berlin in den verschiedenen Epochen gespielt hat, war ebenso zerrissen wie die jeweilige Zeit selbst. Mal war die Stadt eher unbeteiligter Schauplatz, wie bei der Reichsgründung, und hatte in den Jahrzehnten danach die Folgen eines Ereignisses zu bewältigen, mal erwiesen sich die politischen Führer Berlins oder nicht selten die Bevölkerung selbst als fähig zu entschlossenem Handeln, trotz scheinbarer Ohnmacht, etwa während der Blockade 1948/49.

Jene Suche nach einem eigenen, haltbaren Selbstverständnis kennzeichnen, wie die gesamte deutsche Geschichte, immer wieder grundlegende Kontroversen. Auf der einen Seite entwickelte sich Berlin fast immer zu einem, manchmal dem Ort, der die jeweils herrschende Ordnung repräsentierte. Auf der anderen Seite war die

Stadt stets Hochburg opponierender Kräfte, die reagierend auf die jeweiligen Umstände nach Reform strebten oder nach Restauration, nach Mitbestimmung oder gar nach Umsturz. Auch wenn die offizielle Politik versuchte, der Stadt den prägenden Stempel aufzudrücken, gänzlich und auf Dauer gelang dies nie. Berlin war stets beides:

- der Ort, an dem die Monarchie ihre Pracht entfaltete *und* die Stadt, in der die Sozialdemokratie trotz Bismarck'scher Unterdrückung ihre größten Erfolge errang
- quirliger, zerrissener Mittelpunkt der Weimarer Republik *und* Ziel der sie bekämpfenden Extreme
- Zentrale des Terrors *und* Ort des Versuchs, das Land von den Mördern zu befreien
- Hauptstadt der DDR *und* Frontstadt der (alten) Bundesrepublik
- Ziel der friedlichen Revolution *und* der entscheidende Ort, an dem sie durchgesetzt wurde

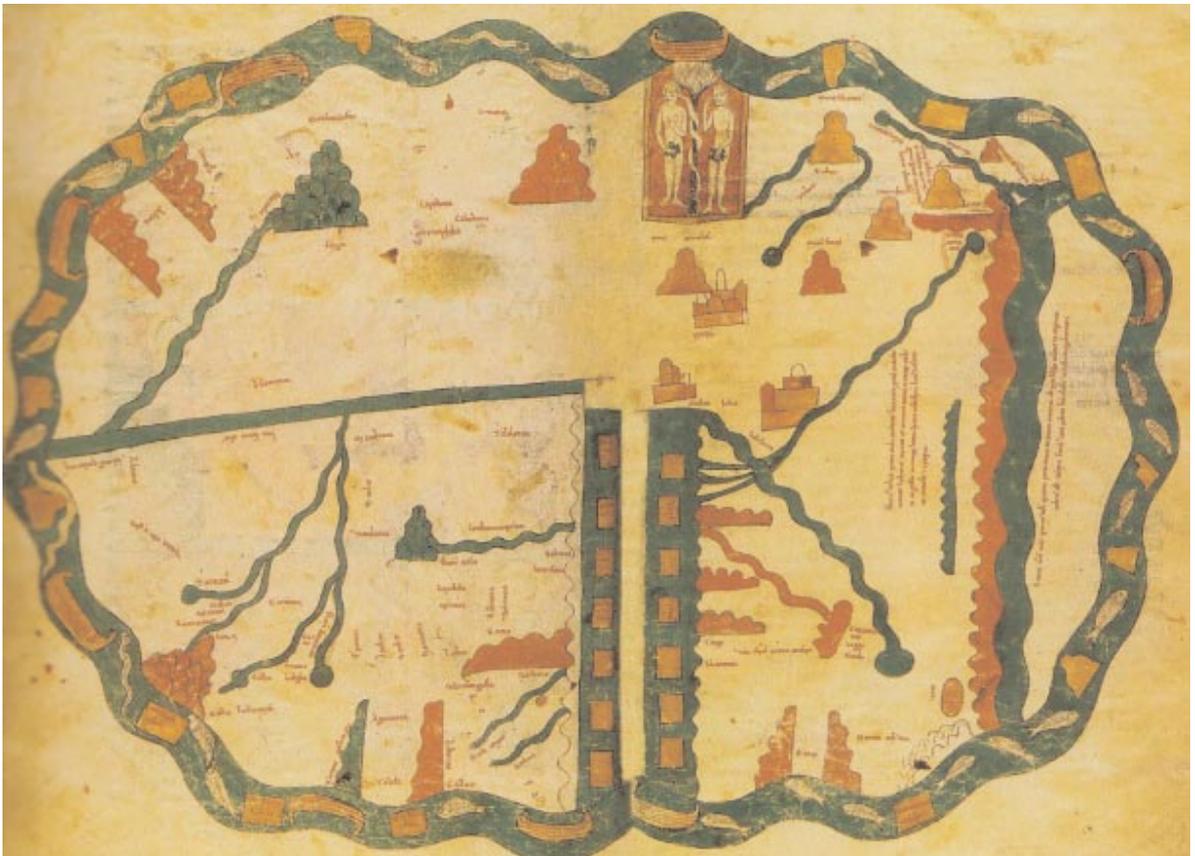
Immer gab es mehrere Berlin in derselben Stadt – das ist die dritte Konstante der Geschichte Berlins.

Nationale, manchmal internationale Bedeutung, ein vielfältiger Rollenwandel und die Fähigkeit, der offiziellen Politik ebenso Raum zu bieten wie der Opposition: Dies sind die drei wichtigsten Konstanten in der an Prüfungen und Krisen, aber auch an Glanzpunkten wahrlich nicht armen Berliner Vergangenheit. So gesehen gibt es die Geschichte der Stadt gar nicht, sondern Berlin hat viele Geschichten.³²¹ Sie lassen sich ablesen an den Nachlässen der verschiedenen politischen Systeme und mit der Wahl zur Hauptstadt des vereinigten Deutschland bestimmen sie auch die Zukunft der Stadt.



Die Welt

Die um das Ende des ersten Milleniums entstandene Weltkarte zeigt die rechte Ordnung: Das Paradis thront über dem Rest der Welt: Jerusalem, das Mittelmeer, der Nil, Indien, Afrika, Konstantinopel und Rom.



2. Alte und neue Welten

Das erste Jahrtausend ist zu Ende. Noch ist die Erde flach. Mongolisches Reich und Byzanz heißen die Supermächte der Stunde. In Russland erreicht das Kiewer Reich seine größte Ausdehnung. Fünf Dynastien teilen sich China. In Südamerika steht die Kultur der Maya und Inka vor ihrem kometenhaften Aufstieg. Die Entdeckung Nordamerikas durch die Wikinger bleibt einstweilen Episode.³²²

Und das Abendland? Wie immer ist Europa auf der Suche nach sich selbst. Rom ist nur noch ein versunkener Spiegel. Cäsars Macht hat viele Erben. Einer ist das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“, ein Riesenreich, das von Sizilien bis an die Nordsee reicht. Doch die Macht steht nur auf dem Pergament. Der Kontinent ist auf der Suche nach Orientierung, nach neuer Ordnung: vielleicht im Heiligen Land. Viele Anläufe, viele Hoffnungen. Eine trägt den Namen Barbarossa. Aber der Herrscher stirbt auf einem Kreuzzug, ertrinkt 1190 beim Baden.³²³

Wieder ein Vakuum, wieder Streit um die Macht. Vorerst gewinnt die Kurie. Unter Papst Innozenz III. erreicht die Kirche den Höhepunkt ihrer geistigen und weltlichen Herrschaft. Sie formuliert die maßgeblichen Ideen für Europa, bestimmt Strukturen der Gesellschaft und den Alltag der Menschen.³²⁴

Der Papst sucht sich seinen König: Friedrich II., der Staufer. Wieder eine Hoffnung. Der Papst erreicht, dass die deutschen Fürsten den Staufer anerkennen. Der will das Reich neu ordnen, auf seine Weise. Friedrich ist ein mediterraner Mensch. Er spricht fließend griechisch, lateinisch, arabisch, französisch, italienisch und hebräisch. Deutsch ist ihm kaum geläufig. Sein Traum heißt Sizilien. Die Insel soll das Kernland des neuen Reiches werden – ein auf dem Reißbrett entworfener, rational durchorganisierter Staat. Für seine so grandiose wie unzeitgemäße Vision braucht Friedrich freie Hand, Sicherheit – keine Krisen, vor allem nicht nördlich der Alpen. Doch wer garantiert Ruhe in dem Gebiet, das lange noch nicht Deutschland ist?³²⁵

Die Fürsten. Im Machtkampf gibt Friedrich ihnen 1231/32, was sie wollen: mehr Selbständigkeit, mehr Macht, mehr Rechte. Jetzt dürfen sie Städte gründen, ohne den Kaiser zu fragen. Für Jahrhunderte wird Deutschland ein ständig sich verändernder „Flickenteppich“: eine neue Struktur, eine Fülle neuer Möglichkeiten, eine Bühne des Wandels.³²⁶

In dieser historischen Sekunde entstand die Stadt Berlin.



3. **Die Selbständigkeit und ihr Verlust: von der selbstbewussten Handelsstadt zur Basis landesherrlicher Macht**

Der Handstreich: Berlins Gründung als politischer Coup

Die Gründung Berlins ist ein politischer Handstreich.³²⁷ Berlin und die Schwesterstadt Cölln entstehen ziemlich genau um das Jahr 1200. Von vornherein war die Doppelstadt als kaufmännisch-gewerbliche Marktsiedlung angelegt, „die dem im Raum zwischen Elbe und Oder von Westen (Magdeburg-Brandenburg) nach Osten (Lebus-Posen) und von Süden (Erfurt-Halle) nach Nordosten (Stettin) ziehenden Fernhandel dienen sollte“.³²⁸ Das war ein riskanter, um nicht zu sagen waghalsiger Plan, denn keine der zu dieser Zeit bestehenden Handelsstraßen lief auf diesen am „Pass von Berlin“ gelegenen Ort zu. Potsdam, Spandau, Köpenick und Lebus hießen die bestehenden Städte der Region, die die Handelswege miteinander verbanden. Die Gründung Berlins war eine Kampfansage an diese Struktur, denn sie zielte auf Verlegung der Straßen, provozierte Wettbewerb und Konkurrenz zu den bestehenden Städten.

Wer riskierte solche Konflikte? In dieser Frage bündeln mehrere Entwicklungslinien. Seit dem 10. Jahrhundert expandierte das ostfränkische Reich über die Elbe hinaus Richtung Osten und veränderte die Gestalt Mitteleuropas. Bis weit in das Gebiet der russischen Fürstentümer hinein kam es zu Stadtgründungen, christliche und slawische Einflüsse konkurrierten miteinander und durchdrangen einander. In der Spree-Havel-Region rivalisierten vier Gewalten um die Herrschaft zwischen Teltow und Barnim:

- Die aus der westlichen Mittelmark vordringenden Markgrafen von Brandenburg aus dem Geschlecht der Askanier zählten unter den Dynastien Ost- und Mitteldeutschlands zu den Mächtigsten. Auf dem Reichstag zu Quedlinburg war ihr Vertreter Albrecht der Bär von Kaiser Lothar III. mit der Nordmark belehnt worden. Der neue Herrscher verfügte über gute Kontakte, über Geld und Durchsetzungsvermögen. Vorläufiges Zentrum des neuen Gemeinwesens wurde die Stadt Brandenburg, die seit 1161 Bischofssitz war. Der Machtzuwachs brachte 1172 die formelle Anerkennung der Mark Brandenburg als Fürstentum.³²⁹
- Die von Südwesten Richtung Nordosten expandierenden Erzbischöfe von Magdeburg
- Die von Südosten, aus der Niederlausitz in die Region drängenden Markgrafen von Meißen

- Die von der Odermündung über die Uckermark Richtung Spree vordringenden Herzöge von Pommern

Alle vier Mächte zielten auf Errichtung einer landesherrlichen Gewalt, aber sie wählten in der Spree-Havel-Region unterschiedliche Orte als Plattform für die Verwirklichung ihrer Ansprüche: Die Markgrafen von Meißen und die Herzöge von Pommern konzentrierten sich auf Köpenick, die Erzbischöfe von Magdeburg auf Trebbin. In dieser Situation riskierten die Markgrafen von Brandenburg einen atemberaubenden Schachzug: In offenkundig bewusster Konkurrenz zum Spreeübergang Köpenick gründeten sie Berlin und Cölln. „Das gewiss hohe Risiko, das sie mit einer so exponierten Gründung eingingen, nahmen die Fürsten um des in Aussicht stehenden Gewinnens willen, der nachhaltigen Schädigung der Herren von Köpenick, in Kauf.“³³⁰

Die Kalkulation ging auf. Berlin und Cölln können sich in der umkämpften Grenzregion halten und etablieren sich als maßgeblicher Machtfaktor. Fünf Faktoren trugen maßgeblich zum Erfolg bei:

- Die Stadtgründung ist eingebettet in eine erfolgreiche Expansionsstrategie: Systematisch wird das Umland in ein System weiterer Orte eingebettet. Bis Mitte des 13. Jahrhunderts gelingt es den Markgrafen von Brandenburg, den gesamten Hohen Teltow, einschließlich der Burgorte Köpenick und Mittenwalde, ihrer Herrschaft zu unterstellen und den Machtkampf für sich zu entscheiden.
- Ein ab 1210 realisiertes umfassendes Siedlungsprogramm auf dem Teltow bettet die Stadtgründung ein und verschafft ihr eine ökonomische Basis.
- Stadtgründung, politische Expansion und das Siedlungsprogramm bewirken ein erstaunliches Wirtschaftswunder. Die Anlage von Dörfern in der Region geht einher mit umfassenden Rodungen der bewaldeten Hochflächen Teltow und Barnim. Die expandierende Stadtwirtschaft des nordwestlichen Kontinentaleuropa hat genau zu dieser Zeit einen enormen Bedarf an Holz. Der gewaltige Holzüberschuss der Berliner Region kann Gewinn bringend exportiert werden.
- Gleichzeitig entsteht mit der Besiedlung von Teltow und Barnim und dem erfolgreichen Getreideanbau ein neuer Markt. Von Beginn an kann sich die Region selbst ernähren und produziert einen Getreideüberschuss, der wiederum profitabel exportiert wird. Die Landesherrn haben also nicht nur das Gespür

für die richtige politische Strategie, sondern sie setzen auch auf die ökonomisch profitablen Wirtschaftszweige.

- Für Berlin und Cölln ist es ein Glücksfall, dass den politisch ambitionierten Markgrafen eine Kaufmannschaft zur Seite steht, „die nicht nur ein erhebliches Maß an Wagemut und Risikofreude besaß, sondern dazu auch über umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen und weit reichende Beziehungen verfügte“.³³¹ Das älteste Berliner Stadtsiegel bezeugt die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit landesherrschaftlicher Gewalt und genossenschaftlich organisierter Kaufmannschaft: Die Symbole landesfürstlicher Stadtherrschaft und städtisch-bürgerlicher Autonomie stehen nebeneinander.

Die Gründung Berlins ist das Ergebnis des ambitionierten Projektes einer groß angelegten Stadt-Land-Siedlung – für die Region ein historischer Umbruch. „Die alten Strukturen der slawischen Zeit mit ihren herrschaftlich gebundenen Burgstädten, deren Fernhandel sich nicht nur, aber doch vornehmlich auf Güter eines Luxusbedarfs beschränkte, mit ihrer lockeren agrarischen Siedlung, getragen von einem abhängigen, zu drückenden Lasten und Abgaben verpflichteten, in extensiven Produktionsformen wirtschaftenden Bauerntum, wurde nicht zerstört, sondern in tief eingreifender, revolutionierender Weise umgebildet. An die Stelle der alten Burgstädte trat die ‚moderne‘ kommunale Stadt westlicher Prägung.“³³²

In erster Linie Machtpolitik, flankiert von handels- und wirtschaftspolitischen Interessen waren die Beweggründe zur Errichtung der Siedlungen Berlin und Cölln, denen die brandenburgischen Markgrafen um 1230 die Stadtrechte verliehen.³³³ Der 28. Oktober 1237, das Ausstellungsdatum einer Urkunde, in der ein „Symeon plebanus de Colonia“ – Pfarrer von Cölln – als Zeuge genannt wird, gilt als offizielles, 1937 und 1987 zum 700. und 750. Jubiläum mit beträchtlichem Aufwand gefeiertes Gründungsdatum der Stadt.³³⁴

Obgleich die Städte Cölln und Berlin in unmittelbarer Nachbarschaft lagen, gab es nur wenige gemeinsame Einrichtungen, etwa die Befestigungen, das Bürgerrecht, die Kirchenorganisation, die Marktordnungen und die Rechtspflege. Die Verwaltungen selbst waren getrennt. In beiden Städten regierte das Patriziat, eine kleine Gruppe von Händlern und Großkaufleuten. An der Spitze der Verwaltung stand ein Schultheiß, der den Markgrafen vertrat und den Vorsitz im Stadtgericht hatte. Kaufleute mit kleineren und mittleren Umsätzen, Handwerksmeister und eine Reihe von Ackerbürgern stellten die mittleren Schichten. Ihre Stellung bestimmten die

Die Handelsstadt

Rekonstruktionsversuch der Mittelalterlichen Handelsstädte Berlin und Cölln.



Zünfte, die weit gehend das geschäftliche und private Leben regelten. Die unteren Schichten, Gesellen, Lehrlinge, Tagelöhner, Dienstpersonal und andere, hatten keinen politischen Einfluss.

Die günstige Entwicklung der Wirtschaft veränderte Ende des 13. Jahrhunderts die Sozialstruktur. Eine Reihe wohlhabend gewordener Zünfte forderten größere Selbstständigkeit für die Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten, verlangten Teilhabe an der Finanz- und Steuerpolitik sowie am Stadregiment. Das Patriziat war dazu jedoch nicht bereit. Es kam zu lang anhaltenden Auseinandersetzungen, in denen die Oberschicht ihre Stellung vorerst behauptete.

Das Machtvakuum: Berlin zwischen Abhängigkeit und Autonomie

Anfang des 14. Jahrhunderts überlagerten überregionale Konflikte diese Auseinandersetzung. Durch das Aussterben der Askanier entstand ein politisches Vakuum, dem über zwei Jahrzehnte dauernde Machtkämpfe um die Mark Brandenburg zwischen den Wittelsbachern und Luxemburgern folgten. Berlin versuchte seine politische und ökonomische Eigenständigkeit zu bewahren, geriet jedoch 1323 zwischen die Fronten und folgte den Wittelsbachern, die in erbittertem Konflikt mit Papst Johannes XXII. standen.

Anfang des 14. Jahrhunderts entbrannte der Streit um die Königswahl – Ausdruck der Krise der bisherigen Herrschaftsform im Reich.³³⁵ In Frankfurt am Main hatte sich 1314 das Fürstenkolleg gespalten und zwei Könige gewählt: den Wittelsbacher Ludwig der Bayer, der seinen achtjährigen Sohn Ludwig I. mit der Mark belehnte, und Friedrich den Schönen von Österreich. Obgleich es zwischen beiden Parteien 1322 zur entscheidenden Schlacht kam, bei der Ludwig der Bayer siegte, war der Konflikt nicht beendet. Papst Johannes XXII. bestritt weiterhin die Rechtmäßigkeit von Ludwigs Königtum und belegte ihn 1324 mit dem Bann. Damit spitzten sich die Konflikte zwischen der Stadt und den Anhängern des Papstes zu. Sie gipfelten 1325 in der Ermordung des Propstes von Bernau vor der Marienkirche. Der Papst verhängte daraufhin den Kirchenbann über die Doppelstadt. Der Verlust der kirchlichen Unterstützungen zog das Wirtschaftsleben so sehr in Mitleidenschaft, dass sich die Stadt seit 1335 bemühte, den Bann aufheben zu lassen, was nach hohen Bußzahlungen schließlich neun Jahre später gelang.

Die Krise im Reich und die Machtkämpfe zwischen den Fürsten führten zu einem Niedergang der landesherrlichen Gewalt. Berlin-Cölln konnten sich zwar nicht aus den Konflikten heraushalten, nutzte aber die Schwäche der Landesherren geschickt

und wahrte seine politische Unabhängigkeit, konnte seine ökonomische Kraft sogar noch ausbauen. Das entsprach dem allgemeinen Trend jener Zeit, in der das Gewicht der Städte wuchs. Bedroht wurde der Emanzipationsprozess der Städte durch eine andere Gruppe, die das Machtvakuum für sich nutzte – das expandierende Raubrittertum. Wie andere Städte versuchten Berlin und Cölln ihre Stellung außenpolitisch durch Städtebündnisse abzusichern, Mitte des 14. Jahrhunderts schlossen sie sich sogar für ein knappes Jahrhundert der Hanse an und traten dort als Sprecher der mittelmärkischen Städte auf.³³⁶

Der Aufstand: Berlins Kampf um seine Unabhängigkeit

Zu Beginn des 15. Jahrhunderts änderte sich die Situation. 1411 starb der Markgraf von Brandenburg, Jobst von Mähren, ohne eigene Nachkommen. Damit war die Ära des Herrschergeschlechts der Luxemburger, das den Askaniern und Wittelsbachern gefolgt war, in der Mark zu Ende. Das neue Herrschergeschlecht, die Hohenzollern, bemühte sich mit Macht um Konsolidierung seines neuen Einflussbereichs. Gegen diesen Ausbau der Macht durch den 1415 zum neuen Kurfürsten berufenen Landesherrn Friedrich I. rückten Berlin und Cölln enger zusammen. Am 28. Juni 1432 vollzogen beide Städte ihre Vereinigung und brachten damit einen über Jahrzehnte sich erstreckenden Prozess zum Abschluss. Der Zusammenschluss war allerdings umstritten, Streit brach aus zwischen Stadtgemeinde und Innungen auf der einen und Stadtrat und Ratsgeschlechtern auf der anderen Seite.

Kurfürst Friedrich II., als Vermittler angerufen, nutzte den Zwist. Er unterstützte die Innungen und die Stadtgemeinde, was im Februar 1442 den Sturz der patrizischen Stadtherrschaft besiegelte. Ferner hob der Landesherr die Union der beiden Städte wieder auf, zerschlug die Ratsverfassung und verbot die Teilnahme an Bündnissen. Zudem hatte der Kurfürst ein „frei Thor“ verlangt, was die Stadt jedoch ablehnte. Nun beschlagnahmte Friedrich den größten städtischen Güterkomplex mit den Dörfern Tempelhof, Rixdorf, Mariendorf und Marienfelde, den Berlin-Cölln erst 1435 vom Johanniterorden gekauft hatte. Im August 1442 zog der Landesherr mit einem Heer gegen Berlin und diktierte der Stadt einen Vertrag: Danach bekam sie die Güter zurück, unter Wahrung der landesherrlichen Rechte, aber der Fürst entzog Berlin die 1391 erworbene Gerichtsbarkeit, ebenso das Niederlage- und das Stapelrecht – allesamt fundamentale Eingriffe in die städtische Selbständigkeit und ihre ökonomische Basis.³³⁷

Berlin war kein Einzelfall. Im Februar 1443 hatte sich der Brandenburger Kurfürst in Wilsnack in der Prignitz mit König Christoph von Dänemark sowie den Herzögen von Pommern, Mecklenburg, Sachsen und Braunschweig getroffen. Alle hatten das gleiche Problem: Selbstbewusste Städte standen dem Ausbau ihrer Macht und der Konsolidierung ihrer Territorialstaaten entgegen. Den Städten ihrerseits war die drohende Gefahr klar und sie reagierten rasch. Am 16. Juli 1443 vereinbarten sie einen politischen Zusammenschluss, einen Abwehrbund gegen die Fürsten, dem auch Berlin unter bewusster Brechung des landesherrlichen Verbotes beitrug.³³⁸

Der Konflikt spitze sich zu. Der Kurfürst beharrte auf seiner Position und statuierte ein Exempel. Er forderte von Cölln einen Bauplatz für eine landesherrliche Residenz. An der nördlichen Stadtmauer bei der Langen Brücke ließ er ein Stück Stadtmauer abreißen und legte am 31. Juli 1443 eigenhändig den Grundstein für den „Zwing Cölln“.

Angesichts dieser Provokation verloren die innerstädtischen Konflikte ihre Bedeutung. Als der Kurfürst 1447 in andere Auseinandersetzungen verwickelt war, sahen die Berliner ihre Chance für einen Gegenschlag: Anfang 1448 setzten sie einen Vertreter des Landesherrn, den Hofrichter Balthasar Hake, gefangen und untersagten seinen Dienern das Betreten der Stadt. Aufgebrachte Bürger stürmten den Sitz der Landesherrn, das Hohe Haus³³⁹, und vernichteten ihnen lästige Urkunden. Dann zerstörten sie das zur Anlage des Schlossgrabens erbaute Stauwehr und setzten so einen Teil des Schlossbauplatzes unter Wasser. Die für den Bau des Schlosses in die Stadtmauer gerissene Lücke schlossen sie durch einen Plankenzaun. Der „Berliner Unwille“ – ein Aufstand, eine Revolte. Nirgendwo sonst in Deutschland riskierte eine Stadtbevölkerung so viel für ihre eigene Freiheit und Unabhängigkeit.

Angesichts der entschlossenen und einem allgemeinen Trend folgenden Haltung der Kurfürsten war die strategische Position der Stadt allerdings schwach. Zwar konnte sie 1447 den Städtebund mit den Hansestädten erneuern, aber schon 1442 waren weder die mittelmärkische Vereinigung der Städte noch die Hanse gegen die Verletzung der Berliner Autonomie militärisch eingeschritten – und sie taten es auch jetzt nicht.³⁴⁰ Immerhin erwiesen sich der Berliner Widerstand und der politische Rückhalt im Bündnis als so groß, dass auch der Landesherr keinen militärischen Schlag riskierte.

Es kam vorerst zu einem politischen Vergleich. Weder konnte der Kurfürst weitere Beschränkungen der mittelalterlichen Stadtfreiheit auferlegen noch die völlige Trennung von Berlin und Cölln durchsetzen. Dennoch war in dem scheinbaren Kompromiss die Niederlage der Doppelstadt angelegt. Sie musste das Schloss ak-

zeptieren, ebenso wie die Bestätigung der Ratswahl und die Bestellung des Stadtrichters durch den Landesherren sowie den Verlust der Gerichtsbarkeit und Einnahmen aus der Niederlage. Alles in allem ein politischer Erfolg des Kurfürsten mit Folgen: Mittelfristig schied Berlin-Cölln aus der Reihe der selbständigen Städte aus und das Fürstentum hatte einen ersten, für die weitere Entwicklung der Stadt wie für ganz Norddeutschland wegweisenden Sieg errungen – die Stellung der mittelalterlichen Stadt war gebrochen.

Rund 200 Jahre nach der urkundlichen Ersterwähnung stand die Stadt an einem neuen Abschnitt ihrer Entwicklung. Sie hatte einen für märkische Verhältnisse erstaunlichen Wirtschaftsaufschwung erlebt, sich als regionales Handelszentrum etabliert – mit Drang zu Höherem. Die Stadt schien ihre Rolle gefunden zu haben. Auf dieser wirtschaftlichen Basis und die landesherrlichen Konflikte nutzend, gelang es zudem, ein hohes Maß an Selbständigkeit zu erringen. Damit aber avancierte die Doppelstadt zum begehrlichen Ziel für die Landesherren, die sie als Bestandteil und gegebenenfalls Plattform zum Ausbau ihrer eigenen Herrschaft nutzen wollten. Trotz des mutigen und riskanten Berliner Unwillens, der mit einem auf Dauer wenig tragfähigen Kompromiss endete, konnte die Doppelstadt ihre Position gegen die kurfürstlichen Machtansprüche nicht durchsetzen. Die Konflikte innerhalb der Stadt trugen erheblich dazu bei, dass Berlin Mitte des 15. Jahrhunderts seine Rolle als selbständiges Regionalzentrum wieder verlor und stattdessen zum wichtigen Ausgangspunkt für die Entfaltung landesherrlicher Macht avancierte.³⁴¹



4. Preußische Kapitale: Berlin auf dem Weg von der kurfürstlichen Residenz zum Zentrum einer europäischen Großmacht

Die Residenz: Pendelpolitik zwischen Frieden und Krieg

Die Erhebung der Doppelstadt zur kurfürstlichen Residenz änderte die Situation Berlin-Cöllns grundlegend. Langfristig hatte dies zwei Folgen. Durch die Ansiedlung von Hof und Regierung, die sich bis ins erste Drittel des 16. Jahrhunderts hinzog, wuchs die Stadt schrittweise in die Rolle des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkts des brandenburgischen Territorialstaates hinein.³⁴² Hof und Verwaltung drückten von nun an dem städtischen Leben ihren Stempel auf. Gleichzeitig verlor die bisherige Oberschicht an Einfluss. Hofleute, Beamte und Geistliche verdrängten die bislang vorherrschenden Kaufleute, die sich ihrerseits an die neuen Verhältnisse anpassten. Obgleich nunmehr als Residenz politisch aufgewertet, entwickelte sich Berlin-Cöllns Wirtschaft verhalten. Andere Handelsplätze gewannen an Bedeutung, etwa Leipzig als Zentrum des Ost-West-Handels, und die Doppelstadt konnte auf Dauer ihre Stellung als Umschlagplatz für Fernhandelsgüter nicht halten.

In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts griff zudem die 1517 durch Martin Luther eingeleitete Religionsreform auf Berlin über. Damit geriet die Region in die Auseinandersetzungen zwischen Reformation und Gegenreformation. Luthers Thesen beschleunigten die Auflösung der mittelalterlichen Weltordnung mit ihrer Vorstellung einer einheitlichen Christenheit. Das Reich und sein oberster Repräsentant, Kaiser Karl V., waren durch die Kriege gegen Frankreich und die Abwehr der Türken zu geschwächt, um der Reformation wirkungsvoll entgegenzutreten. Der Schwäche des Reiches standen zudem die erstarkenden Landesfürsten gegenüber. Schließlich schlossen sich katholische und evangelische Stände zu sich einander bekriegenden Bündnissen zusammen, so dass sich mehrere Konfliktebenen überlagerten. Die Auseinandersetzungen eskalierten in einem blutigen Konfessionsstreit.

In Berlin verlief der Konflikt vergleichsweise friedlich. Dies ist vor allem dadurch begründet, dass sich der Wandel der religiösen Anschauungen, die Formen des Gottesdienstes und die Organisation der Kirche über einen längeren Zeitraum hinzogen. Das vorläufige Festhalten des Landesherrn am katholischen Glauben hatte außerdem handfeste politische Gründe. Für seine weit reichenden politischen Ziele benötigte der Kurfürst die Rückendeckung katholischer Mächte und des Kaiserhau-

ses und nahm entsprechend Rücksicht. Vor allem die größeren Städte wie Brandenburg, Frankfurt an der Oder und Berlin-Cölln forderten hingegen die Einführung des evangelischen Glaubens, von dem sie sich neues Gewicht und Einflussmöglichkeiten versprachen. Diese vielfältig verflochtene Interessenlage erklärt die Zurückhaltung des Landesfürsten. Zum formellen Übertritt vom Katholizismus zum Protestantismus kam es erst 1539. Die im Jahr darauf erlassene neue Kirchenordnung war ein diplomatisches Kunststück. Sie orientierte sich eher an Melanchthons als an Luthers Reformvorstellungen, enthielt sowohl evangelische wie katholische Elemente und es gelang dem Kurfürsten, die Ordnung sowohl in Wittenberg sowie am kaiserlichen Hof anerkennen zu lassen.³⁴³

Auf Reichsebene wurde der Konflikt erst 1555 beigelegt – und auch dann mit einem Kompromiss, der nicht von Dauer war. Im Augsburger Religionsfrieden beschlossen lutherische und katholische Fürsten und Reichsstädte, dass sie ihre Konfession künftig frei wählen können. Tatsächlich besiegelte der Kompromiss die konfessionelle Spaltung. Die folgende Friedensperiode ging schließlich zu Ende, weil sich „konfessionelle Bündnisse unter ehrgeizigen Führern gebildet hatten, die auf die Gelegenheit zum Losschlagen warteten“.³⁴⁴

1618 brach dieser über zwei Generationen schwelende Konflikt mit extremer Heftigkeit neu aus. Berlin-Cölln versuchte sich aus dem nun folgenden Krieg, der dreißig Jahre dauerte und weite Teile Mitteleuropas verheerte, herauszuhalten – ohne langfristigen Erfolg. Die Stadt geriet auch deshalb in den Strudel der Kämpfe, weil sich der ursprüngliche Glaubenskrieg zum europäischen Machtkampf auf deutschem Boden ausweitete. Die Mark Brandenburg wurde zum Auf- und Durchmarschgebiet der europäischen Heere. 1627 schlug der kaiserliche Heerführer Wallenstein in Bernau sein Hauptquartier auf, Berlin wurde vorübergehend besetzt. Die schwankende Politik des Kurfürsten, der versuchte, sich aus dem Krieg herauszuhalten und mehrfach die Seiten wechselte, sowie das zerrissene Gebiet des brandenburgischen Staates machten es auf Dauer unmöglich, Neutralität zu wahren. Immerhin gelang es durch die mehrfache Zahlung hoher Abgaben, die vollkommene Zerstörung Berlin-Cöllns zu verhindern.³⁴⁵

Als nach 30 Jahren Krieg 1648 in Münster und Osnabrück der Westfälische Friede geschlossen wurde, hatte sich die Bevölkerungszahl der Doppelstadt von etwa 9.000 im Jahr 1600 auf etwa 6.000 vermindert und etwa ein Drittel der ursprünglich rund 1.200 Häusern war verwüstet oder stand leer.

Der Aufschwung: ökonomische Modernisierung von oben

Der Westfälische Friede veränderte das Machtgefüge in Mitteleuropa. Die Fürsten erhielten die fast vollständige Souveränität, was der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nahe kam. Gleichzeitig war es den Fürsten gestattet, nunmehr auch Bündnisse mit dem Ausland zu schließen. Formal durften diese sich zwar nicht gegen Reich und Kaiser richten, da dieser jedoch kaum Macht besaß, war die Bestimmung wenig wirkungsvoll. Damit existierte für die Landesfürsten und somit auch für den Kurfürsten von Brandenburg eine entscheidende politische Voraussetzung zur Schaffung von Territorialstaaten.³⁴⁶

Vor diesem Hintergrund vollzog sich der Wiederaufbau, den Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, seit seinem Machtantritt 1640 betrieb. 1657 machte er Berlin und Cölln zur Garnisonsstadt, ein Jahr später begann unter Leitung von Johann Gregor Memhardt die sich über 25 Jahre hinziehende Befestigung der Stadt – auch das eine Konsequenz der Erfahrung des Krieges. Um den Frieden zu gewinnen, setzte der Kurfürst auf die Entwicklung der Wirtschaft. Eine systematische Gewerbepolitik, die Einführung neuer Verbrauchssteuern, die Streichung zahlreicher Befreiungen für Hof, Adel, Beamte und Soldaten, die Verbesserung der Infrastruktur und die Gründung von Manufakturen, kurzum: Eine tief greifende ökonomische Strukturreform erhöhte die Leistungskraft der Berliner Wirtschaft innerhalb von wenigen Jahrzehnten deutlich. Auch der parallel betriebene Ausbau der Infrastruktur steigerte die Wettbewerbsfähigkeit. Der Bau des Friedrich-Wilhelm-Kanals 1662–69 schuf beispielsweise eine Verbindung zwischen Spree und Oder und damit zwischen Ost- und Nordsee, wodurch sich Berlin zum Hauptumschlagplatz für schlesische Waren entwickeln konnte.

Eine neue Einwanderungspolitik war ein weiteres wichtiges Element des kurfürstlichen Aufbauprogramms. Als erster Schritt gelang ein Ausgleich zwischen den zerstrittenen Konfessionen. Mehrere Toleranzedikte untersagten das gegenseitige Schmähen, die noch im späten Mittelalter vertriebenen Juden wurden zurückgeholt und als Erste kamen 1671 rund 50 Juden aus Wien. Von enormeM Einfluss für die weitere Entwicklung der Stadt war das 1685 erlassene Edikt von Potsdam. Es bot den im katholischen Frankreich verfolgten Calvinisten, den Hugenotten, Aufnahme und Vergünstigungen an und etwa 5.000 bis 6.000 der über 15.000 Einwanderer ließen sich in Berlin nieder. Fast jeder fünfte Einwohner Berlins war um 1700 französischer Herkunft. Die Neu-Berliner belebten die Entwicklung in Wirtschaft, Verwaltung und Armee, in Kunst und Wissenschaft, in Sprache, Bildung und Mode und schließlich sollen sie über 40 Gewerbebezüge neu in der Region etabliert haben.

Bildungspolitische Impulse ergänzten die Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik. 1650 wurde das 1607 in Neustadt-Eberswalde eingerichtete und im Krieg verwüstete Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin auf Initiative des Kurfürsten als Schule für „junge Leute adeligen und bürgerlichen Standes“ neu eingerichtet.³⁴⁷ Gut ausgestattet entwickelte es sich rasch zur Eliteschule und galt bald als beste Lehranstalt des Landes. Eine weitere wegweisende Entscheidung war die Einrichtung der Königlichen Bibliothek. Die mit den Resten der märkischen Kloster- und Kirchenbibliothek zusammengelegte Privatbibliothek des Kurfürsten war ab 1663 im Apothekenflügel des Schlosses untergebracht und der gelehrten Öffentlichkeit zugänglich. Die etwa 21.000 Druck- und 1.800 Handschriften bildeten den Grundstock für eine Sammlung, die sich im 18. und 19. Jahrhundert zu einer der größten und angesehensten Bibliotheken Europas entwickelte.³⁴⁸

Im Zuge des Aufschwungs und des damit verbundenen Anstiegs der Bevölkerungszahl entstand westlich von Cölln eine neue Ansiedlung. Aus ihr ging die erste von drei Neustädten hervor, der um 1670 zur Stadt erhobene Friedrichswerder. Die ebenfalls neu errichtete Dorotheenstadt und die Friedrichstadt erhielten 1674 und 1688 die Stadtrechte.

Unter dem Strich brachte die Herrschaft des Großen Kurfürsten einen beachtlichen Aufschwung und Modernisierungsschub. Vom kriegszerstörten Provinzzentrum entwickelte sich Berlin zu einer der wichtigeren deutschen Städte mit wirtschaftlich wie finanziell solider Basis und einer modernen Wirtschafts- und Infrastruktur. Stadtpolitisch stärkte der Prozess die landesherrliche Macht und schwächte im Gegenzug den Einfluss der Kommune, die beispielsweise 1681 das Recht der Steuererhebung und damit einer der wichtigsten Gestaltungsmöglichkeiten an den Kurfürsten verlor.

Der Anspruch: Residenz einer ängstlichen Monarchie

Die Konsolidierung des Kurfürstentums fand 1701 ihren vorläufigen Abschluss. Kurfürst Friedrich III. ließ sich in Königsberg zum König Friedrich I. in Preußen krönen.³⁴⁹ Als königliche Residenzstadt und Zentrum des brandenburgisch-preußischen Staates zog die Stadt Menschen an. Lebten 1680 noch etwa 10.000 Menschen in Berlin, so waren es 1709 bereits 57.000 und 1731 über 75.000. Dieses Wachstum veränderte die Stadt grundlegender als alle Entwicklungen zuvor. Die stadtpolitisch wichtigste Antwort auf den Wandel war der Zusammenschluss von Berlin und Cölln mit den Vorstädten am 1. Januar 1710. Die alten Magistrate fürchteten um ihre Privilegien und wehrten sich gegen den Zusammenschluss.

Doch der König befahl die Vereinigung zur gemeinsamen Kommune unter dem Namen Berlin. Eine gemeinsame Zentralverwaltung löste die bisherige Verwaltung mit etwa 300 Bediensteten ab. Der neue Magistrat umfasste 19 Mitglieder, die der Kurfürst auf ein Jahr ernannte. Damit verschwanden die Reste mittelalterlicher Freiheiten der Kommune und Berlin unterstand nahezu vollständig der königlichen Autorität.³⁵⁰

Mit einigen Schwankungen und Akzentverschiebungen setzte sich diese Entwicklung bis ins letzte Viertel des 18. Jahrhunderts fort. Die wirtschaftlichen Folgen des Ausbaus der Residenz und ihre Schmückung mit einer Reihe von Prunkbauten unter Friedrich I. sowie das dadurch entstandene Defizit bekämpfte der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. zunächst mit einer rigiden Sparpolitik, die die Berliner Wirtschaft schwer belastete.³⁵¹ Fast 17.000 Einwohner, darunter etwa 8.000 Handwerker wanderten ab. Tragende Kraft des erneuten Aufschwungs war schließlich der Ausbau des Militärs. Die preußische Armee wuchs von 40.000 auf 83.000 Mann. Den sich daraus ergebenden Erfordernissen entsprechend wurde Berlin umgestaltet. Diese Bau- und Wirtschaftspolitik ließ die Einwohnerzahl auf 90.000 ansteigen und die Fläche der Stadt vergrößerte sich von 5,6 auf 13,2 Quadratkilometer.

Damit war binnen vier Dekaden ein Anspruch auf eine Rolle definiert worden, die weit über die Region hinausreichte. Das Königreich Brandenburg-Preußen war zu diesem Zeitpunkt sicherlich eine der schwächsten Monarchien in Europa. Doch mit der beharrlichen Aufbauarbeit waren Berlin und das in einem kuriosen Handstreich etablierte Königreich zu einem neuen Machtfaktor im Nordosten Europas geworden.

Der Kick-off: Residenz einer europäischen Großmacht

Die Stabilisierung unter dem Soldatenkönig bildete die Grundlage für die Politik Friedrichs II. Als charismatischer Monarch stand er im Zentrum des aufgeklärten Absolutismus preußischer Prägung.³⁵² Rund 2,24 Millionen Menschen lebten im zersplitterten Territorium von Brandenburg-Preußen, als er 1740 seine Herrschaft antrat. Nach der Einwohnerzahl stand das Land in Europa an 13., nach seiner Fläche an 10, militärisch allerdings an 4. Stelle. 46 Jahre später hinterließ Friedrich II. eine europäische Großmacht. Die Fläche Preußens hatte er durch Erbschaft und Krieg um 63,8 Prozent vergrößert, die Bevölkerungszahl lag bei 5,43 Millionen und die nunmehr schlagkräftigste Armee des Kontinents zählte 194.000 Mann.

Toleranz und Machtstreben

König Friedrich II. war der widersprüchlichste preußische König. Interessiert an Kunst und Philosophie lud er den französischen Philosophen Voltaire nach Berlin ein. Es kam zu fruchtbaren, aber oftmals kontroversen Disputen zwischen dem König und dem Philosophen, die 1753 zum Zerwürfnis führten. Eine andere Seite von Friedrichs Charakter zeigt ein ausgeprägtes Machtbewußtsein und einen großen Ehrgeiz, Preußen als Großmacht zu etablieren. Friedrich führt drei verlustreiche Kriege, die das Land fast an den Rand des Ruins trieben. Als er 1786 stirbt, ist Preußen eine Großmacht, aber das Land ist erschöpft und ausgemergelt.



Diese Entwicklung forderte ihren Preis. Der von 1756-63 dauernde Siebenjährige Krieg um Schlesien etwa, trieb Preußen und Berlin fast in den Ruin. Nach der Niederlage von Kunersdorf am 12. August 1759 stand Preußen am Abgrund. Im Oktober wurde Berlin sogar von 20.000 Russen und 15.000 Österreichern besetzt. Immerhin gelang es durch Geschenke von Gold und Juwelen und hohe Geldzahlungen, den russischen General Tottleben und seine Offiziere von der geplanten Zerstörung aller königlichen Manufakturen abzubringen. Am Ende des Krieges, Teil des französisch-englischen Kampfes um die Weltherrschaft und von Preußen nur gewonnen, weil England in Übersee gegen Frankreich triumphierte, war die Wirtschaft zerrüttet und das Land ausgepowert.

Die Herrschaft Friedrichs II. brachte auch andere Ergebnisse. Die Region und insbesondere Berlin erlebten zeitweise eine wirtschaftliche und kulturelle Blüte. Die umfangreiche Bautätigkeit veränderte das Stadtbild, Schlösser entstanden ebenso wie Kasernen, und zahlreiche drei- und vierstöckige Wohnbauten ersetzten die bisherigen ein- und zweistöckigen Häuser. Verbessert wurden das Manufakturwesen, der Handel, das Finanzwesen und es kam zu einer Reihe innenpolitischer Reformen in Justiz und Polizei. Allerdings hatte die Stadt selbst wenig Einfluss auf diese Entscheidungen. Das am 21. Februar 1747 eingeführte „Rathäusliche Reglement“ unterstellte den Magistrat dem vom König ernannten Stadtpräsidenten. Damit lagen die entscheidenden Kompetenzen bei den königlichen Beamten, in erster Linie die Wahrnehmung aller Polizeiaufgaben.

Zu den nachhaltigsten Entwicklungen jener Zeit zählt der Emanzipationsprozess in Kultur und Wissenschaft. Künstler und Gelehrte kamen nach Berlin. 1746 ernannte der Monarch den Mathematiker Pierre Louis Moreau de Maupertuis zum Präsidenten der 1700 gegründeten Akademie der Wissenschaften.³⁵³ Weitere Gelehrte kamen, etwa der Mathematiker Leonhard Euler, der Bevölkerungstheoretiker Johann Peter Süßmilch und der Arzt Julien Offray de La Mettrie – ein Qualitätssprung, der einer Neugründung der Akademie gleichkam. Von 1750–53 schließlich weilte der französische Philosoph Voltaire am Hof.³⁵⁴ Ein Kreis vor allem jüdischer Bürger um den Philosophen Moses Mendelssohn, den Dichter Gotthold Ephraim Lessing und den Verleger Friedrich Nicolai diskutierte die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Aufklärung. Berlin entwickelte sich zum Zentrum der deutschen Aufklärung und zu einem geistigen Impulsgeber von Rang.

Am Ende der Epoche gehörte Berlin als Hauptstadt des aufstrebenden Preußen – mit nunmehr 150.000 Einwohnern nach Wien die zweitgrößte Stadt im deutsch

sprachigen Raum – zum Kreis der europäischen Metropolen – wenn auch zur zweiten Garde.

In der Zeit vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zum Vorabend der Französischen Revolution entwickelte sich Brandenburg-Preußen vom vergleichsweise bedeutungslosen Herzogtum zur europäischen Großmacht.³⁵⁵ Lange Zeit Objekt im Kräftespiel der Politik, avancierte Preußen im 18. Jahrhundert zum handlungsfähigen und -willigen Subjekt europäischer Großmachtpolitik. Der Aufstieg Preußens zur neben Frankreich, England, Österreich und Russland fünften europäischen Großmacht veränderte das europäische Kräfteverhältnis grundlegend. Friedrichs II. Ambitionen und seine riskante Eroberungspolitik vergrößerte das Staatsgebiet um fast zwei Drittel und versetzte der Hülle des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation den Todesstoß. Zugleich schufen strenger Merkantilismus, aufgeklärter Absolutismus, Europas schlagkräftigste Armee, verbunden mit Macht- und Wohlfahrtspolitik sowie einigen liberalen Anklängen ein modernes, straffes, aber auch starres Staatsgebilde.

Die Hauptstadt Berlin spiegelte diese Entwicklung. Das Leben der Kommune, degradiert zum Handlanger des Hofes, war zugeschnitten auf seine Funktion als Residenz. Preußische Kapitale – über 500 Jahre nach der Ersterwähnung war das die neue Rolle der Stadt Berlin.



5. **Defensive Modernisierung: Berlin als Drehscheibe und Plattform von Revolution und Gegenrevolution**

Die Besatzung: Krise als Motor der Reform

Am Vorabend der Französischen Revolution befand sich der aufgeklärte Absolutismus preußischer Prägung in einer tiefen Krise. Friedrich II. hatte Preußen durch Kriege, günstige Umstände und viel Glück einen Großmachtstatus verschafft. Doch der Koloss stand auf tönernen Füßen. Das Königreich war unter Friedrich II. zum unbeweglichen Kastenstaat erstarrt. In der Gesellschaft, in der Architektur und Kultur, in der Wirtschaft hatten sich neue Ideen entwickelt, für die das Korsett des friederizianischen Staates kaum Entfaltungsmöglichkeiten bot. Zudem war die finanzielle Situation angespannt und die Wirtschaft steckte in einer Krise. Eine Rezession in der Textilindustrie erschütterte Preußens ökonomische Grundlage und stürzte große Bevölkerungskreise in bittere Armut. Die sozialen Spannungen wuchsen.

Doch nicht nur Preußen befand sich in einer Sackgasse. Auch in anderen Ländern und insbesondere in Frankreich hatten sich die Gesellschaften weiterentwickelt und differenziert. Der Absolutismus bot keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr. Am 14. Juli 1789 kollabierte das System und in Frankreich brach die Revolution aus.³⁵⁶

Die Nachfolger Friedrichs des Großen, die Könige Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III., profilierten sich als entschiedene Gegner von Aufklärung und Revolution. Während Preußen noch seinen Weg suchte, erreichten Berlin die in Folge der Französischen Revolution ausgebrochenen napoleonischen Kriege. Am 14. Oktober 1806 verlor die preußische Armee die Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt, der König floh nach Königsberg und knapp zwei Wochen später, am 27. Oktober 1806, zog Napoleon in Berlin ein.³⁵⁷

Die französische Besatzung veränderte das Leben in Berlin tief greifend: Rund 30.000 Mann musste die Stadt einquartieren und versorgen. Die Besatzer forderten Kontributionszahlungen in Höhe von 10 Millionen Franc. Außerdem beschlagnahmte die französische Armee zahlreiche Kunstschatze aus den königlichen Schlössern und Sammlungen, demontierte demonstrativ die Quadriga vom Brandenburger Tor und transportierte sie in Kisten verpackt nach Paris.³⁵⁸

Die Besatzung offenbarte die Tiefe der Krise Preußens. Als gefangene preußische Offiziere nach Berlin zurückkommen, empfangen Besatzer und Bevölkerung die Besiegten – zum Entsetzen patriotisch gesinnter Kreise – mit Kühle und Spott. Der

preußische Staat verfügt bei seinen eigenen Bürgern nur über wenig Rückhalt. Ist es ein Wunder, „wenn ... ein Volk, dem man bisher kein Recht gegönnt hatte, welches nur als eine Steuer zahlende Masse betrachtet, stets mit frechem Übermut behandelt worden war, keinen Patriotismus besaß“?³⁵⁹ Auch begegneten die Berliner ihren Besatzern nicht nur mit Skepsis und Ablehnung. Die Französische Revolution war nicht nur von vielen Intellektuellen, sondern auch von Teilen der Bevölkerung zum Teil enthusiastisch begrüßt worden. Viele erhofften sich auch in Deutschland politische Veränderungen – vielleicht würden sie jetzt mit den Repräsentanten der neuen Zeit, den Franzosen, kommen. Erst als die Belastungen der Besatzung das alltägliche Leben massiv beeinträchtigten, schlug der Versuch, sich zu arrangieren, in Opposition um.

Dennoch trogen die Hoffnungen nicht ganz. Ein Neuanfang formierte sich. Noch während der Besatzung wuchs in Berlin der Keim für eine vom Bürgertum getragene Stadtverwaltung und zugleich formulierte eine Gruppe von Reformern Konzepte für die grundlegende Erneuerung Preußens.

Für die Stadtverwaltung kam der Neubeginn als Besatzungsbefehl. Auf Anweisung Napoleons trat im November 1806 ein von 2.000 wohlhabenden Bürgern gewähltes, siebenköpfiges „Comité administratif“ für über zwei Jahre an die Spitze der Stadtregierung. Auch wenn dieses Komitee nur formell die Leitung der einzelnen Ressorts übernahm und die faktische Macht bei den Leitern aus der Verwaltung lag, so vollzog sich damit eine deutliche Abkehr von der alten Verwaltungsform und es etablierte sich eine neue Struktur. Die mit den Besatzern gekommene Idee der Repräsentation trug Früchte und begann den Ständestaat zu überlagern.³⁶⁰

Inzwischen nahmen die in den Kreisen der höheren Beamtschaft seit 1798 in zwei Kommissionen formulierten Pläne für eine Staatsreform Gestalt an. Sechs, sich zum Teil überschneidende Ziele standen im Mittelpunkt der Reformbestrebungen:

- die Überwindung der Kriegsfolgen,
- die Neuorganisation von Regierung und Verwaltung,
- die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger,
- die Neuregelung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen der Bürger untereinander,

- die möglichst rasche Rückführung Preußens in den Kreis der europäischen Großmächte und nicht nur die politische, sondern vor allem die wirtschaftliche Untermauerung dieser Position sowie
- die Erreichung dieser Ziele nicht durch eine Revolution, sondern durch eine Reform von oben.³⁶¹

Der Neuanfang: Staat der Intellektuellen

Preußen ging mit seinem umfangreichen und ambitionierten Reformpaket einen Weg, der prägend werden sollte für Deutschland. Diese umfangreichen Reformen sind nicht zu verstehen ohne die gesellschaftliche Aufbruchstimmung, die sich vor allem unter den Intellektuellen verbreitete und in die Gesellschaft abstrahlte. Themen, die bisher vor allem in kleinen Zirkeln diskutiert wurden, drangen nun in breitere Gesellschaftsschichten vor.³⁶² Intellektuelle, vor allem über kulturelle Themen geführte Debatten wie die „Ästhetisierung des Todes“, eng verknüpft mit dem frühen Tod der preußischen Königin Luise oder die „Journalisierung der Kunst“, verbunden mit einer Reihe von Zeitungsgründungen, etwa der „Berliner Abendblätter“, ferner eine Verbreiterung und Vertiefung des Wissens, bei der die Universität eine entscheidende Rolle spielte und schließlich, eine „Literarisierung der Gesellschaft“ schufen ein lebendiges, intellektuelles Klima des Aufbruchs, dessen Qualität und Kraft in Berlin nur noch mit den Jahren von etwa 1910 bis 1930 annähernd vergleichbar ist. Noch war dies vor allem eine Diskussion unter den geistigen Eliten der Stadt, doch ihre Abstrahlung in Richtung des preußischen Königshauses einerseits sowie in das sich bildende Bürgertum andererseits boten Reibungspunkte und einen Resonanzboden, der den Auseinandersetzungen Durchschlagskraft verlieh. Erst dieser Kontext macht verständlich, dass in der Ausnahmesituation der Krise Intellektuelle eine Chance zur Gestaltung erhielten.

Die Neuorganisation des Staates war eines der ersten in Angriff genommenen Reformfelder. Die Vorstellungen der beiden Hauptprotagonisten Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein und Karl August Fürst von Hardenberg gingen allerdings deutlich auseinander. Stein verfolgte ein Konzept der Wiederherstellung des Staates durch „Regeneration“, während Hardenberg auf „Reorganisation“ setzte.³⁶³ „Steins Wollen war von Anfang an auf eine echte Reform der Staatsverfassung gerichtet, während es Hardenberg lediglich um eine effektive Verwaltung ging.“³⁶⁴

Eine neue Administration nach französischem Vorbild mit den fünf Fachministerien Inneres, Justiz, Finanzen, Äußeres und Krieg ersetzte 1808 die bisherige Provinzial-

verwaltung. Steins Hoffnung auf eine Teilhabe des Bürgertums – wohlgerneht verstanden als wohlhabende Eigentümer – erfüllte sich am weitestgehenden in der am 19. November 1808 erlassenen neuen Städteordnung, dem Kernstück der Reform.³⁶⁵ Im Frühjahr 1809 trat sie in Berlin in Kraft und brachte den Grundgedanken der gesamten Reform am deutlichsten zum Ausdruck: Gemein- und Bürgersinn sollten die Politik beleben, das Bürgertum sich am politischen Leben beteiligen. Begrenzte politische Beteiligung – so lautete das Rezept zur Überwindung der Krise.

Auch wenn die Selbstverwaltung einstweilen noch begrenzt blieb, bedeutete ihre Einführung einen großen Schritt. Am 6. Juli 1809 erfolgte die feierliche Amtseinführung der neuen Stadtbehörde und die Vereidigung des Magistrats. Im Berlinischen Rathaus wurden die bisherigen Stadtbehörden verabschiedet, dann zog der festliche Zug unter Glockengeläut zur Nikolaikirche. Nach dem Gottesdienst und der Vereidigung zog der Zug zurück zum Rathaus, wo Berlins erster Oberbürgermeister Carl Friedrich Leopold von Gerlach die Leitung der Stadtgeschäfte übernahm.³⁶⁶

Der friderizianische Obrigkeits- und Polizeistaat war damit aber noch längst nicht überwunden. Dazu reichten die Reformen nicht weit genug. Immerhin begann der Neuanfang das alte Staatsverständnis Schritt für Schritt zu verdrängen, zumindest zu überlagern.

Die Neuregulierung des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger brachte gleichfalls widersprüchliche Ergebnisse. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählte die Entwicklung in Richtung rechtlicher Gleichstellung der Bürger, die aber längst noch nicht erreicht wurde. Hierzu zählte die Judenemanzipation. Vorreiter waren hier das Königreich Westfalen und das Großherzogtum Baden, die schon 1808 eine beschränkte rechtliche Gleichstellung der Juden festschrieben. Preußen folgte 1812.³⁶⁷

Die Finanzreform scheiterte weit gehend, nicht zuletzt wegen der hohen Besatzungslasten, während die Reform des Heeres durch Gerhard von Scharnhorst, August Graf Neidhardt von Gneisenau und Hermann von Boyen aus dem friderizianischen Söldnerheer ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht machte.³⁶⁸

Zur wegweisenden Blaupause der Erneuerung entwickelte sich die Bildungsreform. Als vielleicht erfolgreichstes und typischstes Beispiel des Engagements Intellektueller erwies sich die 1809/10 auf Betreiben Wilhelm von Humboldts gegründete „Universität zu Berlin“, ab 1828 Friedrich-Wilhelms-Universität. Erstmals verband

eine Universität Lehre und Forschung, setzte auf das Prinzip der Autonomie und akademische Selbstverwaltung sowie die Führungsposition der philosophischen Fakultät.³⁶⁹

Diese fortschrittliche Organisation ergänzte von Humboldt durch die Berufung bedeutender Professoren aus verschiedenen Ländern: Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel übernahm von Fichte den Lehrstuhl für Philosophie, der in den dreißiger Jahren zum Zentrum der philosophischen Forschung und Lehre in Deutschland avancierte. Der Rechtswissenschaftler Friedrich Karl von Savigny begründete das deutsche auf Freiheit und Gleichheit begründete bürgerliche Recht. Dem führenden Chemiker und Apotheker Martin Heinrich Klaproth gelang es als einzigem Forscher, gleich drei Elemente – Zerkon, Zirkon, Uran – zu entdecken. Eine Schlüsselgestalt der ersten Jahre der Berliner Universität war schließlich der Theologe und Rektor Friedrich Schleiermacher mit seinen berühmten Platon-Übersetzungen und seinen Abhandlungen über Religion. Binnen einer Generation entwickelte sich die Berliner Universität zu einer der impulsgebenden und einflussreichsten Bildungs- und Forschungsstätten des 19. Jahrhunderts.³⁷⁰

Die Reformen im dritten Sektor zielten im Wesentlichen auf eine Liberalisierung des Gewerbelebens, nicht zuletzt, um die Einnahmesituation des Staates zu verbessern. Die Neuformulierung des allgemeinen Landrechtes, die Agrarreformen³⁷¹ – vor allem die Abschaffung der Erbuntertänigkeit der Bauern schon im Jahr 1807 – und die rechtliche Befreiung von den ständischen Beschränkungen waren zentrale Elemente dieses Ansatzes.³⁷²

Hier waren die Unterschiede zwischen Stein und Hardenberg am deutlichsten. Stein dachte noch in den Bahnen des Merkantilismus. Er wollte das Zunftsystem in erster Linie durch staatliche Gewerbelenkung zurückdrängen, indem er Missstände beseitigte, um das System so mittelfristig zu überwinden – ein defensiver Ansatz. Der in diesem Punkt radikalere Hardenberg setzte auf weit gehende Gewerbefreiheit, was einer Abschaffung des Zunftwesens gleichkam.³⁷³ Nach Steins Entlassung am 24. November 1808 setzte sich Hardenbergs Ansatz durch. Am 2. November 1810 wurde das Gewerbesteuergesetz erlassen und im Jahr darauf durch das Gewerbepolizeigesetz vom 7. September 1811 konkretisiert. Die so eingeführte Gewerbefreiheit öffnete die Schleuse für eine wirtschaftliche Entwicklung, deren Dynamik Preußen gegen Mitte des Jahrhunderts zu einem der ökonomisch stärksten Staaten Europas machte.

So innovativ die Reformen auch waren und Preußen und Berlin modernisierten, in dreierlei Hinsicht blieben die Reformen begrenzt:

Im Unterschied zur amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und zur Französischen Revolution war zu keinem Zeitpunkt von Volkssouveränität die Rede, sondern lediglich von Selbstverwaltung. Die Reformen zielten im Kern auf die Reparatur der bisherigen Mängel. Die Errichtung einer Demokratie stand nicht im Zielkatalog der Reformer. Insofern war die Erneuerung konservativ und defensiv, bedacht auf Abwehr der von den Eliten befürchteten Umbrüche, um das bisherige System behutsam zu modernisieren.

Diesem Ziel entsprach die Begrenzung der Zahl derer, denen die Teilhabe am politischen Leben geöffnet wurde. Bei den vom 18.–22. April 1809 stattfindenden Wahlen zur ersten Berliner Stadtverordnetenversammlung beispielsweise, die Leopold von Gerlach zum ersten Berliner Oberbürgermeister machte, konnten lediglich die männlichen Bürger mit Hauseigentum oder einem Jahreseinkommen von mindestens 200 Talern ihre Stimme abgeben – nur knapp sieben Prozent der Zivilbevölkerung wählten die ersten 102 Abgeordneten Berlins.³⁷⁴

Die dritte Begrenzung war die Praxis. Dem Großteil der Bevölkerung blieben die Reformen, sofern sie überhaupt davon Kenntnis nahm, fremd und sie standen ihnen ohne Anteilnahme oder misstrauisch gegenüber. Zum Teil wurden die Reformgesetze erst mit Verzögerung bekannt, ihre Umsetzung blieb mit beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden, die konsequente Realisierung unterblieb oder brachte nicht die erhofften Ergebnisse – manchmal, wie bei der Finanzreform, traf alles zusammen.

Dennoch zählten die Jahre der Reform zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu den eindrucksvollsten Erfahrungen deutscher Geschichte. Binnen eines guten Dutzend von Jahren wurde eines der umfangreichsten und komplexesten Reformprojekte formuliert und umgesetzt. Preußen, nach der Niederlage gegen Napoleon in einer scheinbar ausweglosen Lage, zog sich am eigenen Schopf aus der Krise – ohne eine langfristig stabile Gesellschafts- und Staatsform zu finden.

Der Rückschlag: die Reform frisst die Reformer

Während im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts die Reformen erste Ergebnisse zeigten, veränderte sich erneut die außenpolitische Situation und neue Einflussfaktoren gewannen an Gewicht:

- Politisch hatte Berlin infolge des französisch-preußischen Zwangsbündnisses von 1812 erneut schwere materielle Lasten zu tragen. In das bisherige Streben nach Befreiung und Freiheit mischten sich nun Forderungen nach natio-

naler Einigung. Berlin entwickelte sich zum Mittelpunkt der nationalen Erhebung. Die Freiheitskriege gegen Napoleon von 1813/14 fanden hier ihr geistiges Zentrum – eine Entwicklung, die in der einem Triumphzug gleichenden Rückführung der Quadriga aus Paris und ihrer Enthüllung im August 1814 – nunmehr versehen mit Eisernem Kreuz und preußischem Adler – einen ersten Höhepunkt fand.³⁷⁵

- Ökonomisch begann mit der Gewerbefreiheit ein neues Zeitalter. Die Entmachtung des uneffektiv gewordenen Zunftsystems und die Liberalisierung des Wirtschaftslebens entfesselten eine nicht gekannte Produktivkraft. Die neuen Fabriken, die Landflucht, die Handelsfreiheit und eine geschickte Gewerbeförderung brachten Berlin eine beachtliche Wirtschaftsblüte und veränderten die Stadt grundlegend.
- Zugleich differenzierte sich die Gesellschaft. Die Auflösung der alten Strukturen eröffnete nicht nur neue Möglichkeiten, für viele Menschen verschlechterten sich die Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Soziale Proteste und Streiks richteten sich mehrfach gegen die Armut und die oft unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Die Auflehnung der neuen, ungesicherten Arbeiterschaft verband sich bald mit politischen Forderungen nach dem Ende polizeilicher Willkür, nach Pressefreiheit und einer Verfassung.³⁷⁶

Auf der Seite der Herrschenden dominierte in dieser Phase die Furcht vor dem Verlust ihrer bisherigen Stellung und ihres Einflusses. Den Weg zur Modernisierung einmal eingeschlagen, wurden jedoch die Grenzen der Reformbewegung deutlich. Die Dynamik der Entwicklung drängte über die „defensive Modernisierung“ hinaus und verlangte weiter gehende politische Rechte.

Wiederherstellung des alten Status quo unter neuen Bedingungen – in diese Richtung entwickelte sich das europäische Kräftegleichgewicht nach dem Sieg über Napoleon.³⁷⁷ Die Sieger demütigten Frankreich nicht, sie bestätigten im Großen und Ganzen seine Stellung als fünfte Großmacht Europas. Der „Schock Napoleon“ blieb als Trauma lange lebendig und hielt das neue „Gleichgewicht der Kräfte“ in der Balance, so dass es in seinen Grundzügen fast ein Jahrhundert bestand: Es kam zu keiner weiteren Tyrannenherrschaft; Zahl und Ausmaß der Kriege blieben bis 1914 begrenzt.³⁷⁸

Auf dem Wiener Kongress 1814/15 scheiterten allerdings die Hoffnungen auf die Gründung eines modernen, fortschrittlichen deutschen Nationalstaates. Der neu gegründete, von Österreich dominierte Deutsche Bund war nicht das, was sich patriotische Kreise als Nachfolger der im Strudel von Napoleons Expansionskriegen

1806 untergegangenen Reste des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation erträumt hatten.³⁷⁹ Statt eines Frankreich oder England vergleichbaren Nationalstaates entstand ein loser, aus vier Reichsstädten und 35 Fürstentümern bestehender Staatenbund, der vorerst vor allem ein fürstliches Bollwerk gegen revolutionärere Umstürze jeder Art bildete.

Die neue außenpolitische Stabilität bildete die innenpolitische Basis für die nun an Kraft und Dynamik gewinnende „Restauration“. Der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich und der preußische König Friedrich Wilhelm III. wollten damit die freiheitlich-revolutionären Ideen eindämmen und zurückdrängen. Die in Preußen und Berlin geforderte und vom König mehrfach zugesagte Verfassung wurde nicht gewährt. Zudem stagnierten die Reformen, nachdem ihre Hauptziele erreicht waren. Einen Teil der Ungleichheiten hatten sie beseitigt, den anderen Teil schrieben sie fest. Im Geist der Karlsbader Beschlüsse von 1819 kam es schließlich zur reaktionären Wende: Von Humboldt wurde entlassen, vom und zum Stein, Gneisenau und andere bespitzelt – die Erneuerung hatte die Machtverhältnisse stabilisiert, nun fraß die Reform die Reformer.³⁸⁰

Nach dem Ende der Freiheitskriege begann für Preußen eine der längsten Friedensperioden seiner Geschichte. Den aufwühlenden Erfahrungen der vergangenen dreißig Jahre folgte eine vergleichsweise ruhige Phase. Für Berlin stand sie im Zeichen der Expansion. Jetzt erntete die Stadt die Folgen der Reformen, vor allem der Abschaffung der Erbuntertänigkeit und der Aufhebung der Trennung von Stadt und Land. Allein die Einwohnerzahl der preußischen Hauptstadt stieg zwischen 1816 und 1848 von 197.000 auf über 409.000, größtenteils durch Zuwanderung.³⁸¹

Entsprechend wuchs die Stadt. Zählte Berlin 1816 noch 6.991 Wohnhäuser, 128 Fabriken und Magazine sowie Ställe und Scheunen, so erweiterte sich der Bestand 1846 auf 15.740 Häuser, 532 Fabriken und 6.167 Ställe. Die Zahl der Sakralbauten stieg bis 1846 von 26 auf 38, die der Bauten für Unterricht und Bildung von 33 auf 67, die Zahl der Armen-, Kranken- und Siechenhäuser von 20 auf 40.³⁸²

Die Mobilität erreichte ungekannte Dimensionen und Formen, neue Technologien setzten sich binnen kürzester Zeit durch. Die noch im 18. Jahrhundert spärlichen Postverbindungen wuchsen zu einem dichten Netz. 1829 gab es tägliche Verbindungen nach Spandau, Potsdam, Frankfurt an der Oder, Magdeburg, Stettin, Halle und Leipzig. Breslau lag, je nach Transportart, nur 40 bis 65 Stunden entfernt. Die Städte rückten zusammen. Ein Prozess, den die Dampfschiffahrt und die Eisenbahn noch dramatisch beschleunigten. 1816 lief in Pichelsdorf die „Prinzessin Charlotte“, das erste Dampfschiff Preußens, vom Stapel und am 29. Oktober 1838

wurde mit der Strecke Berlin-Potsdam die erste Eisenbahnstrecke der Region in Betrieb genommen. Binnen eines Dutzend Jahre wuchs das Streckennetz auf 5.473 Kilometer.

Unter diesen Rahmenbedingungen wird der Wirtschaftsaufschwung erklärbar, den die Stadt bis 1850 erlebte. Der 1810/11 verkündeten Gewerbefreiheit folgte durch das Zollgesetz vom 26. Mai 1818 die Handelsfreiheit. Eine komplexe, aber flexible Wirtschafts- und Gewerbepolitik ergänzte die wirtschaftliche Liberalisierung. Dafür verantwortlich ist auch ein personeller Glücksfall: Peter Christian Wilhelm Beuth bündelte eine Reihe von Schlüsselfunktionen: Seit 1818 leitete er die Abteilung Handel und Gewerbe des preußischen Finanzministeriums, 1821 übernahm er den Vorsitz des auf seine Initiative gegründeten „Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen“ und im gleichen Jahr übernahm er als Direktor die neu gegründete Fachschule, die 1827 die Bezeichnung „Kgl. Gewerbe-Institut“ erhielt. Damit hatte Beuth für fast drei Jahrzehnte mehrere Schlüsselpositionen inne und bildete eine entscheidende Schnittstelle zwischen Unternehmern und Administration. Zudem waren alle drei Institutionen im gleichen Gebäude in der Klosterstraße 36 untergebracht. Mit dieser fachlichen, personellen und räumlichen Konzentration besaß Berlin ein in seiner Kompetenzfülle und Effizienz unvergleichliches Steuerungsinstrument. Kein Zweig der preußischen Wirtschaft stand außerhalb dieses Steuerungssystems, das im Kern das Ziel verfolgte, Anschluss an die führenden westeuropäischen Industriestaaten zu gewinnen. Dazu sollten vor allem die Reste des alten Zunftsystems zugunsten des Fabrikwesens überwunden und menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt werden. An diesen Punkten „setzte die Gewerbeförderung ein, erleichterte Innovationen, finanzierte neue Technologien und unterstützte risikofreudige Projekte“.³⁸³

Die Ergebnisse der konzentrierten Wirtschaftspolitik sollten regelmäßig in Gewerbeschauen gezeigt werden. Nach enttäuschenden Anläufen 1822 und 1827 kam es im Sommer 1844 zur Eröffnung der „Allgemeinen Deutschen Gewerbe-Ausstellung“ im Zeughaus – mit überwältigendem Erfolg: 3.040 Aussteller zeigten ihre Waren und Produkte, darunter als eines der spektakulärsten Borsigs Lokomotive „Beuth“. Rund 260.000 Besucher sahen die Leistungsschau, die eindrucksvoll Preußens Wirtschaftsaufschwung belegte.³⁸⁴ Berlin und sein Umland hatten sich zu einer der dynamischsten Start-up-Regionen Europas entwickelt.

Während Preußens Wirtschaft mit dem Zentrum Berlin prosperierte, stagnierte die politische Entwicklung in Richtung freiheitlicher Gesellschaftsordnung. Das entsprach dem Trend maßgeblicher Mächte in Europa. In Frankreich waren im Frühjahr 1814 die Bourbonen auf den Thron zurückgekehrt. In Österreich, in Preußen und im Deutschen Bund regierte die Reaktion. Der Liberalismus schien geschlagen.

Doch ganz so statisch war der „Biedermeier“ nicht. Unter der Oberfläche gährte es. Am 18./19. Mai 1817 hatten sich auf der Wartburg rund 500 Studenten versammelt und freiheitliche Forderungen formuliert. Zur gleichen Zeit fand in der preußischen Hauptstadt das Berliner Turnfest statt. Der Organisator, „Turnvater“ Jahn, ein „Franzosenhasser“ und streng deutsch gesinnter Patriot, avancierte rasch zum Idol der Studenten und die Turnbewegung zum Sammelbecken des sich formierenden Nationalismus.

Dann kippte die Situation. Am 23. März 1819 erstach der Burschenschafter Karl Ludwig Sand in Mannheim den reaktionären Dichter August von Kotzebue. Der preußische Polizeiminister Wittgenstein nahm das Attentat zum Anlass, um rigoros gegen die Burschenschaften und andere freiheitlich-patriotische Kreise vorzugehen. Vom König mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet, begannen die Berliner Polizeibehörden im Mai 1819 mit einer umfangreichen Welle von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen.

Auch Jahn wurde verhaftet und der Prozess gegen ihn am Berliner Kammergericht gehörte zu den spektakulärsten Fällen der Zeit. Nach einem langen Verfahren sprach das Gericht Jahn schließlich frei, ein Ergebnis zu dem der Richter E. T. A. Hoffmann wesentlich beigetragen hatte.³⁸⁵

Das Patt: Revolutionen und Reaktionen

Die liberal, demokratisch und zunehmend national gesinnten Kräfte waren damit jedoch keineswegs auf Dauer geschlagen. Während 1820 in Spanien, Italien und Sardinien bürgerliche Revolutionen und in Griechenland Freiheitsbewegungen ihre Rechte forderten, lehnte der preußische König im Juni 1821 unter erneutem Bruch seines Versprechens endgültig Hardenbergs Verfassungspläne ab. Erst 1830 kam wieder Bewegung in die erstarrten Strukturen. Anfang August erreichte Berlin die Nachricht von der Juli-Revolution in Paris. Sofort wurde die Revolution erregt diskutiert, eine nervöse Stimmung griff um sich – der Liberalismus war nach wie vor lebendig.³⁸⁶ Der neue Aufruhr blieb allerdings kurzfristig ohne ernsthafte Konsequenzen. Eine „Revolte der Schneider“ am 16./17. September erwies sich eher als

spontaner Tumult, die lange eingeklagten Rechte durchzusetzen. Allerdings zeigte der Vorfall, wie aufgewühlt die Stimmung war.

Eine weitere Zuspitzung der Lage folgte 1840. Als der preußische König starb und Friedrich Wilhelm IV. ihm nachfolgte, verbanden nicht Wenige diesen Wechsel mit Hoffnungen auf eine Liberalisierung. Einige frühe Entscheidungen, etwa die Einladung an die Brüder Grimm nach Berlin zu kommen, schien sogar in diese Richtung zu deuten. Als der neue König aber dann ausdrücklich betonte, er werde das Verfassungsversprechen seines Vorgängers nicht einhalten, stieg der Unmut und brachte eine enorme Politisierung breiter Bevölkerungsschichten. In den Cafés und den zum Teil schon seit dem späten 18. Jahrhundert bestehenden Salons entstand eine Diskussionskultur, die es zuvor nicht gegeben hatte. Sie avancierten zum Brennpunkt der Reformdebatten, wobei sich Intensität und Breitenwirkung der Diskussion im Lauf der vierziger Jahre steigerte und 1844 einen Höhepunkt erreichte, als aus Schlesien Nachrichten vom Aufstand der Weber nach Berlin drangen. Die neue soziale Frage ergänzte die freiheitlich-patriotischen Themen. Zahlreiche neu gegründete Vereine und Initiativen, etwa der „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klasse“, der „Handwerker-Verein“ und andere private Gründungen und Stiftungen griffen die neuen Themen auf. Auch Intellektuelle engagierten sich, allen voran Bettina von Arnim, die 1843 in ihrem Werk „Dies Buch gehört dem König“ die Missstände anprangerte. Auf die wachsende Politisierung reagierte das offizielle Berlin mit einer Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen, vor allem der Zensur, und zahlreichen Verhaftungen oder der Ausweisung missliebiger Kritiker. Einstweilen verbissen sich die beiden Seiten im Grabenkampf.

1848 eskalierte die Situation. Unter dem Eindruck der Pariser Februarrevolution kam es zu politischen Großversammlungen und ab dem 13. März 1848 zu Zusammenstößen mit dem Militär. Der König ging daraufhin auf einige Forderungen ein und versprach, nun endlich eine Verfassung zu gewähren. Damit schien der Konflikt eingedämmt. Als jedoch am 18. März bei einer Versammlung vor dem Schloss Schüsse fielen, begannen Straßenkämpfe, die nach 16 Stunden mit dem Sieg der Revolution endeten.³⁸⁷ Der König musste die Truppen zurückziehen und Pressefreiheit, Koalitions-, Versammlungs- und Wahlrecht sowie die Aufstellung einer Bürgerwehr gewähren. Außerdem erwies er den Opfern der Erhebung, den über 250 Märzgefallenen, im Schlosshof die letzte Ehre.³⁸⁸

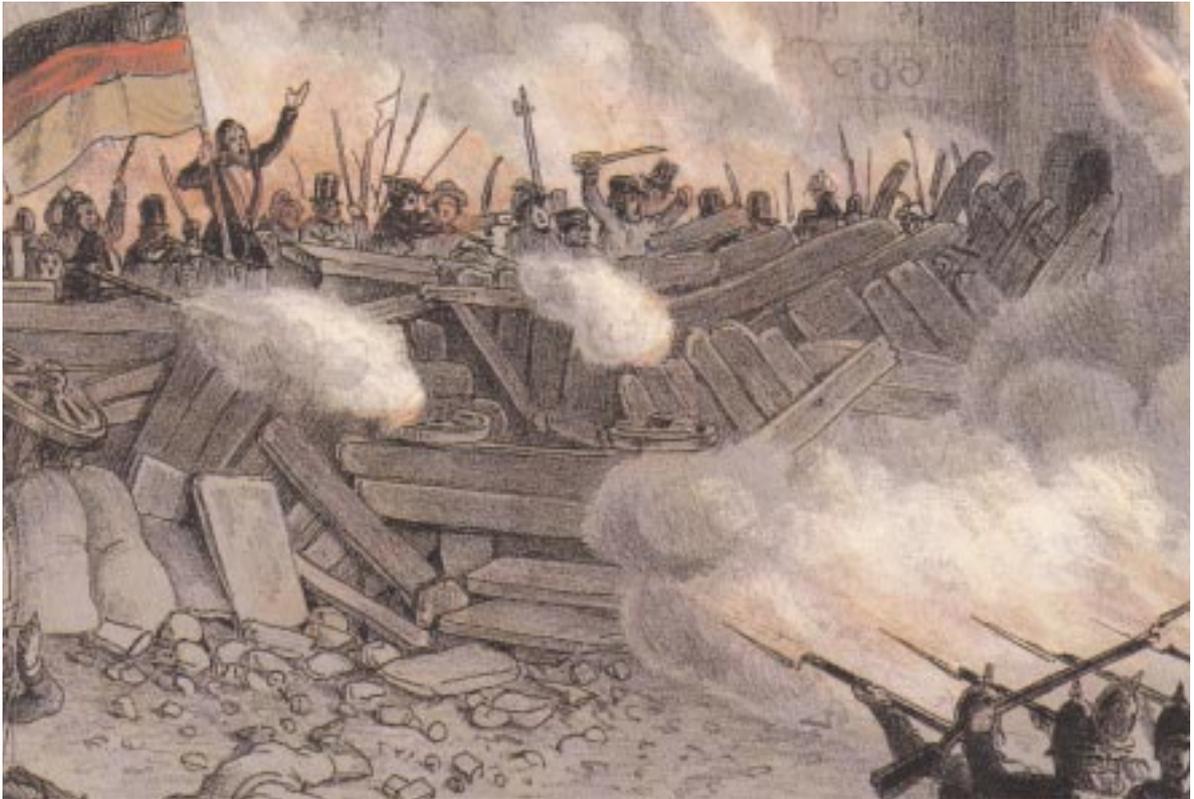
Ihren Sieg setzten die Aufständischen nur zögerlich politisch um. Die städtische Selbstverwaltung ließen sie unangetastet, lediglich Oberbürgermeister Heinrich

Die Barrikade hält

Am 18. März 1848 sind die Kämpfe der 48er-Revolution in Berlin in vollem Gange. Das Bild zeigt den Kampf am Alexanderplatz. Von der rechten Seite wird die Befestigung unter Feuer genommen. Auffällig ist die Höhe und Stabilität der Barrikade.

Das älteste Foto Berlins

Erst im Jahr 2002 ist das älteste Foto der Stadt Berlin aufgetaucht. Der Fotograf Louise Sachse hat es 1853 aufgenommen. Das Bild zeigt die Straße unter den Linden mit Schinkels Schloßbrücke und dem Zeughaus.



Wilhelm Krausnick³⁸⁹ musste zurücktreten. Die Versammlung der Stadtverordneten löste sich auf und im Mai 1848 fanden sowohl Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung sowie zur Preußischen und Deutschen Nationalversammlung statt. Da aber nach dem Wahlrecht der Stein'schen Städteordnung gewählt wurde, änderte sich die Zusammensetzung des Stadtparlaments kaum. Zudem stand sie politisch im Schatten der Preußischen Nationalversammlung, die am 22. Mai 1848 in Berlin zusammentrat. Noch während diese am Entwurf einer Verfassung arbeitete, siegte in Paris und Wien, wo es gleichfalls Aufstände gegeben hatte, die Gegenrevolution. Im November zogen schließlich Truppen des Generals von Wrangel in die Stadt ein, das Kriegsrecht wurde verhängt und die Nationalversammlung vertrieben.

Nicht in der Frankfurter Paulskirche, sondern am preußischen Militär in Berlin und an der Unentschlossenheit der Akteure scheiterte die Revolution. Das Streben nach Demokratie und nationaler Einigung fiel nun auseinander. In den folgenden Jahren nahm die Regierung zahlreiche liberale Errungenschaften wieder zurück, und Preußen fiel teilweise deutlich unter das bis zur Revolution erreichte Niveau zurück. Berlin stand fortan unter strenger Staatsaufsicht und die Selbstverwaltung erfuhr eine deutliche Schwächung.

Parallel zu dieser Entwicklung und trotz der Revolution von 1848 erreichte das Tempo der Industrialisierung in den beiden Dekaden bis zur Reichsgründung einen ersten Höhepunkt. Die Neugründung von über 1.000 Fabriken und Banken, der rapide Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Ringbahn ab 1867, sowie die Eingemeindung von Wedding, Gesundbrunnen, Moabit 1861 katapultierten Berlin in den Kreis der ersten Garde der prosperierenden europäischen Metropolen.³⁹⁰

Revolutionen und Reaktionen: In der zwei Generationen umspannenden Zeit von der 89er- bis zur 48er-Revolution erlebte Berlin eine der wechsellvollsten Phasen seiner Geschichte. Mit dem Zusammenbruch Preußens unter Napoleons Feldzügen entwickelte sich Berlin noch in der Krise zum Zentrum der von Kreisen des liberalen Adels, der Bürokratie und Teilen des Bürgertums getragenen „Reform von oben“. Sahen sie in der „Generalüberholung“ des Staates ihre Aufgabe als weit gehend erfüllt, so verlangten nun das neu entstandene Proletariat und bürgerliche Kreise die Durchsetzung weiter reichender politischer Ziele. In letzter Konsequenz hätten sie die Errichtung einer Republik bedeutet.

Berlin, zweitrangiger Schauplatz und Gegenstand napoleonischer Expansionspolitik, avancierte zur Plattform eines vielschichtigen Prozesses von Reformen und Reaktionen. Hier entstanden maßgebliche Blaupausen jener Deutschland prägenden Poli-

tik defensiver Modernisierung. Zeitweise avancierte die Stadt sogar zum handelnden Subjekt. Spät erreichte der revolutionäre Geist die preußische Hauptstadt, wirkte dann aber umso heftiger. Die Revolution siegte, die alten Kräfte traten beiseite – für ein paar Stunden im März 1848.

Berlin erwies sich für beide Bewegungen als eines ihrer maßgeblichen Zentren, aber sowohl 1815 als auch 1848 behielten am Ende die am alten Status quo festhaltenden Kräfte die Oberhand. Die Antwort auf die Frage der nationalen Staatlichkeit bekam schließlich 1862 ihren Namen: Otto von Bismarck. Das Scheitern des Versuchs, einen übergreifenden Konsens und somit eine tragfähige gesellschaftliche Basis für die grundlegende Modernisierung zu bilden, gehört zu den tragischen, langfristig wirkenden Folgen jener Epoche. Dies dürfte einer der Hauptgründe dafür gewesen sein, dass sich jene für Deutschland typische wie verhängnisvolle, die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg dominierende Arbeitsteilung durchsetzte: Durch das Scheitern der politischen Revolution blieb den traditionellen Eliten die Politik, das Militär und die Verwaltung vorbehalten, den neuen Eliten des aufstrebenden Bürgertums blieb die „new frontier“ der industriellen Revolution mit ihren Politikfeldern Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Drehscheibe und Plattform beider Bewegungen – das war Berlins Rolle im 19. Jahrhundert.³⁹¹



6. **Blockierter Fortschritt: die Reichshauptstadt im Widerstreit zwischen traditioneller Machtpolitik und gezähmtem Liberalismus**

Die Zangengeburt: Fortschritte und Rückschritte

Das Deutsche Reich war eine Zangengeburt. Entstanden im Krieg als Ergebnis des Sieges über Frankreich, wurde der neue Nationalstaat am 18. Januar 1871 im eiskalten Spiegelsaal des Schlosses von Versailles formell proklamiert.³⁹² Der offizielle Hofmaler des neuen Kaiserhauses hat das Ereignis festgehalten: Auf einem Podium, drei Stufen erhöht, steht Kaiser Wilhelm I., links neben ihm der Kronprinz, daneben der Herzog von Baden. Der bringt ein Hoch auf den Kaiser aus, in das die Versammelten begeistert einstimmen. Vor dem Podium steht, wie unbeteiligt, der Reichsgründer und künftige Kanzler Otto von Bismarck, neben ihm Moltke an der Spitze zahlreicher weiterer Vertreter des neuen deutschen Heeres. So sollte es gewesen sein: erhaben, würdevoll, patriotisch – gemalt im steifen, akademischen Stil der Zeit.³⁹³

Die Reichsgründung war der Schlussstein einer über zwanzigjährigen Entwicklung seit der gescheiterten 48er-Revolution, in der verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Vorstellungen auf verschiedenen Ebenen die staatliche Einheit verfolgten:

- Ein Geflecht von Maßnahmen, Verträgen und Institutionen band die Länder enger aneinander und bereitete die Einheit vor.
- Die politische Entwicklung ließ dem liberal gesinnten Bürgertum und anderen Gruppen das Gefühl, zumindest teilweise einflussreich am Prozess der „Revolution von oben“ beteiligt zu sein.
- Mit dem raffiniert taktierenden und charismatischen Machtpolitiker Otto von Bismarck setzten sich eine Politikauffassung und ein neuer Politikstil durch, die Deutschland für lange Zeit prägen sollten.

In einer einfachen, lange gültigen Interpretation lässt sich die Entwicklung bis zur Reichsgründung als „Revolution von oben“ lesen, in der Bismarck und andere Staatsmänner die wegweisenden Entscheidungen trafen. Inzwischen ist die Bedeutung anderer politischer Kräfte erkannt, wie etwa der facettenreichen Nationalbewegung. Selbst wenn sich die Geschichte der liberalen Kräfte wie eine Kette von Niederlagen liest und sie nach der Reichsgründung von Bismarck weiter bekämpft

und zurückgedrängt wurde, am Ende zwang sie den traditionellen und gegenüber der Idee der Nation lange skeptischen Eliten ihre Ziele auf: den Traum vom Nationalstaat.

Dieser Traum war schwach und stark zugleich. Schwach, weil er lange vage und unkonkret blieb, und jede gesellschaftliche Gruppe ihre Inhalte in ihn hineindeuten konnte; aber auch stark, weil gerade das den Traum von der „deutschen Nation“ offen hielt für Inhalte und Ideologien aller Art. Die Offenheit erklärt die auch im Rückblick erstaunlichen Kurswechsel, die einzelne Personen und Gruppierungen bei der Verfolgung ihrer Ziele vollzogen. In der deutschen Nationalbewegung gab es kaum eine Biographie ohne mehrere aufeinander folgende politische Zuordnungen: „1848 republikanischer Barrikadenkämpfer, 18 Jahre darauf nationalliberaler Bismarckverehrer, das war ebenso häufig wie die umgekehrte Entwicklung: vor der Revolution gemäßiger Demokrat, nicht viel später revolutionärer Sozialist.“³⁹⁴

Bismarck selbst, die Schlüsselfigur auf dem Weg zur staatlichen Einheit, war einer der einflussreichsten und widersprüchlichsten Politiker der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In den vierziger Jahren fand der in seiner Jugend ziellose, gelangweilte Dandy in der Politik seine Sendung, stand auf Seiten des Konservatismus, avancierte in der Krise von 1848/49 zu den Beratern des Preußischen Königs. Er galt als „roter Reaktionär“, der „nur zu brauchen“ war, „wenn das Bajonett schrankenlos waltet“.³⁹⁵ Bismarcks Stunde schlug, als im preußischen Landtag der Konflikt über die Heeresform eskalierte. Experten wollten die Bedeutung der Wehrpflicht erhöhen und die Selbständigkeit der Landwehr verringern. Aber genau das lehnten liberale Abgeordnete ab. Für sie war die Landwehr ein Erbe der napoleonischen Befreiungskriege und symbolisierte das demokratische Element im Militärwesen. Ihre Bedeutung zu reduzieren, wurde als Angriff auf die bürgerlichen Freiheiten verstanden. Das Parlament nutzte nun seine einzige scharfe Waffe, das Budgetrecht, und lehnte den Etat für die Reform ab. Jetzt präsentierte das Militär seine Lösung: Kriegsminister Roon empfahl Otto von Bismarck, der 1862 von König Wilhelm I. zum Ministerpräsidenten berufen wurde.

Bismarck erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen. In einer programmatischen Rede bekannte er, dass die großen Fragen der Zeit nicht durch „Reden und Majoritätsbeschlüsse ...“ – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, sondern, „durch Eisen und Blut“ entschieden werden könnten und regierte kurzerhand ohne Haushalt weiter.³⁹⁶ Bismarcks Vision, die er innen- und außenpolitisch verfolgte, war zunächst weniger das Deutsche Reich, sondern die Rettung, später die Stärkung der Stellung und Macht Preußens – der preußische „Staat“ war seine

Passion. Ihn zu stärken nutzte er die Schwächen des europäischen Staatensystems und baute die Dominanz Preußens im deutschen Raum aus, bevor dann 1870/71 in einem riskanten, kalt kalkulierten Coup die Gründung des kleindeutschen Reiches ohne Österreich verwirklicht wurde.

Neu und für Deutschland lange Zeit prägend wurden Politikverständnis und -stil, die Bismarck verkörperte: pragmatisch und bei Bedarf populistisch, streng antiliberal und antidemokratisch, staatsgläubig und obrigkeitsorientiert, der Bevölkerung und den schwer kalkulierbaren Kräften einer dynamischen Gesellschaft stets misstrauend – ein erster, typischer Vertreter „charismatischer Herrschaft“. Unter diesen Voraussetzungen gelang zwar die Reichsgründung unter Preußens Führung und die Etablierung Deutschlands als europäische Macht, aber die innere Reichsgründung, die breite Beteiligung der Gesellschaft blieben Stückwerk und begrenzt auf das Maß, das die politischen Eliten für erforderlich hielten.³⁹⁷ Die Weichen wurden neu gestellt und jene „Doppelrevolution“³⁹⁸, in der sich bereits von etwa 1815 bis 1849 die Strukturen von Ökonomie und Politik grundlegend verändert hatten, offenbarten nun ihre Folgen:

- Die relativ späte Gründung des Nationalstaates von oben wurde flankiert durch andere nationalstaatlich orientierte Kräfte. Die Geschichte der Entstehung des deutschen Nationalstaates war zugleich die Geschichte der gesellschaftlichen und politischen Opposition gegen die herrschenden Ordnungskräfte. Erst als sich nach dem Sieg bei Königgrätz im preußisch-österreichischen Krieg die Nationalbewegung mit Bismarck ausgesöhnt hatte, erhielt die Variante des kleindeutschen Staates jene gesellschaftliche Absicherung, die für die Reichsgründung erforderlich war – eine Revolution von oben und von unten.
- In dem neuen Staat setzte erst jetzt die Nationenbildung ein – „und zwar im Zeichen der zwischen 1866 und 1871 durchgesetzten inneren Machtverteilung und herrschaftlichen Struktur“.³⁹⁹
- Traditionelle Machteliten gewannen wieder an Gewicht: das Militär, das kurz hintereinander in den Kriegen gegen Dänemark 1864, gegen Österreich 1866 und gegen Frankreich 1870/71 entscheidende Schlachten gewonnen hatte, der noch 1848/49 gefährdete Adel, schließlich die in der neuen Reichsverfassung verankerte Bürokratie.

Die Gründung des Kaiserreichs markierte einen tiefen Einschnitt in der Geschichte Europas. Eine neue Großmacht war entstanden, die sich als Nation gerade erst zu entwickeln und zu bilden begann. Stand auf der einen Seite eine kaum fortschrittli-

che Verfassung, so erlebte das Reich auf der anderen Seite im Innern eine dynamische Entwicklung: Bevölkerungswachstum und Urbanisierung in ungekanntem Tempo, Ausbau der Infrastruktur und expandierende Wirtschaft sowie eine wachsende soziale Differenzierung waren zentrale Faktoren dieses Prozesses. Gleichzeitig erlebten die Ingenieursleistungen, das Bildungs- und Wissenschaftssystem mehrere große Entwicklungssprünge. Die deutsche Universität etwa avancierte zur Modellinstitution der wissenschaftlichen Welt. Auch in der Medizin, in der Hygiene, der Gesundheitsversorgung und -vorsorge und nicht zuletzt den sozialen n entwickelte sich Deutschland zu einem der führenden Staaten.

Berlin war die Bühne, auf der sich die Qualitäten und Defizite des neuen Reiches am deutlichsten zeigten. Über Nacht wurde die preußische Residenz zur Reichshauptstadt, ohne dass dies sofort allzu spürbare Folgen gehabt hätte. Im unter Preußens Hegemonie entstandenen und gerade in den ersten Jahren deutlich in seinem Schatten stehenden Reich⁴⁰⁰ gab es keine ernsthafte Debatte um die Frage der Hauptstadt. Zwar hatte Bismarck, im Bestreben die politischen Institutionen des Reichs möglichst gering zu halten, zeitweise erwogen, die Legislative in Kassel anzusiedeln, aber die „Schwerkraft der Verhältnisse“ wirkte zugunsten Berlins.⁴⁰¹ Hier hatten schon die Organe des Norddeutschen Bundes ihren Sitz gehabt, hier amtierte der preußische Ministerpräsident, der kraft Personalunion zugleich Reichskanzler war.

Die Realität des neuen Reiches zeigte sich zunächst im Protokoll. Mit der feierlichen Eröffnung des neuen Reichstags am 21. März 1871 im Weißen Saal des Berliner Stadtschlosses trat die neue Hauptstadt zum ersten Mal ins allgemeine Bewusstsein. Kaiser und Hofstaat, die deutschen Fürsten, Generäle und Marschälle, die hohe Beamtschaft und schließlich die Vertreter des Bundesrates, die eigentlichen Hauptpersonen, versammelten sich in der wiederum vom Hofmaler Anton von Werner⁴⁰² festgehaltenen und glorifizierten Szene. Die alten Eliten Adel und Militär waren die Stützen des neuen Staates. Schon das Protokoll führte deutlich vor Augen, wo die politische Macht verankert war.

Es blieb nicht bei dieser einen Feier. Die Kommune holte nach, was im Schloss eher in den Hintergrund trat. In einer zweiten vom Bürgertum und den städtischen Eliten geprägten Feier würdigte die Stadt die Reichsgründung, nicht ohne dabei die Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts zu betonen, und schuf damit ein demokratisches Gegengewicht zum pompös-militärischen Spektakel im Schloss.

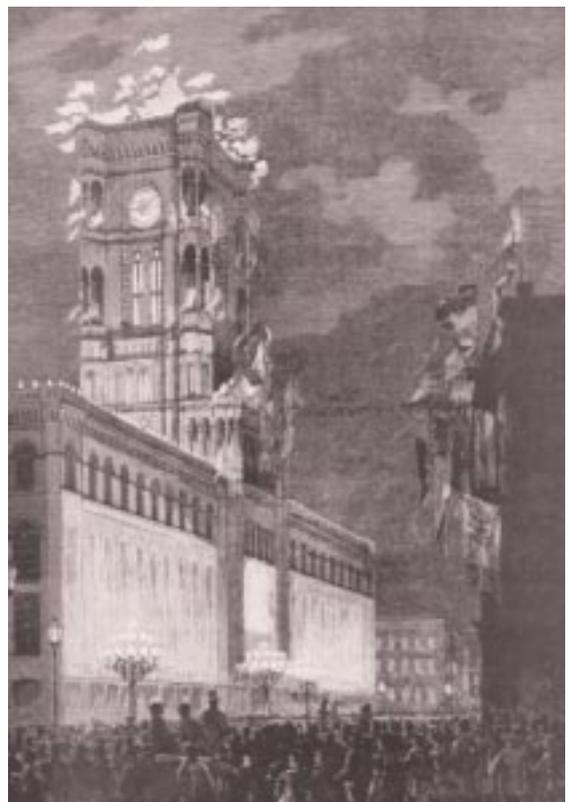
Reichsgründung

Nach dem Sieg im deutsch-französischen Krieg erfolgte am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles die Gründung des Deutschen Reichs.

Mit höfischem Zeremoniell wurde drei Wochen später, am 18. März, im Weißen Saal des Stadtschlosses der Reichstag eröffnet. Das Bild von Versailles wurde noch einmal inszeniert, Pahtos und Rhetorik, Symbole und realpolitik verschränkten sich.

Die feierliche Kaiserproklamation in Berlin hat in der Stadt zunächst wenig Jubel aufkommen lassen. Die Vertreter der Reichshauptstadt waren ebensowenig dazu geladen wie die gewählten Repräsentanten der Nation. Jeder Anschein plebiszitärer Mitwirkung war sorgfältig vermieden worden. Später feierten die Repräsentaten der Stadt die Reichsgründung im Berliner Rathaus.

Ein halbes Jahr später zogen die siegreichen Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung in Berlin ein. Mit klingendem Spiel ritten die Truppen durch das Brandenburger Tor, der lorbeerbekränzte Otto von Bismarck an der Spitze, an seiner Seite Kriegsminister Albrecht Graf von Roon und Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke. Dahinter folgte der neue deutsche Kaiser und preußische König Wilhelm I., begleitet von den königlichen Prinzen. Das Gefolge bildeten die Bundesfürsten des Reiches.



Der Kokon: Wirtschaftskrise und Gründerzeit

Wirtschaftlich fiel die Reichsgründung in die zu Ende gehende Phase einer längeren Hochkonjunktur. Die Krise von 1847/48 und daran anschließend die Revolution markierten die abrupte Unterbrechung einer Aufschwungphase. Mit Beginn der fünfziger Jahre belebten sich die Wachstumskräfte, zunächst in den Industriezentren, darunter im Ruhrgebiet und in der preußischen Hauptstadt Berlin. Motoren des Aufschwungs waren die Hüttenindustrie und der Bergbau und der Maschinen- und Eisenbahnbau.

Einer der Faktoren für die rasche Erholung war die fortschrittliche, bereits in den dreißiger Jahren entstandene Struktur. Der 1834 gegründete Zollverein trug erheblich zur Beschleunigung der Industrialisierung bei.⁴⁰³ Während sich die Agrargesellschaft in zahlreichen Sprüngen und mit tiefen Verwerfungen auflöste, entstanden neue Fabriken, Arbeitsweisen und Produkte, die ihre eigenen Regeln entwickelten und sich ihre Märkte suchten. Während die Politik noch um den richtigen Weg zur Einheit rang, war das weit gehend einheitliche deutsche Wirtschaftsgebiet – ohne Österreich – schon fast Realität.

Eines der Musterbeispiele, das die neue Industrie idealtypisch verkörperte, war das Berliner Unternehmen Borsig. In der 1837 von August Borsig gegründeten Maschinenbauanstalt in der Chausseestraße entstand 1841 die erste deutsche Lokomotive. Um die Wettbewerbsfähigkeit seines Produkts zu beweisen, ließ der Firmengründer ein Rennen gegen eine englische Lok veranstalten und die Borsigmaschine gewann. Das erwies sich als überzeugendes Argument für das innovative Produkt und brachte neue Aufträge. Borsigs Fabrik expandierte und zog 1850 in die Vorstadt Alt-Moabit, wo es mehr Platz gab. Binnen weniger Jahre schaffte die Firma den Sprung zu einem der führenden Eisenbahnhersteller der Welt.

Der mit zweistelligen Raten wachsende Führungssektor, der Eisenbahnbau, wurde von einem gleichfalls wachsenden Kapitalmarkt versorgt. Der nahezu explodierende Wachstumskern riss Banken, Börsen, Verkehr und Handel in einer unglaublichen Wucht mit. Allein in den Jahren 1850–57 entstanden in Preußen 107 neue Aktiengesellschaften. Es folgten weitere Investitionen, die wiederum zu einem beschleunigten Kapazitätsausbau führten: Produktion und Aufnahmefähigkeit näherten sich einer kritischen Grenze, überstiegen sie, dann kam der Crash.

Der Bankrott der Ohio-Life-Insurance & Trust Co. im August 1857 löste die erste Weltwirtschaftskrise aus. In einer Kettenreaktion kam es in Bankenwelt, Industrie und insbesondere im Eisenbahnbau sowie an der Börse zu einer Panik. Der Krach erreichte kurz darauf das Finanzzentrum London und über Hamburg und das inter-

nationale Geldgeschäft die anderen deutschen Länder. Erst nach etwa zwei Jahren gelang es, die Krise zu überwinden, bevor ab 1859 die Wachstumsfaktoren erneut griffen und für ein Dutzend Jahre eine vergleichsweise prosperierende Konjunktur brachten. Bereits 1870 war ein hochkonjunktureller Aufschwung im Gang, der sich nach der Reichsgründung für etwa zwei Jahre Bahn brach – die Gründerjahre und eine „letzte explosive und abschließende Steigerung der deutschen industriellen Revolution“.⁴⁰⁴

Nach ersten Warnzeichen im Winter 1872/73 brach zwischen dem 23. April und 1. Mai 1873 in Wien eine Börsenpanik aus. Das wirkte sich auf die Börse in Berlin aus und führte zum Desaster, als am 15. August die Nachricht über den Zusammenbruch des führenden Eisenbahnfinanzierers, des Bankhauses Jay Cook & Co. in New York City, eintraf. Die Börsen fielen in den Keller, die zweite Weltwirtschaftskrise war im Gang. Anfang Oktober brach in Berlin die Quistorpsche Vereinsbank zusammen und riss 22 weitere mit ihr verschachtelte Unternehmen in den Konkurs. Hauptursache der Krise war vor allem die Überproduktion. Für alle Industrieländer folgte eine Depression, die rund sechs Jahre dauerte.⁴⁰⁵

Die Bemühungen zur Überwindung der Krise brachten einen tiefen Wandel in der ökonomischen Struktur. Maschinenbau, Chemie- und Elektroindustrie, das Bekleidungs- und Nahrungsgewerbe sowie die Nahrungs- und Genussmittelherstellung bildeten die Schwerpunkte der neuen Produktivität, die mit zunehmendem Wachstum die Wirtschaft in den achtziger Jahren wieder schwarze Zahlen schreiben ließ. Insbesondere Unternehmen, die im Bereich der neuen, innovativen Technologien tätig waren – etwa Schering in der Chemie und Pharmazie sowie Siemens & Halske und die neue Deutsche Edison-Gesellschaft, die spätere AEG – avancierten zu den Motoren des Wachstums. Selbstbewusst stellte die Wirtschaft auf den Gewerbeausstellungen 1879 in Moabit und 1896 in Treptow ihre Erfolge zur Schau.⁴⁰⁶ Berlin wuchs zum größten Wirtschaftszentrum des Deutschen Reiches.

Die zeitweise stürmische Entwicklung der Berliner Industrie und steigende Bevölkerungszahlen bewirkten den bis dahin wohl tiefgreifendsten Wandel der Stadtlandschaft. Außerhalb Berlins gelegene Städte und Dörfer gerieten in den Sog des Industrialisierungsprozesses und nicht wenige Unternehmen wanderten, wie Borsig, in die Vorstädte ab, wo teilweise ganze Fabriksiedlungen neu entstanden. Während diese Randwanderung der Industrie den Wirtschaftsraum Berlin vergrößerte, entstand im alten Zentrum eine neue „City“ mit Regierungsviertel, mit Niederlassungen von Banken und Versicherungen, von Presse und Verlagen, mit Handels- und Warenhäusern, Restaurants und Hotels.

Die Selbstblockade: Risse und Spaltungen

Politisch kam es in den Jahren vor und nach der Reichsgründung gleichfalls zu einem tiefen Wandel und neue Kräftekonstellationen formierten sich, die in ihrer Grundstruktur über zwei Generationen erhalten blieben. Bis in die Zeit der Reichsgründung hinein war die Idee der nationalen Einigung auch ein Ausdruck bürgerlicher Emanzipation gewesen. Freiheit und Einheit galten als die beiden Seiten derselben Medaille. Dem Bürgertum ging es, wie bei der 48er-Revolution, um zwei Ziele: die Erringung der nationalen Einheit einerseits und die Liberalisierung des Obrigkeitsstaates andererseits. War die Reichsgründung mit dem Sieg über Frankreich errungen, so misslang der Versuch des Bürgertums, dem Feudaladel die politische Führungsrolle abzunehmen.

Inzwischen hatten sich die traditionellen Kräfteverhältnisse schon weiter differenziert. Im Zuge der Industrialisierung und der Herausbildung der kapitalistischen Marktwirtschaft bildeten sich eine Vielzahl neuer Klassen und Schichten und brachten eine fundamentale Umwälzung der Lebensverhältnisse und -chancen. Eine Folge war bereits im Vormärz die Bildung zahlreicher Parteien und anderer Assoziationen, zum Teil quer zu den Standesunterschieden, als neue Interessenvertretungen.⁴⁰⁷

Hinter den Zusammenschlüssen stand nicht nur die Grundsatzforderung nach gleichberechtigter Teilhabe an der Gesellschaft, sondern nicht selten nach gesamtgesellschaftlicher Reform oder gar Umwälzung wie am deutlichsten bei den Kommunisten. Waren die politischen Aktivitäten nach der 48er-Revolution abgeklungen, kam es nach dem Amtsantritt des preußischen Königs Wilhelm I. 1858 zu einer kurzen liberalen neuen Ära. In den folgenden fünf Jahren lebten die demokratischen und liberalen Bestrebungen deutlich auf.

Die neuen Interessenvertretungen wurden rasch zur ernst zu nehmenden Kraft, von der sich die traditionellen Kräfte bedroht fühlten. Insbesondere bei der Reichsgründung waren die neuen politischen Kräfte so gut wie unberücksichtigt und spätestens 1878 brach die zumindest zeitweise geltende Verknüpfung von Einheit und Freiheit, durch die Art der Reichsgründung ohnehin fraglich geworden, auseinander. Unter dem Eindruck der Attentate auf den Kaiser 1878 kam es bei den Reichstagswahlen zu einem Rechtsruck und Bismarck gelang es, die Sozialistengesetze durchzusetzen, die die Sozialdemokratie für ein Dutzend Jahre stigmatisierte – ein Trauma, das Generationen nachwirkte und das innenpolitische Klima für lange Zeit vergiftete.

Berlin spiegelte die vielfältigen Kräftekonstellationen. Die zögerliche Haltung der traditionellen Eliten zeigte sich beispielsweise darin, dass die Errichtung repräsentativer Bauten für die neuen Reichsinstitutionen sehr langsam erfolgte. Zunächst wurde 1875/76 ein Palais aus dem 18. Jahrhundert zum Reichskanzleramt umgebaut, wo 1878 der Berliner Kongress⁴⁰⁸ stattfand, ein „letzter Abglanz einer Tradition, die bis 1648 und 1815 zurückreichte“.⁴⁰⁹ Später folgten das Reichsamt des Inneren, die Vertretungen der Fürsten und Städte und das Auswärtige Amt. Am langwierigsten zog sich der Neubau des Parlamentsgebäudes hin. Für ganze 23 Jahre war der Reichstag provisorisch untergebracht, bevor es im Dezember 1894 zur Einweihung des Baus von Paul Wallot kam. Der planmäßige Ausbau Berlins zur Reichshauptstadt folgte allerdings erst nach einem Generationswechsel, den der Herrschaftsantritt Kaiser Wilhelms II. 1888 und die zwei Jahre später folgende Entlassung Bismarcks symbolisierten.⁴¹⁰

Der Wirkungskreis des „offiziellen“ Berlin konzentrierte sich räumlich auf die alte Mitte zwischen Stadtschloss und Reichstag. Nur wenige Schritte weiter, am Alexanderplatz, oder im Prenzlauer Berg und im Wedding lebte ein ganz anderes Berlin. Dort hatte die Arbeiterbewegung ihre Hochburgen, während der neue Westen in Charlottenburg die Heimstatt des liberalen Bürgertums und zahlreicher Intellektueller bildete. Trotz aller Pressionen der herrschenden Eliten ließen sich gerade in Berlin die liberalen Ideen auf Dauer nicht unterdrücken. Sowohl die fortschrittlichen Parteien des Bürgertums als auch die Arbeiterbewegung hielten beharrlich an ihren Forderungen nach Liberalisierung fest. Dieser Grundkonflikt sowie die wachsenden sozialen Gegensätze in der expandierenden Stadt verschärften im Laufe der Jahre die politischen Auseinandersetzungen.

Zudem wuchs die Stadt gegen Ende des Jahrhunderts in einem bis dahin nicht gekannten Tempo. Lag die Bevölkerungszahl 1880 noch bei 1,1 Millionen, so stieg sie bis 1890 auf 1,5 Millionen und überschritt 1905 die 2-Millionen-Grenze, während im Großraum Berlin fast schon drei Millionen Menschen lebten. Nach London, wo 4,6 Millionen (im Großraum 6,6 Millionen) Menschen wohnten, New York City mit 3,4 Millionen und Paris mit 2,7 Millionen (im Großraum 4,7 Millionen) Einwohnern, lag Berlin auf Platz 4 der Welt-Metropolen. Der Stadtregierung gelang es nur begrenzt, auf die neuen Herausforderungen angemessene Antworten zu finden und politisch durchzusetzen. Ihre Befugnisse blieben vergleichsweise gering und waren abhängig von der Rolle Berlins als Reichshauptstadt. So durfte die Stadt beispielsweise erst ab 1876 über Erneuerung und Ausbau von Straßen, Plätzen und Brücken selbst entscheiden. Die königlichen Schlösser und Anlagen sowie andere Vorhaben, etwa

die Errichtung von Verkehrsbauten und Denkmälern, blieben davon weiterhin ausgenommen und bedurften der monarchischen Genehmigung. 1881 wurde Berlin schließlich aus dem Regierungsbezirk Potsdam herausgelöst und zu einem eigenständigen Stadtkreis erhoben. Der Polizeipräsident und der brandenburgische Oberpräsident konnten allerdings wie bisher weiter in die Stadtpolitik hineinregieren.

Diese Bändigung Berlins spiegelt das Verhältnis der Eliten zur Reichshauptstadt: Nach wie vor misstrauten sie der Schritt für Schritt erstarkenden Hochburg der Arbeiterbewegung und sahen Berlin lieber an einer kurzen Leine denn als handlungsstarke Kommune. So sollte die Errichtung des neuen Berliner Rathauses, dessen 97 Meter hoher Turm das Stadtschloss deutlich überragte, städtisches Selbstbewusstsein signalisieren. Das war allerdings eher Wunschtraum denn Wirklichkeit.⁴¹¹

Unbegründet waren die Befürchtungen der Herrschenden nicht, wie die Wahlergebnisse zum Reichstag zeigten. Bereits 1877 konnte die SPD 40 Prozent der Stimmen und zwei der sechs Berliner Reichstagsmandate erringen, und trotz der Sozialistengesetze steigerte sie ihren Stimmenanteil auf 159.000 im Jahr 1890.

Unter dem Gegensatz der sich gegen die Ansprüche der Arbeiterbewegung und des Liberalismus abschottenden traditionellen Eliten auf der einen Seite und dem eher nach Anerkennung und Gleichberechtigung denn nach Revolution strebenden Gegeneliten auf der anderen Seite blieben Fortschritte in der Stadtentwicklung keine leichte Angelegenheit. Strukturell begrenzt und gebündelt blieben Fortschritte vielfach abhängig vom individuellen Engagement. So ist es kein Zufall, dass eine Reihe der großen Modernisierungen auf die Beharrlichkeit von Einzelpersonen zurückgehen. Beispielsweise verdankt die Stadt dem Arzt und Kommunalpolitiker Rudolf Virchow, dem Stadtbaurat James Hobrecht und dem Stadtrat Carl Arnold Marggraff den Bau einer modernen Kanalisation, durch die endlich die tiefen offenen Rinnsteingräben der Innenstadt verschwanden.

Als besonders mühevoll und zäh erwies sich die Zusammenarbeit der verschiedenen Kommunen im wirtschaftlich längst eine Einheit bildenden Großraum Berlin. Bereits seit den siebziger Jahren erwog man eine Zusammenarbeit der verschiedenen Städte und Dörfer, die jedoch immer wieder an den Widerständen jener scheiterte, die ihre Selbständigkeit teilweise oder ganz aufgeben sollten. Zudem misstrauten die vergleichsweise gut situierten Städte dem „roten“ Berlin. Immerhin kam es am 1. April 1912 zur formellen Gründung des Zweckverbands Groß-Berlin, dem Berlin selbst, sechs Nachbarstädte und zwei Landkreise angehörten, der aber nur über eng begrenzte Kompetenzen (Verkehr, Bebauungspläne, Grünflächen) verfügte.⁴¹²

Wie tief die Brüche in der Gesellschaft waren, zeigt ein Beispiel aus der Kunst. Als am 5. November 1892 der norwegische Maler Edvard Munch zum ersten Mal in Berlin seine Bilder ausstellte, kam es zu einem handfesten Skandal.⁴¹³ In der in Fragen der Kunst ohnehin konservativen Reichshauptstadt dominierte die akademische Malerei im Stil Anton von Werners. „Patriotischer Naturalismus“ war ihr Credo, nach dem sie „historische Wahrheit“ anstrebte mit der Absicht, Preußens Glanz und Gloria als leuchtendes Vorbild für das aufstrebende Reich auf die Leinwand zu bannen. Vor diesem Hintergrund provozierten die freien, expressiven Pinselstriche Munchs das Establishment in für es empörender Weise und auf Einfluss des Präsidenten der Preußischen Akademie der Künste, von Werner, wurde die Ausstellung nach einer Woche wieder geschlossen.

Der Skandal hatte Folgen: Als Walter Leistikows expressionistisches Bild „Grunewald“ 1898 für die „Große Berliner Kunstausstellung“ abgelehnt wurde, kam es in der Kunstbewegung erneut zum Eklat und zur Spaltung. Progressive Künstler wie Lovis Corinth, Walter Leistikow, Max Liebermann und andere gründeten die „Berliner Secession“⁴¹⁴, die im Jahr darauf ihre eigene Ausstellung veranstaltete: die „Erste Deutsche Kunstausstellung der Berliner Secession“, die in den folgenden Jahren zu einer der einflussreichsten Künstlervereinigungen in Deutschland avancierte. Das Beispiel zeigt, welche Kräfte auf welche Art in Deutschland, speziell in Berlin miteinander rangen, und wo die Konfliktlinien verliefen.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges standen sich in Berlin die beiden innenpolitisch dominierenden Strömungen unversöhnt gegenüber. Zwar war die Sozialdemokratie über Jahrzehnte stärker geworden und die Herrschenden hatten diesen Umstand widerwillig akzeptiert, sich einige Zugeständnisse abringen lassen, aber eine auch nur annähernd den wirklichen Kräfteverhältnissen entsprechende Einbeziehung in die Politik gab es nicht. Die deutsche Gesellschaft blieb gespalten, und Berlin war der Hauptschauplatz, auf dem sich die beiden Flügel gegenüberstanden – und gegenseitig blockierten:

Auf der einen Seite entstand eine dynamische, fortschrittliche Gesellschaft, zweifellos „ein Muster an Modernität“.⁴¹⁵

Auf der anderen Seite litt das Reich „unter den spannungsreichen Widersprüchen, die durch die Vorherrschaft seiner traditionellen Machteliten, durch die Obrigkeitspolitik und Untertanenmentalität, durch das erstarrende politische Ordnungsgefüge hervorgerufen wurden“.⁴¹⁶

In den gut vier Jahrzehnten seit der Reichsgründung hatte Berlin erneut seine Rolle gefunden. Ungeliebt und nur zögerlich von der offiziellen Politik sowie den anderen

Regionen des Reichs akzeptiert, hatte sich Berlin als Hauptstadt etabliert. Zugleich hatte der Gegensatz zwischen den beharrenden und den liberalen Kräften seine institutionelle Ausprägung gefunden. Waren die Reichseinrichtungen fest in der Hand der alten Kräfte, so dominierte das liberale Bürgertum die städtische Politik.⁴¹⁷ Am Ende des 19. Jahrhunderts bot die zum Bannerträger des Liberalismus avancierte Stadt den alten Eliten die Stirn und erstrebte gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Befreiung Deutschlands aus dem autoritär verfassten Gehäuse des Wilhelmus. Die innenpolitische Blockierung der Gesellschaft⁴¹⁸ und die außenpolitische Isolation⁴¹⁹, in die sich Deutschland hineinmanövriert hatte, brachten Anfang des 20. Jahrhunderts eine von den meisten Handelnden als ausweglos empfundene Situation. Am Ende setzten die maßgeblichen deutschen Eliten 1914 auf eine „militärische Lösung“, die alle Probleme wie einen gordischen Knoten durchschlagen sollte – und halfen damit, einen Krieg vom Zaun zu brechen, der alle bis dahin bekannten Erfahrungen in den Schatten stellte.⁴²⁰



7. Bollwerk der ungewollten Demokratie und Experimentierfeld der Moderne: Berlin als Kampfplatz einer zersplitterten Gesellschaft

Die Revolution: Angst vor dem Chaos

Der 28. September 1918 ist als historisches Datum kaum im Bewusstsein verankert. Dennoch vollzog sich an jenem Sonntag in der Reichshauptstadt einer der tiefgreifendsten Umbrüche der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, mit langfristigen Folgen für Berlin ebenso wie für das ganze Land.⁴²¹

Im Frühjahr 1918 wussten allenfalls eine Hand voll Leute, wie es wirklich um die Aussichten im Krieg stand. Die Oberste Heeresleitung (OHL) hatte es mit ihrem Informationsmonopol geschickt verstanden, die Entscheidungskompetenzen so zu bündeln, dass ihre Machtfülle einer Militärdiktatur nahe kam. Aber im Sommer und Herbst entwickelte sich die Situation an der Front so kritisch, dass die Illusion vom gewonnenen, zumindest nicht verlorenen Krieg endgültig nicht mehr zu halten war. In einer Nacht- und Nebelaktion stellte der seit 1916 neben Hindenburg mit der militärischen Gesamtleitung des Krieges beauftragte General Erich Ludendorff, dem dies aufgrund seiner Stellung keineswegs zukam, in Berlin jene Weichen, die die Monarchie endgültig zusammenbrechen ließen. Zwei Beweggründe standen im Zentrum seiner „Revolution von oben“: die Rettung der Armee und die Rettung ihrer Ehre. Um die Existenz der Truppe zu sichern, musste es einen Waffenstillstand geben; um die Ehre des Militärs zu retten, durfte das Gesuch nicht von der Armee ausgehen.

Im Nachhinein war das Kalkül Ludendorffs leicht zu durchschauen: Die für den Krieg verantwortlichen Kräfte wollten den später zur „Dolchstoßlegende“ verbrämten Makel der Niederlage der neuen Demokratie wie ein Schlangenei in den Schoß legen, öffentlich eine Zeit lang nicht allzu sehr in Erscheinung treten, um danach umso bessere Chancen zu haben, ihre Interessen durchzusetzen. Unter diesen Vorzeichen kam es Ende September in Berlin zu einer Reihe von Gesprächen, die in den folgenden Tagen und Wochen zur Errichtung der ersten deutschen Republik führten.⁴²²

Das Kriegsende und die Niederlage trafen die Menschen wie ein Schock. Schon während des Krieges war die Versorgung der Metropole immer schwieriger geworden. Im „Kohlrübenwinter“ 1916/17 sanken in der Hauptstadt die wöchentlichen Lebensmittelzuteilungen pro Person auf ein Ei, 20 Gramm Butter und 70–80 Gramm Fleisch; Heizung, Gas und Strom, Kleidung und andere Versorgungsgüter

waren rationiert. Hunger und Kriegsmüdigkeit brachten im April 1917 und im Januar 1918 eine Reihe wütender Streiks. Der politische Umbruch fiel in eine Situation höchsten Unmuts und öffentlicher Erregung. Als Preis für die Regierungsübernahme sollte die Reichstagsmehrheit aus Fortschrittspartei, Zentrum und SPD die Friedensverhandlungen führen. Sie ging darauf ein. So erfuhr die verblüffte Öffentlichkeit, dass ein neues Kabinett mit Prinz Max von Baden als Kanzler und der SPD als maßgeblicher Kraft am 3. Oktober übernommen hatte. Gleichzeitig wurde öffentlich, dass die erste Amtshandlung der neuen Regierung ein Waffenstillstandsgesuch an die amerikanische Regierung gerichtet hatte. Die mit den Oktober-Reformen eingeleitete Parlamentarisierung Deutschlands hatte drei politische Väter: „erstens die OHL, zweitens den amerikanischen Präsidenten Wilson, drittens die Mehrheitsparteien des Reichstages“.⁴²³

Während sich die Verhandlungen der neuen Regierung hinzogen und in Österreich am 21. Oktober 1918 die Revolution ausbrach, offenbarte sich allmählich das Desaster, das der Weltkrieg hinterlassen hatte: Mehr als neun Millionen Menschen waren gestorben: im Durchschnitt einer von acht bei insgesamt 65,8 Millionen am Kampf beteiligten Soldaten. 15 Millionen Kriegsverletzte mit dauerhaften Schäden kamen zurück in ihre Heimatländer, allein 2,7 Millionen nach Deutschland, und fanden sich kaum noch im Leben zurecht – eine verlorene Generation.⁴²⁴

In der Heimat war der Krieg ein ferner, abstrakter Schrecken geblieben, nicht einmal die Toten waren zurückgekommen – sie lagen an der einstigen Ostfront oder in den Schlachtfeldern von Verdun.⁴²⁵ Gemeinsam war den zurückgekehrten Soldaten und den Menschen zuhause das Gefühl einer fundamentalen „Umwertung aller Werte“.⁴²⁶ In dieser Situation braute sich in Berlin ein explosives Stimmungsgemisch aus Friedenssehnsucht, Enttäuschung, Vertrauenskrise und Ungeduld zusammen. Auch einige Verschwörer verständigten sich in dieser unübersichtlichen Situation in der Hauptstadt – und nur dort – auf revolutionäre Aktionen für Anfang November. Doch nicht in Berlin, sondern von Norddeutschland her griff die Revolution auf das Land über. Als die Marineleitung einen „letzten Einsatz aller Kräfte“ forderte, meuterten am 3./4. November in Kiel die Matrosen. Binnen Tagen ergriff ihr Aufstand das gesamte Land. Am 5. November erreichten die Unruhen Lübeck, am 6. Hamburg und Bremen, am 7. Hannover und Köln und am Tag darauf gab es keine größere Stadt, in der sich die „Revolution von unten“ nicht durchgesetzt hatte.

Allgemeine Verwunderung war das Hauptkennzeichen jener Tage – die Herrschenden registrierten ihre plötzliche Machtlosigkeit ebenso verblüfft, wie die Aufständigen

schen ihre plötzliche Macht. Erstaunt waren Betroffene wie Handelnde zudem über den Verlauf der Revolution: Sie war nicht nur erstaunlich gewaltarm und nahezu ohne Blutvergießen verlaufen, sondern sie hatte das Land vom Rand her ergriffen. Die Ratlosigkeit einte weite Kreise der politischen Eliten und Gegeneliten in Berlin und in einem einzigen Punkt fielen ihre Interessen zusammen: im Kampf gegen die Revolution. Militärführung, Reichsregierung und Parteiführung der SPD verband das Ziel, wiewohl mit unterschiedlichen Motiven und Hoffnungen, die Revolution einzudämmen, zu ersticken und Chaos oder das, was sie darunter verstanden, zu verhindern.

Die Hauptstadt war einer der letzten Orte, an denen sich die Revolution durchsetzte. Erst am 9. November verweigerte die Armee den Gehorsam, schloss sich dem Generalstreik an oder verhielt sich neutral.⁴²⁷ Damit verlor der Kaiser sein letztes Machtinstrument und es blieb ihm nichts als die Abdankung. Zur gleichen Zeit trat der überforderte Prinz Max von Baden als Kanzler zurück und übertrug die Kanzlerschaft an den Sozialdemokraten Friedrich Ebert – ein staatsrechtlich ebenso ungeheuerlicher Vorgang wie zuvor Ludendorffs Staatsstreich, denn der Prinz war dazu keineswegs legitimiert. Aber in jenen Stunden spielte das keine Rolle mehr. Um die zum Reichstagsgebäude strömenden Arbeiter und Soldaten zu beruhigen, rief Philipp Scheidemann (SPD) von einem Balkon des Wallot-Baus in der Mittagszeit die „Deutsche Republik“ aus, was formal ebenso belanglos war, wie Karl Liebknechts (Spartakusbund) Proklamation der „Freien Sozialistischen Republik“ am Nachmittag vom Portal IV des Stadtschlusses.⁴²⁸ Politisch hingegen waren beide Proklamationen von erheblicher Bedeutung. Sie entsprachen dem allgemeinen Bewusstsein, wurden begriffen als Symbol und brachten die Ungeheuerlichkeit des Wandels auf den Punkt: Die seelenlose Hülle der Monarchie war kraft- und haltlos in sich zusammengesackt, die Revolution hatte gesiegt.

Schon am folgenden Tag fiel in Berlin eine Vorentscheidung über die Zukunft der Revolution. Ebert und große Teile der SPD, vom Aufstand ebenso überrumpelt wie die Revolutionäre um Liebknecht selbst, wollten eine möglichst rasche Rückkehr zu geordneten Verhältnissen. In einer turbulenten Versammlung im Zirkus Busch fiel am Abend vor 2.000–3.000 Menschen der Beschluss zur paritätischen Zusammensetzung eines „Rats der Volksbeauftragten“ als provisorischer Regierung. Damit hatte die Revolution, ohne es zu wissen, ihren Stunden zuvor errungenen Sieg praktisch wieder aus der Hand gegeben. Denn auf den ersten Blick schien die SPD ein durchaus glaubwürdiger Anwalt des Umsturzes zu sein – in ihren Worten blieben Ebert, Scheidemann und Wels Revolutionäre –, in ihren Handlungen jedoch

erwiesen sie sich als Gegenrevolutionäre. So war eine Regierung etabliert, die kaum arbeitsfähig sein konnte.

Die Republik: eine zerrissene Gesellschaft

Selbst in der Rückschau schwer zu verstehen sind die Ziele der Revolution – worum ging es? Nicht wenige Historiker sehen im Mittelpunkt den Kampf zwischen Räterediktatur und parlamentarischer Demokratie. Diese Vereinfachung wird den Berliner Novembertagen aber nicht gerecht. So sehr sich Parallelen zur russischen Oktoberrevolution aufdrängten, das entscheidende Element für einen Umsturz nach sowjetischem Muster fehlte: Bis Ende 1918 gab es keine und danach nur eine schwache, vorerst nicht diktaturfähige, bolschewistische Partei, das unentbehrliche Instrument einer Herrschaft nach Lenins Vorbild. Zudem waren die Wahlen zur Nationalversammlung kein ernster Streitgegenstand. Umstritten war lediglich der Termin, den die Revolutionäre in möglichst weite Ferne gerückt sehen wollten, um Zeit zu gewinnen. Ende November einigte man sich auf den 16. Februar 1919 als Wahltermin, der dann aber – paradoxerweise – auf Drängen des Reichsrätekongresses, dem höchsten Revolutionsorgan, auf den 19. Januar 1919 vorverlegt wurde. Ein unsinniges Vorgehen, hätten sie eine Diktatur zu diesem Zeitpunkt ernsthaft geplant.

Der Konflikt innerhalb der zersplitterten Linken bestand in jenen Tagen eben nicht in der Alternative Demokratie contra Sowjetdiktatur, sondern es ging um die Gestaltung des Umbruchs und die Richtung der künftigen Politik. Hier lagen die entscheidenden Unterschiede. Denn während auf den Straßen und in den Machtzentren Berlins der politische Kampf tobte, blieben weite Teile des alten Systems von den Umwälzungen unberührt und man stritt darüber, wie tief der Neuanfang greifen sollte. Vorerst änderte sich wenig: In den Ämtern und Gerichten, in den Polizeipräsidiolen und beim Militär – dort saß die wirkliche Macht und wahrte Kontinuität.⁴²⁹

Auch in der Kommunalpolitik ließ sich dieses Muster beobachten. Berlins Oberbürgermeister, Adolf Wermuth, ein anpassungsfähiger, parteiloser Berufsbeamter, 1912 zum Nachfolger des verstorbenen Martin Kirschner gewählt, blieb bis 1920 im Amt.⁴³⁰ Er verknüpfte geschickt den administrativen Übergang vom Kaiserreich zur Republik. Wermuth war allerdings eine Ausnahme. Obgleich alles andere als ein Linker, wählten ihn die Stadtverordneten gegen die Stimmen des bürgerlichen Lagers zum Oberbürgermeister. Üblicherweise lief der Konflikt andersherum: Wollten die Revolutionäre einen weit reichenden Austausch vornehmen, den alten Staat und die alte Gesellschaft, verkörpert durch Bürokratie und Offizierskorps, schon

deshalb grundlegend verändern, weil sie deren Rache fürchteten, so trachteten der vom Kaiserreich geprägte Ebert und die SPD danach, mit ihnen zu regieren.

Die Unlösbarkeit des Konflikts um die Ziele der Politik, zu dem die seit fast zwei Generationen dauernde Sprachlosigkeit zwischen den Schichten erheblich beigetragen hatte, mündete schließlich in einen Bürgerkrieg. Gegen Ende des Jahres zersplitterte die in sich zerstrittene Linke. Die Vertreter der USPD, die sich 1916/17 von der SPD abgespalten hatte, verließen den „Rat der Volksbeauftragten“, der sich nunmehr ausschließlich aus SPD-Vertretern zusammensetzte und zur Reichsregierung erklärte. Am 30. Dezember 1918 trennte sich zudem die radikale Spartakusgruppe von der USPD und konstituierte sich am Tag darauf als Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Die Kräfte auf der Linken spalteten sich auf und blockierten sich gegenseitig, die Revolution schien endgültig zerschlagen.

Stattdessen kam es am 5. Januar 1919 wegen eines vergleichsweise nichtigen Anlasses – der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn, USPD, war vom preußischen Innenministerium entlassen worden – zu einer der größten Kundgebungen, die die Reichshauptstadt je gesehen hat. Hunderttausende, zum Teil bewaffnet, zogen zum Alexanderplatz, waren entschlossen zu handeln und forderten: „Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!“ Die Armee aber folgte dem Aufruf nicht, sie diskutierte, schwankte, verhielt sich noch neutral. Gustav Noske, eben erst zum Leiter des Militärressorts der Regierung und zum Oberbefehlshaber ernannt, ließ dann vom 9.–12. Januar auf Eberts Befehl den „Spartakusaufstand“ zusammenschießen, und am Abend des 15. Januar ermordeten Angehörige der „Garde-Kavallerie-Schützendivision“ Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.⁴³¹

Vier Tage später brachte die Wahl zur Nationalversammlung der alten Reichstagsmehrheit einen überzeugenden Sieg. Drei Viertel der abgegebenen Stimmen entfielen auf die künftige „Weimarer Koalition“ (SPD 37,9 %, Zentrum 19,7 %, DDP 18,6 %⁴³²), das schien eine solide Basis für die Stabilisierung einer Demokratie. Aber was für eine Demokratie?

Mit der Wahl zur Nationalversammlung waren für die SPD die Arbeiter- und Soldatenräte überflüssig geworden. Deren Vertrauen in die Sozialdemokratie wiederum war durch die Ereignisse der letzten Wochen schwer erschüttert, und sie dachten nicht daran, sich selbst aufzulösen. Der Streit um die Gestaltung des Neuanfangs eskalierte nun in jenem blutigen Bürgerkrieg, der sich bis Mai 1919, in einigen Regionen bis in den Hochsommer hinzog. Tausende von Menschen kamen um. Das Erbe war eine tief gespaltene, ja zersplitterte Gesellschaft und eine Bitterkeit, die vor allem die Beziehungen innerhalb der Linken irreparabel vergiftete.

Berlin war nicht der einzige, aber der entscheidende Schauplatz, auf dem die für Deutschland wegweisenden Entscheidungen fielen. Zeitweise war die Situation in der Hauptstadt so unsicher, dass die Nationalversammlung nach Weimar auswich und die Reichsregierung im März 1920 vor dem rechtsradikalen Putschversuch des konservativen Politikers Wolfgang Kapp erst nach Dresden, dann nach Stuttgart fliehen musste.⁴³³ Doch der passive Widerstand der Beamtenschaft und der Generalstreik der Berliner Arbeiterschaft ließen den Putsch rasch zusammenbrechen und retteten die Republik.

Die Stadt: eine moderne Struktur

Die Berliner Kommunalpolitik stand während dieser Zeit völlig im Schatten des Machtkampfes um die Zukunft der Republik.⁴³⁴ Dennoch fielen wichtige Entscheidungen. Nach zähen Verhandlungen stimmte die preußische Landesversammlung am 27. April 1920 über das Groß-Berlin-Gesetz ab, das eher einen schwierigen Kompromiss als eine Lösung aus einem Guss darstellte. Rechnerisch hatte die von SPD, DDP und Zentrum getragene Regierung mit 305 Stimmen bei 402 Abgeordneten eine mehr als deutliche Mehrheit. Dennoch stimmten lediglich 165 Abgeordnete für das Gesetz, 148 votierten dagegen. Der Grund dafür war die tiefe Zerstrittenheit über den Plan der Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Bei den Demokraten hielten sich Befürworter und Gegner in etwa die Waage, ein großer Teil der Bürgerlichen lehnten das Gesetz ebenso ab, wie eine Reihe von Randgemeinden, die fürchteten, in der großen Kommune unterzugehen. So kam es nur deshalb zur Annahme des Gesetzes, weil die USPD geschlossen mit der SPD für Groß-Berlin stimmte.⁴³⁵ Oberbürgermeister Wermuth, der SPD und der USPD gebührt das entscheidende Verdienst bei der Schaffung des modernen Berlin.

Am 1. Oktober trat das Gesetz in Kraft. Für das neue Gemeinwesen mit seinen 20 Bezirken bürgerte sich bald die Bezeichnung Groß-Berlin ein. In diesem neuen Stadtgebiet von 878 km² Größe lebten nun 3,858 Millionen Menschen. Mit der Etablierung Groß-Berlins holte die Politik eine Entwicklung nach, die auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet längst vollzogen war. Innerhalb kurzer Zeit kam es zu einem beachtlichen Modernisierungsschub: Die Versorgungsbetriebe wurden in großen kommunalen Gesellschaften zusammengefasst, die Stadtplanung und die Architektur erlebten eine Blütezeit und die Infrastruktur – nicht zuletzt vorangetrieben durch den Verkehrsstadtrat Ernst Reuter – wurde modellhaft ausgebaut.⁴³⁶ Zudem gelang es, einen innerstädtischen Finanzausgleich durchzusetzen und die Chancengleichheit zwischen den gut situierten und den sozial schwachen

Gebieten zu erhöhen – eine der großen Leistungen in der Weimarer Zeit. Verantwortlich für die Ausfüllung des Groß-Berlin-Gesetzes war im Wesentlichen Gustav Böß. Nach Wermuths Rücktritt im November 1920 wurde der bisherige Stadtkämmerer Böß, ein liberal-demokratischer Pragmatiker, am 20. Januar 1921 zum neuen Oberbürgermeister gewählt.⁴³⁷

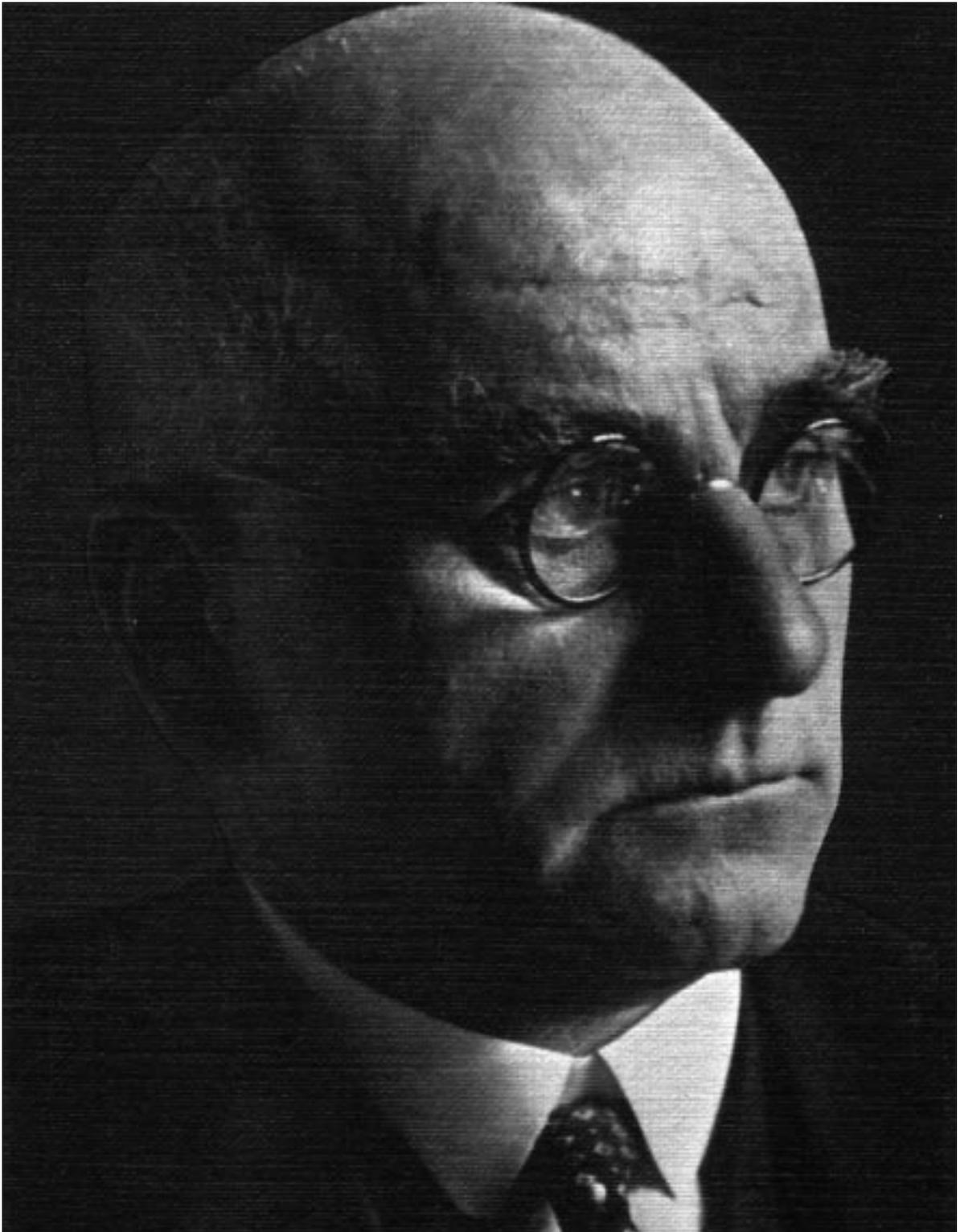
Der Aufbruch: Exerzierfeld der Moderne

Üblicherweise wird die Weimarer Republik von ihrem Ende her diskutiert.⁴³⁸ Angesichts der widersprüchlichen Kompromissstruktur Weimars, die die Demokratie eher als Notlösung denn als Ausweg aus dem zusammengebrochenen Kaiserreich erscheinen ließ,⁴³⁹ war das eigentlich Erstaunliche jedoch nicht das Scheitern der Republik, sondern die Tatsache, dass sie das Jahr 1923⁴⁴⁰ erreichte und überstand: Schon 1922 war das Reich mit den nach dem Krieg verhängten Reparationen in Rückstand geraten. Am 11. Januar 1923 besetzten daraufhin französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, Eisenbahnen, Steuern und Zölle wurden beschlagnahmt. Die deutsche Regierung rief zum passiven Widerstand auf, der jedoch nicht lange durchgehalten werden konnte. Die enormen Kosten und der Produktionsausfall beschleunigten die Inflation und rissen weite Teile des Mittelstandes wirtschaftlich in den Abgrund. Während sich im Rheinland zusätzlich separatistische Tendenzen artikulierten und die Inflation regelrecht explodierte, riskierte der „Führer“ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) einen Putsch. Das dilettantische Vorhaben scheiterte, blieb aber eine nachhaltige Warnung, dass radikale Kräfte bei günstiger Gelegenheit nicht zögern würden, die Republik zu beseitigen.

Nach Überwindung der Inflation kam es zur immerhin ein gutes Jahrfünft dauernden Stabilisierung der Republik, den zum Mythos verklärten „Goldenen Zwanzigern“, die jedoch nur für wenige Menschen wirklich „golden“ waren. Neben den außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Ursachen für die Stabilisierung der Republik Mitte der zwanziger Jahre gibt es einen Grund, von dem Berlin profitierte und der im ersten Moment paradox klingt: Preußen. Ausgerechnet das als reaktionär und verkrustet verschriene Preußen hatte sich innerhalb weniger Jahre zum überzeugendsten Anwalt der Demokratie gewandelt. Wesentliche Verantwortung dafür

Preußens demokratische Sendung

Der heute fast vergessene "rote Zar" Otto Braun war in den zwanziger Jahren einer der bekanntesten und populärsten Politiker. 1872 geboren, wurde er 1920 preußischer Ministerpräsident. Unter seiner Regierung war Preußen eines der wenigen Reichsländer, in dem die neue Demokratie ernsthaft umgesetzt und verankert wurde. Es ist keine gewagte Spekulation zu behaupten, dass die Weimarer Republik ohne das "Bollwerk Preußen" kaum hätte so lange existieren können. Preußen stand in diesen Jahren für demokratische Stabilität und Kontinuität. Den Konservativen und den Nationalsozialisten war Braun stets ein Dorn im Auge. 1932 wurde er durch eine Notverordnung abgesetzt. Braun ging ins Exil, wo er 1955 starb.



trug der Sozialdemokrat Otto Braun, der (mit zwei kurzen Unterbrechungen) von 1920 bis zum Putsch 1932 das mit Abstand größte Reichsland regierte. In keinem anderen Land griff die Regierung nach dem Krieg so tief in die Personal- und Verwaltungsstrukturen ein und setzte so weit reichende demokratische Reformen durch wie hier. Von „Preußens demokratischer Sendung“ zu sprechen, hat seine Berechtigung.⁴⁴¹

Berlin, wo die preußische Regierung residierte, avancierte zum Zentrum des demokratischen Bollwerks und angesichts der relativen Stabilisierung ab 1924 schien es zeitweise so, als könne der Weimarer Koalition auch eine tragfähige gesellschaftliche Basis nachwachsen.⁴⁴² Noch im Rückblick bleibt es eine atemberaubende Spekulation, darüber nachzudenken, welchen Weg die erste deutsche Republik hätte nehmen können, wenn die SPD 1928 den charismatischen und populären „roten Zaren“ Braun und nicht den eher farblosen Hermann Müller zum Kanzler nominiert hätte. Braun jedoch ließ seinem Parteifreund den Vortritt und setzte auf demokratische Stabilität und Kontinuität in Preußen und Berlin.⁴⁴³

Die Spielräume der Hauptstadt selbst waren begrenzt, Berlin blieb eine gebändigte Metropole. Die Magistratsverfassung, eine Kombination des allgemeinen Wahlrechts und herausgehobener Staatsobrigkeit, war auch nach 1918/19 noch dem Modell des Konstitutionalismus der Bismarckzeit verhaftet und bildete in der Weimarer Demokratie eigentlich einen Fremdkörper. Zudem unterstand Berlin der Aufsicht des Oberpräsidenten von Brandenburg. Eine höchst undemokratische Knebelung. Der Oberpräsident hatte beispielsweise das Recht, jeden Wahlakt der Stadtverordnetenversammlung zu bestätigen. Die Liste entsprechender Eingriffe ist lang und die Nichtbestätigung des 1920 für das gesamte Berliner Schulwesen gewählten Reformpädagogen Kurt Löwenstein ist nur eines der spektakulärsten Beispiele.⁴⁴⁴

Berlin und Preußen, politisch hart umkämpft, standen für Aufbruch und Reform – und waren der Rechten stets ein Dorn im Auge. Ein zweiter, gleichfalls mit Berlin eng verknüpfter Bereich brachte einen weiteren fundamentalen Aufbruch: in der Kunst, deutlich sichtbar etwa in der bildenden Kunst. Hier war die Gründung der Sezession Ende des 19. Jahrhunderts eine Initialzündung gewesen.⁴⁴⁵ Das bislang zweitrangige Berlin avancierte zu einem der bedeutendsten europäischen Zentren zeitgenössischer Kunst. Doch bald geriet die Sezession in die Defensive durch neue Bewegungen wie den Expressionismus. 1905 entstand in Dresden die Künstlergruppe „Die Brücke“ mit Erich Heckel, Ernst Ludwig Kirchner, Karl Schmidt-Rottluff und anderen; 1911 in München „Der Blaue Reiter“ mit Wassily

Kandinsky, Franz Marc, Gabriele Münther und Paul Klee. Der radikale Bruch dieser Künstlervereinigungen mit den an den Akademien gelehrt Traditionen wurde vorerst nur von wenigen Museen wahrgenommen.

Die Ablehnung der Moderne dominierte auch in Berlin. Hier bestimmte nach wie vor der Geschmack des Kaisers Wilhelm II. das offizielle Kunstleben, die Museen kauften Werke der neuen Richtung weder an noch stellten sie sie aus. Mit der Abdankung des Kaisers änderte sich die Situation. Der Direktor der Nationalgalerie, Ludwig Justi, stellte sich nun an die Spitze der Förderung der neuen Kunstrichtungen. Noch im Krieg hatte er in einer Art Wiedergutmachung 1917 sein Haus den Sezessionisten geöffnet und Liebermann einen Ausstellungssaal gewidmet. Nach Kriegsende übernahm Justi das nun frei gewordene Kronprinzenpalais, richtete dort als Abteilung der Nationalgalerie das erste Museum für zeitgenössische deutsche und europäische Kunst ein und zeigte die Avantgarde: Werke der „Brücke“ und des „Blauen Reiters“, später Arbeiten von Vertretern des „Bauhauses“, französische und deutsche Impressionisten und andere Richtungen. Als erster ehrte Justi die Leistungen von Künstlern durch große Einzelausstellungen. Die Präsentation der Werke von Kirchner, Marc, Pechstein, Modersohn, Klee und vor allem von Vincent van Gogh erregte großes Aufsehen.

Neben den Ausstellungen entstand, unterstützt vom neu gegründeten „Verein der Freunde der Nationalgalerie“ – ebenfalls eine wegweisende Neuerung – durch Ankäufe eine der umfassendsten und wertvollsten Sammlungen zeitgenössischer Kunst. Das neue Museum entwickelte sich zu einem der weltweit führenden Häuser für zeitgenössische Kunst und spielte eine entscheidende Rolle bei deren Durchsetzung.

Das Publikum strömte in Massen in das Haus Unter den Linden und vor allem an den Wochenenden war das Museum oft überfüllt. Aber der befreiende Aufbruch erntete keineswegs nur Zustimmung. In den Kunstinstitutionen und in der Presse stets umstritten, gewannen die Auseinandersetzungen an Schärfe und Radikalität, selbst Handgreiflichkeiten blieben nicht aus. Als der Kunstkritiker Carl Einstein am 15. April 1926 eine Ausstellung primitiver Kunst in der Berliner Galerie Flechtheim am Lützowufer vorbereitete, betrat der Bildhauer Ernesto de Fiori die Räume. In seinem soeben publizierten Werk „Die Kunst des 20. Jahrhunderts“ hatte sich Einstein kritisch über Fiori geäußert. Es kam zu einem Wortwechsel und dann „schlug Fiori seinem Kritiker den schweren, immerhin 576 Seiten starken Band der Propy-

len-Kunstgeschichte auf den Kopf“.⁴⁴⁶ Der Fall zeigt die Erregung und die Absolutheit der Haltungen, mit der die Auseinandersetzungen geführt wurden, er spiegelt die Zerrissenheit einer gespaltenen Gesellschaft.⁴⁴⁷

Ähnliche Verhaltensmuster gab es auch in den anderen Sparten, im Theater etwa, wo Leopold Jessner neuer künstlerischer Direktor des Preußischen Staatstheaters am Gendarmenmarkt wurde und mit seinen expressionistischen Inszenierungen ästhetisch-inhaltlich, aber auch politisch-aktuell Stellung bezog. Sein „Wilhelm Tell“ von 1919 beispielsweise, den er als aktuelles, radikales politisches Plädoyer inszenierte, polarisierte und wurde zum großen Skandal. Das war ein ganz anderes Theater als die opulenten Reinhardt-Bühnen mit „ihren sinnlichen Raffinessen, ihrer kulinarischen Pracht und künstlerischen Potenz“.⁴⁴⁸

Aufbruch und Beharrung standen in der Kultur unvermittelt nebeneinander. Das Ende des Krieges und der Wegfall der Beschränkungen der Monarchie, etwa der Zensur, waren eine Befreiung und ermöglichten einen in dieser Dimension kaum zu erwartenden Aufbruch. Berlin wirkte wie ein Magnet und war der mit Abstand bedeutendste kulturelle Mittelpunkt der Weimarer Republik. Hier wurden die neuen Ansätze erprobt und ausgelebt, an keinem anderen Ort war die Vielfalt der kulturellen Konzepte so groß und ihre Qualität so hoch und nirgendwo wurden die Auseinandersetzungen so erregt und intensiv geführt. Einzelne Werke entstanden an verschiedenen Orten in ganz Deutschland, erprobt und diskutiert, durchgesetzt oder verworfen wurden sie in Berlin.

Die Atempause: goldene Jahre

In der Wirtschaft spielte Berlin eine ähnlich dominierende Rolle. Das war angesichts der Vorgeschichte und der Rahmenbedingungen eine erstaunliche Entwicklung. Im Ersten Weltkrieg hatte es eine Abkehr von den marktwirtschaftlichen Mechanismen gegeben. Ausgelöst durch die Knappheit an Rohstoffen und Agrarprodukten wurden alle Branchen und der Arbeitsmarkt von der Bürokratie kontrolliert und zunehmend zentralisiert. Die Rückkehr vom „Kriegssozialismus“ zur Marktwirtschaft bedeutete zunächst Entlassungen. Hatte die Zahl der Arbeitslosen bei Kriegsausbruch 1914 in Berlin noch bei 20.000 gelegen, so stieg sie im Winter 1918/19 auf rund 300.000.

Das zweite Problem waren die zerrütteten Finanzen. Sie zu sanieren, gab es grundsätzlich für Deutschland drei Wege:⁴⁴⁹

- Die Steuern zu erhöhen – dazu hatte keine Regierung den Mut.

- Die Erklärung des Staatsbankrotts – das hätte die Wirtschaft zum Stillstand gebracht und wäre einem politischen Selbstmord gleichgekommen.
- Weitermachen wie bisher – genau das geschah.

Dadurch entstand ein Teufelskreislauf: Die krisenhafte Finanzsituation und die Last der Reparationen ließen die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter auseinander klaffen. Die Reichsbank stopfte das wachsende Loch mit Darlehen und den Geldbedarf deckte die Notenpresse. Reale Gegenwerte gab es nicht. Der Währungsverfall beschleunigte sich und mündete 1923 in eine nie gekannte Hyperinflation. Am 20. November erreichte sie ihren Höhepunkt, als der US-Dollar bei 4,2 Billionen Mark stand. Erst jetzt realisierte die Regierung eine Währungsreform: Die Reichsmark wurde radikal abgewertet – für 1 Billion Papiermark gab es eine Rentenmark.⁴⁵⁰

Die Währungsreform und die Unterstützung durch amerikanische Kredite brachten nun einen transatlantischen Wirtschaftskreislauf in Gang, der die deutsche Wirtschaft stabilisierte und belebte. Im folgenden Jahrfünft wuchs das deutsche Produktionsvolumen um 50 Prozent und in vielen Branchen errang die deutsche Wirtschaft ihre führende Stellung im Welthandel neu.

Berlin, das Herz der deutschen Wirtschaft, hatte unter dem Währungschaos besonders stark gelitten. Nun provitierte die Stadt vom Aufschwung und stärkte ihre Stellung als führende Wirtschaftsmetropole. 1925, im zweiten Jahr des Aufschwungs, gab es in der Stadt 300.000 Gewerbebetriebe und die Einrichtungen der öffentlichen Hand mit zusammen 2,3 Millionen Erwerbstätigen. Damit entfielen auf Berlin 8,5 Prozent aller Betriebe und 9,5 Prozent aller Beschäftigten im Land, während der Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 7 Prozent ausmachte.⁴⁵¹

Die größte Branche, die Metallindustrie, beschäftigte 400.000 Menschen, etwa 12 Prozent der in ganz Deutschland arbeitenden Metalller. Vor allem die als Unterbranche geltende Elektroindustrie erlebte das mit Abstand stärkste Wachstum. Hier arbeiteten bei der AEG, bei Osram und vielen anderen Unternehmen in Berlin 41 Prozent aller in der Branche Beschäftigten. Auch in anderen Bereichen hatte Berlin die führende oder eine maßgebliche Rolle. Beispiele sind die Textilindustrie mit 210.000 Beschäftigten (14,5 % alle Beschäftigten in Deutschland), die Bauwirtschaft mit 105.000, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 85.000 und das Vervielfältigungsgewerbe mit 74.000 Beschäftigten. Im Handwerk und Handel war Berlin ebenso die führende Stadt des Landes wie im Finanzwesen. Neben der größten Börse gab es 3.200 Bankniederlassungen, ein Viertel aller im Geld-, Bank- oder Börsenwesen Tätigen arbeitete in Berlin, drei Viertel aller deutschen Aktien-

gesellschaften hatten hier ihren Sitz, ein Viertel der Gesellschaften mit beschränkter Haftung und schließlich 62 Prozent der beruflichen Interessenvertretungen.

Für ein Jahrzehnt schien das System stabil und auf Wachstumskurs, die Schwankungen hielten sich in Grenzen. Ähnlich wie zahlreiche internationale Börsen, vor allem New York, erlebte der Berliner Handelsplatz über eine lange Zeit eine ungewöhnliche Hausse. Dann geschah am 24. Oktober 1929, ein Donnerstag, was kaum jemand für möglich gehalten hatte: An der Wall Street sackten die Kurse ins Bodenlose. Latent vorhandene depressive Tendenzen in der deutschen Wirtschaft, ein durch Überproduktion ausgelöster weltweiter Preisverfall in der Landwirtschaft und andere Faktoren trafen zusammen und führten in die größte, bis dahin bekannte Weltwirtschaftskrise. Am Freitag, den 25. Oktober scheiterte der Versuch von Banken und Maklerfirmen, die Lawine aufzuhalten. Das System, das die relative Stabilität der deutschen Wirtschaft stützte, brach zusammen. Die amerikanischen Banken kündigten ihre Kredite und in Deutschland verschärfte sich die Krise. Firmen brachen zusammen und allein in Berlin stieg die Arbeitslosenzahl auf über 450.000.

Dennoch hielt sich die Stadt erstaunlich gut, ihre wirtschaftliche Potenz dämpfte zunächst die Folgen der Krise. Während der gesamten Weimarer Zeit hatte Berlin im überregionalen Finanzausgleich zu den „Gebern“ gehört. Beträchtliche Mengen der in Berlin erwirtschafteten Steuergelder waren als „gewissermaßen interregionale Entwicklungshilfe“ anderen Kommunen zugeflossen. Allein aus der Hauszinssteuer hatte Berlin andere Regionen 1924–32 mit einer halben Milliarde Reichsmark subventioniert. Dieser enormen Substanz war es zu verdanken, dass die Stadt 1929 zwar mit 1,2 Milliarden Reichsmark überschuldet in die Krise ging, aber immerhin – wenn auch mit Hilfe des Reichs – ihre Zahlungen nicht einstellen musste, wie etwa Dresden, Frankfurt am Main und Köln.⁴⁵²

Das Ende: vorwärts zurück!

Bereits vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise hatte sich die politische Situation zugespitzt. Schon im April und Mai 1929 war es zu Arbeitslosenunruhen, Demonstrationen und Zusammenstößen in Neukölln, am Alexanderplatz und im Wedding gekommen. Die mehrtägigen bewaffneten Auseinandersetzungen des „Blutmais“ 1929 kosteten über 30 Tote und Hunderte von Verletzten. In dieser überhitzten Situation wirkte ein Skandal, der Sklarek-Skandal, wie ein brennendes Zündholz, das auf einen trockenen Heuhaufen fällt. Die Brüder Leo, Willi und Max Sklarek, Inhaber einer Kleidungsverwertungsgesellschaft, hatten seit längerer Zeit einen höchst

fragwürdigen Monopolvertrag mit der Stadt über die Lieferung städtischer Dienstbekleidung. Das Bekanntwerden von Rechnungsmanipulationen löste einen der größten Zwischenkriegsskandale aus und entfachte ungeheure Emotionen. Oberbürgermeister Böß, eben von einer Amerikareise zurück, wo er sich erfolglos um neue Kredite für die Stadt bemüht hatte, geriet sofort ins Kreuzfeuer der Kritik. Er wurde der Bestechlichkeit wegen des Kaufs einer äußerst preiswerten Pelzjacke für seine Frau von den Sklareks verdächtigt. Böß ließ sich vorläufig beurlauben und Arthur Scholtz übernahm bis 1931 die Amtsgeschäfte. Obgleich Böß später vom Vorwurf der unehrenhaften Handlung freigesprochen wurde, gingen seine Verdienste um die Stadt in der Krise unter.⁴⁵³

Der Skandal beschädigte das Ansehen der demokratischen Verwaltung nachhaltig, vergiftete das politische Klima in Berlin und trug erheblich zur Radikalisierung bei. Die „Sklarek-Wahlen“ zur Stadtverordnetenversammlung vom 17. November 1929 sahen die Republikgegner als Gewinner: Die KPD steigerte ihren Stimmenanteil von 19 auf 25 Prozent, die NSDAP erhielt 5,8 Prozent und zog mit 13 Abgeordneten erstmals ins Stadtparlament ein. Dies war auch das Ergebnis der massiven, polemischen Kampagne von Joseph Goebbels, den Hitler 1926 als „Gauleiter“ für die Reichshauptstadt „beauftragt“ hatte, das „Rote Berlin“ zu erobern.

Das sich verschärfende politische Klima und die zunehmenden sozialen Spannungen brachten eine starke Häufung blutiger Auseinandersetzungen auf den Straßen Berlins.⁴⁵⁴ In den sieben Wochen vor der gewaltsamen Entmachtung der preußischen Regierung durch den Reichskanzler Franz von Papen (Zentrum) am 20. Juli 1932, den „Preußenschlag“, forderte politische Gewalt allein in Preußen 72 Tote und 500 Schwerverletzte.⁴⁵⁵ Im November 1932 organisierten Kommunisten und Nationalsozialisten, einig im Ziel, das „Weimarer System“ zu zerschlagen“, gemeinsam den großen BVG-Streik – ein Beispiel dafür, dass radikale, antidemokratische und ideologisch gegensätzliche Kräfte zur Zusammenarbeit bereit waren, um die Republik zu beseitigen. Die demokratischen Kräfte, die im Bürgertum kaum über einen tieferen Rückhalt verfügten und die seit Mitte der zwanziger Jahre ohnehin auf dem Rückzug waren, hatten der Radikalität und Entschlossenheit kaum etwas entgegenzusetzen. Spätestens seit 1932 war die Mehrzahl der Deutschen gegen Weimar.⁴⁵⁶

Berlins fulminante Metropolenrolle und die erste deutsche Republik gehören zu den tragischen und bitteren Erfahrungen deutscher Geschichte. Angesichts der extrem ungünstigen Umstände, mit einer Rechten, die von Beginn an auf Revision setzte, und einer Linken, die eine andere Republik wollte und nach Gründung der KPD

nach proletarischer Diktatur strebte, erstaunt es noch im Rückblick, dass sich die Republik überhaupt so lange halten konnte.⁴⁵⁷ Schon diese Tatsache widerlegt die immer wieder vorgebracht apodiktischen Behauptungen, die Republik hätte nie eine Chance gehabt.

Berlin war der wichtigste Schauplatz der Auseinandersetzungen um die erste deutsche Demokratie. Hier wurde die Republik gewonnen – und verloren. Politisch zur Einheitsgemeinde zusammengewachsen, zugleich Hauptstadt des Reichs und Sitz der preußischen Regierung, entwickelte sich die Stadt zum Zentrum des Wandlungsprozesses aus dem obrigkeitsstaatlichen Gehäuse des Kaiserreichs Richtung freiheitlicher Demokratie. In 21 Wahlen und elf Abstimmungen bewahrte sich Berlin durchgehend seine eigene Note und bis zuletzt blieben die Nationalsozialisten mit ihren Erfolgen hier deutlich unter dem Reichsdurchschnitt. Trotz seiner Rolle als Bühne der antidemokratischen Eliten und Massenbewegungen, die Demokratie hatte in Berlin eine beachtliche Basis und blieb bis zum Schluss ein Symbol des Aufbruchs. Auch in der Kultur, in der Wirtschaft, in der Stadtplanung stand die Stadt für den Neuanfang: Sie war die Bühne für die neuen Entwicklungen und sie leistete inhaltlich substantielle Beiträge.

Das in Berlin am deutlichsten zutage tretende Grundproblem der Weimarer Republik war die tief gespaltene Gesellschaft, die keine gemeinsame Sprache fand.⁴⁵⁸ Die zersplitterte Parteienlandschaft spiegelte die gesellschaftliche Zerrissenheit. Auch wenn die Novemberrevolution von 1918 einen tiefen Bruch mit dem Kaiserreich darstellte, gab es gleichzeitig zahlreiche Kontinuitäten. Insbesondere in der monarchisch-konservativen Bürokratie, in der Justiz und im Militär kam es – mit der Ausnahme Preußen – kaum oder nur sehr zögernd zu einem Austausch der Eliten.⁴⁵⁹ In einigen Bereichen hatten sich die Mehrheitsverhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg so dramatisch gar nicht verändert; die langfristig erkennbaren Trends setzten sich im Wesentlichen fort: Nach den bei den Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen hatten die „Monarchisten“ bereits in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts verloren, nur das undemokratische Wahlrecht sicherte ihre Macht. Mit der demokratischen Verfassung konnten nun die „Demokraten“ – und das war neu – ihre erstmals 1884 (nach Stimmen, nicht nach Mandaten) errungene Mehrheit umsetzen und die Regierung bilden.⁴⁶⁰

Schien die Macht der Demokraten 1919 gesichert, war sie 1920 bereits wieder verloren. In den folgenden Jahren litt die Demokratie unter den beiden, sich mit zunehmender Schärfe bekämpfenden Richtungen. Verteidigten die Demokraten ihre Errungenschaften, so strebten die Monarchisten, die 1918 ihre Macht zugunsten

der Demokraten aus der Hand gegeben hatten, um die Kräfte links von der SPD von der Macht fern zu halten, nach Revision.

Die Kriegsniederlage hatte zudem zwei neuartige Bewegungen hervorgebracht: die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Beide griffen verschärfend und polarisierend in den Machtkampf ein. Die einzige große Partei, die die Republik trug, blieb die SPD, unterstützt durch das Zentrum und Teile der Liberalen. Sie waren das Rückgrat der ersten deutschen Demokratie, am Ende verschlissen im Abwehrkampf gegen die alten Kräfte und die neuen Radikalen.

In Berlin bündelte sich der Machtkampf wie in einem Brennglas: Schauplatz erbitterter Auseinandersetzungen einer in sich gespaltenen und sich blockierenden Gesellschaft, die keinen gemeinsamen Nenner fand – das war Berlins Rolle in den zwanziger Jahren. Zugleich schien es, als habe sich die Hauptstadt als dominierendes Zentrum des Landes etabliert.⁴⁶¹ Ohne Berlin und Preußen als relative Hochburgen der ersten deutschen Demokratie hätte die Weimarer Republik keine 14 Jahre überlebt. Für eine knappe Dekade war die Stadt „Experimentierfeld der Moderne“ – politisch, ökonomisch, gesellschaftlich, kulturell. Der selbstmörderische Verschleiß an Ressourcen, Ideen und Menschen sowie die Unfähigkeit, die ideologischen Gräben zu überbrücken, mündeten schließlich in die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts.



8. „Endlösung“ und „Lebensraum“:

Berlin als Zentrale des Terrors und wichtigster Ort des Widerstands

Die Übernahme: Eroberung einer Republik

„Der ... bürokratische Vorgang eines kaltblütig organisierten Massenmordes ohne Vorbild in der Geschichte ... reicht in Bereiche hinüber, in denen es der erklärenden Vernunft die Sprache verschlägt.“⁴⁶² Ganze Schulen von Historikern haben versucht den Abgrund, in den die Deutschen ihr Land und die Welt 1933–45 gestürzt haben, zu ergründen: „Relativierende Historisierung“ und das ständige „Offenhalten der Wunde“ beschreiben die Spannbreite der Analysen und Wertungen. Zudem ändert sich je nach Betrachtungsweise die Bewertung jener Jahre. Es ist genauso möglich, die nationalsozialistische Diktatur als Endpunkt einer konsequenten Entwicklung seit Friedrich dem Großen zu sehen, oder aber ihn als Betriebsunfall und Verkettung unglücklichster Umstände darzustellen. Beides ist nicht ganz von der Hand zu weisen, Brüche und Kontinuität stehen nebeneinander. Der Widerspruch, die Katastrophe beschreiben zu müssen, sie aber nur begrenzt begreifen zu können, ist das Grundproblem des Sprechens über diese Epoche.⁴⁶³

Eingebrannt in das Bewusstsein haben sich Bilder, die fest mit Berlin verbunden sind. Etwa jenes vom Fackelzug am Abend des 30. Januar 1933: „Es ist fast wie ein Traum“, schrieb Joseph Goebbels, Hitlers „Gauleiter“ von Berlin und Arrangeur des martialisch-mythischen Spektakels: „Die Wilhelmstraße gehört uns. Der Führer arbeitet bereits in der Reichskanzlei. Wir stehen oben am Fenster, und Hunderttausende ziehen im lodernden Schein der Fackeln am greisen Reichspräsidenten und jungen Kanzler vorbei und rufen ihnen ihre Dankbarkeit zu ...“⁴⁶⁴ Eine neue Epoche, sagt das Bild, und wird bis heute so wahrgenommen, durchaus im Sinne des Tagebuchschreibers. Die „Zeitenwende“ des 30. Januar 1933 markierte zweifellos einen entscheidenden Punkt im Prozess der Machtauslieferung an die Nationalsozialisten. Wann aber dieser Prozess begann, wann er unumkehrbar wurde und wann er seinen Abschluss fand, das lässt sich nur schwer genau bestimmen.⁴⁶⁵

Am 30. Januar 1933 jedenfalls hat Hitler in Berlin die Macht nicht „ergriffen“. Weder mit parlamentarischer Mehrheit noch mit revolutionärer Gewalt gelangte er ins Amt, sondern Reichspräsident Paul von Hindenburg ernannte ihn, gemäß den Regeln der Weimarer Verfassung und unter den Bedingungen der Weimarer Republik.⁴⁶⁶

Bereits bei den ersten Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 haben die Demokraten mit 43,6 Prozent⁴⁶⁷ ihre Mehrheit verloren. Die Niederlage der Demokraten bedeutete hingegen keinen Sieg der Konservativen oder der Kommunisten. Das war symptomatisch für die Republik: Keine der großen gesellschaftlichen Strömungen hatte die Mehrheit hinter sich, aber im Laufe der Zeit verschob sie sich zunehmend zugunsten der Revisionisten. Das hatte auch institutionelle Folgen. Schon in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre gab es massive Versuche, die Verantwortung der Regierung gegenüber dem Parlament zugunsten einer direkten Verantwortung gegenüber dem Reichspräsidenten aufzuheben. Das wäre einer Restauration der Verfassung von 1871 gleichgekommen. Bis 1930 sperrte sich Paul von Hindenburg gegen diesen Weg und lehnte es ab, zur Enttäuschung seiner Anhänger, die in der Verfassung für Krisen vorgesehene Möglichkeit anzuwenden, Kabinette über den Artikel 48 regieren zu lassen. Als aber am 16. Juni 1930 eine Gesetzesvorlage des Kanzlers Heinrich Brüning im Reichstag scheiterte, wurde das Gesetz in Form von zwei Notverordnungen erlassen.⁴⁶⁸ Die üblichen demokratischen Verfahren waren außer Kraft gesetzt – damit geriet die Republik endgültig auf die schiefe Bahn.

Der Restaurationsversuch nützte allerdings nicht den Konservativen, wie von diesen erhofft, er brachte den Nationalsozialisten ihren entscheidenden Durchbruch. Sie schoben sich nun als neue Kraft zwischen Demokraten und Monarchisten und fegten schließlich beide von der politischen Bühne hinweg.

Berlin spielte in diesem Prozess eine schwer zu beschreibende Doppelrolle.⁴⁶⁹ Auf der einen Seite gab es keine andere Stadt, die Hitler so sehr verachtete wie Berlin. Hier hatte er eine Reihe seiner bittersten Demütigungen hinnehmen müssen und der „Moloch Berlin“ galt ihm und seiner Bewegung als Synonym für das verhasste Weimarer „System“. Schon bei seinem Putsch vom November 1923 hatte Hitler erfolglos einen „Marsch nach Berlin“⁴⁷⁰ geplant; seitdem war die Einnahme der Hauptstadt Ziel seines gewalttätigen Herrschaftswillens. Bis zuletzt aber war die Basis der Nationalsozialisten in Berlin schwächer als andernorts. Selbst bei den nach der nationalsozialistischen Machtübernahme abgehaltenen Reichstagswahlen vom 5. März 1933 kam die NSDAP in Berlin lediglich auf 34,6 Prozent der Stimmen, während sie im Reichsdurchschnitt 43,9 Prozent erzielte. Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung vom 12. März brachte der NSDAP mit 38,2 Prozent der abgegebenen Stimmen ihr höchstes je in Berlin erzielt Ergebnis.⁴⁷¹

Daraus auf der anderen Seite zu schließen, die Stadt sei die Hochburg der Auflehnung gewesen, entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Zwar gab es eine „innere Distanziertheit“ und Zurückhaltung; Neugierde, Beklemmung und Passivität charak-

terisierte das Verhalten der meisten Berliner, aber der Verführung und dem Terror der Nazis stellten sich nur wenige direkt in den Weg. Nachdem das „Bollwerk Preußen“ 1932 durch einen Staatsstreich beseitigt war, ließ sich die Stadt verhältnismäßig leicht erobern; einen Abwehrkampf der Demokratie, gar von Berlin aus organisiert, gab es nicht.⁴⁷²

Nach dem 30. Januar 1933 dominierte zunächst die von Berlin aus durchgesetzte Reichspolitik. Binnen Wochen übernahmen die Nationalsozialisten Schlüsselpositionen und begannen die Eroberung des Staates, die sich in mehreren Etappen über die Stabilisierung und Konsolidierung des NS-Regimes bis 1938 hinzog. Die Nationalsozialisten sahen in Berlin einen Modellfall für ihre „Vision“ nach dem Motto: „Berlin ist das Reich, und das Reich ist Berlin.“⁴⁷³ Schon unmittelbar nach dem Brand des Reichstagsgebäudes vom 27. Februar 1933 setzte die erste große Presionswelle ein.⁴⁷⁴ Die am 28. Februar 1933 vom Kabinett verabschiedete „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ unterzeichnete Hindenburg noch am selben Tag. Sie hob die Grundrechte auf, der Rechtsstaat war beseitigt. Diese bis 1945 geltende Verordnung bildete die formale Rechtsgrundlage von Hitlers Herrschaft. Hunderte von KPD-Funktionären, aber auch der SPD und der Gewerkschaften wurden kurz darauf verhaftet, geprügelt, gefoltert und nicht wenige ermordet. Innerhalb kurzer Zeit entstanden allein in Berlin über 50 Folterstätten, von denen das Columbia-Haus in Tempelhof eine der berüchtigsten Adressen war.⁴⁷⁵

Am 14. März 1933 ernannte der geschäftsführende preußische Innenminister und Ministerpräsident Hermann Göring den Führer der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion Julius Lippert zum „Staatskommissar der Hauptstadt Berlin“. Oberbürgermeister Heinrich Sahn, 1931 – über ein Jahr nach dem formellen Rücktritt von Böß – gewählt, blieb zwar im Amt, war damit aber de facto politisch ausgeschaltet.⁴⁷⁶ Lippert erhielt weit gehende Eingriffsrechte in die Stadtkörperschaften, was einer Abschaffung der demokratischen Stadtverfassung gleichkam. Schon drei Tage nach seiner Ernennung ordnete er die Entlassung der in den städtischen Krankenhäusern beschäftigten jüdischen Ärzte an, am 20. März 1933 verloren alle kommunistischen Stadt- und Bezirksverordneten ihre Mandate und im Juli wurden allen SPD-Mitgliedern die Stadtverordnetenmandate aberkannt. Im so durch Zwang auf 131 Stadtverordnete dezimierten Stadtparlament, das der Bezeichnung Legislative längst Hohn sprach, hatten die Nationalsozialisten nun die absolute Mehrheit.

Am 24. März 1933 folgte im Reichstag die Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetzes“. Es beseitigte die Trennung von Exekutive und Legislative, übertrug die ge-

Reichstagsbrand

In der Nacht zum 28. Februar 1933 brannte das Reichstagsgebäude zum größten Teil aus. Sofort setzte eine groß angelegte Verhaftungswelle ein, die sich vor allem gegen Mitglieder der KPD richtete. Schon am nächsten Tag erließ Reichspräsident Paul von Hindenburg eine ihm von Hitler vorgelegte Notverordnung zum "Schutz von Volk und Staat". Mit der Begründung, kommunistische "staatsgefährdende Gewaltakte" abwehren zu müssen, setzte sie die Grundrechte der Republik außer Kraft:

"Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnung von Haussuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums außerhalb der hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig."

Für Hochverrat, Brandstiftung und andere Verbrechen ist die Todesstrafe vorgesehen. Die Grundrechte sind abgeschafft, die Weimarer Demokratie ist Geschichte.



samte Gesetzgebung der Regierung, was die Selbstentmachtung des ohnehin nur noch formell bestehenden Parlaments bedeutete. Die Demokratie war abgeschafft. Nach dem „Führerprinzip“ fielen nun die Entscheidungen. Reichstag und Stadtparlament verloren ihre Bedeutung und konsequenterweise wurden 1934 auf kommunaler Ebene in Berlin alle gewählten Gremien aufgelöst. Nun bestand lediglich ein neu geschaffenes Gremium mit 45 Ratsherren, die auf Vorschlag des NS-Gauleiters berufen und vom Oberbürgermeister zu bestimmten Geschäften gehört werden sollten. Parallel zu diesem Prozess erfolgten politische „Säuberungen“ auf allen Ebenen der Stadtverwaltung. Mindestens 350 als republiktreu angesehene Beamte aus der Hauptverwaltung und über 900 aus den Bezirksverwaltungen entfernten die neuen Machthaber von ihren Posten und entließen ein Drittel der Angestellten sowie ein Zehntel der Arbeiter.⁴⁷⁷

Dieser Prozess war beispielhaft für das politische Vorgehen der Nationalsozialisten, das sich rasch auf alle gesellschaftlichen Bereiche erstreckte.⁴⁷⁸ So setzten schon kurz nach Hitlers Ernennung zum Kanzler massive Pressionen gegen die Presse ein. Die am 4. Februar 1933 vom Reichspräsidenten erlassene „Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes“ schränkte Presse- und Versammlungsfreiheit ein. Redakteure wurden verhaftet, eine Reihe von Zeitungen verboten, andere boykottiert und wirtschaftlichem Druck ausgesetzt. Am 4. Oktober 1933 disziplinierte schließlich das „Schriftleitergesetz“ die Journalisten und die Herausgabe von Zeitungen wurde zum „Dienst an Volk und Staat“ erklärt. Die einstige Pressehauptstadt der Republik verkam zum willfährigen Verlautbarungs- und Propagandaorgan der Diktatur. Bis 1939 mussten allein in Berlin 29 Zeitungen ihr Erscheinen einstellen. Nur ein gutes Dutzend gleichgeschalteter Blätter blieb zur Verbreitung des Parteiwillens übrig – ein Schlag, von dem sich die Zeitungsstadt Berlin mehr als zwei Generationen nicht erholt hat.⁴⁷⁹ Die „Säuberung“ von Wissenschaft und Kunst war ein weiterer entscheidender Schlag gegen die Reste einer freiheitlichen Gesellschaft. Im Rahmen der „Aktion wider den undeutschen Geist“ kam es zur Gleichschaltung der Hochschulen und Akademien, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sowie anderer Einrichtungen und am 10. Mai 1933 fand dieser Prozess mit der Bücherverbrennung am Opernplatz (heute Bebelplatz) im Bezirk Mitte seinen makaberen Höhepunkt.⁴⁸⁰ Allein die Vertreibung der Künstler und Wissenschaftler, darunter ein gutes Dutzend Nobelpreisträger vom Range Albert Einsteins, bedeutete einen unvergleichlichen Substanzverlust.

Das Weltbild: „Lebensraum“ und „Rassenpolitik“

Die Liste der Einzelmaßnahmen, die sich verlängern und ausdehnen ließe auf die Beschreibung der Zerschlagung sämtlicher Strukturen aller Bereiche, ist im Gesamtzusammenhang von Hitlers Politik zu sehen.⁴⁸¹ Im Zentrum seines politischen Denkens standen zwei Themen: die Außenpolitik mit dem strategischen Ziel der Eroberung neuen „Lebensraums“ und die Rassenpolitik mit der „Ausmerzung“ der Juden.⁴⁸² Nach Hitlers Weltbild war der ewige Kampf um Raum der Sinn der Geschichte. Politik bedeutete ihm der Lebenskampf eines Volkes. „Wer Leben will, der kämpfe also, und wer nicht streiten will in dieser Welt des ewigen Ringens, verdient das Leben nicht.“⁴⁸³ In den Juden, die Hitler für die Niederlage im Ersten Weltkrieg und den „Niedergang“ Deutschlands verantwortlich machte, sah er die Ursachen allen Übels. „Internationalistisch“, „egalitär“ und „pazifistisch“ eingestellt, verwischten sie die klaren Fronten im Lebenskampf. Dementsprechend sah er es als seine Mission, die Juden zu vernichten und den „Sinn der Geschichte“ wiederherzustellen.

Die Rolle, die Hitler dem Staat in seinem abstrusen und zynischen Weltbild zuwies, war die des Mittels zum Zweck. Um das Mittel zur Verwirklichung des Zwecks stark genug zu machen, bedurfte es der „Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reichs“. Die Stellung der Hauptstadt ließ sich daraus ableiten: Berlin hatte vor allem Bühne von Hitlers Politik zu sein. Es galt, die Stadt zunächst zu erobern, sie als Machtbasis zu sichern und sich ihrer dann als Plattform der Eroberungs- und Rassenpolitik zu bedienen. Hitler brauchte Berlin als strategische Basis zur Verwirklichung seiner Ziele.

Die Übernahme vorhandener und Schaffung neuer politischer Schlüsselstellen, die Gleichschaltung von Presse, Wissenschaft und Kultur sowie die Übernahme der anderen staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche gehörten zum Prozess der Eroberung Berlins. Dabei war es Hitler letztlich gleichgültig, ob etwa die Weimarer oder die Stadtverfassung formell außer Kraft traten oder nicht, Fragen dieser Art behandelte er rein opportunistisch. In dieses Vorgehen passte, dass sich die Nationalsozialisten zum Teil des noch vorhandenen Personals bedienten, etwa des Berliner Oberbürgermeisters, und die traditionellen Strukturen nach Bedarf schlicht um neue ergänzten, ganz gleich wie absurd die staatsrechtliche Konstruktion auch sein mochte.

Im Dezember 1935 resignierte der längst machtlose Oberbürgermeister Sahm und trat zurück. Zunächst blieb das Amt unbesetzt, möglicherweise wegen parteiinterner Widerstände gegen Lipperts Karrierepläne. Der 1933 ernannte Stellvertreter

Sahms, Bürgermeister Oskar Maretzky (DNVP), verwaltete das Amt kommissarisch. Zur gleichen Zeit arbeitete der Staatskommissar zielstrebig an der Festigung seiner Position – mit Erfolg. Am 1. März 1937 wurde er Oberbürgermeister und (in Personalunion) Stadtpräsident. Da es ihm gelang, Maretzky im April 1937 zum Rücktritt zu nötigen, erlangte er eine bislang unbekannte Machtfülle.

Dennoch war Lippert keineswegs der wahre Herrscher der Hauptstadt. Die eigentliche Macht lag bei Gauleiter Goebbels, der Lippert nur begrenzt vertraute. Durch Goebbels kontrollierte die NSDAP sämtliche Entscheidungen der Stadtverwaltung. Im Juni 1940 stürzte Lippert schließlich. Vergeblich hatte er versucht, sich gegen Ansprüche des „Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt“, Albert Speer, zu wehren. Während der seit April 1937 amtierende Bürgermeister Ludwig Steeg (NSDAP), 1933–37 Lipperts Vertreter, nun bis 1944 kommissarisch das Amt des Oberbürgermeisters führte, übernahm Goebbels die Befugnisse des Stadtpräsidenten.⁴⁸⁴ Seine mächtige Position bestätigte am 1. April 1944 ein Führererlass, der Goebbels formell beauftragte, „die Verwaltung der Reichshauptstadt zu lenken“.

Die Verfolgung: „Säuberung“ und „Rache“

Die Übernahme des Staates ging Hand in Hand mit der Verfolgungen politischer Gegner und der Konsolidierung der Macht in den eigenen Reihen der NSDAP. Zu den wichtigsten Instrumenten zählten die Gestapo, die SS und die SA.⁴⁸⁵ Insbesondere nach dem Brand des Reichstagsgebäudes übte vor allem die SA massiven Terror aus. Sie beherrschte Berlins Straßen, lieferte sich in den Arbeiterbezirken blutige Straßenschlachten und machte zahlreiche ihrer Standorte und Stammlokale zu wilden Konzentrationslagern und Folterstätten. Höhepunkt der „Säuberungs- und Rachezüge“ war die „Köpenicker Blutwoche“ vom 21.–26. Juni 1933. Sie forderte rund 90 Tote oder Vermisste und Hunderte von Verletzten.⁴⁸⁶ In der Bevölkerung wurde beträchtlicher Unmut laut. Als im August 1933 der SA ihre Hilfspolizei-Funktion wieder entzogen wurde, ließen die brutalen Ausschreitungen nach, ohne jedoch ganz abzuflauen.

Hinter der SA-Krise stand ein Grundsatzproblem. Bei der Konsolidierung der nationalsozialistischen Macht und der Eroberung Berlins hatte sich Hitlers Kampftruppe große „Verdienste“ erworben und die Zerschlagung der Gewerkschaften, der anderen Parteien sowie die Gleichschaltung der Vereine und Verbände wäre ohne sie nicht so rasch möglich gewesen. Aber sie war auch zu einem schwer kontrollierbaren Machtfaktor geworden, der nicht wenige bürgerliche Kräfte, die Hitler einbinden wollte, abschreckte und so die gesellschaftliche Machtentfaltung behinderte.

Zudem war die SA wie die gesamte NS-Bewegung kein homogener Block. Der Großteil der SA-Männer war zwischen 18 und 30 Jahre alt. Insofern war die SA wie der gesamte Nationalsozialismus auch eine rebellische „Jugendbewegung“, ein Aufstand gegen das „alte System“.⁴⁸⁷

Die Gelegenheit diesen selbst für Hitler schwer kontrollierbaren Unruheherd einzudämmen bot sich im Frühsommer 1934. Unter dem Vorwand eines angeblich geplanten Putsches ließ Hitler am 30. Juni 1934 seinen ehemaligen Kumpan Ernst Röhm und über 85 weitere hohe SA-Führer und politische Gegner ermorden. Allein in der Kadettenanstalt in Lichterfelde wurden mehr als 40 Menschen erschossen.

Die „Endlösung“: Ermordung der Juden

Mit der Verwirklichung eines seiner Hauptziele, der „Aussonderung“ der Juden, hatte Hitler bereits im Frühjahr 1933 begonnen. Viele Juden wurden unverzüglich nach der Machtübernahme eingekerkert. Am 1. April organisierten die Nationalsozialisten den ersten gesteuerten Wirtschaftsboykott gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte; das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April verfügte die Entfernung jüdischer und „politisch unzuverlässiger“ Beamter aus dem Dienst. Noch im Juni 1933 lag die Zahl der jüdischen Bevölkerung Berlins bei über 160.000 (3,78 % der Gesamtbevölkerung). Entlassungen, Wirtschaftsboykott, Schikanen aller Art, Zwangsverkäufe jüdischer Unternehmen („Arisierungen“), etwa des berühmten 1877 gegründeten Verlagshauses Ullstein,⁴⁸⁸ steigerten in der Folgezeit Schritt für Schritt den Druck. Höhepunkte bildeten der Berliner „Judenbann“ vom 28. November 1934, der Juden den Zutritt zum öffentlichen Leben weit gehend versagte,⁴⁸⁹ die „Nürnberger Gesetze“ „zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ von 1935 und die Pogromnacht („Reichskristallnacht“) vom 9. November 1938.⁴⁹⁰ In diesem Jahr war die Zahl der jüdischen Einwohner Berlins bereits auf 140.000 gesunken. Der nun massiv einsetzende Druck und die sich verschärfende Ausnahmegesetzgebung halbierten vornehmlich durch Abwanderung ihre Zahl bis zum Kriegsbeginn.⁴⁹¹

Als am 20. Januar 1942 bei der Wannsee-Konferenz⁴⁹² die administrative „Endlösung der Judenfrage“ in ihren Grundzügen festgelegt wurde, hatte die Deportation der Berliner Juden bereits begonnen. Etwa 90.000 Berliner Juden gelang die Auswanderung, rund 50.000 wurden ab 1941 nach Auschwitz oder Theresienstadt gebracht und ermordet. 1943 lebten nur noch etwa 1.500 Juden in der Stadt, nahezu

ausschließlich in der Illegalität, geschützt und unterstützt von Berliner Bürgern. Nach Kriegsende kehrten weniger als 2.000 Juden aus den Lagern in die zerstörte Stadt zurück.⁴⁹³

Der Apparat: Organisation des Bösen

Um seine Ziele verwirklichen zu können, brauchte Hitler ein schlagkräftiges Koordinationszentrum. Mit der Eroberung Berlins konzentrierten die Nationalsozialisten in der Hauptstadt den größten bürokratischen Apparat, den es bis dahin gegeben hatte. Berlin wuchs zum Koordinationszentrum des Terrors. Hier hatte die SS ihre Zentrale: Der am 20. April 1934 zum „Reichsführer SS“ und zum „Inspektor“ der Gestapo ernannte Heinrich Himmler nahm seinen Dienstsitz in der Prinz-Albrecht-Straße 8. In den folgenden Wochen wurden die SS-Führungsstellen von München nach Berlin verlagert; der SD⁴⁹⁴ folgte und bezog das Prinz-Albrecht-Palais. In der angrenzenden Wilhelmstraße⁴⁹⁵ befanden sich zudem zahlreiche Ministerien, so Goebbels' Reichspropagandaministerium und das Reichsluftfahrtministerium, in dem 1934/35 kurzfristig auch der Volksgerichtshof⁴⁹⁶ untergebracht war. Das Areal Prinz-Albrecht-Straße, Wilhelmstraße und Anhalter Straße konzentrierte ab Mitte der dreißiger Jahre eine Reihe der mächtigsten NS-Institutionen. Hier befanden sich Hitlers Reichskanzlei und später der Berliner Führerbunker. „Hier standen die Schreibtische Himmlers, Heydrichs, Kaltenbrunners und Heinrich Müllers ... Hier war das `Hausgefängnis´ der Gestapo, aber auch der Mittelpunkt des über Deutschland und große Teile Europas gespannten Netzes der Gestapo-(Leit)-Stellen und der Dienststellen der Höheren SS- und Polizei-Führer. Von hier aus wurde der Völkermord an den Juden vorbereitet, wurden Deportation und Vernichtung mit den staatlichen Behörden koordiniert. Hierher berichteten die `Einsatztruppen´ aus Polen und der Sowjetunion über ihre Mordtaten. Hier wurde die Verfolgung der Regimegegner in Deutschland und später in allen besetzten Ländern Europas organisiert.“⁴⁹⁷

Die Spektakel: Inszenierungen der Macht

Die Konsequenz von Hitlers Politik lautete „Endlösung der Judenfrage“, also Völkermord auf der einen und Weltkrieg auf der anderen Seite. Da begeisterte Zustimmung der Bevölkerung nicht zu erwarten war und Hitler auch nicht damit rechnete, bedurfte es verschleiender Fassaden mit demonstrativen Maßnahmen,

Großkundgebungen und größenwahnsinnigen Visionen. Die Umbenennung des Bezirks Friedrichshain in „Horst-Wessel-Stadt“ – nach dem 1930 erschossenen SA-Funktionär – zählte hierzu ebenso wie die Erklärung des 1. Mai's zum gesetzlichen Feiertag, der dann 1933 erstmals im Rahmen einer Großkundgebung mit Hunderttausenden auf dem Tempelhofer Feld begangen wurde. Zugleich war der erste „Tag der Deutschen Arbeit“ propagandistischer Auftakt dafür, dass am nächsten Tag die Gewerkschaften verboten, ihre Büros besetzt, ihre Vermögen beschlagnahmt und ihre Funktionäre verhaftet wurden.

Das größte, von der Wirklichkeit ablenkende Spektakel fand in der ersten Augusthälfte 1936 statt.⁴⁹⁸ Noch zu Zeiten der Weimarer Republik waren die XI. Olympischen Sommerspiele an Berlin vergeben worden. Die Nationalsozialisten, die die Spiele zunächst als „rasselos“ und „individualistisch-demokratisch“ bekämpft hatten, erkannten bald nach ihrer Machtübernahme die propagandistischen Möglichkeiten. Man verpflichtete sich, die Forderungen des Internationalen Organisationskomitees (IOC) zu erfüllen unter anderem freier Zugang für alle Rassen und Konfessionen – und reinigte die Stadt während der Spiele von Hetzplakaten und Schildern wie „Für Juden verboten“. Selbst die Berichterstattung über so genannte „Rasseschandeprozesse“ war kurzzeitig untersagt. Vordergründig bot sich ein Bild der Normalität. Sogar eine jüdische Sportlerin, die Fechterin Helene Mayer, nahm man in die deutsche Mannschaft auf, um in- und ausländische Bedenken zu zerstreuen. Die manipulierte Berichterstattung tat ein Übriges. So trugen die Berliner Spiele beträchtlich zur Reputation des NS-Systems bei.⁴⁹⁹ Nach den Spielen hingegen begann eine breite Säuberungsaktion gegen „Volksschädlinge“, und der Terror gegen die jüdische Bevölkerung erreichte ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß. Mit ähnlichen propagandistischen Absichten fand ein Jahr später die 700-Jahr-Feier Berlins statt.

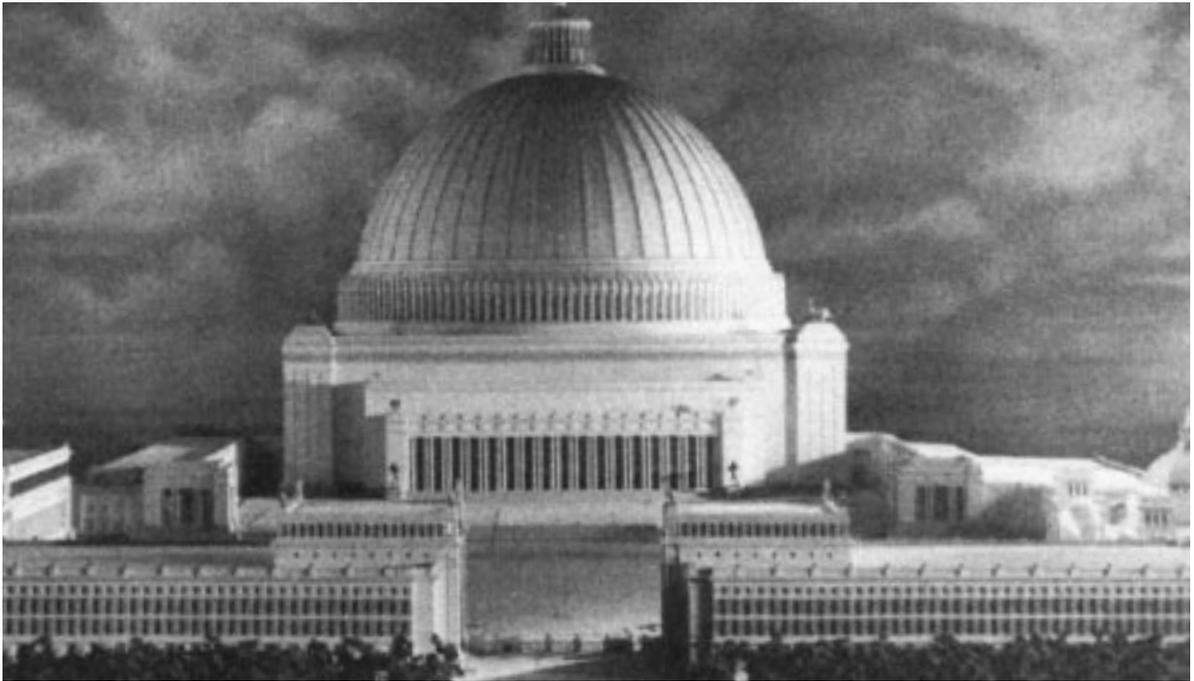
Berlin war in jener glorreichen Zukunft, zu der Hitlers Weg führen sollte, eine besondere Rolle zugeordnet. Am 30. Januar 1937 schuf Hitler das Amt des „Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt (GBI)“ und besetzte es mit Albert Speer. Er war beauftragt, einen Gesamtbauplan für Berlin aufzustellen und dafür zu sorgen, „dass alle das Stadtbild beeinflussenden Platzanlagen, Straßenzüge und Bauten nach einheitlichen Gesichtspunkten würdig durchgeführt werden“. Faktisch oberste Planungsbehörde Berlins, umfasste Speers „Interessengebietsplan“ die halbe Stadt und sah den Umbau der Hauptstadt zur „Welthauptstadt Germania“ vor. Kernstück war die sieben Kilometer lange Nord-Süd-Achse, im Norden auf dem

Zerstörung I – Germania

Die "Große Halle" war ein Kernbestandteil der nationalsozialistischen Stadtplanung, nach der Berlin zur "Welthauptstadt Germania" umgestaltet werden sollte. 150.000–180.000 Menschen sollte die bis dahin größte, je erdachte Versammlungshalle Platz bieten. Auf einem quadratischen Unterbau von 315 Metern Seitenlänge sollte sich ein Kuppelbau von insgesamt 320 Metern Höhe erheben. Wie die anderen Bauten der von Hitlers Architekten Albert Speer geplanten Nord-Süd-Achse war die Fertigstellung der Halle bis 1950 geplant. Die Grundsteinlegung war für den 1. Mai 1940 terminiert, fand aber nicht statt, da zehn Tage später der "Frankreich-Feldzug" begann.

Zerstörung II – Bombenkrieg

Blick auf die zerstörte Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche im Sommer 1945.



Spreebogen begrenzt von der 200 Meter hohen, das Reichstagsgebäude ersetzen den Großen Halle und im Süden nahe dem Flughafen Tempelhof von einem 117 Meter hohen Triumphbogen. Verwirklicht wurde lediglich die Neue Reichskanzlei, östlich der Hauptachse in der Voßstraße gelegen. Die noch bestehenden Zeichnungen und Modelle geben einen plastischen Eindruck vom monströsen Größenwahnsinn jener Pläne.⁵⁰⁰

Der Widerstand: Versuche der Auflehnung

Offener Widerstand artikulierte sich nur selten. Eines der eindrucksvollsten, vergleichsweise wenig bekannten Beispiele war der Frauenprotest in der Rosenstraße im Scheunenviertel im Bezirk Mitte. Ende Februar 1943 verhaftete die SS über 1.500 jüdische Männer und brachte sie in ein dort stehendes Gebäude der Jüdischen Gemeinde. In der ersten Märzwoche protestierten mehrere hundert Menschen, überwiegend Frauen, gegen die geplante Deportation. Der Protest zeigte Wirkung und die Nationalsozialisten sahen sich gezwungen, die Verhafteten wieder zu entlassen.⁵⁰¹

So erstaunlich solche Aktionen waren und so ermutigend sie hätten sein können, sie führten zu keiner Initialzündung einer breiten Protestbewegung; der Widerstand blieb ein Protest ohne Volk. Die Zerrissenheit der Gesellschaft, die die Nazis sich bei ihrer Machtausübung zunutze machten, hat wohl erheblich dazu beigetragen, dass keine einheitliche Widerstandsbewegung entstand. Einzelpersonen, Gruppen, Zirkel mit ständig neuen Zusammensetzungen kennzeichneten die Aktionen gegen Hitler. Erst die Rückschau ließ deutlich erkennen, dass Berlin das Zentrum des Widerstands bildete. Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter sowie die Kirche – etwa Erich Klauseners „Katholische Aktion“, Domprobst Bernhard Lichtenbergs mutige Predigten, die Aktionen des Pfarrernotbundes um Martin Niemöller und der Bekennenden Kirche – wendeten sich mit mehr oder minder gezielten Einzelmaßnahmen gegen Hitlers Politik. Am aussichtsreichsten war der Versuch einiger spät zur Vernunft gekommener Militärs, den Tyrannen zu ermorden. Am 20. Juli 1944 versuchte Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Hitler in die Luft zu sprengen. Das Attentat misslang aber ebenso wie der Versuch, die Machtzentrale Berlin in die Hand zu bekommen. Dem darauf folgenden Rachezug fielen Tausende zum Opfer.⁵⁰²

Hatte Hitler gegen die Ermordung der Juden vergleichsweise wenig Widerstand erfahren, so waren die Vorbehalte gegen sein zweites Ziel, die Eroberung von Lebensraum, sprich: Krieg, beträchtlich größer. Auch hier fiel die wegweisende Ent-

scheidung in Berlin. Am Nachmittag des 5. November 1937 fand in der Reichskanzlei eine vierstündige Konferenz statt. Dabei eröffnete Hitler dem Reichskriegsminister sowie den Oberbefehlshabern von Heer, Marine und Luftwaffe, dass er vorbereitende Schritte für seine Eroberungen – die Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei – bereits für 1938 ins Auge gefasst habe. Weniger die prinzipielle Absicht, sondern das Tempo überraschte die Anwesenden. Die Wehrmacht formulierte zwar Vorbehalte, setzte Hitler letztlich aber keinen ernsthaften Widerstand entgegen.⁵⁰³

Der Untergang: Abgründe, die die Menschheit noch nie zuvor betreten hat

Am 1. September 1939 überfiel die Wehrmacht Polen, der Zweite Weltkrieg hatte begonnen.⁵⁰⁴ In den nächsten Monaten eroberte Deutschland fast ganz Europa und verstrickte die Welt in den größten Krieg, den es bis dahin gegeben hatte. Die ersten Luftangriffe erreichten Berlin im August 1940, bevor im Januar 1943 die massive Bombardierung der Stadt einsetzte. Zur gleichen Zeit war die Niederlage der Wehrmacht bei Stalingrad schon besiegelt. Aus jenen Tagen stammt eines der zynischen Berlinbilder: Im Sportpalast fand am 18. Februar 1943 jene berühmte wieberüchtigte Kundgebung statt, in der Goebbels seine Erklärung des „totalen Krieges“ in die Masse schrie und von seinen Anhängern frenetische „Sieg Heil“-Rufe ertete. Im Herbst 1943 begannen schließlich die großräumigen Flächenbombardements der Stadt. Im Rahmen der im gleichen Jahr eingeleiteten Evakuierungsmaßnahmen für Frauen und Kinder verließen rund eine Million Menschen die Stadt. Am Kriegsende war Berlin ein Ruinenfeld. Ein Fünftel der Gebäude, 612.000 Wohnungen (ca. 40 %) und etwa ein Drittel der Industrieanlagen waren völlig zerstört. Die über 360 Luftangriffe kosteten etwa 50.000 Berlinern das Leben, die Zahl der Vermissten ist bis heute ungewiss. Nach Abschluss der Kämpfe lebten im Mai 1945 noch 2,3-2,5 Millionen Menschen in einer Trümmermenge, die auf 70–90 Millionen m³ geschätzt wurde.

Die Versuche, Hitler und die deutsche Katastrophe zu erklären, sind Legion.⁵⁰⁵ Vergleichsweise gesichert sind die Antworten auf die Fragen: „Was geschah?“ und „Wie geschah das, was geschah?“ Zielen diese Fragen auf die Bedingungen der Jahre 1933–45, so geht es in der weitaus schwierigeren Frage nach dem Warum? um die Motive. Sie sind nach wie vor umstritten und eine unmissverständliche Antwort gibt es nicht.

Einer der überzeugenden Antwortversuche sieht in der tiefen Zerrissenheit der deutschen Gesellschaft, verbunden mit einer über Jahrzehnte sich hinschleppenden Krise, die schließlich einen skrupellosen Politiker zur Macht gelangen ließ, die Urkatastrophe des 20. Jahrhundert eine der Hauptursachen. Nicht der latente Antisemitismus, weder die wenig ausgeprägten demokratischen Traditionen, der außenpolitische Expansionismus oder der weit verbreitete Untertanengeist – keiner dieser Faktoren allein wäre in der Lage gewesen eine solche Katastrophe heraufzubeschwören –, sondern die innere Blockade einer Gesellschaft ist die ausschlaggebende Bedingung, ohne die Hitlers Herrschaft nicht denkbar ist. Die Beseitigung der ohnehin nicht sehr starken Fundamente einer in Richtung freiheitlicher Grundordnung auf dem Weg befindlichen Gesellschaft ermöglichte es, dass ein Fanatiker in den unkontrollierten Besitz der Macht kam.

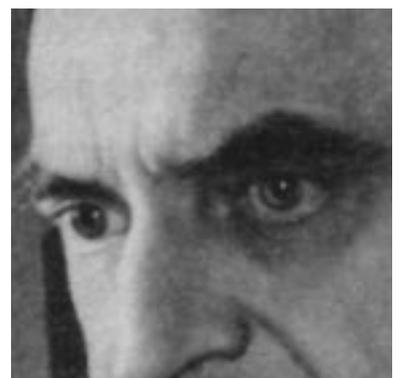
Die Tragik – aber keineswegs die Zwangsläufigkeit – deutscher Geschichte bestand darin, dass es im Ringen um die Staatsgewalt im Grunde seit Gründung des Deutschen Reichs keine klare Entscheidung gab. Eine Reichsgründung im Geiste von „Einheit ohne Freiheit“ – das bedeutete eine erhebliche Selbstschwächung von Beginn an. Selbst die Niederlage im Ersten Weltkrieg brachte nur eine kurzfristige Lösung: Die Demokraten hatten ihre 1919 errungene Dreiviertelmehrheit bereits 1920 wieder verloren. Mit der Machtauslieferung an Hitler 1933 brachen schließlich die letzten Dämme. Binnen Wochen fegte der zu allem entschlossene „Führer“ das noch bestehende Gerüst des Rechts- und Verfassungsstaates hinweg. Jede Form der Kontrolle und Mitbestimmung verschwand und der Massenmörder Adolf Hitler erlangte die wohl größte Handlungsfreiheit, die je ein Politiker gehabt haben dürfte.

Berlins Rolle in den Jahren 1933–45 ist ohne Vergleich. Weder national noch international dürfte es je eine Stadt gegeben haben, in der sich innerhalb einer so kurzen Spanne eine so enorme Machtfülle konzentrierte, die solch katastrophale Folgen anrichtete: 55 Millionen Tote, ein Kontinent in Schutt und Asche, die industriemäßige Ermordung der Juden – zu keinem Zeitpunkt seiner Geschichte war das, was in und von Berlin aus geschah, für Deutschland, Europa und weite Teile der Welt von so großer und furchtbarer Bedeutung.

Die Funktion, die die Nationalsozialisten Berlin zuwiesen, degradierte zudem alle anderen deutschen Städte und Regionen sowie die übrigen europäischen Metropolen. Eine Anmaßung, gegen die sich Berlin nicht ernsthaft wehrte und die so überdimensioniert war wie Speers fiebrige Visionen. Dennoch: Trotz Begeisterung und euphorischer Massenkundgebungen, die Hochburg der NS-Bewegung war und

wurde die Stadt nicht. Berlin blieb dem „Führer“ unheimlich. Terror, Überwachung und Bespitzelung waren während der gesamten Herrschaftszeit nötig, um Hitlers Macht zu erhalten. Zudem gab es auch im „perfekten Polizeistaat“ Nischen: Die rund 3.000, etwas unbeholfen verklärend „Unbesungene Helden“ genannten Personen, die politisch Verfolgte, Juden und andere nicht selten über Jahre versteckten und ihnen das Überleben ermöglichten, sind in dieser Fülle ohne Beispiel in Deutschland.⁵⁰⁶

So scheint es typisch für Berlin und kein Zufall, dass die Hauptstadt sowohl Zentrale des Terrors als auch Ort des aussichtsreichsten Versuchs war, den Tyrannen zu beseitigen. In vielen Beschreibungen der NS-Zeit findet sich die Charakterisierung der Stimmung in Berlin als zwiespältig, als differenziert. Konstatiert wird ein Schwanken zwischen der „Zuflucht in Lebensgefühle und Stimmungen, in Gleichgültigkeiten“ als Ausdruck „eines spezifisch hauptstädtischen Gefühls der Leichtigkeit“.⁵⁰⁷ Wenn dies zutrifft, wenn Neugierde und Beklemmung, Anpassung und Passivität, auch ein gewisser Hochmut gegenüber Hitler und seiner Bewegung, tatsächlich in Berlin weit verbreitet waren, so mochte die dahinter stehende Haltung vielleicht angemessen sein, um mit den Unbilden des Kaiserreichs und der Weimarer Republik fertig zu werden, gegenüber dem „Führer“ erwies sie sich jedoch als fatale Mentalität. Nicht zuletzt das Schweigen der Gleichgültigen und Ratlosen in Berlin ermöglichte schließlich jene in und von der „Reichshauptstadt“ aus betriebene Politik und führte in Abgründe, die die Menschheit in dieser Form zuvor noch nie betreten hatte.



9. **Stabilität durch Teilung:** **Berlin im Brennpunkt des Ost-West-Konflikts**

Die Schwelle: Abschlüsse und Neuanfänge

„Merkt Euch! Jeder, der Maßnahmen, die unsere Widerstandskraft schwächen, propagiert oder gar billigt, ist ein Verräter! Er ist augenblicklich zu erschießen oder zu erhängen!“⁵⁰⁸

Hitlers letzter Durchhalteappell erschien am 24. April 1945 in der letzten Ausgabe des „Völkischen Beobachters“. Unterdessen standen sowjetische Truppen schon in der Stadt. Pankow, Weißensee und Lichtenberg hatten sie am 22. April erobert, tags darauf drangen sie unter schweren Kämpfen nach Zehlendorf, Tempelhof und Neukölln vor, bevor schließlich am 30. April die rote Fahne über dem Reichstagsgebäude wehte.⁵⁰⁹

Am selben Tag setzte Adolf Hitler im Bunker der Reichskanzlei seinem Leben ein Ende. Mindestens 6.000 weitere Menschen töteten sich im Kampf um Berlin ebenfalls selbst – aus Verzweiflung, aus Furcht vor Rache, vor Vergewaltigung, aus zahlreichen anderen Gründen, die wohl nie ganz geklärt werden können.⁵¹⁰ Zwei Tage später unterzeichnete General Helmuth Weidling in einem sowjetischen Gefechtsstand in Tempelhof, in einer Parterrewohnung am Schulenburgring 2 die ihm vorgelegte Kapitulationsurkunde. Am 2. Mai 1945 schwiegen in Berlin die Waffen. Fünf Tage darauf, am 7. Mai erfolgte die doppelt beurkundete bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches, zunächst im französischen Reims und am 8. Mai 1945 im sowjetischen Hauptquartier in Karlshorst. Schätzungsweise 55 Millionen Menschenleben hatte der Krieg gekostet. In Berlin, das zu Kriegsbeginn über vier Millionen Einwohner gehabt hatte, lebten noch etwa 2,3 Millionen Menschen, viele krank, resigniert, erschöpft.⁵¹¹

Deutschland hatte die halbe Welt mit dem grausamsten bis dahin bekannten Krieg überzogen, jetzt war das Land ein besiegter Feindstaat. War Berlin seit der nationalsozialistischen Eroberung das europäische Machtzentrum gewesen, so traten fortan andere Entscheidungszentren in den Vordergrund. Nicht in der zerstörten Reichshauptstadt, sondern in Washington, Moskau und London, später auch in Paris, fielen nun die maßgeblichen Entscheidungen für die Neuordnung Berlins, Deutschlands, Europas und großer Teile der Welt.⁵¹²

Die Alliierten: Gemeinsamkeiten und Differenzen

Die Berlins Zukunft bestimmende Zusammenarbeit der Alliierten war von Beginn an von Meinungsverschiedenheiten geprägt. Noch heute gibt es keine zweifelsfreie Antwort auf die Frage, ob es nach dem Sieg über Hitler-Deutschland unter damaligen Konstellationen möglich war, dauerhaft Einigkeit über die Zukunft Deutschlands zu erzielen.

Neu war der Konflikt zwischen den Alliierten nicht. Im Grunde reichte der Streit über die Zusammenarbeit zwischen Ost und West ins Jahr 1919 zurück, als die Revolution in Russland siegte und Lenin den Kommunismus etablierte.⁵¹³ Seitdem stand die Frage der Kooperation zwischen den gegensätzlichen Systemen auf der Tagesordnung. Mit Beginn des Krieges gewann sie eine neue Qualität und erst nach intensiven Diskussionen kam es zur begrenzten Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Diese Kooperation überlagerte zeitweise die ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West, beseitigte sie jedoch nicht.⁵¹⁴

Dennoch schuf die Zusammenarbeit in der Anti-Hitler-Koalition die Basis für weitere Gespräche zwischen den drei, später vier Alliierten. Als vorerst vage Übereinkunft schälte sich heraus, Deutschland von alliierten Truppen zu besetzen, das Kriegspotenzial zu zerschlagen und Preußen aufzulösen. Ferner dachten die Alliierten an die Errichtung einer gemeinsamen, interalliierten Kontrollkommission. Sie sollte die Regierungsgewalt in Deutschland übernehmen und die Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung sowie die Zahlung von noch genau festzusetzenden Reparationen überwachen. Ein neuer ständiger Ausschuss, die „European Advisory Commission (EAC)“, nahm am 15. Dezember 1943 in London ihre Arbeit auf und handelte die Details aus.⁵¹⁵ Formell handelte es sich lediglich um Botschaftergespräche, tatsächlich aber erlangten die Empfehlungen erhebliche Bedeutung. Zu den wichtigsten Arbeitsergebnissen zählten der Entwurf der Kapitulationsurkunde sowie zwei Protokolle:

- Das Zonenprotokoll vom 12. September 1944 teilte Deutschland in vier Zonen: Jede Besatzungsmacht sollte für eine Zone zuständig sein, das in drei Sektoren aufgeteilte Berlin war gemeinsam zu verwalten.
- Gut zwei Monate später, am 14. November 1944, präzierte das Londoner Abkommen den Kontrollmechanismus und legte das Verwaltungsverfahren fest. Die „oberste Gewalt“ übten danach die Oberbefehlshaber der Truppen in den einzelnen Zonen aus, die wiederum ihren Regierungen unterstellt waren.

Oberste Gewalt

Die Alliierte Kommandantur war von 1945–90 das höchste, mit der Ausübung der obersten Gewalt in Berlin beauftragte Organ der vier Siegermächte. Die erste Sitzung fand am 11. Juli 1945 statt. Mit Befehl Nr. 1 vom selben Tage ging die zuvor von der Sowjetunion allein ausgeübte Kontrolle Berlins auf alle Vier Mächte über. Auf der zweiten Sitzung am 18. Juli 1945 wurde das Gebäude des Verbandes der öffentlichen Feuerversicherungen in der Kaiserswerther Straße in Zehlendorf (amerikanischer Sektor) zum Amtssitz bestimmt. Bis zum 16. Juni 1948 trat die Kommandantur zu 93 Sitzungen zusammen und erließ 1.168 Befehle und Verordnungen. Mit der Eskalation des Ost-West-Konflikts zogen sich die sowjetischen Vertreter am 16. Juni 1948 aus der Kommandantur zurück. Ab diesem Zeitpunkt bis 1990 arbeitete die Einrichtung als Drei-Mächte-Organ.

Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 wurde der alliierte Sonderstatus Berlins beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst. Auf der letzten Sitzung der Alliierten Kommandantur am 2. Oktober 1990 unterzeichneten die drei westlichen Stadtkommandanten ein gemeinsames Schreiben an den Regierenden Bürgermeister, in dem sie erklärten, dass ihre Aufgabe um Mitternacht – dem Beginn der deutschen Einheit – erfüllt sei.

Heute residiert der Präsident der Freien Universität in dem Gebäude.

Von 1945–48 war der Alliierte Kontrollrat das oberste Kontrollorgan der vier Siegermächte des II. Weltkrieges in Deutschland. Es konstituierte sich am 30. Juli 1945 im amerikanischen Hauptquartier in Berlin. Als endgültiger Sitz wurde das Gebäude des Preußischen Kammergerichts am Heinrich-von-Kleist-Park in der Eißholzstrasse im Bezirk Schöneberg (amerikanischer Sektor) bestimmt.

Das Kontrollsystem war für Deutschland als Ganzes durch den Dualismus von kooperativen (Kontrollrat) und individuellen (Zonen) Elementen gekennzeichnet. Da die individuelle Komponente dominierte, konnte jede Macht entscheiden, welche Angelegenheiten sie selbst entschied und welche Angelegenheiten sie dem auf Einstimmigkeit festgelegten Kontrollrat übertragen wollte. Insgesamt führte der Kontrollrat 82 Sitzungen durch, erließ drei Proklamationen an das deutsche Volk, 62 Gesetze, vier Befehle und 57 Direktiven.

Mit den zunehmenden Ost-West-Spannungen verließ der sowjetische Oberbefehlshaber am 20. März 1948 die Sitzung des Organs und erklärte, der Alliierte Kontrollrat bestehe „faktisch“ nicht mehr. Obwohl der Kontrollrat seine Tätigkeit einstellte, arbeiteten einzelne seiner Abteilungen weiter: die Luftsicherheitszentrale Berlin, die Verbindungsabteilung (Protokollabteilung), das Alliierte Büro für internationale Abrechnung im Post- und Fernmeldewesen. Das Alliierte Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau bestand bis 1987 fort.

Alliierte Kommandantur, Kaiserswerther Straße in Zehlendorf. Heute Sitz des Präsidenten der Freien Universität.



Alliiertes Kontrollrat, Kleistpark in Schöneberg. Heute Sitz des Landesverfassungsgerichts von Berlin.



Alle Angelegenheiten, die „Deutschland als Ganzes“ betrafen, sollten im Alliierten Kontrollrat einstimmig beschlossen werden. Im „besonderen Gebiet Berlin“ galt das gleiche Prinzip: In den Sektoren lag die oberste Gewalt beim jeweiligen Stadtkommandanten, die wiederum in der Alliierten Kommandantur ihre Arbeit koordinierten. Die Kommandantur schließlich war dem Alliierten Kontrollrat unterstellt.⁵¹⁶

Damit gab es im Grundsatz eine formal klare Kompetenzabgrenzung, so dass die alliierte Zusammenarbeit, trotz der zu erwartenden Schwierigkeiten, nicht an einer monströsen Verwaltungskonstruktion scheitern musste. Der gesamten Konstruktion lag die Annahme zugrunde, Deutschland würde nach einer noch zu definierenden Besatzungszeit als einheitlicher Staat weiter bestehen mit Berlin als Regierungszentrum. Allerdings lagen die Probleme der Londoner Abmachungen gleichfalls offen: Das Konsensprinzip forderte bei allen Entscheidungen Einstimmigkeit. Was geschehen würde, falls die nicht zustande kam, blieb vorerst unklar.

Das Kernproblem war jedoch nicht das ausgetüftelte Verwaltungssystem. Es bestand vielmehr darin, dass die Alliierten keine klare Vorstellung über ihre künftige Deutschland-Politik und damit verbunden von der europäischen Nachkriegsordnung hatten.⁵¹⁷ Unter diesen Vorzeichen fand nach einer Reihe vorangegangener Konferenzen vom 4. bis 11. Februar 1945 die Krim-Konferenz in Jalta statt, mit folgenreichen Beschlüssen. Stalin erklärte Ost- und Südosteuropa zur sowjetischen Interessensphäre; Deutschland sollte entwaffnet und entmilitarisiert sowie mit hohen Reparationen belastet werden. Zudem luden die drei Alliierten Frankreich zur Teilnahme an der gemeinsamen Besatzung Deutschlands ein. Bis zu diesem Stand waren die Absprachen gediehen, als die Rote Armee Berlin eroberte.⁵¹⁸

Eine Vorahnung über Art und Verlauf künftiger Konflikte bot schon der Streit um den Einzug der West-Alliierten in Berlin. Es kam zu unerquicklichen Auseinandersetzungen und Notenwechseln über den Termin, bevor sich die Sieger nach einigem Hin und Her auf Anfang Juli einigten. Ferner war der freie Zugang für die West-Mächte nach Berlin umstritten. Lediglich für den Flugverkehr kam später eine formelle Vereinbarung zustande.⁵¹⁹

Die gut zwei Monate bis zum Eintreffen der Amerikaner, Briten und Franzosen in Berlin nutzte die Sowjetunion für eine Reihe wegweisender Entscheidungen beim Neuaufbau des politischen Lebens. Bereits am 30. April 1945 traf aus Moskau die „Gruppe Ulbricht“⁵²⁰ in Berlin ein, mit der Aufgabe, die KPD neu zu gründen, eine Gewerkschaftsbewegung und eine deutsche Verwaltung aufzubauen. Zahlreiche kommunistische Funktionäre gelangten so in Schlüsselpositionen der Stadtverwaltung. Parteilose Fachleute, frühere Sozialdemokraten und bürgerliche Politiker

rahmten die kommunistischen Kader ein, um den Eindruck zu erwecken, es gehe demokratisch zu. In großer Eile wurde der erste Nachkriegsmagistrat gebildet, mit dem parteilosen Architekten Arthur Werner als Oberbürgermeister, den die Sowjets sogleich am 14. Mai 1945 bestätigten.⁵²¹

Unter den Bedingungen der zu jener Zeit allein von den Sowjets beeinflussten Personalpolitik vollzog sich kurz darauf der Neuaufbau der politischen Organisationen. Am 10. Juni 1945 erließ die sowjetische Militärverwaltung ihren Befehl Nr. 2. Er erlaubte „auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone“ (SBZ), zu dem die Sowjets entgegen den Londoner Abmachungen ganz Berlin wie selbstverständlich hinzurechneten, die Bildung und die Tätigkeit „antifaschistischer Parteien“ und einer Gewerkschaft. Schon am nächsten Tag kam es zur Gründung der KPD, am 15. Juni folgte die SPD, am 16. Juni CDU und LDP.⁵²² Während die Alliierten noch über Details ihrer gemeinsamen Besatzungsherrschaft diskutierten, war die Reorganisation des politischen Lebens in Berlin unter sowjetischer Obhut bereits in vollem Gange.

Am 5. Juni 1945 trafen sich die vier Oberbefehlshaber in der Niebergallstraße 20 in Köpenick und unterzeichneten die „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“.⁵²³ Damit übernahmen sie formell die oberste Gewalt in Deutschland. Einen Monat später trafen die West-Alliierten in Berlin ein und besetzten ihre Sektoren. Wenige Tage darauf begannen die Potsdamer Beratungen, die Stalin, Truman und Churchill am 17. Juli 1945 mit ihrer ersten Besprechung in Schloss Cecilienhof eröffneten. Am Ende standen Absprachen und Einigungen, die auf die Teilung des Kontinents hinausliefen. Stalin setzte die Westverschiebung Polens weit gehend seinen Vorstellungen entsprechend durch. Die USA akzeptierten mit einigen Vorbehalten die Oder-Neiße-Grenze ebenso wie die Tatsache, dass die Sowjetunion Ost- und Südosteuropa zu ihrer Einflussphäre zählte. In der Frage der Reparationen kam es gleichfalls zu einer fatalen Übereinkunft. Die Sowjetunion sollte ihre Ansprüche aus ihrer Besatzungszone befriedigen. Das lief praktisch auf die wirtschaftliche Teilung des Besatzungsgebietes hinaus; das Bekenntnis zur Wirtschaftseinheit erwies sich als leeres Versprechen.⁵²⁴

Was die sowjetische Zone nach diesem Beschluss erwartete, war in Berlin bereits sichtbar geworden. Unmittelbar nach der Eroberung Berlins hatte die Rote Armee⁵²⁵ begonnen, unzerstörte Forschungseinrichtungen und Industriebetriebe zu demontieren und zusammen mit qualifiziertem Personal in die Sowjetunion zu schi-

cken. Sehr bewusst konzentrierte sie sich zunächst auf die westlichen Sektoren der Stadt, um auch hier vor dem Eintreffen der West-Alliierten vollendete Tatsachen zu schaffen.

So klar sich diese Entwicklungen und die vorentscheidende Bedeutung der Potsdamer Beratungen im Nachhinein auch darstellen, für die Beteiligten selbst waren sie in dieser Schärfe nur schwer zu erkennen.⁵²⁶ Vorerst schien die Zusammenarbeit durchaus zu funktionieren. Die für Berlin zuständige Alliierte Kommandantur, die sich am 11. Juli konstituiert und die in der Kaiserswerther Straße in Dahlem ihren Amtssitz genommen hatte, erkannte in ihrem Befehl Nr. 1 das bisherige Handeln der Sowjets und alle Regelungen als weiter geltendes Recht an.⁵²⁷ Der Alliierte Kontrollrat nahm am 30. Juli 1945 im amerikanischen Hauptquartier seine Arbeit auf. Als ständigen Sitz wählten sich die Verantwortlichen das Gebäude des Preußischen Kammergerichts in der Elßholzstraße am Heinrich-von-Kleist-Park in Schöneberg, wo noch kurz zuvor Freislers Volksgerichtshof seine Todesurteile verkündet hatte. Für Kontrollrat und Kommandantur war zunächst die Entnazifizierung eine der wichtigen Aufgaben. Hier gelang es ohne allzu große Mühe, Einigkeit über zahlreiche praktische Schritte zu erzielen.

So bot sich Ende 1945 ein keineswegs hoffnungsloses Bild. Der besiegte Nationalsozialismus spielte keine politische Rolle mehr. Deutschland, besetzt und in Zonen aufgeteilt, war als einheitliches Land erhalten geblieben, die vor Kriegsende zeitweise diskutierten und wie der Morgenthauplan⁵²⁸ immer wieder als Schreckgespenst kursierenden Teilungspläne zurück in die Schreibtischschubladen gewandert. Berlin, von wo aus der Kontrollrat das Land regierte, war nach wie vor Deutschlands politisches Zentrum.

Die Bewegung: Fliehkräfte und Zusammenhalt

Doch schon zu diesem Zeitpunkt zerrten Fliehkräfte an der Einheit und begannen das Land und die Stadt auseinander zu reisen:

Die für Deutschland einflussreichsten Machtzentren waren die Hauptstädte der Siegermächte. Nachdem die Zusammenarbeit zwischen den alliierten Regierungen zögernd in Gang gekommen war, lagen nun die ersten Ergebnisse vor und führten zu einer Präzisierung, teilweise zu einer deutlichen Änderung ihrer bisherigen Politik. Die Zusammenarbeit zwischen drei Demokratien mit der sowjetischen Diktatur

förderte nach der Niederringung Hitler-Deutschlands zunehmend unterschiedliche Auffassungen zutage. Konfrontative Konzepte begannen die bisher auf Kooperation ausgerichtete Politik zu verdrängen.⁵²⁹

Als konfliktreich erwies sich auch die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Besatzungszonen. Bis sich die West-Mächte in ihren Gebieten eingerichtet hatten, dauerte es einige Monate.⁵³⁰ Die Sowjets hatten zeitlich und räumlich einen deutlichen Vorsprung. Als Erste gekommen, hatten sie zügig mit dem Aufbau neuer Strukturen begonnen. Sie residierten in der Hauptstadt, die mitten in ihrer Zone lag. Die Amerikaner hingegen schlugen ihr Hauptquartier in Frankfurt am Main auf, der französische Stab bezog Stellung in Baden-Baden und die Briten verteilten sich über mehrere Orte: Das militärische Hauptquartier saß in Bad Oeynhausen, die Zentrale der Militärregierung befand sich in Lübbecke, Herford und Minden. Jetzt zeigte sich die problematische Struktur der Besatzungsherrschaft. Konnten die Sowjets ihre Politik räumlich und personell an einem Ort konzentrieren, so mussten die West-Mächte ihre Kräfte aufteilen.⁵³¹ Die Exekutive in der jeweiligen Zone, die Beschlussfassungen in Berlin – das brachte auf Dauer erhebliche Reibungsverluste. Solange der Kontrollrat zu funktionieren schien, lag das Schwergewicht der Präsenz der West-Mächte in Berlin. Mit seiner zunehmenden Blockade verlagerte es sich in die einzelnen Zonen und auf deren Zusammenarbeit untereinander.⁵³²

In Berlin trafen die verschiedenen Konfliktlinien aufeinander und verstärkten sich gegenseitig. Im Zentrum der Auseinandersetzungen stand der Streit um die Neugestaltung des politischen Systems. Ihrer marxistisch-leninistischen Grundauffassung folgend, betrachteten die Sowjets die KPD als führende Kraft und wirkten auf eine Zusammenarbeit der vier Parteien und des am 13. Juni 1945 gegründeten Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) im „antifaschistisch-demokratischen Block“ hin, der seit dem 14. Juli 1945 bestand. Gleichzeitig drängten sie auf den Zusammenschluss von KPD und SPD. Maßgebliche Sozialdemokraten in den Westsektoren widersetzten sich allerdings diesen Plänen und beschlossen eine Urabstimmung über den Zusammenschluss, die die Sowjets kurzerhand in ihrem Sektor verboten. So stimmten am 31. März 1946 nur die Sozialdemokraten in den Westsektoren über die Vereinigung ab, mit einem eindeutigen Ergebnis: 19.529 SPD-Mitglieder stimmten gegen die sofortige Vereinigung – konnten sich allerdings langfristig eine Zusammenarbeit vorstellen –, nur 2.937 dafür. Die SPD in den Westsektoren blieb also bestehen, während sie im sowjetischen Machtbereich auf dem „Vereinigungsparteitag“ vom 21./22. April 1946 im Admiralspalast mit der KPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)“ fusionierte.⁵³³

Ein halbes Jahr später fanden am 20. Oktober 1946 die ersten freien Wahlen in Groß-Berlin statt. Sie sahen die SPD mit 48,7 Prozent als überwältigenden Sieger, während CDU 22,2 und LDP 9,3 Prozent der Stimmen bekamen. Die SED erreichte nicht einmal ein Fünftel der Stimmen und landete bei enttäuschenden 19,8 Prozent; von führender Kraft konnte keine Rede sein.⁵³⁴ Der vorläufigen Verfassung entsprechend, die gleichfalls am 20. Oktober 1946 in Kraft trat, mussten nun alle zugelassenen Parteien ihrer Stärke gemäß am Magistrat beteiligt werden. Nach mehrwöchigen Verhandlungen wählte das Parlament am 5. Dezember die neue Stadtregierung mit Otto Ostrowski (SPD) als Oberbürgermeister.⁵³⁵

Der Konflikt mit den Sowjets und der SED auf der einen sowie den West-Alliierten und den drei demokratischen Parteien auf der anderen Seite, lag spätestens im Herbst 1946 offen zutage. Die fundamental unterschiedlichen Auffassungen, etwa darüber was unter Demokratie zu verstehen sei, verhinderten künftig jede Einigung. Hier volksdemokratische Konzepte mit einer führenden Partei, was auch immer die Wähler dazu sagen mochten, dort pluralistische Parteiendemokratie – zwischen diesen Vorstellungen gab es keinen Kompromiss.

Die Isolierung: Tri-Zone, SBZ und Berlin

Im ungewöhnlich harten Winter 1946/47 kämpfte Berlin mit erheblichen Versorgungsproblemen und die Wirtschaft kam nicht in Gang. Strom war knapp, Betriebe mussten stillgelegt werden, die Arbeitslosigkeit stieg und der öffentliche Nahverkehr stand vor dem Zusammenbruch. Um die Probleme in den Griff zu bekommen, verhandelte Oberbürgermeister Ostrowski, ohne Rückendeckung seiner Partei, der SPD, mit dem sowjetischen Stadtkommandanten, der ihn an die SED verwies. Ostrowskis eigene Partei und die CDU missbilligten die Kontakte. Am 11. April 1947 sprach ihm das Parlament das Misstrauen aus, und am 17. April trat er zurück. Die Kommandantur bestätigte den Rücktritt und forderte die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters. Das geschah am 24. Juli 1947, die Abgeordneten wählten den Sozialdemokraten Ernst Reuter zum neuen Regierungschef. Die Sowjets verhinderten allerdings in der Alliierten Kommandantur dessen Anerkennung, deshalb führten Bürgermeisterin Louise Schroeder (SPD) sowie Ferdinand Friedensburg (CDU) die Geschäfte.⁵³⁶ Die inzwischen erarbeitete Verfassung Berlins scheiterte gleichfalls am Veto der Sowjets.⁵³⁷

Nicht nur in Berlin gab es Schwierigkeiten. Die angestrebte einheitliche Verwaltung Deutschlands kam nicht zustande, und die alliierten Außenministerkonferenzen, ein auf der Potsdamer Konferenz eingesetztes Koordinierungsinstrument, endeten re-

gelmäßig mit nicht überbrückbaren Meinungsverschiedenheiten. Spätestens das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz im April 1947 machte den Bruch zwischen den Alliierten offenkundig und offenbarte, dass zwei Lager entstanden waren.

Auch zwischen den Deutschen kam es zum Bruch. Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard hatte für Anfang Juni 1947 seine Kollegen zu einer Konferenz eingeladen. Die westlichen Alliierten forderten im Vorfeld, dass es dabei nicht zu Beratungen über die deutsche Einheit kommen sollte. Während die westlichen Ministerpräsidenten in Vorgesprächen die Konferenz vorbereitet hatten, blieben die östlichen Regierungschefs den Beratungen fern. Am 5. Juni, dem Vortag des geplanten Konferenzbeginn kamen die östlichen Ministerpräsidenten in München an. In einer Diskussion verlangten sie, das Thema deutsche Einheit auf die Tagesordnung zu setzen, den Ministern Vertretern von Parteien und Gewerkschaften beizuordnen und die Tagung nach Berlin zu verlegen. Ministerpräsident Ehard sah das als Ultimatum und weigerte sich, den Forderungen nachzugeben. Daraufhin verfassten die fünf Ministerpräsidenten der östlichen Länder eine Erklärung in scharfem Ton und reisten ab.⁵³⁸

Bis Mitte 1947 hatten sich die Konfliktlinien verschoben: Gab es nach Kriegsende eine klare Trennungslinie zwischen Siegern und Besiegten, zwischen Alliierten und Deutschen, so verlief der Bruch nun zwischen West-Alliierten und Sowjetunion sowie zwischen Westzonen und SBZ. Der ideologische Grundsatzkonflikt, durch den Sieg über Deutschland zeitweise unwichtiger geworden, trat wieder in den Vordergrund.

Unter diesen Umständen war gemeinsam über die Zukunft Deutschlands und Europas keine Einigung zu erzielen. So nahmen in den Westzonen wie in der Sowjetzone die Vorbereitungen für die Bildung zweier deutscher Staaten Form an. Bereits am 1. Januar 1947 hatten die amerikanische und die britische Zone zum vereinigten Wirtschaftsgebiet, zur Bizone, fusioniert, das sich rasch zur wirtschaftlichen und politischen Keimzelle Westdeutschlands entwickelte.⁵³⁹ Ende 1947 entpuppte sich die Londoner Außenministerkonferenz als rhetorische Veranstaltung für die Öffentlichkeit, gegenseitige Anklagen und Beschimpfungen füllten den größten Teil der Zeit. Am 15. Dezember gingen die Außenminister auseinander, ohne ein neues Treffen zu vereinbaren. Auch wenn es im folgenden Jahr noch zu einer weiteren Tagung kam, „hatte der Rat der Außenminister ... praktisch aufgehört, ein Instrument der internationalen Politik zu sein“.⁵⁴⁰ An seine Stelle trugen neue Beratungsgremien mit neuen Zielen. Der Osten beriet die Einbeziehung der SBZ in die

östliche Staatenwelt, im Westen diskutierten Gesprächsforen über den Anschluss Westdeutschlands an das westliche Staatensystem.

Die Westsektoren Berlins gerieten nun in eine doppelte Isolierung. Zum einen waren sie wirtschaftlich wie politisch von den Westzonen getrennt, zum anderen hatten die Ost-Berliner Behörden längst damit begonnen, ihren Sektor in die SBZ zu integrieren. Das formelle Scheitern der alliierten Besatzungsherrschaft war unter diesen Bedingungen eine Frage der Zeit. Es folgte im März 1948. In London tagte inzwischen eine Konferenz mit Vertretern der West-Mächte und der Benelux-Staaten und entwarf einen Grundriss für den geplanten westdeutschen Staat. Als am 6. März 1948 die mit einer Definition der Schritte von der Bi- zur Tri-Zone und deren Einbeziehung in das westeuropäische Staatensystem beauftragte Konferenz vorläufig unterbrochen wurde, protestierten die Sowjets heftig gegen die bis dahin erzielten Verhandlungsergebnisse. Am 20. März verließ der sowjetische Oberkommandierende den Alliierten Kontrollrat und drei Monate später, am 16. Juni 1948, war auch die Kommandantur durch den Auszug der Sowjets lahm gelegt.⁵⁴¹

Der Konflikt: Blockade und Luftbrücke

Im Sommer 1948 eskalierte der Konflikt. Eine der Schlüsselfragen war die Organisation der Wirtschaft. Während die Sowjets die Übertragung ihres Modells sozialistischer Planwirtschaft auf die SBZ vorbereiteten, planten die West-Mächte die Einbeziehung in die europäische Marktwirtschaft. Die wiederum litt nach wie vor unter den Kriegsfolgen und lag am Boden. Um sie anzukurbeln, bereiteten die US-Amerikaner ein umfangreiches Hilfsprogramm vor, den Marshallplan.⁵⁴² Eine der Grundvoraussetzungen zu seiner Realisierung war eine stabile Währung. Deshalb wurde in den Westzonen am 18. Juni 1948 eine Währungsreform durchgeführt, von der die Westsektoren Berlins zunächst ausgeschlossen blieben. Die Sowjets improvisierten nun ihrerseits eine Währungsreform. Allerdings erklärte der sowjetische Oberkommandierende am 22. Juni 1948 die Ausdehnung dieser Währung auf ganz Berlin. Diesen Befehl erklärten die drei westlichen Stadtkommandanten in ihren Sektoren für null und nichtig und führten mit Wirkung vom 25. Juni in den Westsektoren Berlins die neue Westmark ein.⁵⁴³ Bereits auf diese Ankündigung hin unterbrachen die Sowjets am 24. Juni 1948 unter dem Vorwand „technischer Störungen“ den Interzonenverkehr. Dies markierte den Beginn der Blockade, die die Westsektoren bis zum 12. Mai 1949 von der westdeutschen Versorgung auf dem Land- und Wasserweg isolierte.

Hunger I

Britische Sunderland Flugboote unterstützen die Luftbrücke 1948/49. Ihre Route führt sie von Ham-burg über den nördlichen Luftkorridor nach Berlin, wo die Havel als Runway genutzt wird.

Hunger II

Nach Aufhebung der Blockade am 12. Mai 1949 füllen sich die Läden. Berlinerinnen drängen sich vor Schaufenstern mit Fleisch- und Wurstwaren.



Die Absichten, die die Sowjets mit der Verhängung der Blockade verfolgten, sind nach wie vor nicht zweifelsfrei klar und es spricht einiges dafür, dass Stalin mehrere Ziele verfolgte. Zweifellos beabsichtigte er die West-Mächte an ihrer empfindlichsten Stelle zu treffen: in West-Berlin. Ob es letztlich um die Einverleibung der Westsektoren in den sowjetischen Machtbereich ging oder eher um eine Verzögerung der Gründung der Bundesrepublik, um Zeit zu gewinnen, ist nicht eindeutig zu belegen. Die letztgenannte Absicht dürfte wohl zumindest anfangs zeitweise dominiert haben, denn die Blockademaßnahmen überschritten bestimmte Grenzen nicht, eine Verschärfung, etwa durch Behinderungen des Flugverkehrs, wäre ohne weiteres denkbar gewesen.

Der amerikanische Militärgouverneur, General Lucius D. Clay, reagierte auf die Blockade mit einer so unkonventionellen wie effektiven Maßnahme. Obwohl erwogen, wick er einer direkten, aber letztlich unkalkulierbaren Konfrontation, die rasch in einen bewaffneten Konflikt hätte eskalieren können, aus und ließ kurzerhand die in West-Berlin benötigten Güter einfliegen. Binnen Wochen organisierten Amerikaner und Briten die bis dahin größte Luftbrücke, mit der es selbst im Winter 1948/49 unter widrigen Bedingungen gelang, West-Berlin am Leben zu erhalten.⁵⁴⁴ Die Luftbrücke erwies sich in mehrfacher Hinsicht als wegweisend:

- Sie schmiedete den Westen zusammen. Die Abwehr des Kommunismus wurde fortan zum Kitt zwischen den westlichen Staaten – das galt für die Politik ebenso wie für die Bevölkerung. Seine institutionelle Absicherung fand dieser Prozess am 4. April 1949 mit der formellen Gründung der nordatlantischen Verteidigungsallianz, der NATO, der die Sowjetunion 1955 den Warschauer Pakt gegenüberstellte.⁵⁴⁵
- Die Formierung der Bündnisse offenbarte eine grundlegende Revision der US-amerikanischen Außenpolitik. Ohne die USA würde sich Westeuropa, so die übereinstimmende Einschätzung, nicht gegen die Sowjetunion halten können. War ursprünglich beabsichtigt, die Präsenz in Europa nach Kriegsende möglichst kurz zu halten, so zeichnete sich 1946/47 ein Wandel dieser Haltung ab und zu Beginn der Luftbrücke fiel in Washington die Entscheidung, Berlin nicht aufzugeben. Berlin avancierte zum Symbol für die neue Haltung; die Stadt zu halten, beinhaltete eine Sicherheitserklärung für Europa. Das lief auf eine langfristige Präsenz hinaus, ohne dass klar war, wie lange das Engagement in Europa dauern würde.⁵⁴⁶ Nordamerikas Präsenz in Europa und vor allem in der Enklave Berlin war deshalb der Schlüssel für die Sicherheit des transatlantischen Bündnisses.

- Das Eintreten der Amerikaner und Briten für die von ihnen proklamierten westlichen Werte beeindruckte selbst zweifelnde Westdeutsche und West-Berliner und brachte sie an die Seite der westlichen Demokratien. Insbesondere die West-Berliner, Ernst Reuter allen voran, stellten sich demonstrativ hinter die West-Alliierten, die nun zu Schutzmächten avancierten. Reuters emphatischer Aufruf an die „Völker der Welt“ vor fast 500.000 Berlinern, die sich am 9. September 1948 auf dem Platz der Republik zur größten Kundgebung in Berlin seit Kriegsende zusammengefunden hatten, war ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Freiheit.⁵⁴⁷ Deutsche, die für Freiheit und Demokratie eintraten, das war eine Erfahrung, die dem bisherigen Bild und den dominierenden Erfahrungen mit Deutschen widersprach. So entstand ein beachtliches Maß an Vertrauen und moralischem Kredit, von dem vornehmlich Westdeutschland bei seinem politischen und wirtschaftlichen Aufbau profitierte.
- Die West-Alliierten fanden in der Krise ein Muster für die innerwestliche Abstimmung und Zusammenarbeit, das sich über 40 Jahre als tragfähig erwies. Dies war vor allem für Berlin von großer Wichtigkeit. Denn auch wenn fast alle alliierten Institutionen durch den Auszug der Sowjets ihrer ursprünglichen Funktion beraubt waren, wurden sie aufrechterhalten und durch die drei West-Mächte fortgeführt.⁵⁴⁸ Dadurch lag der „Schwarze Peter“ bei der Sowjetunion, der der Westen regelmäßig signalisierte, eine Rückkehr sei jederzeit möglich. Das wiederum war das zentrale Argument in der westlichen Argumentation, der Status Berlins als Vier-Mächte-Stadt bestehe unverändert fort und an den von den Sowjets mehrfach bestrittenen Anwesenheitsrechten gäbe es nichts zu deuteln.⁵⁴⁹
- Der Westen überzeugte durch die Luftbrücke die Sowjetunion und nicht zuletzt sich selbst von seinen technischen Möglichkeiten und seiner strukturellen Überlegenheit: Fast 280.000 Flüge, 2,8 Millionen Tonnen nach Berlin geflogener Güter bei nur 78 Opfern – das war eine so eindrucksvolle wie ermutigende Bilanz.⁵⁵⁰
- Für den modernen Luftverkehr bedeutete die Luftbrücke einen Quantensprung. Ausgefällte Service- und Versorgungsnetze, festgelegte „Slots“, neue Dimensionen der Luftsicherheit – all das wurde 1948/49 zu einer Blaupause für den Luftverkehr in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts perfektioniert.

Die Entscheidung für das demokratische System oder im Pathos der Zeit: für die Freiheit nach westlichem Muster und die Orientierung Westdeutschlands und

Schlagfertigkeit, Schlichtheit und Pathos

Ernst Reuter, 1889 in Apenrade geboren, wurde 1912 Mitglied der SPD. In der Kriegsgefangenschaft lernte er Lenin kennen. Der schickte ihn als Volkskommissar nach Saratow in die Wolgarepublik, von wo er noch im selben Jahr nach Deutschland zurückkehrte. Hier wurde er Mitglied der KPD, war 1920 für drei Monate deren Generalsekretär, bevor er 1921 aus der Partei aus- und der SPD beitrat. 1926 wurde Reuter Mitglied des Berliner Magistrats und übernahm das Dezernat für Verkehr und Versorgungsbetriebe. In seiner Amtszeit entstanden die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG). Nach der Machtübernahme durch Hitler wurde Reuter zwei Mal verhaftet und ins KZ eingeliefert. Um einer dritten Verhaftung zu entgehen, emigrierte Reuter in die Türkei. Nach dem Krieg kehrte er 1946 nach Berlin zurück und übernahm das Dezernat für Verkehr im ersten Nachkriegsmagistrat. Im April 1947 wurde er nach dem Rücktritt von Otto Ostrowski Oberbürgermeister. Die sowjetische Besatzungsmacht legte gegen sein Wahl ihr Veto ein, so dass Louise Schroeder bis 1948 das Amt übernahm. Nach der Spaltung Berlins wurde Reuter im Januar 1950 zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Am 29. September 1953 starb Reuter. Seine Biographie war außergewöhnlich und durch Zäsuren geprägt. Charaktereigenschaften wie seine Schlagfertigkeit und seine von Pathos und Schlichtheit gekennzeichneten Reden machten ihn in der Krise von 1948/49 zu einem der überragenden deutschen Politiker.

Intelligenz, Klugheit und Menschlichkeit

Lucius D. Clay, geboren 1887 in Marietta, war einer der ranghöchsten amerikanischen Militärs, die Deutschlands Zukunft in der Nachkriegszeit gestalteten. Unmittelbar nach Kriegsende galt Clay, der seit 1945 das Amt des Stellvertreter des US-Oberbefehlshabers in Deutschland innehatte, zunächst als "Deutschenhasser", der eine strenge Siegerpolitik verfolgte. Insbesondere die Haltung Reuters nötigte Clay Respekt ab und allmählich wandelte sich seine Haltung. 1947 übernahm er das Amt des Militärgouverneurs in der amerikanischen Besatzungszone und wurde so zu einem der wichtigsten Entscheidungsträger während der Blockade. Er traf die Entscheidung, auf die sowjetische Blockade zunächst nicht militärisch zu reagieren – für einen Militär eine durchaus ungewöhnliche Haltung. Stattdessen nutze er das militärische Gerät "in ziviler Mission" und ließ die Westsektoren Berlins durch die Luft organisieren. Als "Vater der Luftbrücke" avancierte der außergewöhnlich politisch denkende und handelnde General zu einem der populärsten amerikanischen Vertreter der Nachkriegszeit. Sein legendärer Ruf führte dazu, dass der amerikanische Präsident John F. Kennedy ihn nach dem Mauerbau als persönlichen Beauftragten nach Berlin schickte. Am 16. April 1978 starb Clay.



Freiheit und Demokratie

Die Versammlung am 9. September 1948 vor der Ruine des Reichstagsgebäudes war eine der größten Freiheitskundgebungen, die Deutschland bis dahin erlebt hatte. Der Appell von Oberbürgermeister Ernst Euter an die "Völker der Welt" war eine rhetorische Glanzleistung. In seiner typischen Mischung aus Schlichtheit und Pathos erzeugte Reuter ein ungeheures Zusammengehörigkeitsgefühl und motivierte die in den Westsektoren lebenden Berlinerinnen und Berliner dazu, die Entbehrungen der Blockade auf sich zu nehmen. Deutsche, die bereit waren, für die Demokratie etwas zu riskieren – das war eine bis dahin außergewöhnliche Erfahrung, die dem Ausland zeigte, dass es auch "das andere Deutschland" gab. Für die Westintegration der 1949 gegründeten Bundesrepublik war diese Erfahrung von großer Wichtigkeit. Den Sowjets machte die Fähigkeit der West-Alliierten die Luftbrücke auch im Winter aufrechtzuerhalten, sowie der West-Berliner, mit geringen Versorgungsrationen auszukommen, klar, dass hinter Reuters Rede eine Haltung stand. Das hat deutlich dazu beigetragen, die Blockade im Frühjahr 1949 abbrechen zu lassen.



West-Berlins insbesondere an den USA forderte einen Preis: die Spaltung – politisch, wirtschaftlich, kulturell. Was das bedeutete, konnte zuerst in Berlin besichtigt werden. Im Sommer 1948 begann die SED die Tagungen des Stadtparlaments, das seinen Sitz in dem im sowjetischen Sektor gelegenen Neuen Stadthaus in der Parochialstraße hatte, zu stören und schließlich zu verhindern. Stadtverordnetenvorsteher Otto Suhr⁵⁵¹ von der SPD verlegte daraufhin die Legislative in das im britischen Sektor gelegene Studentenhaus der Technischen Universität, woraufhin sich die SED-Fraktion weigerte, an Tagungen außerhalb des sowjetischen Sektors teilzunehmen. Die Spaltung der einheitlichen Berliner Stadtverwaltung folgte am 30. November 1948. Eine „außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten“ im Admiralspalast mit 1.616 Teilnehmern, darunter jedoch nur 23 Stadtverordnete der SED, beschloss die Absetzung des legalen Magistrats und die Bildung eines „provisorischen demokratischen Magistrats“ mit dem SED-Politiker Friedrich Ebert⁵⁵² als neuem Oberbürgermeister. Der sowjetische Stadtkommandant erkannte das neue Gremium schon am 2. Dezember 1948 „als das einzig rechtmäßige Stadtverwaltungsorgan“ an. Die verfassungsmäßige Legislative und Exekutive blieben in den Westsektoren, auf die sich ihre Macht nun beschränkte. Berlin war politisch geteilt.⁵⁵³

Die Kultur: Nähe und Distanz

Am 1. Weihnachtsfeiertag 1948 – inmitten der Luftbrücke – erklang im RIAS⁵⁵⁴ erstmals ein Lied, das zur Hymne avancierte:

*Der Insulaner verliert die Ruhe nicht,
der Insulaner liebt keen Jetue nicht,
der Insulaner hofft unbeirrt,
dass seine Insel wieder'n schönes Festland wird.*

Ethel Reschke sang Günter Neumanns Insulanerlied als Auftakt zum ersten Auftritt des Kabarettts „Insulaner“.⁵⁵⁵ Frech und polemisch nahm das Ensemble die Situation in Berlin und Deutschland ins Visier, machte sich lustig über die verkrampten Profilierungsversuche des ostdeutschen Sozialismus, stellt das besserwisserische Gehabe vieler Funktionäre bloß. Kein Zweifel, die antikommunistischen Insulaner

polarisierten und wollten polarisieren – ein durchaus typischer Vorgang: Die Kulturspiegelte die gesellschaftliche Spaltung, hatte sie zum Teil vorausgeahnt, war selbst vielfach in sich gespalten.

Nach Kriegsende begann der Neubeginn des kulturellen Lebens mit einem beträchtlichen Pathos. Unter einfachsten Umständen fanden das erste Konzert und die erste Theateraufführung statt, das hungrige Publikum gierte nach Ablenkung, Unterhaltung und dem, was die Künstler zu sagen hatten. Drei zentrale Motive kennzeichnen das kulturelle Leben der ersten Nachkriegsjahre:⁵⁵⁶

- Neuanfang: Erste Aufarbeitungsversuche thematisierten den Krieg, den Völkermord, vor allem an den Juden, und die Gewalt des Nationalsozialismus. Das berühmteste Beispiel ist Wolfgang Staudtes Film „Die Mörder sind unter uns“ mit Ernst-Wilhelm Borchert, Hildegard Knef, Arno Paulsen und Erna Sellner in den Hauptrollen. 1946 in Babelsberg gedreht, thematisierte der erste, nach Kriegsende in Deutschland entstandene Film ernsthaft und überzeugend Fragen der Verstrickung und der Schuld und plädierte für einen Neubeginn.
- Rückbesinnung: Viele Künstler und Kulturinstitutionen suchten nach Halt in noch tragbar erscheinenden Werten der Vergangenheit. Dabei orientierten sie sich eher an den Ideen des 18. und 19. Jahrhunderts und sahen die jüngeren Entwicklungen, nicht zuletzt die Weimarer Republik, distanziert. Emigranten wurden kaum zurückgerufen und die wenigen, die wie Brecht zurückkehrten, kamen, von Ausnahmen abgesehen, nach Berlin.
- Nachholbedürfnis: Zahlreiche Künstler wollten die Folgen von Deutschlands Isolierung überwinden und orientierten sich in Ermangelung anderer Leitbilder an internationalen Entwicklungen. Dies korrespondierte mit der „Reeducation“ der Alliierten, die ihre kulturellen Ideen und auch eine Reihe ihrer Künstler nach Deutschland, vor allem nach Berlin schickten. Schon am 3. August 1945 hatte beispielsweise Thornton Wilders „Unsere kleine Stadt“ im Deutschen Theater Premiere, am 8. August brachte das Volkstheater Pankow Lew Tolstois „Der lebende Leichnam“ auf die Bühne, am 2. September dirigierte mit Rudolph Dunbar der erste farbige amerikanische Dirigent die Philharmoniker – ein paar Beispiele, die den Beginn langer und intensiver Kulturbeziehungen markieren.

All diese Momente ergaben, gemessen an den Umständen, ein außerordentlich vielfältiges kulturelles Leben. Die Programme der Theater spiegelten das: Klassiker

kamen ebenso auf die Bühne wie westeuropäische und amerikanische Moderne sowie russische Avantgarde. Das kulturelle Leben glich einem Wettstreit der Ideen, vorerst noch gemäßigt ausgetragen in einer Art Wettbewerb.

1946/47 spitzten sich die Auseinandersetzungen zu. Ein Beispiel ist die Spaltung der 1890 entstandenen, sozialdemokratisch orientierten Volksbühnenbewegung.⁵⁵⁷ Am 18. Juni 1947 tagte unter Leitung von Louise Schroeder zum ersten Mal der Ausschuss zum Aufbau einer Volksbühnenbewegung für Groß-Berlin. Doch die Zusammensetzung des Ausschusses stieß auf den Protest der kommunistisch orientierten Gewerkschaft, des FDGB, der seine Beteiligung forderte.⁵⁵⁸ Damit zeichnete sich eine Konfliktlinie ab, die an die Auseinandersetzungen der Weimarer Republik erinnerte. Kurz darauf, am 19. August 1947, begann, genehmigt von der sowjetischen Militärregierung, eine zweite Vorbereitungsgruppe mit der Bildung einer „Volksbühne Berlin“. Das allerdings widersprach alliierten Vorschriften und so erklärte die Alliierte Kommandantur diesen Ausschuss für aufgelöst, was dieser, gedeckt durch die Sowjets, jedoch ignorierte. Von nun an gab es zwei Volksbühnen.⁵⁵⁹ Schon am 21. September veranstaltete die Volksbühne im sowjetischen Sektor im Deutschen Theater ihre Eröffnungskundgebung⁵⁶⁰ und die nunmehr „Freie Volksbühne“ feierte in den Westsektoren ihre Eröffnung am 12. Dezember im Steglitzer Titania-Palast.⁵⁶¹ Als dann der Spielbetrieb begann, zeigte sich, dass der Streit vornehmlich ein politischer Konflikt war, die Auswahl der Stücke spiegelte ihn vorerst kaum. Hatte die Volksbühne (Ost) 1949 je einmal Shaw, Shakespeare, Goy und Goldoni – und keinen russischen Dramatiker – als Uraufführung im Programm, so bot die Volksbühne (West) je einmal Shakespeare, Fechter und Dyer – moderne Amerikaner, Engländer und Franzosen fehlten.⁵⁶²

Bei der Spaltung der Kulturinstitutionen – von den Museen bis zum Schriftstellerverband – erwies sich Berlin als die entscheidende deutsche Bühne, auf der die Konflikte ausgetragen wurden. Die Anteilnahme in der ost- und westdeutschen Provinz hielt sich in Grenzen. Das Auseinanderreißen altehrwürdiger Institutionen erschien in Dresden und Düsseldorf wie Nachrichten aus einer fernen Welt und erinnerte nicht selten fatal an die als unseliges Elend geltenden Auseinandersetzungen der Weimarer Republik.

Auch dieser skeptische Blick auf Berlin wurde in der Hauptstadt wahrgenommen und trug dazu bei, dass ein Sonderbewusstsein entstand. Während sich in Ost-Berlin ein Pathos entwickelte, das das große Vorbild Sowjetunion und den Aufbau des Sozialismus besang, etablierte sich in West-Berlin eine spürbare Distanz gegenüber Westdeutschland. Ein ambivalentes Verhältnis, zum einen geprägt von

Dankbarkeit, denn politisch und wirtschaftlich hing West-Berlins Existenz an der Bundesrepublik, aber zum anderen sahen die Berliner den westdeutschen Aufbaueifer mit Spott. Auch hier sind die Insulaner ein markantes Beispiel, denn sie waren nicht nur antikommunistisch, sie waren – wenn auch in Grenzen – ebenso antikapitalistisch, wie etwa mit der Nummer „Aus dem Westen zurück“ belegt: Ein Berliner Fabrikant kehrt von einer Reise in die Westzonen zurück und berichtet über die beeindruckenden Entwicklungen seit der Währungsreform. Immer wieder wird er nach einzelnen Städten, nach Heidelberg, Düsseldorf oder Frankfurt am Main gefragt. Seine Antwort ist immer gleich: „Nun ja, man geht in einen Laden, da liegen die Strümpfe, die Schokoladen ...“ Der Refrain spiegelt jenen Prozess, der die westdeutschen Städte seit der Währungsreform zu verändern begann. Überall entstanden Läden mit einem breiten Warenangebot, es wurden neue Häuser gebaut, aber zugleich verloren die Städte durch die einander ähnlich sehenden Neubauten viel von ihrem Charakter. Die Insulaner thematisierten das als eine der ersten Künstlergruppen. Selbst wenn der kritische Blick nach Osten deutlich überwog, würzten sie ihre Programme immer wieder mit einem kräftigen Schuss Antikapitalismus. Für ein populäres, am breiten Publikum orientiertes Ensemble blieb das im westlich orientierten Deutschland die Ausnahme. In den ersten Jahren der Bundesrepublik galten selbstkritische Reflexionen als Nestbeschmutzung und nur wenige Autoren, wie Heinrich Böll, Wolfgang Koeppen oder Horst Mönnich, hatten den Mut, ihre Kritik dennoch zu äußern.⁵⁶³

Die Wirtschaft: Bilanzen und Verluste

Durch die Teilung der Stadt und des Landes zerriss das einheitliche Wirtschaftsgebiet. Berlin verlor seine herausragende Stellung in der deutschen Wirtschaft. Der Krieg hatte Berlin etwa ein Viertel seiner wirtschaftlichen Kapazität gekostet. 119.000 Arbeitsstätten mit zusammen 572.000 Beschäftigten ergab eine Zählung vom 12. August 1945, das waren etwa zwei Fünftel der Arbeitsstätten und ein Viertel der Beschäftigten von 1939.⁵⁶⁴ Nach Kriegsende setzten sich die Verluste fort. Durch die zunächst von den Sowjets allein betriebenen Demontagen verloren die westlichen Bezirke der Stadt über zwei Drittel und die östlichen Bezirke etwa ein Drittel der noch verbliebenen Kapazität. Damit lag die Stadt deutlich über dem Landesdurchschnitt, der in den Westzonen etwa 8 Prozent und in der Ostzone etwa 45 Prozent betrug. Die Wirtschaft Berlins hatte mehr als die anderer Regionen unter Krieg und Demontage gelitten.

Als ab Herbst der Wiederaufbau einsetzte, wuchs die Berliner Wirtschaft zunächst in etwa so stark wie die des übrigen Landes. Bis zur Blockade hatten die Westsektoren 38 Prozent der Vorkriegskapazität erreicht und lagen damit nur 3 Prozent hinter dem Wachstum der Westzonen. Der entscheidende Einschnitt kam mit der Blockade. Während in den Westzonen die Währungsreform wie eine Initialzündung wirkte, litt West-Berlin unter einer dreifachen Belastung: die Mangelverwaltung durch die Notversorgung über die Luftbrücke, der Wegfall der östlichen Absatzmärkte und die Isolation von den westlichen Absatzmärkten. Allein vom Sommer 1948 bis zum Sommer 1949 verdoppelte sich in Westdeutschland die Industrieproduktion, während sie in West-Berlin auf den niedrigsten Stand seit Kriegsende sank. Zahlreiche Unternehmen, die den Anschluss an das Wirtschaftswunder nicht verpassen wollten, wanderten ab ins Bundesgebiet.

Zudem lähmte der ideologische Streit um Markt- und Planwirtschaft das Berliner Wirtschaftsleben. Seit Ende 1946 stand die Frage der Sozialisierung von Wirtschaftsunternehmen im Brennpunkt der öffentlichen Diskussionen. Die Konzepte sahen eine Kommunalisierung von Konzernen (SPD), die Enteignung von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten (SED, FDGB) oder die Vorbereitung einer deutschen Gemeinwirtschaft (CDU) vor. Nach langen Debatten nahm die Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 1947 den Entwurf für ein „Gesetz zur Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in Gemeineigentum“ an.⁵⁶⁵ Danach sollten eine Reihe von Konzernen, Großunternehmen und Monopolunternehmungen vergesellschaftet werden. Allerdings stoppte die Alliierte Kommandantur das Gesetz. Nach der politischen Spaltung ließ der Westen das Gesetz fallen, während in Ost-Berlin am 8. Februar 1949 ein „Gesetz zur Einziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten“ verabschiedet wurde. Schon am Tag darauf veröffentlichte der Magistrat zwei Listen mit 712 Unternehmen, die entschädigungslos in das „Eigentum des Volkes“ übergingen. Damit waren wesentliche Teile der Ost-Berliner Wirtschaft sozialisiert und erste Weichen in Richtung Staatswirtschaft gestellt, während West-Berlin die Marktwirtschaft beibehielt, die jedoch unter den insularen Bedingungen nur mit massiven staatlichen Subventionen langfristig überleben konnte.⁵⁶⁶

Die Sackgasse: eingeklemmt zwischen Ost und West

Ende der vierziger Jahre sah sich die Welt, die sich gerade vom Zweiten Weltkrieg zu erholen begann, einer neuen Spaltung gegenüber. Zunächst hatten die sowjetischen Aktivitäten in Osteuropa insbesondere die führenden US-Politiker nur wenig

irritiert. Sie hielten die sowjetische Einflussnahme für legitim, zumindest für verständlich. Das änderte sich, als die Sowjetunion massiven Druck auf die Regierungen der Türkei, des Iran und Griechenlands ausübte, um ihre Stellung in dieser Region zu stärken. Der englische Premierminister hatte schon am 5. März 1946 in seiner berühmten Rede in Fulton versucht, die Amerikaner von den wahren Zielen der Sowjetunion zu überzeugen: „Von Stettin an der Ostsee bis nach Triest an der Adria“, so seine Sicht, „hat sich ein eiserner Vorhang über den Kontinent gesenkt. Dahinter liegen die Hauptstädte der vormaligen Staaten Zentral- und Osteuropas: Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia. All diese berühmten Städte und die umwohnende Bevölkerung befinden sich in der Sowjetsphäre, wie ich sie nennen muss, und sind in der einen oder anderen Form nicht nur dem sowjetischen Einfluss ausgesetzt, sondern unterstehen in hohem und in vielen Fällen steigendem Maße der Kontrolle Moskaus.“ Etwa seit dieser Zeit betraf auch Washington die Politik der Sowjetunion als zunehmend expansiv und als die Kommunisten in der Tschechoslowakei 1948 nach einem Putsch die Macht übernahmen und die Sowjets Berlin blockierten, setzte sich in den USA die neue Eindämmungspolitik des „Roll-back“ durch.⁵⁶⁷

Der Kalte Krieg begrenzte sich nicht auf Europa.⁵⁶⁸ Als im Oktober 1949 die Volksrepublik China gegründet und sogleich von der Sowjetunion anerkannt und über ein umfassendes Vertragswerk mit Moskau verbunden wurde, schien der Siegeszug des Kommunismus unaufhaltsam. Zum offenen Konflikt mit den USA kam es in Korea. Das nach Kriegsende von Sowjets und Amerikanern besetzte und längs des 38. Breitengrades geteilte Land geriet nach dem beiderseitigen Truppenabzug 1948/49 in den Strudel des Machtkampfs. Am 25. Juni 1950 überschritten nordkoreanische Truppen die Grenzen – der Auftakt zum Korea-Krieg. Obgleich der bewaffnete Konflikt regional beschränkt blieb, hatte er erhebliche Rückwirkungen: In Europa trug er wesentlich dazu bei, dass sich die Bündnisse formierten und die Bundesrepublik in die westliche Allianz und die DDR in das östliche Bündnis integriert und wiederbewaffnet wurden. In Asien kam es 1951 zur Unterzeichnung eines Separatfriedens zwischen den USA und Japan, was de facto die Integration Japans in die us-amerikanische Verteidigungsstrategie bedeutete. Berlin erwies sich als kritischstes Zentrum des Kalten Krieges, von dem keiner wusste, ob es nicht irgendwann „heiß“ werden würde. Zwischen Mai 1945 und Herbst 1949 war die Stadt vor allem Schauplatz und Katalysator der Entwicklung.

Binnen weniger Jahre erlebte die deutsche Hauptstadt einen drastischen Machtverfall und fand sich Ende der vierziger Jahre als „Objekt“ der neuen Kräftekons-

tellation des Kalten Krieges wieder. Alle Versuche, den alten Führungsanspruch und die Rolle als politisch gestaltendes Zentrum des Landes aufrechtzuerhalten oder neu zu formulieren, scheiterten an den Umständen.⁵⁶⁹ Dennoch war von der Stadt ein Impuls ausgegangen, den niemand so erwartet hatte. Berlin hatte keine Chance – und nutzte sie, avancierte zu einem nicht zu unterschätzenden Subjekt und Akteur. Die Freiheitskundgebung vom September 1948 kann deshalb gar nicht emphatisch genug gewürdigt werden. Eine solche Akklamation, verbunden mit dem Standhalten gegen die Blockade, verschaffte den Deutschen Respekt und Kredit beim Neuaufbau.

An formeller Macht hingegen verlor Berlin: Bonn wurde der neue Regierungssitz der am 23. Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland und Ost-Berlin avancierte zum einerseits durch den Vier-Mächte-Status gefesselten und andererseits von Moskaus Befehlen abhängigen Kommandozentrum der am 7. Oktober 1949 entstandenen Deutschen Demokratischen Republik.

Während der folgenden Jahrzehnte erwies sich das Berlin-Problem vor allem als „Störfaktor“ deutscher und internationaler Politik, der selbst kaum Möglichkeiten besaß, aktiv ins Geschehen einzugreifen. West-Berlin schrumpfte zur politischen Nische, von der aus allenfalls „kleine Schritte“ möglich waren. Ost-Berlin avancierte zwar zur „Hauptstadt der DDR“, doch der von Moskau gewährte Spielraum blieb eng begrenzt.

Spaltung war das neue Hauptcharakteristikum der Stadt – Spaltung auf mehreren Ebenen: politisch und ideologisch, wirtschaftlich und kulturell und nicht zuletzt gesellschaftlich: Beide Halbstädte entwickelten sich in der Folgezeit, wenn auch in ganz unterschiedlicher und wechselnder Weise, zum „Experimentierfeld“ ihrer Länder. Hier testeten die beiden antagonistischen Gesellschaften ihre Entwürfe. Nirgendwo war beispielsweise die Anlehnung an die Schutzmächte enger als in West-Berlin. Jene Verehrung, wie sie etwa General Clay und später Präsident Kennedy erfuhren, wären in Stuttgart, Düsseldorf oder Bremen in dieser Form nur schwer denkbar gewesen. Ost-Berlin, durchdrungen von eifernder Entschlossenheit, jenseits der Grenze einen Sozialismus aufzubauen, „dass einem die Augen übergangen“, strahlte seinerseits ein Sendungsbewusstsein aus, das in Schwerin, Magdeburg oder Dresden, selbst in Leipzig, nicht selten Stirnrünzeln verursachte. „Frontstadt“ auf der einen und „Hauptstadt des neuen Deutschland“ auf der anderen Seite; auf eine unerwartete Weise war Berlin nun die Plattform einander bekämpfender Kräfte. Eingeklemmt in eine Nische zwischen Ost und West – das war einstweilen die neue Rolle der „Städte Berlin“.⁵⁷⁰



10. Konfrontation und Isolation: Berlin im Ost-West-Konflikt

Die Trennung: Hauptstadt und Besatzungsstatut

Nach dem Ende der Blockade im Mai 1949 sah sich Berlin einer drastisch veränderten Situation gegenüber.⁵⁷¹ Noch war es möglich, von einem Teil der Stadt in den anderen zu gelangen, noch arbeiteten West-Berliner im Ostteil der Stadt und umgekehrt. Das politische System jedoch, die Wirtschaft, die Kultur und so gut wie alle anderen Felder des öffentlichen Lebens waren geteilt. Nur wenige Tage nach Aufhebung der Blockade wurde am 23. Mai 1949 in den Westzonen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet, und ein knappes halbes Jahr später, am 7. Oktober 1949, erfolgte im ehemaligen Reichsluftfahrtministerium in der Leipziger Straße, Ecke Wilhelmstraße im Ostsektor die Gründung der DDR.⁵⁷² Beide Staaten reklamierten die Stadt für sich. Das Grundgesetz wies „Groß-Berlin“ als Land der Bundesrepublik aus; die Verfassung der DDR bestimmte Berlin – und zwar gleichfalls ganz Berlin – zur „Hauptstadt der Republik“.⁵⁷³ Beide Ansprüche waren unter den gegebenen Bedingungen nicht durchsetzbar. Dennoch beharrte jede Seite auf ihrer Grundsatzposition der gegenseitigen Nichtanerkennung, um die eigene Auslegung des Status quo zu untermauern und dem „Gegner“ keinen Vorwand zu liefern für einen Ausbau seiner Position.

Deutschland geteilt in zwei Staaten und das inmitten der DDR gelegene Berlin gleichfalls gespalten – unter diesen Umständen befand sich West-Berlin in einer fatalen Lage und sah sich am Ende des Jahres 1949 als Hauptverlierer der Entwicklungen in Deutschland seit Kriegsende. Angewiesen auf die empfindlichen Verkehrsverbindungen und die Alimentierung aus dem Westen, umgeben von einem antagonistischen System, schien es keine andere Möglichkeit zu geben, als das Selbstverständnis neu zu definieren und sich zu begreifen als „Frontstadt“, die dem Kommunismus die Stirn bot. Ost-Berlin hingegen mutierte zur „Frontstadt“ in einer ganz anderen Weise: Hier galt das erklärte Ziel, im Angesicht des „kapitalistischen Klassenfeindes“ ein neues, besseres, ein sozialistisches Deutschland aufzubauen. Emphatischer, vor allem in den Anfangsjahren vom Stalinismus geprägter Sozialismus versus strikter Antikommunismus, diese Gegensätze bestimmten das Selbstverständnis und gegenseitige Verhältnis bis in die sechziger Jahre.

Noch während der Blockade zeigten sich die praktischen Auswirkungen der neuen Rahmenbedingungen. Ursprünglich waren für den 5. Dezember 1948 Gesamtberliner Wahlen angesetzt. Nun aber entmachteten die Sowjets den Souverän im Ostsektor und verboten die Wahlen, so dass lediglich die Bevölkerung der Westsektors

ren über die Zusammensetzung ihrer Volksvertretung entscheiden konnte. Die SED rief zusätzlich zum Boykott des Urnenganges in West-Berlin auf und beteiligte sich selbst nicht an den Wahlen. Der Appell verhallte nahezu ungehört und die Wahlbeteiligung lag bei 86,3 Prozent. Die SPD errang mit 64,5 Prozent beinahe zwei Drittel der Stimmen, die CDU kam auf 19,4 und die LDP auf 16,1 Prozent. Aufgrund der dramatischen Lage bildeten die neu gewählten Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung eine Allparteienkoalition mit Ernst Reuter als Oberbürgermeister.

Allerdings stand die Demokratie in West-Berlin unter einem Vorbehalt, denn nach wie vor lag die oberste Gewalt bei den Alliierten, de facto bei den West-Alliierten. Das Verhältnis zwischen Besetzern, die die Bevölkerung als Beschützer sah, und Besetzten musste neu geregelt werden. Am 14. Mai 1949 verkündeten die drei westlichen Stadtkommandanten das „Kleine Besatzungsstatut für Berlin“, ein bemerkenswertes Dokument.⁵⁷⁴ Es räumte den deutschen Behörden in Berlin (West) größere Vollmachten ein als bisher und definierte die west-alliierten Vorbehaltsrechte. Am 4. August 1950 beschloss das Stadtparlament die Verfassung und die Alliierte Kommandantur genehmigte sie am 29. August – mit Vorbehalten.

Berlin war ein internationaler Sonderfall: Zum einen war die Stadt ein klassisches Besatzungsgebiet, wie es sie nach Kriegen immer gegeben hatte. Aber nachdem die Einheit der Sieger zerbrochen war und die Luftbrücke deutlich demonstriert hatte, dass keine der Mächte das Feld räumen würde, blieb völlig offen, wie lange dieser Zustand dauern würde: Eine Besatzung, die ausdrücklich keine Okkupation darstellte und deren Dauer dennoch nicht abzusehen war – dafür gab es in der modernen Staatenwelt keinen Vergleich.

Zudem hatte ein Teil des besetzten Gebietes, West-Berlin, mit Hilfe von drei der vier Besatzern den Übergang von der Diktatur zur Demokratie bewältigt – eine Demokratie, die einen beachtlichen Lebenswillen entfaltete. Besatzung und Demokratie, Fremdherrschaft und Selbstbestimmung waren jedoch nur schwer miteinander zu verbinden. Deshalb ist es umso erstaunlicher, dass Besatzer und Besetzte ein Regelwerk fanden, das beide Interessen ausbalancierte.

Beispielhaft für diesen Kompromiss stand die Stellung Berlins als Bundesland. In der Verfassung hatten die West-Berliner deutlich bekundet, ein Land der Bundesrepublik sein zu wollen. Das jedoch untergrub den Status der West-Alliierten, die gegenüber der Sowjetunion stets erklärt hatten, aus eigenem Recht, als Siegermächte, in der Stadt präsent zu sein. Eine Lösung dieses Dilemmas wäre gewesen, die Alliierten hätten die entsprechenden Abschnitte einfach aus der Verfassung gestrichen. Damit jedoch hätten sie gegen den von ihnen gewollten und von den Rep-

räsentanten der Bevölkerung ausdrücklich bekundeten demokratischen Willen verstoßen, ein Land der Bundesrepublik zu sein.

Als Ausweg fanden sie eine raffinierte Lösung: Die West-Alliierten suspendierten die Willensbekundung. Durch diesen Kniff blieb sie Bestandteil der Verfassung, ihre Anwendung war jedoch einstweilen außer Kraft gesetzt. Das hatte praktische Folgen, etwa bei der Übernahme von Bundesgesetzen. Üblicherweise werden diese vom Bundesparlament beschlossen, im Gesetzblatt verkündet und erlangen dann Geltungskraft. Da für Berlin eben dieses Verfahren außer Kraft gesetzt worden war, wurde ein spezieller Weg erdacht. Die Alliierten definierten die ihnen vorbehaltenen Bereiche, etwa Fragen der Verteidigung. Alle entsprechenden Bundesgesetze wurden nicht nach Berlin übernommen. Alle anderen Bundesgesetze übernahm das Berliner Landesparlament in einer Art „Umtaufe“ als Landesrecht.⁵⁷⁵

Am 1. Oktober 1950 trat die in ihrer Anwendung auf die Westsektoren beschränkte Berliner Verfassung in Kraft und zwei Monate darauf, am 3. Dezember 1950, fanden die ersten Wahlen statt.⁵⁷⁶ Das Parlament hieß von nun an Abgeordnetenhaus von Berlin, und an der Spitze der Regierung, die nun nach dem Vorbild der Stadtstaaten Bremen und Hamburg als Senat bezeichnet wurde, stand statt eines Oberbürgermeisters der Regierende Bürgermeister von Berlin.

Im Ostteil der Stadt trat die Verfassung von 1948 nie in Kraft. Bis zum Januar 1953 amtierte der Magistrat unter Oberbürgermeister Ebert ohne Volksvertretung. Erst aufgrund einer vom Oberbürgermeister im Namen des Magistrats erlassenen Verordnung vom 19. Januar 1953 entstand die „Volksvertretung Groß-Berlins“, die aus 130 vom Demokratischen Block ernannten Mitgliedern bestand. Beginnend mit der Wahl zur Volkskammer der DDR am 17. Oktober 1954 bestätigten die Wähler per Einheitsliste am Tag der Volkskammerwahl auch die Volksvertretung für Ost-Berlin. Im gleichen Jahr begann die formale Integration der Organe des Ostsektors in den einheitlichen, zentralistischen Staatsaufbau und Ost-Berlin wurde de facto zum 15. Bezirk der DDR.

Die Revolte: Rebellion und Anpassung I

Dominierte in den Jahren 1948/49 das öffentliche Bewusstsein die Ost-West-Konfrontation, so beschäftigte die Verantwortlichen und die Bevölkerung ein zweiter Problemkomplex in noch dringlicherer Weise: der Wiederaufbau und die wirtschaftliche Gesundung.

West-Berlin, allein nicht überlebensfähig, erhielt Hilfe durch den Marshallplan und die Bundesrepublik. An der Marshallplan-Hilfe des „European Recovery Programm (ERP)“ konnte West-Berlin, anders als die Westzonen, erst 1949 teilnehmen. Die bis zum 20. März 1949 geltende Doppelwährung verhinderte zunächst die Integration der Stadt, die vorerst direkte amerikanische Finanzhilfe erhielt, monatlich etwa 53 Millionen Mark. Erst Ende des Jahres war der Weg für eine erste Rate in Höhe von 97 Millionen Mark an ERP-Mitteln frei.⁵⁷⁷ Bereits im April 1949 hatte der Bizonen-Wirtschaftsrat zudem eine Sondersteuer, das Notopfer Berlin, beschlossen. In Form einer bald berüchtigten und wenig beliebten 2-Pfennig-Briefmarke erhoben, die auf alle Postsendungen geklebt werden musste und monatlich zwischen 25-40 Millionen Mark erbrachte. Die Unterstützung durch das Hilfswerk Berlin ergänzte diese Hilfe.⁵⁷⁸

Alle Maßnahmen zusammen sicherten West-Berlin zumindest finanziell ab. Ein weiterer wichtiger Schritt war die Lösung des Währungsproblems. Seit den Währungsreformen von 1948 gab es in der Stadt zwei Währungen, ein Zustand, unter dem die Wirtschaft keine Chance hatte, sich zu entwickeln. Deshalb erklärten die Westmächte am 20. März 1949 die Westmark zum alleinigen Zahlungsmittel in den Westsektoren. Dennoch verschärfte sich zunächst die wirtschaftliche Lage und die Zahl der Arbeitslosen erreichte mit über 306.000 im Februar 1950 einen neuen Höchststand. Die Lage entspannte sich erst, als der Bundestag im März 1950 Berlin zum Notstandsgebiet erklärte und einen Monat später ein entsprechendes Programm in Kraft setzte.⁵⁷⁹ Zunächst konzentrierten sich die Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung auf die Entrümmerung, später kamen Tiefbauarbeiten, Instandsetzung und der Neubau von Wohnungen hinzu.

Parallel zu diesem Prozess erfolgte die Ausgestaltung der Bindungen zur Bundesrepublik. Im April 1950 stattete Bundeskanzler Konrad Adenauer der geteilten Stadt seinen ersten Besuch ab und eröffnete das Bundeshaus, den Sitz des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland in Berlin.⁵⁸⁰ Das Gesetz über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes von 1952 (kurz: Drittes Überleitungsgesetz) regelte die Form der finanziellen und der politischen Anbindung Berlins an den Bund. Es verpflichtete die Stadt, die Bundesgesetze binnen eines Monats in Kraft zu setzen, sofern sie nicht die alliierten Vorbehaltsrechte berührten, und gab ihr dafür einen dauerhaften Rechtsanspruch auf Bundeshilfe zum Ausgleich ihres Haushaltsdefizits.⁵⁸¹ Erst jetzt stellten sich wirtschaftliche Erfolge ein und West-Berlin erlebte sein Wirtschaftswunder, das verglichen mit dem der Bundesrepublik allerdings deutlich bescheidener ausfiel.

In Ost-Berlin zeigte unterdessen der zweite deutsche Staat sein Profil. Nach der Gründung der DDR forcierte die Führung der SED die Zentralisierung des Staatsapparates. Später verankert in der DDR-Verfassung von 1968 (Artikel 47, Absatz 2), wurde der Demokratische Zentralismus zum leitenden Organisationsprinzip des Staatsaufbaus, und dementsprechend war der Großteil der Staats- und Parteiorgane in Berlin konzentriert.⁵⁸² Parallel zu diesem Prozess erfolgte die Zentralisierung des Wirtschaftsapparates. Der III. SED-Parteitag im Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle brachte den entscheidenden Schritt und verabschiedete den ersten, von 1951–55 geltenden Fünfjahresplan; die DDR gewann Anschluss an die in anderen osteuropäischen Volksdemokratien bereits vollzogene Entwicklung.⁵⁸³

Ergänzend startete die SED eine gesamtdeutsche Initiative: Auf dem III. SED-Parteitag forderte Wilhelm Pieck: „Es muss Schluss gemacht werden damit, dass sich gewisse Kreise unserer Partei in ihrer Politik und Arbeit nur auf das Gebiet unserer Republik beschränken und die gesamtdeutschen Aufgaben vernachlässigen.“ Doch diese und ähnliche Appelle waren weit gehend Rhetorik, die vorrangig auf eine Verzögerung der Westintegration der Bundesrepublik zielten.⁵⁸⁴

Zwei Jahre später beschlossen die Delegierten auf der 2. SED-Parteikonferenz vom 9.–12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle den Aufbau des Sozialismus als grundlegende Aufgabe der DDR. Ein bewusst gewählter Zeitpunkt: Durch eine neue Initiative versuchte die Sowjetunion, Bewegung in das sich formierende und stabilisierende System westeuropäischer Sicherheit zu bringen und in ihrem Sinne zu ändern. In seinen Noten offerierte Stalin eine Wiedervereinigung Deutschlands unter der Voraussetzung einer Neutralisierung des Landes. Ziel war eine Schwächung der Westbindung der Bundesrepublik und die Sicherung, möglicherweise Erweiterung, des eigenen Herrschaftsbereichs. Als der Westen, insbesondere Bundeskanzler Adenauer, die Stalin-Noten ablehnte, bekam Berlin die Folgen zu spüren.⁵⁸⁵ Im Mai 1952 kappte Ost-Berlin die Fernsprechleitungen und am 1. Juni kam es zur Abriegelung der meisten Straßenverbindungen. Zudem erließ der DDR-Innenminister Bestimmungen, die Bewohnern West-Berlins und der Bundesrepublik die Einreise in den Ostteil der Stadt und in die DDR nur noch mit von der DDR ausgegebenen Sonderausweisen und Passierscheinen gestattete. Damit war West-Berlin bereits acht Jahre vor dem Mauerbau weit gehend von seinem Umland isoliert.

Unterdessen kam der Wiederaufbau Ost-Berlins voran und brachte eine Reihe respektabler Erfolge. Das in West-Berlin so schwerwiegende Problem der Arbeitslosigkeit „verschwand“ in Ost-Berlin und der DDR durch das neue Wirtschaftssys-

tem.⁵⁸⁶ Doch die Entwicklung der SED zur Kaderpartei, die Degradierung der bürgerlichen Parteien zu Auffangbecken verschiedener Bevölkerungsgruppen sowie die radikale Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse führten dazu, dass sich in der Bevölkerung Unmut aufstaute. Am 16./17. Juni 1953 kochte die Stimmung über und führte zur Rebellion. In Ost-Berlin und zahlreichen anderen Städten wuchs ein vergleichsweise geringer Anlass, die zunächst geforderte (und von der Regierung bereits vollzogene) Rücknahme der kurz zuvor erhöhten Arbeitsnormen, zur politischen Demonstration: Tausende verlangten den Rücktritt der Regierung und forderten freie Wahlen. Als die Situation außer Kontrolle geriet, verkündete der sowjetische Militärkommandant am Mittag des 17. Juni 1953 den Ausnahmezustand, der erst am 11. Juli wieder aufgehoben wurde. Sowjetische Panzer schossen den Aufstand nieder und retteten die DDR vor dem Zusammenbruch.⁵⁸⁷

Der bereits zuvor angeschwollene Flüchtlingsstrom von Menschen, die das Experiment des Sozialismus nicht länger mitmachen wollten, überschwemmte nun den Westteil der Stadt. Schon am 22. Januar 1953 hatte das Abgeordnetenhaus die Bundesregierung um rasche Hilfe gebeten, da sich bereits zu diesem Zeitpunkt gut 130.000 Flüchtlinge im Westteil der Stadt aufhielten. Nach dem 17. Juni scholl der Flüchtlingsstrom weiter an und wuchs zum Dauerproblem – für beide Teile der Stadt.⁵⁸⁸

In dieser dramatischen Situation starb am 29. September 1953 der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter. Aufgrund der äußeren Bedrohung der Stadt war die politische Elite, anders als im Bundesgebiet, bereits in den späten vierziger Jahren eng zusammengedrückt und hatte eine Allparteienregierung gebildet. So verständlich dies angesichts der Umstände war, es lief im Grunde dem auf ein Wechselspiel von Regierung und Opposition angelegten parlamentarischen System zuwider. Reuters Tod beendete kurzzeitig diesen Ausnahmezustand. Walther Schreiber⁵⁸⁹ (CDU) wurde zum Regierenden Bürgermeister gewählt und er regierte mit einer kleinen Koalition von CDU und FDP, ohne dass dies jedoch den Allparteienkonsens über die zentralen Probleme der Stadt ernsthaft in Frage gestellt hätte. Schon nach den Wahlen vom 5. Dezember 1954 kam es erneut zur Bildung einer großen Koalition aus SPD und CDU, diesmal unter dem Regierenden Bürgermeister Otto Suhr (SPD).⁵⁹⁰

Die Krise vom Sommer 1953 hatte ein weiteres Problem offenbart. Als Reaktion auf den 17. Juni mangelte es auf westlicher Seite keineswegs an Solidaritätsbekundungen und Protestnoten, praktische Gegenmaßnahmen unterblieben jedoch.

Was die Vorgänge in Ost-Berlin betraf, so waren die West-Mächte, die Bundesregierung und der Senat letztlich ohne Macht. Mit geballter Faust stand der Westen an der Demarkationslinie, die Hand aber blieb in der Tasche, das Risiko eines direkten Eingreifens war nicht abzuschätzen.

Größere politische Initiative Berlins Situation zu überwinden, blieben unter den verhärteten Bedingungen des Kalten Krieges ohne Erfolg. Ost-Berlin konsolidierte sich Schritt für Schritt als Zentrum der DDR, ohne allerdings je für den Westen attraktiv zu werden. West-Berlin blieb ein Vorposten des Westens – alle Versuche, der Halbstadt eine neue Rolle zu verschaffen, etwa die Hauptstadt von Bonn nach Berlin zu verlagern, hatten angesichts der realen Machtverhältnisse keine ernsthafte Aussicht auf Verwirklichung.⁵⁹¹

Die Konsolidierung: Rebellion und Anpassung II

Beide Stadthälften konzentrierten sich in der Folgezeit auf die innere Konsolidierung und Stabilisierung der Wirtschaft. Vor allem die Wiederherstellung und der Neubau von Wohnungen standen im Vordergrund. Während West-Berlin den Anschluss an die internationalen architektonischen und städtebaulichen Entwicklungen im Westen suchte und mit dem Hansaviertel im Rahmen der Internationalen Bauausstellung im Sommer 1957 erste Ergebnisse präsentierte, orientierte sich Ost-Berlin am Baustil des sowjetischen Realismus, der in der Stalinallee seine auffälligste bauliche Form fand.⁵⁹²

West-Berlins Insellage begrenzte die Wirtschaftskraft der Stadt dramatisch. Isoliert vom Umland, mussten von den Massengütern bis zu leicht verderblichen Lebensmitteln alle Güter aus Westdeutschland herangeschafft werden. Auch als Absatzgebiet entfiel das traditionelle Hinterland, das vor dem Krieg bis zu einem Drittel der Berliner Güter abgenommen hatte. Schließlich verloren zahlreiche West-Berliner Unternehmen ihre im Ostsektor und in der DDR gelegenen Zweigstellen. All diese Bedingungen und eine weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit koppelten West-Berlin vom Wirtschaftswunder ab, das große Teile der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren erlebte. Die großen Unternehmen verließen die Stadt. Siemens etwa, in Berlin gegründet und zum Weltkonzern gewachsen, hatte schon während der Blockade eine Parallelproduktion in den Westzonen aufgebaut. Nun wanderten die Geschäftsführung und die Entwicklungsabteilungen ebenfalls nach Westdeutschland, West-Berlin verkümmerte zu einem von vielen Standorten des Unternehmens. Ein exemplarischer Vorgang, in dessen Konsequenz verkam die Stadt zur verlängerten Werkbank der Bundesrepublik.

In Ost-Berlin und der DDR wurden in den fünfziger Jahren die Grundlagen für wesentliche Branchen, die elektrotechnische Industrie und den Maschinenbau, erweitert. Damit wurden vor allem die Verluste durch Krieg und Demontage ausgeglichen. Bereits 1948 erfolgte die Einführung der zentralen Planung. Dem ersten Halbjahresplan von 1948 folgte 1949 ein Zwei-, 1951 der erste und 1956 der zweite Fünfjahresplan. Parallel erfolgte die Umorganisation der Industrieverwaltung. Das Ministerium für Industrie wurde 1950 aufgelöst zugunsten einzelner Industrieministerien, die den größten Teil der bis dahin den Länderregierungen unterstehenden Volkseigenen Betrieben übernahmen.

In dieser Phase forcierte die SED den „verschärften Klassenkampf nach innen“ und trieb die Sozialisierung voran. Insbesondere die Gründung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks und von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bedeutete die wirtschaftliche Entmündigung von Handwerk und Landwirtschaft. Das trug erheblich zum Aufstand vom 17. Juni bei. Nach der Rebellion und später 1956/57 nach den Unruhen und Aufständen in Polen und Ungarn drosselte die SED kurzzeitig die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, ohne sie jedoch aufzugeben.

Ost-Berlin avancierte in dieser Zeit zum Kommandozentrum der ostdeutschen Planwirtschaft. Hier hatten die wichtigsten Partei- und Staatsorgane, in denen für die Wirtschaft maßgebliche Entscheidungen fielen, ihren Sitz und hier hatte die ostdeutsche Wirtschaft mit dem SAG-Betrieb Siemens Plania und dem VEB Wälzlager in Lichtenberg, dem VEB Bergmann-Borsig und den Niels-Werken in Weißensee, den Kabelwerken Oberspree in Oberschöneweide und anderen einen industriellen Schwerpunkt.⁵⁹³ Aus den Industriegebieten Sachsens und Thüringens delegierte die SED „befähigte, klassenbewusste Kader“ in die Hauptstadt zur effektiven Lenkung der ostdeutschen Wirtschaft. Am Ende der Dekade wuchs Ost-Berlin zum wichtigsten Industriezentrum der DDR.

Die 1948/49 begonnene Formierung der Blöcke fand Mitte der fünfziger Jahre ihren vorläufigen Abschluss. Das Jahr 1955 markierte für Deutschland und Berlin eine Zäsur – aus zwei Gründen.⁵⁹⁴

- Am 5. Mai erhielt die Bundesrepublik Deutschland mit In-Kraft-Treten der Pariser Verträge und der Integration in das westliche Bündnissystem ihre staatliche Souveränität und ein internationales Mitspracherecht. Die Souveränität der Bundesrepublik blieb allerdings beschränkt; die Zuständigkeit für „Deutschland als Ganzes und Berlin“ blieb bei den West-Alliierten. Am selben Tag löste eine Erklärung der Alliierten Kommandantur in Berlin das Kleine Be-

satzungsstatut ab und regelte die Beziehungen zwischen den West-Mächten und den West-Berliner Behörden neu.⁵⁹⁵

- Beide deutschen Staaten wurden im gleichen Jahr Mitglied in den antagonistischen Verteidigungsallianzen und stellten neue Armeen auf. Die Bundesrepublik trat dem am 4. April 1949 gegründeten Nordatlantikpakt (NATO) bei, die DDR am 24. Mai dem zehn Tage zuvor gegründeten Warschauer Pakt (WP). Ihre beschränkte Souveränität hatte die DDR bereits am 23. März 1954 von der Sowjetunion erhalten.⁵⁹⁶

Mit der Institutionalisierung der Teilung war Europas Mitte als Machtzentrum zerstört. Die USA und die Sowjetunion waren als neue Weltmächte auch die entscheidenden europäischen Ordnungsmächte geworden. Berlin lag genau an der Nahtstelle beider Welten. Die Grenze zwischen Ost und West teilte Berlin und zugleich verband die Stadt Ost und West mit- und aneinander, zwang die Beteiligten, am einzigen Ort in Europa, an dem sie gemeinsam präsent waren und für den sie Verantwortung trugen, auch miteinander zu kooperieren.⁵⁹⁷

Die Spaltung: eingesperrt und ausgesperrt

Die Teilung der Welt provozierte auch Versuche, Bewegung in die Situation zu bringen. Vorschläge, wie jener der SPD für ein kollektives europäisches Sicherheitssystem Anfang der fünfziger Jahre, verschiedene andere westliche Vorschläge für Abrüstung und Disengagement bis zum Plan des polnischen Außenministers Rapacki 1957/58, eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa einzurichten, blieben jedoch allesamt ohne Erfolg. Berlin spielte in all diesen Plänen eine untergeordnete Rolle. Das änderte sich, als der nach Stalins Tod an die Macht gekommene neue Erste ZK-Sekretär Nikita S. Chruschtschow Bewegung in die verfahrenere sowjetische Außenpolitik zu bekommen versuchte und sich dazu entschloss, Berlin als Hebel der sowjetischen Deutschlandpolitik zu nutzen. Sein Vorstoß in Form eines Ultimatums an die West-Mächte, angekündigt in einer Ansprache am 10. November 1958, löste eine neue schwere Berlin-Krise aus.⁵⁹⁸ Chruschtschow forderte, „Westberlin“ in eine selbständige politische Einheit, eine entmilitarisierte „freie Stadt“ umzuwandeln. Andernfalls drohte Moskau, auf seine Besatzungsmächte zugunsten der DDR zu verzichten und ihr die volle Souveränität auch in Bezug auf Berlin zu übertragen. Damit richtete sich der Vorstoß gegen zwei für die Lebensfähigkeit von West-Berlin entscheidende Faktoren: das Anwesenheitsrecht der drei West-Mächte und die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik.⁵⁹⁹

Die West-Mächte wehrten sich gegen den Versuch, ihre Stellung zu untergraben und erklärten den Vier-Mächte-Status für nicht einseitig kündbar. Gleichzeitig signalisierten sie zusammen mit der Bundesrepublik die Bereitschaft, über eine Berlin-Regelung zu verhandeln, allerdings nur im Rahmen einer Regelung der deutschen Teilung. Die daraufhin nach Genf einberufene Außenministerkonferenz der vier Siegermächte, an der erstmals Vertreter beider Staaten in Deutschland „am Katzentisch“ teilnehmen konnten, endete Anfang August 1959 ebenso ohne Ergebnis wie das Zusammentreffen Chruschtschows mit dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy in Wien am 3./4. Juni 1961. Darauf setzte Kennedy den im Chruschtschow-Ultimatum enthaltenen Forderungen am 25. Juli 1961 mit den „three essentials“ die amerikanische Berlin-Position entgegen: das Recht der Alliierten auf Anwesenheit in Berlin, das Recht auf ungehinderten Zugang, das Recht auf Selbstbestimmung für die Bevölkerung von Berlin (West).⁶⁰⁰

Obwohl die Sowjetunion die gesetzte Frist verstreichen ließ, ohne wie angedroht durch ein Abkommen mit der DDR dieser die volle Souveränität in Berlin und über die Zugangswege nach Berlin zu übertragen, hielt Chruschtschow an seinen berlinpolitischen Zielen fest. Unterdessen verstärkten die zeitweise Kündigung des Interzonenhandelsabkommens seitens der Bundesregierung 1960 und die Kollektivierung der Landwirtschaft sowie der zunehmende politische Druck auf die Bevölkerung die wirtschaftlichen Probleme der DDR. All das ließ den Flüchtlingsstrom immer mehr anschwellen. 1959 verließen 144.000 registrierte Flüchtlinge das Land, 1960 waren es bereits 199.000 und bis zum September 1961 kamen fast 196.000 Menschen. Über Berlin waren somit von 1949 bis zum 13. August 1961 insgesamt 1,649 Millionen Flüchtlinge in den Westen gelangt. Um diesen Verlust zu stoppen und den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft zu verhindern, zugleich aber auch der sowjetischen Forderung nach Umwandlung West-Berlins in eine selbständige politische Einheit näher zu kommen, errichtete die DDR am 13. August 1961 eine militärisch gesicherte Mauer zwischen Ost- und West-Berlin und im weiteren Verlauf eine stark befestigte Grenze zwischen Berlin (West) und dem Umland. Den Einwohnern Ost-Berlins und der DDR, die bis dahin West-Berlin besuchen oder als Grenzgänger dort arbeiten konnten, blieb das Betreten der Westsektoren ebenso untersagt, wie den West-Berlinern die Einreise in den Ostsektor.⁶⁰¹

Der Mauer-Schock löste in beiden Teilen der Stadt heftige Erregung aus. In Bonn sowie in den Hauptstädten der West-Mächte sorgte die Krise für Aufregungen ganz anderer Natur. Zweifellos war die Mauer ein verachtenswertes Bauwerk. Welche Konsequenzen aber würde die Krise für das Ost-West-Verhältnis haben? Gegen

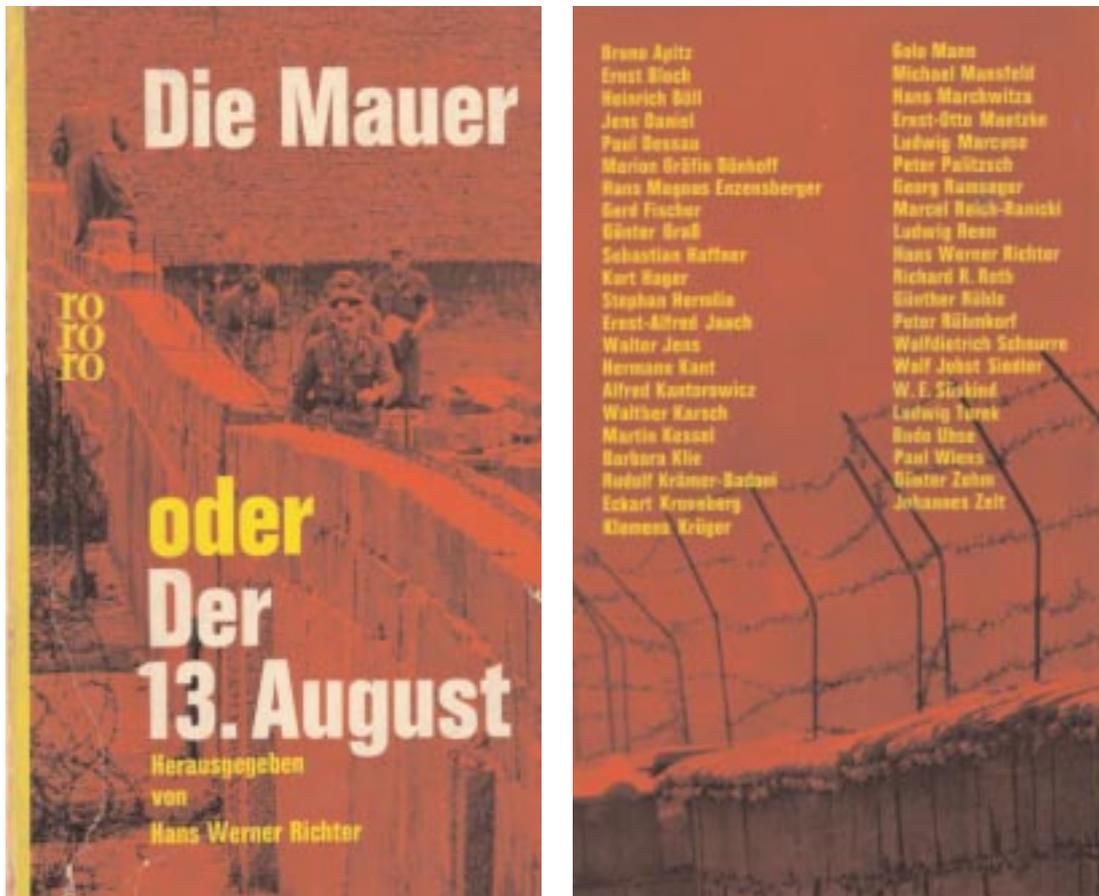
Kennedys „essentials“ verstieß die Abriegelung nicht. Die Bewegungsfreiheit der Alliierten in ganz Berlin war nicht beeinträchtigt. Als die West-Alliierten wieder uniformierte Patrouillen in den Ostsektor schickten, ließen die Ost-Berliner Behörden sie passieren. Die Sowjetunion und die DDR schienen genau darauf zu achten, dass die West-Mächte nicht herausgefordert wurden. Das schon während des 17. Juni sichtbar gewordene Problem für die Glaubwürdigkeit westlicher Politik, zwar mit kräftigen Worten protestieren, aber nicht wirklich etwas tun zu können, stellte sich erneut. Gegenüber dem, was jenseits der Sektorengrenze geschah, blieb der Westen ohnmächtig.

Das hatte Folgen: Die Enttäuschung vor allem in West-Berlin war erheblich, und Kennedy musste den legendären General Clay nach Berlin schicken, um der Bevölkerung Mut zuzusprechen und zu beweisen, dass Solidarität mehr bedeutete als wirkungslose Proteste. Noch tiefer saß die Enttäuschung gegenüber Bonn. Während der Regierende Bürgermeister Willy Brandt⁶⁰² seine Wahlkampfreise als Kanzlerkandidat der SPD sofort unterbrochen hatte, um nach Berlin zurückzukehren, ließ es Bundeskanzler Adenauer zwar an Brandmarkungen gegen die „Schandmauer“ nicht fehlen, kam aber erst am 22. August zu einem Solidaritätsbesuch in die Stadt. Aufgrund der Untätigkeit der Bundesregierung entschloss sich Brandt nun zu einer ungewöhnlichen Maßnahme. Ohne Bonn zu informieren, schrieb er am 16. August an Präsident Kennedy und schlug Initiativen vor. Ungewöhnlich war dies deshalb, da er damit eine Art „Nebenaußenpolitik“ begann, die in den folgenden Jahren einige Erfolge brachte und durch die sich die Bundesrepublik und die West-Mächte immer wieder unter Handlungsdruck gesetzt sahen.⁶⁰³

In gewisser Weise hatte die Mauerkrise eine Stabilisierung gebracht. Der drohende Zusammenbruch der DDR war gewaltsam abgewendet und die Isolierung des „Störfaktors“ West-Berlin nun auch physisch besiegelt. Im Herbst 1961 spitzte sich die Lage allerdings erneut dramatisch zu. Am 23. Oktober blieb amerikanischen Offizieren der Zutritt nach Ost-Berlin versagt – ein eindeutiger Verstoß gegen den Status. Daraufhin schickt General Clay am 25. Oktober zehn Panzer zum Checkpoint Charlie, um die Gültigkeit des alliierten Hoheitsrechts in ganz Berlin zu demonstrieren. Am 27. Oktober zogen auf der anderen Seite der weißen Linie sowjetische Panzer auf. Schüsse fielen nicht, aber „es war eine ebenso atemberaubende wie lautlose Konfrontation, denn hinter den aufgefahrenen Panzern lauerte die gesamte auf der Erde angehäufte nukleare Sprengkraft“.⁶⁰⁴

Mauer

Der Mauerbau vom 13. August 1961 war eine der größten Zäsuren der Nachkriegszeit. Das Bild vom abgeriegelten Brandenburger Tor wurde für Jahrzehnte zum Symbol einer geteilten Welt. Wie tief der Schock saß, belegen auch die zahlreichen Wortmeldungen verschiedenster Intellektueller, die sich zum Mauerbau äußerten.



Der Status: Frieden und Geschlossenheit

Von 1949 bis 1961 war Berlin unverändert einer der Brennpunkte internationaler Politik. Hatten 1949 nicht wenige Deutsche gehofft, die Spaltung des Landes sei eine nur kurze Episode, so signalisierte die Mauer, dieser Zustand werde lange Zeit dauern. Die bloß politische Spaltung Berlins erwies sich als nicht stabil: Über das Schlupfloch West-Berlin flüchteten mehr Bewohner, als die DDR ertragen konnte. Das stellte die Stabilität des zweiten deutschen Staates und damit des sowjetischen Machtbereichs insgesamt in Frage. So blieben nur zwei Möglichkeiten: entweder den Störenfried zu beseitigen, ein Motiv des Chruschtschow-Ultimatums, oder aber ihn einzumauern. So tragisch das für die Stadt war, als Krisenherd internationaler Politik verschwand Berlin fortan von der Tagesordnung.

Die Berlin-Krisen von 1948/49, 1958 und 1961 forderten der internationalen Staatengemeinschaft einen beachtlichen Lernprozess ab, an dessen Ende die Erkenntnis stand: Wer den Status quo in Frage stellte, wer gar versuchte, ihn zu seinen Gunsten zu verändern, riskierte einen nuklearen Krieg. Die Erfahrung von Berlin 1961 – zusammen mit der Kuba-Krise von 1962 – begründete den künftig geltenden Konsens zwischen den Führungsmächten USA und Sowjetunion, Konflikte möglichst zu begrenzen und wegen Berlin keine große Krise mehr zu riskieren. Insofern war die Krise ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einer neuen Politik, die in den folgenden Jahren die Ost-West-Konfrontation zwar nicht überwand, aber doch um Entspannungsmaßnahmen ergänzte.

Die Stadt erfuhr in dieser Zeit erneut einen erheblichen Rollenwandel. West-Berlin musste erkennen, dass es trotz aller Bindungen an die Bundesrepublik abgeschnürt war von der westdeutschen Entwicklung. Als der westdeutsche Wohlstand längst weite Teile der dortigen Bevölkerung erreicht hatte, gab es in Berlin noch weitaus mehr Ruinen als andernorts, trotz hoher Subventionen. Verglichen mit dem Umland hingegen, ging es den West-Berlinern außerordentlich gut. „Schaufenster des Westens“ – für ein knappes Jahrzehnt war West-Berlin ein bunter, lebendiger Jahrmarkt, eine „offene Stadt“, die provozierend zeigte und nicht selten zur Schau stellte, was der Westen politisch, wirtschaftlich und kulturell zu bieten hatte. Eine Verlockung, die funktionierte: Hunderttausende kamen jährlich zur Grünen Woche, zu Veranstaltungen im Sportpalast, zu den Filmfestspielen und zu politischen Kundgebungen.

Ost-Berlin machte andere Erfahrungen. Spätestens der 17. Juni 1953 führte der SED vor Augen, dass der von ihr selbst gepriesene Neuanfang vor allem nach Eigenlob roch und mit der Realität wenig zu tun hatte – allen Idealen zum Trotz. Auf

welche Theorien und Weltanschauungen auch immer im Einzelnen gestützt, ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung war nicht bereit, das sozialistische Experiment mitzumachen und lief davon. Die proklamierte Ausstrahlung der Hauptstadt als „Schaufenster des Ostens“ war und blieb gering.

Bemerkenswert waren auch die innenpolitischen Entwicklungen: Im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet erlebte West-Berlin eine Sonderentwicklung. So nahm die Stadt an einer Reihe der großen westdeutschen Nachkriegsdebatten, etwa dem Streit über die Wiederbewaffnung, nur indirekt teil. Die Gräben zwischen den politischen Kräften waren hier weniger tief und der Konsens zwischen den Parteien deutlich größer. Heftige Auseinandersetzungen, wie es sie etwa im Bundestag gab, blieben eher die Ausnahme, was über kurz oder lang eine gewisse innenpolitische Lähmung mit sich brachte. Ost-Berlin strebte, gerade nach der Erfahrung des 17. Juni 1953, in immer stärkerem Maße nach innerer Geschlossenheit. Waren zuvor zumindest noch Ansätze oppositioneller Kräfte wahrzunehmen, so entwickelte sich die SED nun zur Kaderpartei, die keine abweichenden Meinungen mehr duldete.

So standen sich in Berlin zwei Systeme gegenüber, die sich angesichts der äußeren Umstände zu einem Verhalten veranlasst sahen, das – bei aller Gegensätzlichkeit – auch Ähnlichkeiten aufwies. Der Hang oder Zwang zur Geschlossenheit und das Vorhandensein einer nur schwachen oder fast vollständig unterdrückten Opposition sind die auffälligsten Merkmale. Erst die Erfahrung, dass Berlin nach dem Bau der Mauer nun neuen Bedingungen ausgesetzt war und eine Generation jüngerer Politiker die Führung übernahm, brachte in der folgenden Dekade Bewegung.



11. Neuorientierung und Aufbruch:

Berlin als Experimentierfeld zur Überwindung der Unbeweglichkeit

Das Scheitern: im Schutz gesicherter Grenzen

Der Bau der Mauer markierte sowohl das Scheitern wie die Neuorientierung der bisherigen Berlin- und Deutschlandpolitik.⁶⁰⁵ Allen Beteiligten hatte die Krise vor Augen geführt, wie rasch der Kalte Krieg eskalieren konnte und welche unkalkulierbaren Risiken er barg. Erst nach dieser Erfahrung setzten sich in West und Ost jene Kräfte durch, denen es später gelang, den Ost-West-Konflikt zu entspannen.

Präsident Kennedys Berlin-Besuch vom 23. Juni 1963 und sein berühmtes Bekenntnis, er sei „ein Berliner“, unterstrichen die westliche Entschlossenheit, ihre Position und ihre Rechte in Berlin aufrechtzuerhalten.⁶⁰⁶ Die ausdrückliche Begrenzung der Garantien auf West-Berlin signalisierte zugleich die Bereitschaft, künftig nicht am Nachkriegs-Status-quo zu rütteln. Die Sowjets verstanden, verzichteten fortan darauf, die Stellung der West-Mächte in Berlin zu erschüttern und konzentrierten sich auf die Isolierung des „Störenfrieds“ West-Berlin. Die Drei-Staaten-Theorie, nach der West-Berlin ein eigener, von der Bundesrepublik unabhängiger Staat sein sollte, war fortan das wichtigste Mittel, mit dem die Sowjetunion und die DDR hofften ihrem Ziel, der Anerkennung des Status quo, langfristig näher zu kommen.⁶⁰⁷

Gescheitert war mit dem Mauerbau 1961 auch die Deutschlandpolitik Bonns.⁶⁰⁸ Das stete Beharren auf Wiedervereinigung, verbunden mit der These, der Status quo sei „offen“ – obwohl die West-Mächte bereits eine Konsolidierung der bestehenden Lage erstrebten –, führte die Bundesregierung in eine außenpolitische Isolierung, die erst Mitte der sechziger Jahre überwunden werden konnte. Für die DDR bedeutete 1961 gleichfalls einen Neuanfang. Mit dem Anschwellen der Flüchtlingszahlen kam die Partei- und Staatsführung nicht mehr um die Erkenntnis herum, dass ihr Modell vom Sozialismus keinen tiefen Rückhalt in der Bevölkerung besaß. blieb also die Selbstisolierung. Erst nach dem 13. August 1961 gelang eine relative Stabilisierung des zweiten deutschen Staates, wobei sich die Verantwortlichen im Klaren darüber waren, dass ihre Sicherheit abhing von Moskaus Gnaden und einem effektiven Unterdrückungsapparat, der Opposition nicht wirklich zuließ.⁶⁰⁹

In West-Berlin beendete die Mauer das „Schaufensterkonzept“. Die äußere Bedrohung hatte für gut ein Dutzend Jahre einen umfassenden Konsens begründet und

die Parteien aneinander geschmiedet. Durch den Streit darüber, was angesichts der neuen Situation zu tun sei, gewann das innenpolitische Leben West-Berlins deutlich an Lebendigkeit, wurde schließlich sogar für kurze Zeit zur politischen Experimentierbühne der Bundesrepublik.

Ost-Berlin, nunmehr abgeschottet von den unliebsamen Einflüssen des Westens, forcierte „im Schutze gesicherter Grenzen“ die Umgestaltung der alten Mitte zur „sozialistischen Hauptstadt“.⁶¹⁰ Der Ausbau der Mauer, die nach dem Tod Stalins auch in der DDR in Grenzen realisierte „Entstalinisierung“, der Versuch, die Wünsche der Bevölkerung stärker zu berücksichtigen und sie durch Kampagnen fester an das sozialistische Gesellschaftsmodell zu binden, dominierten die sechziger Jahre. Im Zentrum aber standen die Bemühungen um eine Konsolidierung der Wirtschaft. Effektivere Produktion und so viel Wohlstand, wie die Stadt und das Land eben bieten konnten, damit hoffte Ost-Berlin die eigene Bevölkerung zu beruhigen und die Lage zu stabilisieren.⁶¹¹

Die Neuorientierung West: politische und ökonomische Anfänge

Das Scheitern der verschiedenen Konzepte führte ab 1962 bei allen Akteuren zu einer Neuorientierung ihrer Politik. Zuerst wurde der auf sich selbst zurückgeworfene und immer wieder durch Zwischenfälle an der Mauer unter Druck stehende Senat aktiv.⁶¹² Immerhin kam es, anders als in der übrigen Bundesrepublik, schon Ende der fünfziger Jahre zu einer deutlichen Verjüngung des Personals. Nach Otto Suhrs Tod wählte das Parlament den seit 1954 amtierenden Präsidenten des Abgeordnetenhauses Willy Brandt (SPD) am 3. Oktober 1957 zum neuen Regierenden Bürgermeister.⁶¹³ Das sowjetische Ultimatum, das im Dezember 1958 die große Koalition in West-Berlin zustande gebracht hatte, ließ sie im Januar 1963 wieder auseinander fallen: Als Chruschtschow Brandt nach Ost-Berlin einlud, kam es zu einem heftigen Streit. Brandts Absicht, auf Chruschtschows Offerte einzugehen, löste in Bonn und bei den West-Alliierten höchste Irritationen aus. Die Berliner CDU drohte sogar mit dem Koalitionsbruch, daraufhin lehnte Brandt das Treffen ab. Die Haltung der CDU zahlte sich allerdings politisch nicht aus. Bei den Wahlen vom 17. Februar 1963 erreichte sie nur 28,9 Prozent der Stimmen, während die SPD 61,9 Prozent errang und die FDP mit 7,9 Prozent ins Parlament zurückkehrte. Nun handelte Brandt: Sechs Jahre bevor das Modell bundesweit Mehrheiten errang, bildete er in Berlin eine SPD/FDP-Koalition, während die CDU erstmals seit 1946 in die Opposition ging.

Willy Brandt

Brandt war einer der legendären Berliner Bürgermeister. Seine klugen und engagierten Reaktionen während der Mauerkrise 1961 haben ihm weit über Berlin hinaus Anerkennung und Respekt verschafft. Seine Aktivitäten nach dem Mauerbau und die Entwicklung der Politik der kleinen Schritte sind eines der markantesten Beispiele des 20. Jahrhunderts, konstruktiv mit einer Krise umzugehen.



Die neue innenpolitische Konstellation bildete die Grundlage für ein so ungewöhnliches wie erfolgreiches Experiment gegenüber dem zweiten deutschen Staat – ungewöhnlich deshalb, weil die Politiker West-Berlins, gemessen an den Handlungsspielräumen, die ohnmächtigsten aller Akteure waren. Abgesprochen mit den Alliierten und der widerwillig zustimmenden Bundesregierung, ließ Brandt Verhandlungen aufnehmen mit der DDR, mit dem Ziel, die Isolierung West-Berlins wenn schon nicht aufheben zu können, dann doch wenigstens zu mildern. Nach komplizierten Verhandlungen gelang es dem Senat 1963, anlässlich der Weihnachtsfeiertage mit der DDR-Regierung eine Passierscheinregelung auszuhandeln.⁶¹⁴ Die DDR war an den Gesprächen nicht so uninteressiert, wie es auf den ersten Blick scheinen mochte, sie erhielt die Möglichkeit zur Profilierung, möglicherweise auch zu westlichen Zugeständnissen bei ihrer Interpretation des Status.⁶¹⁵ Da dies wiederum keinesfalls im westlichen Interesse lag, galt es einen Kompromiss auszutüfteln. Brandts Berater Egon Bahr fand ihn: Um trotz unüberbrückbarer Auffassungsunterschiede ein Ergebnis zu erzielen, klammerte sein Konzept Grundsatzpositionen (völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik; Behandlung von West-Berlin als selbständigen Staat) aus und bekundete lediglich Einigkeit darüber, sich nicht einig zu sein. Das konnte die DDR akzeptieren und auf dieser Grundlage unterzeichneten Senatsrat Horst Korber „auf Weisung des Chefs der Senatskanzlei, die im Auftrage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin gegeben wurde“ und Staatssekretär Erich Wendt „auf Weisung des Stellvertreters des Vorsitzenden Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik“ am 17. Dezember 1963 das „Protokoll über eine zeitweilige Regelung für den Verwandtenbesuch“.⁶¹⁶

Das war ein kleines diplomatisches Meisterstück, eine Art Außenpolitik auf regionaler Ebene. Das Verfahren, auf das beide Seiten sich geeinigt hatten, war zwar kompliziert, aber einfachere Regelungen waren angesichts des komplizierten Status der Stadt nicht möglich. Am Ende ermöglichte die Regelung 1,2 Millionen Verwandtenbesuche in der Zeit vom 19. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964; und bis 1966 konnten drei weitere Vereinbarungen geschlossen werden, die Tagesaufenthalte in Ost-Berlin erlaubten. Das war nicht viel, aber doch besser als nichts.⁶¹⁷

Nicht nur berlinpolitisch gelang es Brandt, Bewegung in die verfahrenere Lage Berlins zu bringen. Auch in der Wirtschaftspolitik erreichte der Berliner Senat Beachtliches. Über Nacht hatte West-Berlin mit den „Grenzgängern“ rund 60.000 Arbeitskräfte verloren, die vor dem 13. August 1961 im Westteil Berlins gearbeitet hatten. Zudem verließen bis 1963 einige Zehntausend die Stadt, darunter zahlreiche Führungskräfte, denen die westdeutsche Wirtschaft aussichtsreiche Karrieren bot. Die

Abwanderung und Steuervergünstigungen trugen dazu bei, dass ab etwa 1961 die Arbeitslosigkeit weit gehend abgebaut war. Auf den nun auftretenden Mangel an Arbeitskräften antwortete der Senat mit Kampagnen zur Anwerbung von Ausländern. Ferner konzentrierte sich der Senat darauf, das Wirtschaftswachstum durch Rationalisierung und Fortschritte in der Produktivität sicherzustellen und versuchte gemeinsam mit der Bundesregierung durch massive Subventionen den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten:

- Die 1962 eingeführte Investitionszulage gewährte 10 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten von neuen beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens.
- Berlin-Darlehen versuchten privates Kapital über Einkommensteuervergünstigungen nach Berlin zu locken.
- Einkommen- und Lohnsteuervergünstigungen sollten Arbeitsplätze in Berlin (West) attraktiver machen.

Diese und andere flankierende Maßnahmen, etwa die Aufhebung der seit 1945 geltenden Zuzugsbeschränkungen, sowie die günstige Konjunktur ließen West-Berlin nicht, wie befürchtet, im wirtschaftlichen Elend versinken. Die Wirtschaft der Stadt stabilisierte sich und wuchs bis Mitte der sechziger Jahre in annähernd gleichem Maß wie die im Bundesgebiet.⁶¹⁸

Die Neuorientierung Ost: politische und ökonomische Anfänge

Für Ost-Berlin bedeutete der Mauerbau gleichfalls einen drastischen Einschnitt. Die DDR-Regierung hatte nicht nur die Fluchtbewegung gewaltsam unterbunden, sie hatte auch der Bevölkerung demonstriert, dass sie – wie 1953 – Auflehnung nicht duldet.⁶¹⁹ So sehr die Einmauerung auch den Rest des noch verbliebenen Rufes im Westen ruinierte, gegenüber Moskau und den Führungen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten bewies die DDR-Regierung Handlungsfähigkeit und gewann an Prestige. Für Ost-Berlin hatte das Jahr 1961 vier langfristig wirkende Folgen:

- Die SED erhielt die Möglichkeit zur Stabilisierung und zum Ausbau ihrer Macht. Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung den Mauerbau nicht begrüßte, so gelang es der SED doch in einem gewissen Umfang, jene von der Notwendigkeit des „antifaschistischen Schutzwalls“ zu überzeugen, die das Experiment DDR unterstützten, ihm zumindest wohlwollend folgten. Die nach Stalins Tod einsetzende Entstalinisierung und die Tendenzen einer „Liberalisierung“ unterband die Partei, fing sie auf und versuchte, sie in für sie frucht-

bare Wege zu lenken. Die stärkere Einbeziehung der Bevölkerung, etwa durch Kampagnen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, war eine Konsequenz, die die Partei aus der Krise zog. So riefen beispielsweise die Elektrodendreher des VEB Elektrokohle Lichtenberg unter dem Motto „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld – mehr produzieren!“ zur effektiveren Produktion auf. Parolen dieser Art und damit verbundene Aktionen in den Betrieben verbreiteten sich binnen kurzer Zeit über die ganze DDR. Seinen Niederschlag fand der neue Kurs in den Beschlüssen des VI. Parteitag der SED, der vom 15.–21. Januar 1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle tagte. Erstmals erhielt die SED ein offizielles Programm, das den „umfassenden Aufbau des Sozialismus“ und die Herausbildung des „sozialistischen Menschen“ als maßgebliche Ziele verkündete.

- Der Blick aufs Militär verdeutlicht, nach welchem Muster die SED die Bevölkerung, vor allem die Jugend, einzubinden gedachte. Am 24. Januar 1962 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, verbunden mit einer klaren gesellschaftlichen Aufgabe: Die Armee sollte die junge Generation erziehen, disziplinieren und ihr die politisch-ideologischen Inhalte der SED vermitteln. Obgleich aus Statusgründen heikel, bezog die DDR mit Billigung der Sowjetunion Ost-Berlin in die Militarisierung ein; und die neu eingeführte Wehrpflicht galt auch im Ostteil der Stadt. Dies bedeutete zwar einen klaren Verstoß gegen den Status, doch die westlichen Proteste blieben wirkungslos.⁶²⁰
- Eine weitere Richtungsänderung betraf die Ökonomie. Wichtigstes Ziel war die Konsolidierung der Wirtschaft, der nun die Arbeitskräfte nicht mehr weglaufen konnten. Eine Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrats der DDR beschloss am 24. und 25. Juni 1963 das „Neue Ökonomische System (NÖS)“.⁶²¹ Es sollte die Wirtschaft modernisieren und rationalisieren. Mitte der sechziger Jahre griffen die Maßnahmen und brachten, gemessen an der Situation vor 1961, sowohl eine verbesserte Produktivität als auch einen höheren Wohlstand.
- Schließlich unternahm die DDR-Regierung nach dem Mauerbau entscheidende Schritte zur Neugestaltung Ost-Berlins. Vorerst konzentrierten sich die Verantwortlichen auf die Beseitigung der Spaltungsfolgen. Durch die Unterbrechung der bisherigen Verkehrsströme war es für viele in den Randgebieten lebende Einwohner äußerst umständlich, ins Zentrum zu gelangen. Binnen kurzer Zeit entstand Ersatz, so etwa in nur dreimonatiger Bauzeit die fünf Kilometer lange, am 19. November 1961 eingeweihte S-Bahnstrecke Oranien-

burg-Blankenburg. Eine weitere, etwa zehn Kilometer lange Strecke verband ab dem 26. Februar 1962 die Innenstadt mit dem Flughafen Schönefeld; und am 28. April öffnete die Autostraße Adlergestell in gleicher Richtung. Zur gleichen Zeit erfolgte die Wiederaufnahme der Planungen für das alte Zentrum mit der Neugestaltung des Alexanderplatzes, wo Oberbürgermeister Friedrich Ebert am 12. Dezember 1961 den Grundstein für das Haus des Lehrers und die Kongresshalle legte. Ein neues Gesicht erhielt ferner der Abschnitt der Straße Unter den Linden von der Friedrichstraße bis zum Brandenburger Tor, wo das Lindenkorso, Bauten für die Ministerien für Volksbildung und Außenhandel, das Bürogebäude der Exportgesellschaft Wiratex (Wirkwaren und Raumtextilien), die polnische und die ungarische Botschaft sowie eine Erweiterung der sowjetischen Botschaft entstanden. Schließlich wurde auch der zentrale Marx-Engels-Platz in Angriff genommen und an seiner Südseite entstand das Staatsratsgebäude als erster Neubau.

Insgesamt stabilisierte sich die Situation Berlins Mitte der sechziger Jahre. Beide Stadthälften hatten begonnen sich einzurichten auf ein Leben mit der Mauer. Willy Brandts „Politik der kleinen Schritte“ brachte zudem erstaunliche Erfolge und belegte, dass die Mauer – zumindest in östlicher Richtung – so undurchlässig nicht war, wie anfänglich befürchtet. Als es der DDR später nicht gelang, über das Instrument der Passierscheinregelungen ihrem Streben nach staatlicher Anerkennung näher zu kommen, schraubte sie die politischen Forderungen nach oben und der Senat konnte die Gespräche nicht fortsetzen. Damit war diese Ebene ausgereizt, nicht aber der politische Ansatz, den Bahr am 15. Juli 1963 während einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing in der Formel „Wandel durch Annäherung“ zusammengefasst hatte.⁶²²

Das Jahr 1966 eröffnete Brandt und Bahr neue Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Politik. In Bonn brachten die Beratungen über den Entwurf des Haushalts für das Jahr 1967 den Bruch der CDU/CSU-FDP-Koalition und am 20. Oktober 1966 traten die vier FDP-Minister zurück. In der nun neu gebildeten Großen Koalition von CDU/CSU und SPD übernahm Brandt das Amt des Außenministers. Damit gelangten wichtige Verfechter der „neuen Ostpolitik“ in höchste Regierungsämter, und schon in ihrer Regierungserklärung rückte die Bundesregierung ein Stück weit vom bisherigen Alleinvertretungsanspruch ab.⁶²³ Kurz darauf vollzog Bonn einen außenpolitischen Kurswechsel: Das alte Junktum der Hallstein-Doktrin, das die Wieder-

vereinigung zum alleinigen Prüfstein der Entspannung machte, verschwand in den Archiven zugunsten der Aussage, die Bundesregierung werde die Politik einer Entspannung in Europa nicht durch Vorbedingungen belasten.⁶²⁴

Das wiederum hatte Rückwirkungen auf Berlin: Brandts Politik der kleinen Schritte war erfolgreich gewesen, weil sie der erstarrten Position der Bundesregierung eine dynamische, kreative Politik entgegengesetzt hatte. Da von nun an die entscheidenden Impulse für die Ostpolitik aus Bonn kamen, wurde eine eigenständige West-Berliner Politik überflüssig.

Die Revolte: Aufbruch im Westen

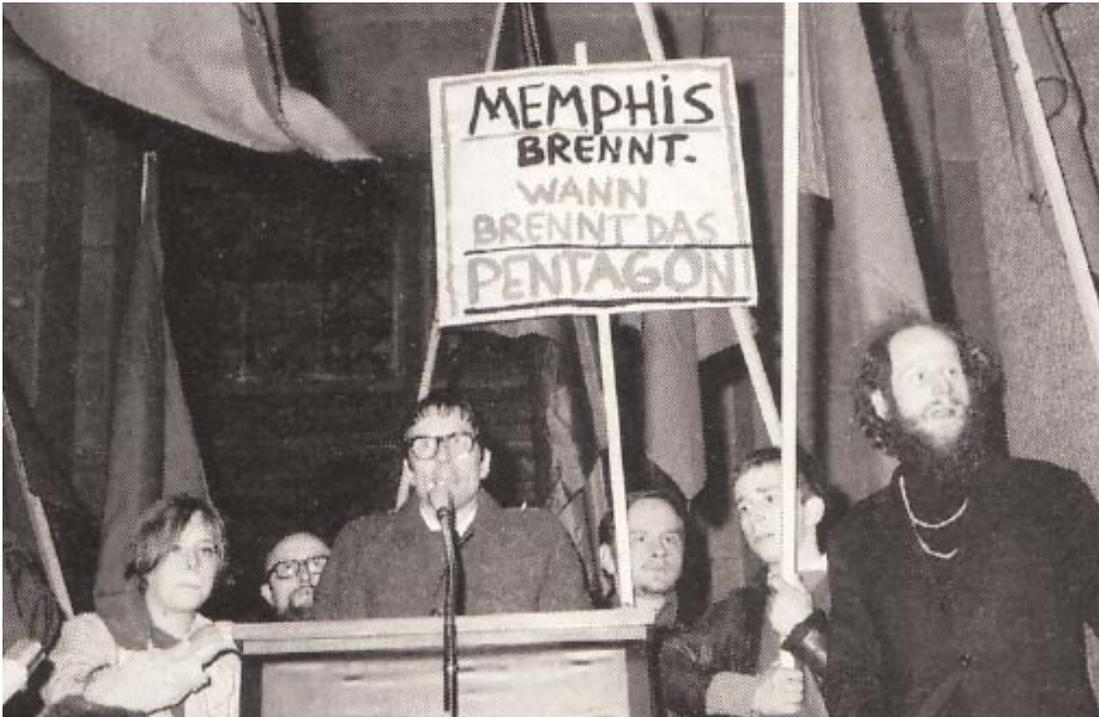
Zu Brandts Nachfolger in Berlin wählte das Parlament am 14. Dezember 1966 Heinrich Albertz (SPD).⁶²⁵ Im Wesentlichen setzte er die bisherige Politik mit geringfügigen Änderungen fort. Zur gleichen Zeit war ein tief greifender gesellschaftlicher Wandel bereits in vollem Gange. Seit Mitte der sechziger Jahre hatte sich die Freie Universität zu einem Zentrum der Debatte um Missstände an den Hochschulen und erstarrte Strukturen der Gesellschaft entwickelt.⁶²⁶ Hochschulfragen, innen- und außenpolitische Themen, insbesondere die Notstandsgesetze und der Vietnamkrieg, sowie die Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit durch die Vätergeneration wurden von den Studierenden zunehmend lautstark kritisiert. Ihre oft unkonventionellen Protestformen (Go- und Sit-ins) irritierten und schockierten große Teile der Gesellschaft, stellten deren Lebensstil und Ansichten in Frage. Die größte Herausforderung war allerdings nicht der Anspruch auf Gesellschaftsveränderung oder die als antiamerikanisch gewerteten Proteste gegen den Vietnamkrieg – die größte Provokation war ihre Begründung mit traditionellen sozialistischen Ideen. Insbesondere der Rückgriff auf Karl Marx – ausgerechnet in der gespaltenen Stadt, in der jenseits der Mauer ein auf Marx' und Engels' Schriften fußender Staat beanspruchte, das „bessere Deutschland“ zu sein – stellte einen ungeheuren Tabubruch dar.

Die Bildung der Großen Koalition bestätigte den Protestierenden das Bild, das sie sich von der Gesellschaft gemacht hatten und brachte sowohl eine Verbreiterung als auch ab 1967 eine deutliche Radikalisierung der Bewegung.⁶²⁷ Die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch einen Polizisten am 2. Juni 1967 während einer Demonstration gegen den Besuch des persischen Schahs Reza Pahlawi vor der Deutschen Oper Berlin in der Bismarckstraße war gleichzeitig Höhe- und Wendepunkt in der Geschichte der Studentenbewegung und der Außerparlamentari-

APO

Die Außerparlamentarische Opposition der späten sechziger und frühen siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts hat die bundesdeutsche Gesellschaft nachhaltig verändert. Mehr Liberalität, Toleranz und ein neues Lebensgefühl standen auf der einen Seite dieser gesellschaftlichen Strömung, auf der anderen Seite glitten beträchtliche Teile der Bewegung in einen mörderischen Terrorismus ab oder sympathisierten mit ihm, der in den siebziger Jahren zahlreiche Opfer forderte.

Das obere Bild zeigt eine Kundgebung anlässlich der Ermordung des schwarzen Bürgerrechtlers Martin Luther King. Das untere Bild dokumentiert den im Februar 1968 an der Technischen Universität veranstalteten Vietnam-Kongress des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gegen das Vorgehen der US-amerikanischen Armee in Südostasien.



schen Opposition (APO).⁶²⁸ Im Abgeordnetenhaus kam es zu heftigen Auseinandersetzungen und am 12. Oktober 1967 trat Albertz zurück; zu seinen Nachfolger wählte das Parlament Klaus Schütz (SPD).⁶²⁹ Die Studentenbewegung war damit keineswegs zu Ende. Streiks, Institutsbesetzungen und Verkehrsblockaden, der Vietnamkongress vom Februar 1968, schließlich das Attentat auf Rudi Dutschke, einen der studentischen Wortführer, am 11. April 1968 auf dem Kurfürstendamm, wühlten die Stimmung weiter auf. Die zunehmende Radikalisierung der Bewegung bewirkte letztlich ihren Zerfall. Ein Teil der Studierenden trat in die demokratischen Parteien ein und begab sich auf den „langen Marsch durch die Instanzen“, ein anderer Teil organisierte sich an den Hochschulen in „Roten Zellen“, aus denen später kommunistische Parteien verschiedener ideologischer Ausrichtung hervorgingen. Wieder andere engagierten sich für die moskautreue Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW), und ein geringer Teil, darunter Ulrike Meinhof, Horst Mahler, Andreas Baader und Gudrun Ensslin, sahen Chancen auf Veränderung nur im Terrorismus.

Gemessen an den eigenen, auf grundlegende Umgestaltung zielenden Ansprüchen, ist die 68er-Bewegung, die in Berlin, Frankfurt am Main und einigen anderen Städten ihre Hochburgen hatte, gescheitert. Dennoch hat sie das Land nachhaltig verändert. Zahlreiche ihrer Impulse gingen in die 1966 einsetzenden und 1969 mit der sozialliberalen Koalition in größerem Umfang verwirklichten Reformen ein; und die allgemeine Veränderung des Lebensstils wäre ohne die Studentenbewegung in anderen Bahnen verlaufen.⁶³⁰

Die Konsolidierung: Effektivierung im Osten

Richtungsänderungen erlebte auch Ost-Berlin in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Bis 1965 hatte sich die SED beim Versuch, die Wirtschaft zu konsolidieren, immer wieder an westlichen Ideen orientiert. Die Technokraten versuchten sich mit der westlichen Wissenschaft vertraut zu machen und sie zu nutzen. Ost-Berlin erwies sich hierfür als der ideale Standort. Allerdings hatten die „Westkontakte“ den für die SED unerwünschten Nebeneffekt, dass sich bei vielen Wissenschaftlern ein „Westdrall“ bemerkbar machte. Der Prager Frühling 1968 und das begrenzte Überschwappen westlicher Reformdebatten verstärkten diese Tendenz noch.

Wirtschaftliche Effektivität und ideologischer Dogmatismus – zwischen diesem Zielkonflikt lavierte die Partei in jener Zeit. Um die erreichten wirtschaftlichen Erfolge nicht zu gefährden, lag die Priorität weiter bei der Ökonomie, während die Politik versuchte, die Gefährdungen durch westliche Ideen ideologisch einzudämmen und

abzufedern. Die Schaffung des „einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ 1965 und die dritte Hochschulreform 1969 gehören in diesen Zusammenhang. Beide zielten darauf ab, leistungsfähige Fachleute mit fester marxistisch-leninistischer Weltanschauung auszubilden.⁶³¹

Ost-Berlin fungierte hier als Vorreiter und als Experimentierfeld der DDR. Eine eigens eingesetzte „Arbeitsgruppe für staatliche und wirtschaftliche Leitungsfragen der Hauptstadt der DDR“ sollte Berlins Rolle als „Pilot-Projekt“ im Einzelnen bestimmen. Die Richtung gab Walter Ulbricht vor. Im Sitzungssaal des Politbüros erläuterte er der Arbeitsgruppe am 22. Januar 1968 ihre Aufgabe. Er betonte die „wachsende Bedeutung der Hauptstadt der DDR“, die „noch stärker als Beispiel unserer gesamten politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung in Erscheinung treten muss“.⁶³² Neben dem üblichen Schlenker gegen „Bonn und Westberlin“, gegenüber denen es galt, „die Rolle der Hauptstadt der DDR stärker herauszustreichen“, folgte eine Spitze gegen den Status: „Lange Zeit“, führte Ulbricht aus, „hat die Hauptstadt der DDR im Zusammenhang mit der Tatsache, dass sie ihre Vertreter nicht formal in die Volkskammer entsenden kann, ein besonderes Verhältnis zum Regierungsapparat gehabt.“ Eine bemerkenswerte, weil nach innen gerichtete Formulierung, den für Ost-Berlin zuständigen Genossen, die ihre Führungsrolle gelegentlich eigenwillig ausgelegt hatten, offenkundig als Warnung zugebracht. „Wir sind der Meinung“, so Ulbricht weiter, „dass diese Zeit jetzt vorbei ist, dass zwar die Abgeordneten von Berlin in der Volkskammer kein Stimmrecht haben, dass aber im Übrigen die Hauptstadt der DDR nicht nur gleich behandelt wird, sondern im Gegenteil, dass sie sogar von Seiten der führenden Staatsorgane bevorzugt verhandelt werden muss.“ Der Führungsanspruch Ost-Berlins sollte erprobt werden im „Modell der staatlichen Leitung Berlins“, um die Bevölkerung besser mit Nahrungsmitteln, Gebrauchsgütern, Dienstleistungen und Wohnraum zu versorgen sowie den Auf- und Ausbau Ost-Berlins voranzutreiben.

Politisch bedeutete das die Entmachtung des Magistrats. Personell begann diese Entwicklung bereits 1967 mit dem Rücktritt des seit 1948 amtierenden, inzwischen 73 Jahre alten Oberbürgermeisters Ebert. Ein bequemer Mann war der Sohn des ersten Reichspräsidenten nie gewesen. Seit der Gebietsreform von 1952 war die SED-Bezirksleitung Berlin dem Ministerrat der DDR unterstellt, auch wenn letztlich das Politbüro die Handlungsspielräume bestimmte. Da Ebert jedoch einflussreiche Ämter im Staatsapparat innehatte und zudem nicht unpopulär war, hatte er mehr Macht, als ihm formal zustand und verstand es immer wieder, die Dinge in seiner Weise zu bewegen.⁶³³ Für die neue Richtung suchte die Partei einen Kandidaten,

der Weisungen ausführte und sich sonst aufs Repräsentieren beschränkte. Sie fand ihn in Herbert Fechner, den die Stadtverordnetenversammlung am 5. Juli 1967 zum neuen Oberbürgermeister bestimmte.⁶³⁴ Er sollte das „Modell der staatlichen Planung Berlins“ durchsetzen, was allerdings nicht gelang. Schon 1969 gestand Fechner dem Zentralkomitee sein Scheitern ein und gab „einige ernste Probleme ... (zu), die im Brennpunkt der Kritik unserer Bürger stehen“.⁶³⁵ Auch die Weiterentwicklung des NÖS zum „Ökonomischen System des Sozialismus (ÖSS)“ brachte nicht die erhofften Erfolge, sondern Ende 1970 eine Wachstumskrise, die sich rasch zu einer Krise der Wirtschafts- und Planungspolitik auswuchs. Diese Krise und Ulbrichts Versuch, die allgemeinen Entspannungsbemühungen zwischen Ost und West zu unterlaufen, isolierten die DDR innerhalb des Warschauer Paktes und führten schließlich 1971 zu Ulbrichts Sturz.

Die Bilanz: innenpolitische Experimentierbühnen

So befanden sich Ende der sechziger Jahre beide Stadtteile – wenn auch aus unterschiedlichen und nicht vergleichbaren Gründen – erneut in Krisen. Während in West-Berlin und anderen Orten der Bundesrepublik die Studentenbewegung das Selbstverständnis und die Haltung der Nachkriegsgesellschaft in Frage stellte, scheiterte in Ost-Berlin Ulbrichts Anspruch, die DDR zum Modell eines sozialistischen Industriestaates zu gestalten. Die Mauerkrise hatte zudem die bisherige Rolle beider Städte in Frage gestellt und beide suchten nun nach einer neuen politischen Perspektive. Brandt bemühte sich von West-Berlin aus, die Unbeweglichkeit zu überwinden und ein Stück weit gelang dies auch. Die Status-Hemmnisse erwiesen sich allerdings als so groß, dass diese Rolle – in gewisser Weise eine Fortsetzung der „Schaufensterpolitik“ mit anderen Mitteln – nur auszufüllen war in einem Augenblick der Unbeweglichkeit der westdeutschen Politik. Spätestens Mitte der sechziger Jahre, nachdem sich Bonn aus seiner Erstarrung löste, nahm West-Berlin wieder den Platz ein, der dem formell schwächsten Akteur zukam: Er folgte den in Washington, London und Paris sowie in Bonn formulierten Schritten der Entspannung. Zur gleichen Zeit entwickelte sich West-Berlin jedoch zu einem Vorreiter in ganz unerwarteter Weise. Die Studentenbewegung, die hier und in einigen anderen Städten ihre Hochburgen hatte, brach gesellschaftliche Verkrustungen auf und veränderte das innenpolitische und gesellschaftliche Klima nachhaltig.

Ost-Berlin suchte nach dem Mauerbau ebenfalls nach einer neuen Rolle. Die SED mühte sich um die Stabilisierung und den Ausbau ihrer Macht und versuchte die Bevölkerung stärker in ihr System einzubinden. Das Ziel, Ost-Berlin als „Modell“ für

den Gesamtstaat zu etablieren, wurde allerdings nur bedingt erreicht. Zwar fand die in den fünfziger Jahren begonnene Umgestaltung zur repräsentativen sozialistischen Metropole nach dem Mauerbau ihre Fortsetzung, aber der Versuch, einen Muster-Sozialismus vorzuführen, brachte nur klägliche Ergebnisse. Das Vorantreiben der Zentralisierung führte stattdessen zu einer weiteren Entmachtung des Magistrats, der zum willfährigen Handlanger des Politbüros herabsank.

So waren die sechziger Jahre für Berlin eine Phase des Übergangs. Beide Stadthälften dienten als Experimentierbühnen und beide Stadthälften probten sich als Vorreiter gesellschaftlicher, nationaler und internationaler Entwicklungen. Mit zwiespältigen Folgen. Weder Ost- noch West-Berlin hatten ein neues, tragfähiges Selbstverständnis gefunden. Das änderte sich erst Anfang der siebziger Jahre, als die Stadt in den Sog der neuen Ost-West-Politik geriet und die Entspannung die politischen Rahmenbedingungen erneut neu definierte.



12. Sicherheit und Entspannung: von der neuen Ostpolitik bis zur Erstarrung der Entspannung

Die Entspannung: Annäherung zwischen Ost und West – global

Während sich beide Berlin auf ihre Weise als innenpolitische Experimentierbühnen der Bundesrepublik und der DDR versuchten, hatte sich die weltpolitische Konstellation gewandelt. Nach der Kuba-Krise von 1962 war es schrittweise zu einer Annäherung der beiden Supermächte gekommen. In der Bundesrepublik und in der DDR schwenkten die Regierungen erst auf den neuen Kurs ein, als Willy Brandt 1969 in Bonn Kanzler einer entspannungswilligen SPD/FDP-Koalition wurde und Erich Honecker am 3. Mai 1971 in Ost-Berlin Ulbricht abgelöst hatte.⁶³⁶

Die neue Ostpolitik war Teil einer umfassenden Détente- oder Entspannungspolitik. Ihre Architekten, die amerikanische Regierung unter Präsident Richard Nixon und Außenminister Henry Kissinger, verfolgten drei Ziele: die Entschärfung der Krise zwischen Ost und West, die Aushandlung eines Modus Vivendi und die Schaffung eines neuen internationalen Systems. Die USA bemühten sich deshalb um ein begrenztes Maß an freundschaftlichen Beziehungen zu ihren beiden Erzrivalen Sowjetunion und China. Um insbesondere das Verhältnis zur Sowjetunion zu verbessern, verfolgten Nixon und Kissinger eine Strategie mit vier Hauptkomponenten:

- die Anerkennung der Sowjetunion als Supermacht gleichrangig neben den USA
- eine begrenzte Bereitschaft zur formellen diplomatischen Anerkennung der Teilung Europas in der bestehenden Form
- die Bereitschaft der USA, einige Abkommen mit der Sowjetunion zu schließen, die eine stärkere gegenseitige Zusammenarbeit und ein erhöhtes Maß wirtschaftlicher und technischer Hilfe ermöglichen sollten
- die Neuentwicklung eines Kataloges neuer Normen und Regeln für den Konkurrenzkampf zwischen den beiden Supermächten

Im Zentrum der neuen Ostpolitik stand die Frage des wechselseitigen Gewaltverzichts. Das bedeutete die Anerkennung der Unverletzlichkeit bestehender Grenzen. Dem anspruchsvollen Programm folgte die Aufnahme einer Vielzahl von Verhandlungen über unterschiedlichste Themen. Bis 1974 hatte es seit Gründung der

Sowjetunion insgesamt 105 Verträge und Vereinbarungen zwischen den beiden Groß- bzw. Supermächten gegeben: 58 – mehr als die Hälfte – wurden im Jahrfünft zwischen 1969 und 1974 unterzeichnet.

Zu den wichtigsten Beispielen zählen die 1969 formell begonnenen Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstung, die 1972 zum ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missiles) führten und die 1973 begonnenen Gespräche über Reduzierung konventioneller Rüstung, die MBFR-Verhandlungen (Mutual Balanced Force Reduction). Auch die nach langen Vorverhandlungen 1973 begonnene KSZE – Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – mit 35 Teilnehmerstaaten, darunter die USA und Kanada, gehört in diesen Zusammenhang.

Berlin und die deutsche Frage blieben zunächst von den Verhandlungen ausgeklammert. Erst als sich abzeichnete, dass die Entspannungspolitik erfolgreich sein würde, war die Einbeziehung Berlins in die Entspannungspolitik möglich.⁶³⁷

Die Entkrampfung: Annäherung zwischen Ost und West – regional

Unter diesen Voraussetzungen begannen im März 1970 in Berlin Gespräche zwischen den vier Siegermächten. Nach 152 schwierigen Verhandlungsstunden auf Botschafter- und einem Vielfachen auf Expertenebene fanden sie am 3. September 1971 ihren Abschluss mit der Paraphierung des Vier-Mächte-Abkommens. Das im Kontrollratsgebäude in Schöneberg unterzeichnete Dokument ist zweifellos einer der kompliziertesten, auf seine Weise aber auch genialsten Verträge des 20. Jahrhunderts.⁶³⁸ Es beseitigte keineswegs die Konflikte zwischen den vier Mächten über den Status⁶³⁹ von Berlin – im Gegenteil: Wie bei den Passierscheinverhandlungen Anfang der sechziger Jahre mussten Grundsatzfragen ausgeklammert werden. Erst nachdem sich die Verhandlungsparteien darüber einig waren, konnten die Gespräche beginnen. Sie führten zu einem Abkommen, das erstmals seit der Nachkriegszeit den Fortbestand der Berlin-Rechte und -Verantwortlichkeiten der Alliierten bestätigte.⁶⁴⁰ Im Einzelnen regelte das Berlin-Abkommen Fragen des Zugangs, der Zugehörigkeit und des Zutritts:

Bezüglich des Zugangs erklärte die sowjetische Regierung, dass „der Transitverkehr ... ohne Behinderungen sein ... (und) erleichtert werden wird, damit er in der einfachsten und schnellsten Weise vor sich geht“. Ein eindeutiges Zugeständnis der östlichen Seite.⁶⁴¹

Agree to disagree

Das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 ist eines der interessantesten internationalen Abkommen des 20. Jahrhunderts. Als sich in den sechziger Jahren das Ost-West-Verhältnis langsam entspannte, musste eine Regelung über Berlin Bestandteil dieses Prozesses sein. Nach langen Vorbereitungen begannen am 26. März 1970 im Gebäude des Alliierten Kontrollrats die Gespräche zwischen den Bonner Botschaftern der drei Westmächte und dem in Ost-Berlin akkreditierten sowjetischen Botschafter. In der ersten Phase beharrten beide Seiten auf ihren unterschiedlichen Rechtspositionen. Die UdSSR stellte die Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik infrage und forderte den Verzicht auf jegliche Bundespräsenz. Die Westmächte beharrten auf ihrem Standpunkt, Groß-Berlin unterstehe der Vier-Mächte-Verantwortung und wiesen die sowjetische Darstellung zurück, Berlin (West) liege auf dem Territorium der DDR. Der entscheidende Durchbruch gelang, als sich die Partner darauf einigten, die Grundsatzpositionen in den Statusfragen auszuklammern und sich auf praktische Regelungen zu konzentrieren. Am 23. August 1971 lag der Text des Abkommens vor.

Das am 3. Juni 1972 in Kraft getretene Abkommen schuf weder einen neuen Berlin-Status noch löste es endgültig alle Probleme in und um Berlin. Stattdessen konkretisierte das Abkommen die Rechte und Pflichten der Siegermächte in und für Berlin und bestätigte die westlichen Rechtspositionen gegenüber der UdSSR. Es band die Vier Mächte dauerhaft in Mitteleuropa ein und brachte politische Sicherheit für Berlin (West) und beseitigte so Berlin als Konfliktherd und Hebel für die Austragung anderer Konflikte zwischen den gegnerischen Militäralianzen in Mitteleuropa. Insofern war das Abkommen ein Testfall für eine erfolgreiche Entspannungspolitik. Mit seinem In-Kraft-Treten wurde in und um Berlin kein konfliktfreier Raum geschaffen, aber das Abkommen trug entscheidend zu einer Stabilisierung Berlins bei und erwies sich als ein erfolgreiches Beispiel für eine kooperative Konfliktregelung. Im 2+4-Vertrag zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges und den beiden deutschen Staaten verzichteten die Vier Mächte auf ihre Rechte in Deutschland und Berlin und das Vier-Mächte-Abkommen trat damit automatisch außer Kraft.

Das Bild zeigt von links nach rechts die Botschafter Pyotr Abrassimow (UdSSR), Kenneth Rush (USA), Sir Roger Jackling (Großbritannien) und Jean Sauvagnargues (Frankreich) in der Dienstvilla von Botschafter Rush am 23.8.1971.



In Fragen der Zugehörigkeit hatte der Westen stets Wert gelegt auf enge Bindungen und eine möglichst weit gehende Eingliederung West-Berlins in die Bundesrepublik, während die östliche Seite die Selbständigkeit der Halbstadt betonte. Das Abkommen klärte nun, dass „die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt“ werden. Eine Bestätigung der westlichen Ansprüche. Allerdings verknüpft mit der Aussage, die Westsektoren Berlins seien „so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland ... und [werden] weiterhin nicht von ihr regiert“. Ein Zugeständnis an die DDR. Dem folgend, bestimmte das Abkommen die fortan unzulässigen Formen der Bundespräsenz: Danach durften weder der Deutsche Bundestag noch der Bundesrat Plenarsitzungen in Berlin abhalten, die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung durfte ebenfalls nicht mehr in Berlin stattfinden; Sitzungen von Ausschüssen und Fraktionen waren hingegen weiter möglich. Dieser teilweise Verzicht wiederum war ein Zugeständnis des Westens.⁶⁴²

Der größte Fortschritt wurde beim Zutritt erzielt. Hier erklärte die Sowjetunion, „dass die Kommunikationen zwischen den Westsektoren Berlins und Gebieten, die an diese Sektoren grenzen sowie denjenigen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik, die nicht an diese Sektoren grenzen, verbessert werden“. Eine umständliche, aus Statusgründen notwendige Formulierung, die den West-Berlinern, wenn auch zeitlich begrenzt, wieder „Zutritt“ zum Umland verschaffte. Ein Zugeständnis der Sowjetunion.

Weitere Regelungen betrafen den Gebietsaustausch und die Außenvertretung West-Berlins.⁶⁴³ Auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarungen sollten die Deutschen konkrete Regelungen aushandeln. Die Verhandlungen hierzu begannen unmittelbar nach Unterzeichnung des Abkommens und brachten unter anderem:

- ein Abkommen über den Transitverkehr, unterzeichnet von beiden deutschen Regierungen am 17. Dezember 1971
- eine Vereinbarung „über Erleichterungen im Reise- und Besucherverkehr“, unterzeichnet vom Senat und der DDR-Regierung am 20. Dezember 1971 und
- eine am gleichen Tag zwischen Senat und DDR-Regierung unterzeichnete Vereinbarung über „die Regelung der Frage von Enklaven durch Gebietsaustausch“.

Nach Abschluss aller Verhandlungen unterzeichneten die vier Außenminister am 3. Juni 1972 das Schlussprotokoll. So komplex das gesamte Regelwerk auch war, es bedeutete die in völkerrechtliche Verträge gegossene Übereinkunft, Berlin als Krisenherd zu entschärfen. Damit schuf das Abkommen eine neue Situation, band die vier Mächte langfristig in die Probleme Mitteleuropas ein und brachte politische Sicherheit für Berlin, aber auch vor Berlin: Die Rolle der Stadt als Krisenherd war beendet. Die Stadt wurde ein wesentlicher Baustein der Entspannung, die eine Periode der Beruhigung brachte auf der Basis des Status quo der Nachkriegszeit, ohne diesen jedoch dauerhaft festzuschreiben, denn Veränderungen auf friedlichem Wege blieben möglich.⁶⁴⁴

Dennoch beendete das Abkommen keineswegs den Streit um Berlin. Es transportierte die Konflikte lediglich auf eine niedrigere Ebene und unterwarf ihre Regelung einem ausgetüftelten Mechanismus. Besonders bei der Frage der Bindungen sowie im Reise- und Besucherverkehr kam es immer wieder zu Schwierigkeiten. Dahinter stand ein grundsätzlicher Interpretationsstreit über die Bestimmungen des Abkommens. Während der Westen davon ausging, dass alles, was nicht verboten sei, getan werden könne, betonte der Osten, es sei nur das erlaubt, was im Abkommen ausdrücklich genannt werde.⁶⁴⁵

So fruchtbar und erfolgreich die Entspannungspolitik war, sie blieb nicht ohne Probleme.⁶⁴⁶ Für die DDR und Ost-Berlin brachte sie eine Welle der Anerkennung, wie sie nur wenige Jahre zuvor kaum jemand für möglich gehalten hätte.⁶⁴⁷ Erst jetzt konnte mit einiger Berechtigung von Ost-Berlin als „Hauptstadt“ gesprochen werden. Für West-Berlin erleichterte vor allem der Transitverkehr und die Möglichkeit, das Umland wieder betreten zu können, das Leben als westliche Enklave im Osten. Für die Bundesrepublik schließlich brachte der Ausgleich, konkretisiert im Grundlagenvertrag, am 21. Dezember 1972 im Haus des DDR-Ministerrats in Ost-Berlin unterzeichnet, eine Normalisierung des Verhältnisses zum zweiten deutschen Staat.⁶⁴⁸

Normalisierung bedeutete jedoch noch keineswegs „normal“ – und genau da lag das Grundproblem der Entspannung. Wer das Verhältnis zwischen antagonistischen Staaten normalisieren will, der ist angewiesen auf Gespräche mit der Regierung. Das geschah seit 1971 laufend und brachte ein zunehmend dichteres Netz an Kontakten. Wer sich auf dieser Ebene immer weiter aneinander annäherte, dem konnte widerfahren, was Egon Bahr 1963 als These verkündet hatte: Er wandelte sich. Die Folge war, dass die Opposition in der DDR, aber auch in anderen osteuropäischen Staaten, für die verschiedenen Bundesregierungen ein Problem darstellte.

Sie war lästig und unbequem, wurde empfunden als Störung. „Wer Kritik übt, gefährdet die Entspannung“, lautete das Hauptargument, das aus Bonn ebenso zu hören war, wie aus Ost-Berlin. Keine Regierung fand hier wirklich klare Worte. Auf diesem Auge war und blieb die Entspannungspolitik blind oder zumindest sehr kurzsichtig und es wurde deutlich, dass es unterschiedliche Auffassungen über die Entspannungspolitik gab: Sahen die einen in der Entspannung ein Ziel oder gar einen anzustrebenden Endzustand, betrachteten sie andere als Mittel, als Prozess, als Instrument der Politik.

Der Unmut vieler Politiker gegenüber Oppositionellen hat seinen Grund unter anderem in der Logik der von den Regierungen betriebenen Entspannungspolitik: Kein Staat profitierte von der Entspannung so sehr wie die Bundesrepublik Deutschland. Konnten die Franzosen oder Engländer, viel mehr noch die Amerikaner, im Notfall mit schlechten Beziehungen zu Osteuropa und der Sowjetunion ganz gut leben, weil die Folgen schlechter Beziehungen dort nur wenig auf das Leben in den jeweiligen Ländern durchschlug, so hatte ein schlechtes Ost-West-Verhältnis direkte Rückwirkungen auf die Bundesrepublik, die bis ins Privatleben vieler Bürger reichten. Bonn musste Entspannung wollen – gleich wer dort regierte – und reagierte deshalb auf alles empfindlich, was diese Politik zu gefährden schien, nicht selten empfindlicher als nötig.⁶⁴⁹

Für West-Berlin bedeutete das Vier-Mächte-Abkommen den vielleicht stärksten Rollenwandel seit der Spaltung. Hatte die Rolle als Frontstadt einen gewissen Ersatz geboten für den Verlust der Hauptstadtfunction, so verschwand die Stadt nun aus den internationalen Schlagzeilen und reihte sich ein in die „Routineprobleme“, auf die nur noch gelegentlich ein flüchtiger Blick geworfen wurde. So sehr West-Berlin von der Regelung einiger seiner drückenden Probleme auch profitierte, es bezahlte mit einem Bedeutungsverlust – und der schmerzte auch. Vorerst blickten „die Völker der Welt“ nicht mehr auf Berlin und einstweilen gab es weder auf internationaler noch auf nationaler Ebene von Berlin aus viel zu gestalten. Immerhin stimulierte das Berlin-Problem zahlreiche deutsch-deutsche Abkommen, durch die ein lange anhaltender Strom von Verhandlungen in Gang kam und ein immer dichteres Netz zwischen beiden Staaten entstand. Für Berlin blieb vor allem die Verwaltung der getroffenen Vereinbarungen, im Rathaus Schöneberg äußerst penibel wahrgenommen von der Abteilung II (Berlin-Politik) der Senatskanzlei.⁶⁵⁰

Die Verträge: Berlin-Abkommen und Folgevereinbarungen

Die Zäsur von 1971 lenkte den Blick in West-Berlin nach innen und bot ein nur mäßig optimistisches Bild. In der Stadtpolitik wurden nun eine Reihe von Fehlentwicklungen wahrgenommen, die bis dahin wenig beachtet worden waren. Bonns großzügige Berlin-Hilfe hatte nicht nur seriöse Investoren, sondern auch Hasardeure in die Stadt gelockt, die Fördermittel in beträchtlicher Höhe abschöpften. Vor allem in der Bauwirtschaft kam es zu haarsträubenden Spekulationen mit Abschreibungspräferenzen. Die Affäre um den Steglitzer Kreisel war eines der markantesten Beispiele. Das Hochhaus gegenüber dem Steglitzer Rathaus an der Schlossstraße sollte einen „städtebaulichen Kontrapunkt“ zum Kurfürstendamm setzen. Nachdem 1969 mit dem von Sigrid Kressmann-Zschach entworfenen Bau begonnen wurde, gerieten das Projekt und seine Finanzierung 1972 in die Krise. Die Baufirmen waren zahlungsunfähig. Die Arbeiten mussten 1973 eingestellt werden und das Projekt ging in Konkurs. Da der Senat die Investition mit einer Bürgschaft abgesichert hatte, kamen die Steuerzahler für Verluste in Höhe von über 40 Millionen Mark auf. Es gab weitere Krisen, etwa die KPM-Affäre von 1975, bei der sich Landesbedienstete Vergünstigungen verschafft hatten.⁶⁵¹ Dabei geriet der Regierende Bürgermeister Schütz, dem vorgeworfen wurde, Vetternwirtschaft geduldet zu haben, selbst in die Schusslinie und die KPM-Krise weitete sich zur Krise des Senats. Eine heftige SPD-interne Debatte und die Demontage ihres eigenen Bürgermeisters führten zum Sturz von Klaus Schütz, der am 2. Mai 1977 zurücktrat. In gewisser Weise war er ein Opfer jener Richtungsänderung, die sich seit 1971 durchgesetzt hatte. Schütz wollte nach eigenem Bekunden die Hand und den Kopf frei haben „für die großen Fragen der Berlin-Politik“. Die aber waren vorerst erledigt. Der Blick und wohl auch das Interesse für die Kommunalpolitik blieben ihm fremd.⁶⁵²

Der kurz darauf versuchte Neuanfang unter Dietrich Stobbe (SPD) trug nicht weit. Stobbe, der am 12. Juli 1977 sein Amt angetreten hatte, wollte Schluss machen mit der „Filzokratie“, vor allem mit der Verquickung öffentlicher und privater Interessen auf Kosten der Steuerzahler. Der Neuanfang gelang nur bedingt, stattdessen beherrschten Flügelkämpfe der SPD die politische Bühne. Zu groß waren Substanzverlust und Verschleiß der tragenden Regierungspartei, die 1963 bis 1971 mit der FDP, 1971 bis 1975 allein und seit 1975 wieder mit der FDP regiert hatte. Nach dem größten Finanzskandal, den Berlin bis dahin erlebt hatte, dem „Garski-Skandal“, brachen die parteiinternen Kämpfe mit neuer Heftigkeit aus und führten am 15. Januar 1981 zu Stobbes Rücktritt.⁶⁵³ Für eine kurze Übergangszeit übernahm nun der aus Bonn herbeigerufene Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel

(SPD) am 23. Januar 1981 das Bürgermeisteramt. Die Parlamentsauflösung und die auf den 10. Mai 1981 vorgezogenen Neuwahlen beendeten vorerst die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten in West-Berlin.⁶⁵⁴

Zur weiteren Erschütterung der politischen Führung West-Berlins trug eine zweite Entwicklung entscheidend bei. Eine Reihe von Aktivisten der Studentenbewegung, die sich dem Terrorismus zugewandt hatten, ging Anfang der siebziger Jahre „zum bewaffneten Kampf gegen das System“ über. Berlin war eine der Hochburgen dieser Szene mit zeitweise wohl einigen Tausend Menschen, die mit der Roten Armee Fraktion (RAF) und anderen Gruppen sympathisierten und sie unterstützten. Höhepunkte der Aktionen in Berlin war die Ermordung des Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann am 10. November 1974 und die Entführung des Landesvorsitzenden der CDU, Peter Lorenz Ende Februar 1975. Drei Jahre später erlebte die 1977 mit der Entführung und Ermordung des Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Hans-Martin Schleyer die tiefste Krise seit ihrer Gründung, die das innenpolitische Klima nachhaltig vergiftete.⁶⁵⁵ In Berlin hatte der Terrorismus mehrere politische Konsequenzen. So führte etwa der Ausbruch von vier Terroristinnen aus der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße am 10. Juli 1976 zum Rücktritt von Justizsenator Herrmann Oxfort (FDP). Zwei Jahre später trat auch sein Nachfolger, Jürgen Baumann (FDP), zurück, nachdem am 23. Mai 1978 ein Terrorist aus der Untersuchungshaftanstalt Moabit geflohen war.

Ein in der Tradition der Studentenbewegung stehender, aber von einer neuen Generation getragener Personenkreis begann sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gegen die Folgen der Wohnungspolitik des Senats, die zu beträchtlichem Leerstand geführt hatte, zu engagieren. 1979 kam es zu ersten Hausbesetzungen und binnen kurzem waren mehr als 150 Häuser besetzt. Damit trafen mehrere Entwicklungslinien zusammen. Die von Krisen geschüttelte sowie inhaltlich und personell durch eine mehr als 25-jährige Regierungsbeteiligung ausgezehrtc SPD lief offensichtlich „auf Reserve“ und war deutlich überfordert. Zudem bündelten sich auf der Linken eine Reihe von Kräften, die schließlich 1979 zur Gründung der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) führten. Bereits bei ihrer ersten Teilnahme an den Abgeordnetenhauswahlen am 18. März 1979 erreichte sie auf Anhieb 3,7 Prozent der Stimmen. Bei den vorgezogenen Wahlen am 10. Mai 1981 übersprang sie deutlich die 5-Prozent-Hürde und zog mit 7,2 Prozent der Stimmen als drittstärkste Partei ins Landesparlament ein.⁶⁵⁶ Die Etablierung eines Teils der Protestbewegung als Partei war die politisch bedeutsamste Folge der Krise der späten siebziger Jahre. Obgleich die AL in den Anfangsjahren drohte von

Flügelkämpfen zerrissen zu werden, erwies sie sich später als Mittler der verschiedenen, gegen „den Staat“ opponierenden Gruppen, artikulierte ihre Kritik, setzte sie politisch um, integrierte schließlich einen beträchtlichen Teil jener Kräfte in den Staat und wirkte reformierend auf ihn ein.

So endeten die siebziger Jahre mit der Formierung einer neuen Kräftekonstellation. Der SPD, die die Entspannungspolitik entwickelt und durchgesetzt hatte, gelang es nicht, sie in Berlin innenpolitisch überzeugend zu gestalten. Die notwendige Neuorientierung auf die Kommunalpolitik gelang nur zum Teil und brachte zwiespältige Ergebnisse. Die Wähler gaben darauf ihre Antwort und bescherten der CDU bei den Wahlen vom 10. Mai 1981 mit 48 Prozent der Stimmen fast die absolute Mehrheit. Richard von Weizsäcker, der neue Regierende Bürgermeister, konnte nun einen CDU-Minderheitssenat bilden, der durch den Eintritt der FDP am 17. März 1983 im Abgeordnetenhaus über eine Mehrheit verfügte. Mit dem neuen Bürgermeister akzeptierte nun auch die über Jahre heftig opponierende CDU die neue Ostpolitik und machte sie zur Grundlage ihrer Politik. Von Weizsäcker amtierte jedoch nur zweieinhalb Jahre. Bereits am 9. Januar 1984 gab er wegen seiner Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten den Posten des Bürgermeisters ab und die Berliner CDU wählte Eberhard Diepgen zu seinem Nachfolger. Für knapp ein Jahrzehnt dominierte nun die CDU, die lange angesetzt und mehrfach gezögert hatte, auf ihrem Sprung zur Macht, die Politik West-Berlins. Als ihr eigentlicher Gegenspieler erwies sich allerdings nicht die in der ersten Hälfte der achtziger Jahre eher blasse und in innerparteiliche Auseinandersetzungen verstrickte SPD, sondern die AL. Diese neue Kräftekonstellation bestimmte die West-Berliner Politik bis 1989.

Die Lähmung I: Blick nach innen – West

Für Ost-Berlin brachte die erste Dekade nach dem Vier-Mächte-Abkommen gleichfalls starke Änderungen. Honeckers Amtsantritt beendete nicht nur die außenpolitische Isolierung der DDR, sondern löste auch innenpolitische Verkrustungen. Die nun vom Politbüro durchgesetzten Veränderungen folgten vielfach dem gleichen Muster: Zum einen zog es die Schraube an, übte Druck aus und versuchte die Grundlagen, vor allem das Bekenntnis zum sozialistischen Staat, zu festigen, um zum anderen auf dieser Grundlage, von Fall zu Fall Freiheiten zu gewähren. Die größte Furcht der DDR-Machtelite galt nach wie vor der Destabilisierung ihres Staates durch die über das Vier-Mächte-Abkommen erzwungene Öffnung, insbesondere Ost-Berlins. Honecker traf Gegenmaßnahmen und konzentrierte seine Politik fortan auf fünf Schwerpunkte:

- Die Sowjetunion wurde außen- und innenpolitisch als verbindliches Vorbild in den Vordergrund gestellt.
- Die Leistungsfähigkeit des politischen Systems sollte gesteigert werden durch Einbindung, Teilhabe und Mobilisierung der Bevölkerung, insbesondere der SED-Mitglieder.
- Sozialpolitische Verbesserungen sollten die Zufriedenheit der Bevölkerung erhöhen.
- Durch Rationalisierung, Rekonstruktion und Intensivierung wollte die Partei-führung die Wirtschaft effektiver arbeiten lassen.
- Das Ziel „Einheit“ gab die Partei Anfang der siebziger Jahre formell auf zugunsten der These von der „sozialistischen Nation“.

Belohnung durch beruflichen Erfolg, soziale Sicherheit und relativen Wohlstand gegen vorbehaltlose Anerkennung des am sowjetischen Vorbild angelehnten Staates – diese Formel charakterisiert die Richtung der neuen Politik.

Ost-Berlin kam in diesem Prozess eine führende Rolle zu. Die neuen Schwerpunkte wurden hier formuliert, die entsprechenden Weisungen erteilt und ihre Befolgung kontrolliert. Hinzu kamen als berlinspezifische Aufgaben der Ausbau der Hauptstadt zum repräsentativen Staatszentrum und die Lösung des Wohnungsproblems. Unter Leitung einer Planungskommission erarbeitete der Magistrat einen Entwicklungsplan für Ost-Berlin, ergänzt um einen Generalbebauungs-, einen Generalverkehrs- und einen Komplexplan Stadttechnik. Unterstützt von Moskauer Bauexperten entstanden so in Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf großräumige Satellitenstädte in Plattenbauweise. Zur gleichen Zeit begann die Modernisierung der dicht besiedelten Innenstadtbezirke. Dieser Schub brachte bis zur Vereinigung einen Zuwachs von insgesamt etwa 330.000 neuen Wohnungen.

Zur gleichen Zeit begann die letzte Phase der Umgestaltung des alten Zentrums. Am 27. März 1973 beschlossen Politbüro und Staatsrat die Errichtung des Palastes der Republik. Wenige Monate darauf begannen die Bauarbeiten, und am 23. April 1976 konnte das nach Plänen von Heinz Graffunder errichtete Gebäude eröffnet werden. Die vorläufige Vollendung der Umgestaltung des alten Zentrums fiel zusammen mit dem Abschluss der Anerkennungswelle, die die DDR nach 1971 erfahren hatte. Der Besuch von Staatsoberhäuptern und Regierungschefs in Ost-Berlin, vor 1971 (mit Ausnahme der Staatschefs sozialistischer Bruderländer) eher ein Novum, war zur Normalität geworden und nicht wenige Besucher schienen die Willkommensspektakel durchaus nicht nur als lästig zu empfinden. Im Bezirk Mitte

sowie in Karlshorst und Pankow hatten sich zahlreiche Botschaften und sonstige ausländische Vertretungen angesiedelt und am 2. Mai 1974 eröffnete die Bundesrepublik in der Hannoverschen Straße 30 ihre Ständige Vertretung.⁶⁵⁷ Die Westmächte brachte die Anerkennungswelle der DDR in Berlin in eine groteske Situation: Mit Errichtung ihrer Botschaften „bei“ der DDR waren sie in Ost-Berlin zum einen bei einem souveränen Staat akkreditiert, während sie zum anderen zugleich ihre Besatzungsrechte⁶⁵⁸ behielten und wahrnahmen und beispielsweise nach wie vor durch den „Ostsektor“ patrouillierten. Herr und Gast an einem Ort, das dürfte in der Diplomatiegeschichte wohl ein eher seltener Fall gewesen sein.

Der bisherige Oberbürgermeister schien der SED allerdings nicht länger als der geeignete Mann, um den Neuanfang angemessen zu unterstützen. Am 11. Februar 1974 kam es zur Ablösung Fechners durch den bisherigen Minister für bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie Erhard Krack.⁶⁵⁹ Formal hatte der Oberbürgermeister eine durchaus starke Stellung. De facto jedoch war er dem Ministerrat unterstellt und sowohl dessen Weisungen, wie denen der SED-Bezirksleitung Berlin unterworfen. Hier dürfte auch einer der Gründe für Fechners Ablösung zu suchen sein. 1971 war Konrad Naumann neuer SED-Chef in Berlin geworden. Dessen harsche Umgangsformen war der ohnehin überforderte Fechner offensichtlich nicht gewachsen. Der Wechsel zu Krack, der es besser verstand, sich im Spannungsfeld von Magistrat, Ministerrat, Politbüro und SED-Bezirksleitung zu behaupten, brachten auch in der Hauptstadt die Gewähr für die angemessene Umsetzung von Honeckers Linie.

Mitte der siebziger Jahre konnte die DDR eine erfolgreiche Bilanz ziehen. Die SED hatte das Land stabilisiert und eine Reihe kleinerer Reformen verwirklicht. In Ost-Berlin, dem Zentrum der Macht, kamen die großen Umgestaltungsvorhaben zum Abschluss, und die Partei präsentierte dort ihre Vorstellung von der sozialistischen Metropole.⁶⁶⁰ So konnten Beobachter der Feierlichkeiten anlässlich des 25. Jahrestags der Gründung der DDR, die 1974 in Ost-Berlin mit großem Aufwand und in Anwesenheit des Generalsekretärs der KPdSU Leonid I. Breschnew gefeiert wurden, den Eindruck bekommen, die DDR sei ein solider, konsolidierter Staat mit Zukunft.

Das war allerdings nur die halbe Wirklichkeit, denn die Grenzen der 1971 verkündeten „Öffnung“ waren Mitte der siebziger Jahre unübersehbar. Das aufschlussreichste Beispiel bot die SED-Kulturpolitik. Wurde auf der einen Seite die Ideologisierung im Erziehungssystem nach Honeckers Amtsantritt noch verschärft, so gab es in der Kunst- und Kulturpolitik zunächst größere Spielräume. 1973 verkündete

Honecker, die DDR biete ein weites Feld „für schöpferisches Künstlertum“, das sich „in den verschiedensten Ausdrucksweisen entfalten“ und „breiter und farbi- ger“ werden könne.⁶⁶¹ Die neuen Freiheiten könnten allerdings nur gestattet werden, so die Einschränkung, wenn die Kritik von festen sozialistischen Positionen ausgeübt würde. Oppositionelle Künstler, wie der in Berlin wohnende Wolf Biermann, blieben zwar weiterhin vom Berufsverbot betroffen, aber eine Reihe zuvor verbotener Werke anderer Künstler, etwa einige Bücher Stefan Heyms, konnte immerhin erscheinen. Die Ausbürgerung Biermanns im November 1976, die Verhaftung Rudolf Bahros im August 1977 und die Ausbürgerung des Schriftstellers Reiner Kunze im gleichen Jahr beendeten diese Phase. Allen Bekundungen zum Trotz: Kritik, gar oppositionelle Äußerungen, duldeten die SED nicht.

Die Zuspitzung der innenpolitischen Lage der DDR fiel zusammen mit einer dramatischen Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen. Der zweite Kalte Krieg, markiert durch den NATO-Doppelbeschluss und die sowjetische Invasion in Afghanistan, beide im Dezember 1979, sowie den Putsch in Polen im Dezember 1981, brachte eine neue Phase der Abgrenzung.⁶⁶² Das war für die Bundesrepublik wie für die DDR ein Problem. Beide konnten sich ein schlechteres Verhältnis miteinander nicht leisten. Die DDR, weil sie das Geld brauchte, das ihr durch die Einnahmen aus den innerdeutschen Vereinbarungen zufloss, die Bundesrepublik, weil sie die politischen Rückschläge fürchtete. Beide deutschen Staaten wirkten deshalb mäßigend auf ihre Vormächte und Bündnisse ein und versuchten die Verschärfung des Ost-West-Konflikts zu bremsen. Dadurch geriet die Bundesrepublik erneut in Konflikt mit den USA und die DDR mit der Sowjetunion. Während die Bundesrepublik und die USA ihren Konflikt in den späten achtziger Jahren weitgehend bereinigt hatten, begann die DDR sich von der Sowjetunion zu entfernen – ein Spalt, der nie wieder gekittet wurde bis zum Ende des zweiten deutschen Staates. Ost-Berlin musste auf den Wandel Anfang der achtziger Jahre reagieren. Die SED befürchtete vor allem ein Überspringen des Bazillus der Aufmüpfigkeit, einerseits von der aktiven, engen Kontakt mit DDR-Oppositionellen suchenden West-Berliner Friedens- und Alternativbewegung, und andererseits von der gerade zerschlagenen Solidarnosc-Bewegung in Polen. Die Antwort war Abschottung; und am 13. Oktober 1980 erhöhte die DDR den bei Einreisen von Westbürgern fälligen Mindestumtausch auf 25 DM, was die Besucherzahlen zu Weihnachten 1981 halbierte.⁶⁶³

Die Lähmung II: Blick nach innen – Ost

In der Vorweihnachtszeit 1981 geriet Berlin erneut in die Schlagzeilen. Die DDR wollte ihr miserables Image aufbessern und gestattete dem Schriftsteller Stefan Hermlin, am 12./13. Dezember zu einem Dialog einzuladen. 94 Persönlichkeiten und Funktionäre aus der Kultur, vorwiegend Schriftsteller, trafen sich in der Ost-Berliner Akademie der Künste zur „Berliner Begegnung zur Friedensförderung“. Die Liste der Geladenen ist bemerkenswert. Sie umfasst 65 Vertreter aus der „DDR“, 19 aus dem Westen, die – um die Drei-Staaten-Theorie zu stützen – in zehn aus der „BRD“ und sieben aus „West-Berlin“ unterschieden wurden sowie in „Erich Fried, Schriftsteller, Wohnsitz London“ und „Luise Rinser, Schriftstellerin, Wohnsitz Rom“. Hinzu kamen je drei Vertreter aus der Sowjetunion und aus Österreich sowie je ein Vertreter aus der CSSR, Ungarn, der Schweiz und Dänemark. Das versammelte Renommee war beachtlich, zu den Geladenen zählten Günter Grass, Christa Wolf, Ernst Jandl, Franz Fühmann, Jurek Becker und zahlreiche andere.⁶⁶⁴ Schon als Versammlung der verschiedenen Strömungen innerhalb der DDR war das Treffen erstaunlich – und vielleicht war diese Begegnung der eigentliche Sinn des Unternehmens. Mindestens so interessant und aufschlussreich waren die Namen der nicht Geladenen: Weder Heinrich Böll noch Max Frisch, auch Uwe Johnson nicht und schon gar nicht der fünf Jahre zuvor ausgewiesene Wolf Biermann und der im Jahr darauf abgeschobene Jürgen Fuchs zählten zu den Stimmen jener, die man hören wollte.

Der Dialog fand in einer gespannten Situation statt: Im Oktober hatte die DDR den Mindestumtausch drastisch erhöht und am Morgen des 13. Dezember hatte sich in Polen General Wojciech Jaruzelski an die Macht geputscht und die Freiheitsbewegung der Gewerkschaft Solidarität mit einem Staatsstreich beendet.⁶⁶⁵ Zudem erstarkte in Westeuropa, insbesondere in der Bundesrepublik, eine Friedensbewegung, die gegen den NATO-Doppelbeschluss und eine weitere Spirale des Rüstungsprozesses protestierte.

Inhaltlich brachte der Dialog über die aktuelle Lage der Sicherheit kaum neue Argumente. Interessant und spannend wurde die Debatte erst, als etwa Günter Grass die Situation in Polen ansprach und Verständnis und Sympathie für die Freiheitsbestrebungen in Osteuropa formulierte. Die DDR-Vertreter reagierten zurückhaltend bis abweisend.

Der Dialog zwischen knapp 100 Intellektuellen zeigte die Verkrampfungen der geteilten Stadt und des geteilten Landes und legte offen, wie tief die Spaltung inzwischen war. Über eine allgemeine Festlegung auf das Ziel Frieden reichte die Ge-

meinsamkeit nicht hinaus und nicht einmal auf eine annähernde Verständigung des Begriffs konnten sich die Beteiligten einigen. Immerhin gelang es, in einer öffentlichkeitswirksamen Versammlung ein solches Thema in Ost-Berlin anzusprechen und einige Konfliktlinien deutlich zu machen – mehr Offenheit glaubte die DDR sich nicht leisten zu können.

Die Lähmung III: kontrollierte Debatten

In West-Berlin zeichneten sich zur gleichen Zeit die ersten Folgen des innenpolitischen Machtwechsels ab. Das Klima begann sich zu verändern und der neue Senat ging mit spürbarem Elan an die Lösung der Probleme. Seine Bemühungen konzentrierten sich vor allem auf drei Gebiete: die Hausbesetzer- und damit verbunden die Wohnungsprobleme sowie die Wirtschaftsförderung und der Abbau der Arbeitslosigkeit:

- Bei den Hausbesetzungen hatte noch der SPD-Senat eine „Berliner Linie der Vernunft“ proklamiert. Besetzte Häuser sollten erst dann geräumt werden, wenn unrealistische Nutzungskonzepte oder Strafanträge vorlagen. Neue Besetzungen hingegen räumte die Polizei sofort. Die CDU setzte diese Politik – was die Räumungen betraf – fort. Bei den Hausbesetzern selbst vermischten sich mehrere Ziele: Zum einen gab es die in erster Linie an der „Instandbesetzung“ Interessierten, zum anderen verschiedene Gruppen von „Autonomen“, die das „Schweinesystem“ gewaltsam „zerschlagen“ wollten. Ihren Höhepunkt fanden die Auseinandersetzungen am 22. September 1981. Polizei und Demonstranten gerieten aneinander, die Auseinandersetzung eskalierte zu einer Straßenschlacht. Ein Bus der Berliner Verkehrsbetriebe erfasste den 18-jährigen Klaus-Jürgen Rattay, der dabei starb. Erst in der Folgezeit setzte sich eine gemäßigte Politik durch und die auf beiden Seiten verletzende Polemik ebte ab. Etwa ein Drittel der Besetzungen wurde schließlich durch Verträge legalisiert, der Rest geräumt oder von den Besetzern verlassen.⁶⁶⁶
- Im Zusammenhang mit dieser Krise fand ein Schwenk in der Wohnungspolitik statt. Bei aller berechtigten Kritik an ihren Methoden und Zielen hatten die Hausbesetzer auf ein zentrales Versäumnis der Gesellschaft und Politik aufmerksam gemacht: die Vernachlässigung des Altbaubestandes der Innenstädte. Noch zu Zeiten des SPD-Senats begann 1979 die Vorbereitung einer Internationalen Bauausstellung. Sie thematisierte „die Innenstadt als Wohnort“

und rückte die „Stadtreparatur“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die CDU setzte diese Politik fort und erzielte bis Ende der achtziger Jahre eine Reihe international beachteter Ergebnisse.

- Durch eine neue Wirtschaftsförderung gelang dem Senat eine Belebung der Stadtökonomie und zeitweise lag das West-Berliner Wachstum sowie die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze sogar ebenso über dem Bundesdurchschnitt. Da die Bevölkerungszahl und die Zahl der Arbeit Suchenden gleichfalls zunahmen, konnte die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpft werden.

Daneben erreichte der Senat eine Reihe weiterer Erfolge, etwa bei der Forschungsförderung. Zwar entwickelte sich West-Berlin nicht zu einem neuen „Silicon Valley“, aber der Senat initiierte die Gründung einer Reihe von Forschungseinrichtungen, die sich rasch als bundesweit angesehene Einrichtungen profilierten. Beispiele sind der 1982 ins Leben gerufene Berliner Elektronenspeicherring sowie das Produktionstechnische Zentrum und das Deutsche Herzzentrum, beide aus dem Jahr 1986.⁶⁶⁷ Als erfolgreich erwies sich auch die Idee der Innovations- und Gründerzentren. Das 1983 in einem ehemaligen AEG-Gebäude in der Ackerstraße im Wedding gegründete Innovations- und Gründerzentrum kooperierte eng mit der Technischen Universität Berlin und bot neu gegründeten Unternehmen attraktive Bedingungen in Form von günstigem Raum, Dienstleistungen und Beratung. Das Konzept fand in der Bundesrepublik reiche Nachahmung. Die dahinter stehende Idee verknüpfte zwei stadtspezifische Probleme: Zum einen wollte der Senat etwas tun gegen den Schwund des produzierenden Sektors in der Stadt, zum anderen galt es, die wissenschaftlichen Kapazitäten auszubauen, zu vernetzen und sie stärker mit der Praxis zu verbinden.⁶⁶⁸

So erfolgreich die CDU auf den genannten Gebieten auch war, die strukturellen Probleme, die letztlich der SPD die Macht gekostet hatten, konnte auch sie nicht überwinden. Die Isolierung der Stadt, der Mangel an Zirkulation von Personen und Ideen blieb bis 1989 das Grundproblem West-Berlins. Salopp gesagt: Trotz aller Vernetzung und effektiveren Nutzung vorhandener oder neu erschlossener Möglichkeiten: West-Berlin schmorte im eigenen Saft. Der „Filz“, die Verflechtung öffentlicher und privater Interessen, konnte nicht beseitigt werden. Er setzte sich fort unter neuen Vorzeichen. Die wurden offenkundig, als im April 1986 neuerlich ein Korruptionsskandal die Stadt erschütterte. Der Charlottenburger Baustadtrat Wolfgang Antes hatte sich bestechen und erwischen lassen. Drei Senatoren mussten schließlich zurücktreten, und das Ansehen der Regierungskoalition, die versprochen hatte, mit dem Berliner „Filz“ aufzuräumen, war kräftig lädiert.

Die Bilanz, die West-Berlin 1987 bei der 750-Jahr-Feier ziehen konnte, war deshalb gemischt. Die Feier offenbarte, dass die Stadt vornehmlich von ihrer dünner werdenden Substanz zehrte. Es gab zwar reichlich kluge und vornehme Reden, aber kaum neue Impulse. Überzeugend fiel die Bilanz der Internationalen Bauausstellung aus. Ansonsten viel teurer Rummel und Schabernack, die Grenze des Seriösen oft deutlich unterschreitend, wie etwa so die aufwendige wie substanzarme Ausstellung „Mythos Berlin“ auf dem Gelände des ehemaligen Anhalter Bahnhofs. Zwar florierte immerhin der Tourismus, doch substantielle Aussagen, etwa zur Zukunft der Stadt, waren selbst bei bestem Willen oft nur mit größter Mühe zu erahnen.⁶⁶⁹

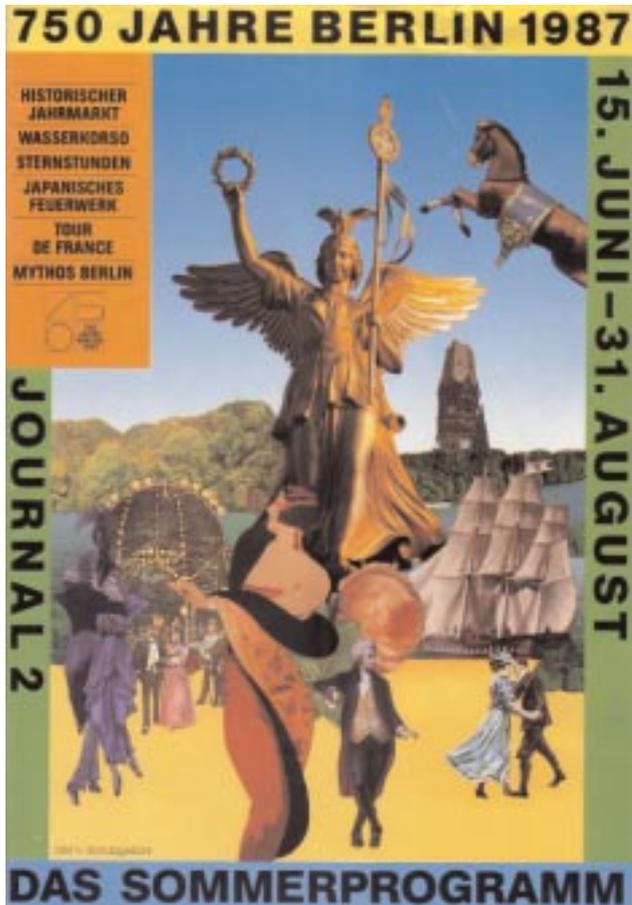
Die Stagnation: Ost und West

Das Ost-Berlin der achtziger Jahre litt gleichfalls unter einer Stagnation, die allerdings andere, aber kaum weniger skurrile Formen annahm als in West-Berlin. Die 1974 geänderte Verfassung der DDR hatte alle Hinweise auf eine mögliche Vereinigung mit der Bundesrepublik getilgt. Damit war die nationale Frage thematisiert, zu der sich Honecker schon im August 1971, kurz nach seinem Amtsantritt geäußert hatte: „Was die nationale Frage betrifft, so hat hierüber bereits die Geschichte entschieden. ... Im Gegensatz zur BRD ... entwickelt sich bei uns ... die sozialistische Nation.“⁶⁷⁰ Zwei Staaten – zwei Nationen, so Honeckers Diktum. Das führte in den siebziger und achtziger Jahren zu einer neuen Geschichtsinterpretation und zur Aneignung genehmer Aspekte deutscher Vergangenheit. Von Beethoven bis Schinkel prüften die DDR-Geschichtsschreiber historische Persönlichkeiten auf ihre Eignung zur Einverleibung ins kulturelle Erbe der DDR. Die Ergebnisse waren am auffälligsten in Ost-Berlin zu besichtigen. Das Historische Museum im Zeughaus, das Alte Museum und zahlreiche andere Einrichtungen brachten passende Ausstellungen. Die Wiederherstellung des Gendarmenmarkts ab Mitte der siebziger Jahre und die Aufstellung des Reiterstandbildes Friedrichs des Großen an der Straße Unter den Linden Ende November 1980 gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang.⁶⁷¹

Unter diesen Vorzeichen hatten bereits in den siebziger Jahren die Vorbereitungen für das 750. Gründungsjubiläum begonnen, das dann 1987 als Feier der sozialistischen Errungenschaften begangen wurde. Trotz massiver Anstrengungen, die Stellung Ost-Berlins als Hauptstadt einer modernen sozialistischen Nation ideologisch zu untermauern, wirklich Neues blieb auch hier Mangelware.⁶⁷²

750-Jahr-Feier

1987 erlebte Berlin eine doppelte 750-Jahr-Feier: Während Ost-Berlin die Vergangenheit als steinigen, aber letztlich zielstrebigem Weg zum Sozialismus interpretierte und darstellte, präsentierte West-Berlin ein Potpourri kultureller und pseudokultureller Aktivitäten von japanischen Feuerwerk bis zur dürrtig-peinlichen Selbstbespiegelung "Mythos Berlin". Die 750-Jahr-Feiern waren eindeutig Symptome der Erschöpfung – in Ost und in West.



Die innerberliner und die innerdeutschen Beziehungen stagnierten in den achtziger Jahren – allerdings auf hohem Niveau. Zwar war es erstaunlich, dass der zweite Kalte Krieg nur mäßig und rhetorisch auf Deutschland und Berlin durchschlug, große Fortschritte aber gab es auch nicht. Eher ließen die allgemeinen Verschlechterungen der Ost-West-Beziehungen den deutsch-deutschen Stillstand in einem etwas helleren Licht erscheinen. Immerhin gelang in Berlin die Lösung einiger kleinerer Probleme. So kam beispielsweise 1983 eine Vereinbarung zwischen dem Senat von Berlin und der Deutschen Reichsbahn zustande, mit der am 30. Dezember 1983 die West-Berliner Verkehrsbetriebe die S-Bahn im Westteil der Stadt zum Betrieb übernehmen konnten.⁶⁷³ Doch allen Fortschritten dieser Art zum Trotz, die mehrfache Erhöhung des Mindestumtausches und der stetige Rückgang der West-Besuche in Ost-Berlin erwiesen sich als das Hauptproblem der achtziger Jahre in den innerberliner Beziehungen. Wie schwierig es hier war, neue Wege zu gehen, zeigten die Bemühungen, anlässlich der 750-Jahr-Feier Kontakte auf höchster Ebene herzustellen. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen und der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker hätten sich am liebsten gegenseitig zu ihren Festakten besucht. Die Alliierten meldeten allerdings Bedenken an, so dass beide Seiten ihre Reisepläne wieder fallen ließen. So gab es getrennte, immerhin nicht gegeneinander begangene 750-Jahr-Feiern.⁶⁷⁴ Dass es zu keiner dramatischen Verschlechterung der Lage und zu keiner neuen Berlin-Krise kam, ist das positivste Ergebnis der achtziger Jahre.

Insgesamt ist die Bilanz der Jahre 1971-1988 gemischt. Mit dem Berlin-Abkommen von 1971 hatte die Entspannungspolitik eines der krisenträchtigsten Ost-West-Probleme entschärft. Berlin war letztlich der Schlüssel zur Entspannung, ohne das erfolgreiche Berlin-Abkommen wäre sie möglicherweise ganz gescheitert, ihre Ergebnisse wären zweifellos dürftiger ausgefallen.

In der Folgezeit veränderte sich die politische Bedeutung beider Stadthälften dramatisch. Während West-Berlin international kaum noch eine Rolle spielte, profilierte sich Ost-Berlin zunehmend als Hauptstadt und internationale Bühne. Innenpolitisch unumstrittenes Zentrum der DDR, wurde von Ost-Berlin aus die Politik des Landes bestimmt und via Staatssicherheit aufwendig überwacht. West-Berlin hingegen tat sich äußerst schwer mit seinen kommunalen Problemen, geriet zunehmend in eine „mentale“ Isolierung, die die CDU-Regierung zwar lockern, aufgrund der einengen den Rahmenbedingungen jedoch nicht wirklich überwinden konnte.

Zu den positiveren Impulsen zählen die zeitweise heftig umstrittenen Ideen und Methoden der neuen sozialen Bewegungen, die in West-Berlin ihre Hochburg hat-

ten. Trotz enormer Konflikte gelang es schließlich der AL die Bewegungen zu integrieren und ihre Ansätze für die Stadt fruchtbar zu machen. Insgesamt aber kennzeichnet die späten achtziger Jahre eine unübersehbare politische Stagnation. In den sechziger Jahren hatte die Stadt vielfach politische Impulse, Ideen und Konzepte entwickelt sowie kreatives Personal angezogen und regelrecht geschult. Aus beidem wiederum entwickelte West-Berlin substantielle politische Beiträge für das Projekt der Selbstfindung der Bundesrepublik Deutschland. Das war nun vorbei, die kreative Kraft der Stadt erlahmte; Neuanfänge – wie unter Richard von Weizsäcker – blieben bestenfalls Episode. Die neue Politikergeneration, die Eberhard Diepgen und Klaus-Rüdiger Landowsky idealtypisch verkörperten, hatte kaum je etwas anderes kennen gelernt als West-Berlin. Mehr als das jeweilige Credo, die bisherige Politik fortzusetzen mit geringfügigen Variationen, hatte West-Berlin nicht zu bieten. Ost-Berlin erreichte, was es wollte und wurde als Hauptstadt weit gehend anerkannt. Neue Ziele gab es nicht. Ratlosigkeit im Schatten der Mauer – an diesem Punkt befand sich die Stadt zu Beginn des Jahres 1989.



13. Zusammenbruch und Selbstbefreiung: von der friedlichen deutschen Revolution zum Fall der Mauer

Die Wahlen: Proteste in West und Ost

Am 1. Januar 1989 deutete kaum etwas darauf hin, dass das Jahr 1989 eine Zeitenwende bringen würde. Kontinuität prophezeiten die politischen Beobachter in ihren Jahresausblicken, Wandel im Detail, Sensationen versprach das Jahr 1989 nicht. Zwar standen Ende Januar Abgeordnetenhauswahlen an, doch die große Mehrheit schien offensichtlich zu unterstellen, die Politik würde fortgesetzt werden wie bisher.⁶⁷⁵ Auch in Ost-Berlin sprach alles für Kontinuität. In seiner Neujahrsbotschaft gab Erich Honecker die Richtung vor: „Nimmt man alles in allem, so sind die Startpositionen in das Jahr 1989 gut und wir können zuversichtlich sein. Fast vier Jahrzehnte besteht unsere sozialistische Deutsche Demokratische Republik. ... Nunmehr schon viele Generationen sind an diesem großen Aufbauwerk beteiligt, ... ihr Stolz auf das gemeinsam Geleistete [ist] vollauf berechtigt.“⁶⁷⁶

Das Jahr 1989 brachte jedoch das genaue Gegenteil von Kontinuität: Schon die West-Berliner Wahlen vom 29. Januar 1989 endeten mit einem Paukenschlag. Eberhard Diepgen und die CDU verloren die Wahl. Bei der mit 79,6 Prozent geringsten Wahlbeteiligung seit Kriegsende rutschte die Union um 8,7 Prozentpunkte ab und lag nun bei 37,7 Prozent der abgegebenen Stimmen, während die SPD 4,9 Punkte zulegte und 37,3 Prozent erreichte. Ein Erdbeben, nach dem die CDU zwar noch mit hauchdünnem Vorsprung stärkste Partei war, aber in der Sitzverteilung schlug sich dies nicht mehr nieder; beide großen Parteien bekamen je 55 Parlamentssitze. Die AL legte nicht ganz unerwartet abermals zu, diesmal 0,8 Prozent, stand nun bei 11,8 Prozent, und hatte sich als drittstärkste Kraft etabliert. Die eigentliche Sensation aber war das Abschneiden von FDP und Republikanern. Für die FDP reichte es nur noch zu 3,9 Prozent, sie scheiterte an der Fünfprozenthürde, während die rechtsextremen Republikaner mit 7,5 Prozent der Stimmen ins Parlament einzogen.⁶⁷⁷

Damit war eine Fortsetzung der CDU/FDP-Koalition obsolet geworden und es gab praktisch nur zwei realistische Möglichkeiten für eine Regierungsbildung: entweder eine große Koalition oder Rot-Grün. Die SPD und ihr Kandidat Walter Momper hatten sich im Wahlkampf darauf festgelegt, nicht mit der AL zu koalieren. Nach dem Wahlsieg änderten sie ihre Haltung und nach mehrwöchigen Verhandlungen einigten sich SPD und AL am 6. März auf ein gemeinsames Regierungsprogramm. Zehn

Tage später, am 16. März, wählte das Abgeordnetenhaus Walter Momper zum neuen Regierenden Bürgermeister der nach Hessen bundesweit zweiten rot-grünen Landesregierung.⁶⁷⁸

Nicht nur in West-, auch in Ost-Berlin standen 1989 Wahlen an, Kommunalwahlen. Wahl per Einheitsliste bedeutete, dass die Wähler den Wahlzettel in Empfang nahmen, auf dem es weder etwas anzukreuzen noch auszuwählen gab, ihn falteten und in die Urne steckten. Wahl als offene Akklamation. Wer mit „Nein“ stimmen wollte, musste auf dem Stimmzettel Veränderungen vornehmen, beispielsweise die Kandidaten durchstreichen, und sich in aller Offenheit als Gegner des SED-Systems zu erkennen geben.⁶⁷⁹ Auf diese Weise kamen die obligatorischen 99-Prozent-Ergebnisse zustande. Am 7. Mai 1989 beobachtete nun erstmals die im Entstehen begriffene Bürgerbewegung die Wahlen. Schon das offizielle Ergebnis von „nur“ 98,63 Prozent Jastimmen war eine Sensation. Vertreter der Bürgerbewegung bezichtigten nun den Staat der Lüge und erklärten, in vielen Wahllokalen bis zu 20 Prozent Neinstimmen registriert zu haben. Erstmals in der Geschichte der DDR kam es zu Einsprüchen und Strafanzeigen wegen Wahlfälschung – ein ungeheurer Vorgang.

Die Alternativen: chinesische und andere Lösungen

Dieser dramatische Wandel, der sich binnen kurzer Zeit Bahn brach, ist nicht zu verstehen ohne einen Blick auf die Veränderungen, die sich seit Mitte der achtziger Jahre vor allem in den osteuropäischen Nachbarstaaten der DDR vollzogen hatten. Ihre Wurzel hatte zwei Hauptstränge.

Der ältere Strang war die Entspannungspolitik der siebziger Jahre. Durch ihren Ansatz, den Status quo anzuerkennen, um so seine Überwindung nicht zu blockieren, wurde zwar nichts Neues geschaffen, aber Neues ermöglicht. Die Entspannung beseitigte Verkrustungen des Ost-West-Verhältnisses und machte den Weg frei für erste Schritte zu einer gesamteuropäischen Politik – nach 25 Jahren erbitterter Konfrontation war das eine neue Perspektive.⁶⁸⁰

Der zweite Strang war der Wandel in Moskau. Noch Anfang der achtziger Jahre erwies sich die überalterte sowjetische Führung zu keiner konstruktiven Politik mehr fähig. In dieser Situation starb am 10. November 1982 der Partei- und Staatschef Leonid Breschnew. Ihm folgten zwei Übergangskandidaten: Juri Andropow, der bis zu seinem Tod am 9. Februar 1984 amtierte, und Konstantin Tschernenkow, der am 10. März 1985 verstarb. Weder dem einen noch dem anderen gelang es nur

ansatzweise, neue Akzente zu setzen. Jetzt erst kam mit Michael Gorbatschow ein jüngerer Kandidat an die Spitze, der mit nicht gekannter Dynamik versuchte, die Sowjetunion zu reformieren.

Gorbatschows Konzept von „Glasnost“ und „Perestroika“⁶⁸¹ bedeutete ein Erdbeben. Um nicht unglaublich zu werden, ließ er den Bündnisstaaten zunehmend mehr Raum, gestattete ihnen schließlich „eigene Wege zum Sozialismus“. Während Ungarn und Polen den neuen Spielraum rasch und entschlossen nutzten, verhielt sich Ost-Berlin zwiespältig, aber keineswegs passiv. Nach außen gab sich die DDR als zuverlässiger Entspannungspartner; im Innern hingegen sperrte sie sich gegen jede Veränderung. Während die Bevölkerung bis weit in die Reihen der SED hinein die Übernahme der Gorbatschow-Reformen forderte, hielt Honecker starr am alten Status quo fest.⁶⁸²

Im Frühjahr 1989 spitzte sich die Situation dramatisch zu: Je rascher sich der Wandel in Osteuropa und der Sowjetunion vollzog, desto ratloser wurde das Ost-Berliner Politbüro. Ungläubig verfolgte es die Vorgänge in Polen und Ungarn: Am 17. April 1989 wurde die verbotene Solidarnosc-Bewegung wieder legalisiert und bereits am 18. Juni gewann sie haushoch die ersten halbfreien Wahlen in Polen. Ungarn öffnete am 2. Mai, noch vor den DDR-Kommunalwahlen, die Grenze zu Österreich. Demokratisierung und Öffnung – Prozesse, die die DDR scheute wie der Teufel das Weihwasser. Beide unterhöhlten zudem das Fundament der DDR; die Berliner Mauer begann ihre wichtigste Funktion einzubüßen – die Grenze nach Westen erwies sich als überwindbar: für Menschen, die dem Land in immer größerer Zahl den Rücken kehrten und ihre Zukunft in der Bundesrepublik suchten; für Ideen, deren Eindringen in die DDR nicht mehr zu verhindern war. Die DDR-Bevölkerung reagierte auf zweifache Weise:

Zum einen lief sie einfach weg. Zunächst Hunderte, später Tausende suchten Zuflucht in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, besetzten westliche Botschaften in Warschau, Prag und Budapest, forderten und erhielten schließlich die Ausreise.⁶⁸³ Oder sie überschritten in Ungarn die Westgrenze, vorerst noch illegal, als aber am 10. September 1989 die ungarische Regierung ohne Abstimmung mit der DDR-Regierung allen Fluchtwilligen die Ausreise gestattete, kamen allein an diesem Tag etwa 50.000 Menschen.

Zum anderen formierten sich die Unzufriedenen in der Bürgerbewegung. Die selbstbewusster werdenden oppositionellen Gruppen verließen nach und nach das schützende Dach der Kirche, organisierten sich in der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“, im „Neuen Forum“ oder in „Demokratie Jetzt“ und demonst-

rierten für ihre politischen Forderungen auf den Straßen und Plätzen in den Städten der DDR mit dem Ruf: „Wir sind das Volk“.⁶⁸⁴

Es fällt auf, dass die Situation in Ost-Berlin zunächst vergleichsweise ruhig war. Die Impulse der Protestbewegung kamen im Sommer und Herbst 1989 aus anderen Städten der DDR. Leipzig spielte in dieser Frühphase eine herausragende Rolle.⁶⁸⁵ Doch der Protest, und das erklärt zum Teil die Ratlosigkeit der SED-Führung, beschränkte sich nicht auf Leipzig, er formierte sich in anderen Städten ebenso wie auf dem Land. Der Wille der Bürger, ihren Unmut öffentlich kundzutun, war keine lokale, sondern eine landesweite Erscheinung.

Obgleich Staatssicherheit und Polizei versuchten, die Opposition unter Kontrolle zu bekommen, gelang dies nur zum Teil.⁶⁸⁶ Als größte Gefahr drohte dem Aufbruch deshalb die „chinesische Lösung“. In China, wo im Laufe des Frühjahrs eine immer machtvoller sich zu Wort meldende und Demokratie fordernde Protestbewegung entstanden war, entschied sich die Parteiführung dazu, den Widerstand gewaltsam zu brechen. In der Nacht des 4. Juni 1989 fuhren Panzer auf den „Platz des himmlischen Friedens“ in Peking und metzelten den Aufstand nieder. Die SED-Führung zog eine solche „Lösung“ in Erwägung; ihre Solidaritätsadresse an die chinesische Führung vom 8. Juni war vor allem eine deutliche Drohung an die eigene Bevölkerung.

Doch im Grunde war eine „chinesische Lösung“ zu diesem Zeitpunkt in der DDR nur noch schwer denkbar. Der innerhalb ihres Bündnisses längst isolierten Ost-Berliner Regierung fehlte die entscheidende Rückendeckung: Gorbatschow hatte der SED-Führung signalisiert, dass er eine solche Aktion weder durch sowjetische Panzer absichern, noch sonst unterstützen würde.⁶⁸⁷ So starrte Ost-Berlin gebannt wie das Kaninchen auf die Schlange auf den 7. Oktober, den 40. Jahrestag der Gründung, den das Politbüro in traditioneller Weise zu begehen gedachte.

Die Unruhen: Niederlagen und Pyrrhussiege

Damit eine Revolution stattfinden kann, müssen drei Dinge zusammenkommen:

- Einzelpersonen oder Koalitionen treten auf, die einander ausschließende, die Machtfrage berührende Ansprüche an den Staat stellen.
- Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung unterstützt die Umsturzbewegung.
- Die gegenwärtigen Machthaber sind entweder nicht dazu bereit oder in der Lage, die Opposition zu unterdrücken.⁶⁸⁸

In der DDR hatten sich im Sommer und Herbst zumindest die beiden ersten Faktoren zu einer unübersehbaren Größe entwickelt. Die Staatssicherheit observierte und beeinflusste die neuen Bewegungen, vollständig kontrollieren konnte sie sie nicht mehr. Die sich etablierende Protestbewegung beharrte trotz der Stasi auf Presse-, Meinungs- und Reisefreiheit, forderte eine umfassende Demokratisierung des Landes. Auch wenn das viele als nicht grundsätzlichen Widerspruch zum Sozialismus sahen, die Forderungen stellten die bisherige Regierungspraxis radikal in Frage. Unübersehbar war auch, dass eine immer größer werdende Zahl vom Menschen die oppositionellen Forderungen unterstützte. Hinzu kam die Ohnmacht der Machthaber. Theoretisch hätte noch bis zum Herbst die Möglichkeit bestanden, den Protest gewaltsam zu unterdrücken. Aber angesichts der Chance, das Land über Ungarn zu verlassen – wie wollte das Politbüro die Fluchten ohne Moskauer Rückendeckung stoppen? Der Widerspruch zwischen innen und außen, die Entfremdung gegenüber der Sowjetunion und der Zerfall des osteuropäischen Bündnissystems brachten die DDR in eine ausweglose Lage – alles zusammengenommen ohne Zweifel eine revolutionäre Situation.

Wenn eine revolutionäre Situation eskaliert, kann es ebenso zu einer „Machtergreifung von oben“ wie zu einem „Staatsstreich“ kommen, was nicht dasselbe sein muss, zu einer Revolte oder einem Bürgerkrieg. Von einer Revolution, einer großen Revolution, kann erst dann die Rede sein, wenn eine revolutionäre Situation revolutionäre Ergebnisse hervorbringt, wenn die politische Macht binnen kurzer Zeit auf eine neue Gruppe oder Koalition übergeht.⁶⁸⁹

Die politische Macht der DDR hatte ihr Zentrum in Ost-Berlin. Wollte die Opposition also dauerhafte Veränderungen bewirken, musste sie hier stärker aktiv werden als bisher. So ist es kein Zufall, dass sich die im Frühjahr und Sommer noch über das ganze Land verteilten Proteste im Oktober und November in Berlin konzentrierten. Spätestens mit den Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR rückte die SED-Bastion in den Mittelpunkt des Geschehens.

„Die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik wird auch in Zukunft das Werk des ganzen Volkes sein“, titelte das Neue Deutschland zum 40. Geburtstag der DDR am 7. Oktober 1989. Ein Samstag. Am Abend zuvor hatte sich die SED-Führung feiern lassen mit einem Fackelzug der Freien Deutschen Jugend (FDJ) auf der Straße Unter den Linden. Um sicher zu sein vor westlicher Beobachtung und vor Störern, war die Einreise nach Ost-Berlin bereits seit zwei Tagen unterbunden worden. „Störung“ hingegen drohte weniger von Außen, sondern von Innen. In der Festveranstaltung im Palast der Republik hatte Erich Honecker die

DDR noch einmal hochgelobt zum „Vorposten des Friedens und des Sozialismus“. Das war ein Affront gegen den prominentesten Staatsgast, Michael Gorbatschow, der bereits kurz nach seinem Eintreffen in Ost-Berlin seinen Unmut kundgetan hatte. Befragt nach dem Reformwillen der DDR, war seine Antwort so knapp wie unmissverständlich gewesen, und bald avancierte sie zum geflügelten Wort: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“⁶⁹⁰

Während die SED am Spätnachmittag des 7. Oktober im Palast der Republik mit ihren Gästen feierte, spitzten sich vor der Tür die Ereignisse zu. Gegen 17 Uhr versammelten sich wie an jedem 7. der letzten Monate – zur Erinnerung an die am 7. Mai gefälschte Kommunalwahl – einige hundert Demonstranten am Alexanderplatz. Die Menschen diskutierten, Sprechchöre riefen trotzig: „Wir bleiben hier“; in den Wochen davor hatte es noch geheißen: „Wir wollen raus“. Dann kommt es zu Rangeleien mit der Stasi. Eine halbe Stunde später setzt sich die Gruppe in Bewegung Richtung Palast der Republik. „Gorbi, Gorbi“, ruft die inzwischen auf zwei- bis dreitausend Personen angewachsene Menge, „Gorbi, rette uns!“, und selbstbewusst: „Wir sind das Volk.“ Gegen 18 Uhr macht sich der Zug auf Richtung Prenzlauer Berg zur Gethsemane-Kirche, wo seit einer Woche eine Mahnwache für die bei Demonstrationen Verhafteten stattfindet. „Lügner, Lügner“, hallt es durch die Straßen, als die Demonstranten das Gebäude erreichen. Jetzt greifen Polizei und Stasi massiver ein. Mannschaftswagen fahren vor, riegeln Seitenstraßen ab, die Uniformierten prügeln auf Bürger ein. Die aber setzten ihre stärkste Waffe ein: Sie bleiben friedlich, rufen immer wieder: „Keine Gewalt“. Polizei und Stasi versuchen die Demonstration aufzuhalten und zu zersplittern, dennoch erreichen etwa 1.500 Menschen die Kirche. Sprechchöre bejubeln das „Neue Forum“. Gegen 21 Uhr riegelt die Polizei den nahe gelegenen S-Bahnhof Schönhauser Allee ab, und um Mitternacht kommt der Befehl zum Losschlagen.⁶⁹¹

Die Nacht endete in Berlin mit einem Pyrrhussieg der Staatsmacht: Die Demonstrationen waren gewaltsam aufgelöst, etwa 700 Personen vorläufig festgenommen und zum Teil schwer misshandelt worden. Die Revolution befand sich in ihrer kritischsten Phase. Ost-Berlin war zwar bei weitem nicht der einzige Ort, an dem demonstriert wurde, in Dresden, Jena, Leipzig, Magdeburg, Plauen, Potsdam und zahlreichen anderen Orten hatte es zum Teil deutlich früher und mutiger ebenfalls Proteste gegeben, aber in Berlin war die Bürgerbewegung den obersten Repräsentanten direkt gegenübergetreten: Vor dem Palast der Republik. Menschen, die De-

mokratisierung forderten, im Innern verschanzt die nur noch durch das Protokoll mit der Sowjetunion verbundene Führung der Republik – dieses Bild erschütterte die DDR in ihren Grundfesten.

Auch am darauf folgenden Tag, am Sonntag, den 8. Oktober, setzten sich die Proteste in der gesamten Republik fort. In Dresden kesselte die Polizei etwa 5.000 Menschen bei einer Kundgebung am Nachmittag ein und transportierte sie ab. Während sich die Demonstrierenden friedlich verhielten, prügelte die Polizei heftig auf sie ein. Am Abend gelang es einer Abordnung von Demonstranten, mit den Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen. Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer sagte zu, am nächsten Tag 20 Personen zu empfangen. Erste Anzeichen eines Dialogs. Nichts dergleichen in Berlin. Rings um die Gethsemane-Kirche kam es am Abend wieder zu Prügelszenen. Die Polizei kesselte etwa 3.000 Menschen nach einer Fürbitteandacht ein und räumte gewaltsam – die brutalste Auseinandersetzung seit Beginn der Demonstrationen. Damit erreichte die Spannung ihren Höhepunkt und das Umschlagen in einen Bürgerkrieg schien eine Frage von Stunden. Am folgenden Tag, am Montag, den 9. Oktober, stand die nächste Leipziger Montagsdemonstration an, und wenn die Polizei so vorgehen würde, wie am Vortag in Berlin, war eine massive Welle der Gewalt kaum zu verhindern. Selbst die Sowjets suchten nun Kontakt zu den Verantwortlichen und versuchten zu beschwichtigen. Jetzt erst fanden sich in der Leipziger SED-Bezirksleitung drei Sekretäre dazu bereit, diese Linie zu unterstützen und es kam zu einer einmaligen Aktion. Wenige Stunden vor Beginn der Demonstration verbreitete der Stadtfunk eine Erklärung, die zur Gewaltlosigkeit aufrief: „Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.“⁶⁹² 70.000 zogen am Abend durch die Straßen, die Polizei hielt sich zurück und es blieb friedlich. Die „Hardliner“ in der SED hatten ihren Kampf verloren.

Das Ende: letzte Wortgefechte

Die folgenden Tage standen ganz im Zeichen der Beratungen des Politbüros in Berlin über die aktuelle Lage. Am 11. Oktober ließ es eine Erklärung verbreiten, die zwar viele der alten Dogmen wiederholte, aber auch versprach: „Gemeinsam wollen wir über alle grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft beraten.“⁶⁹³ Ein Anfang, der den Bürgern aber längst nicht weit genug ging. Gleichzeitig versuchte die SED das Ausreiseproblem in den Griff zu bekommen, indem sie alle Reisemöglichkeiten praktisch unterband. Dialog nach innen, Abschottung nach außen – nach diesen Spielregeln wollte das Politbüro über Reformen diskutieren.

Unterdessen begann in Berlin die alte Einheitsfront zu zerbrechen. Schon kurz nachdem die SED die neue Linie vorgegeben hatte, veröffentlichte „Der Morgen“ eine Rede des Vorsitzenden der Liberal-Demokratischen Partei (LDPD) Manfred Gerlach. In bis dahin für eine Blockpartei unvorstellbarer Deutlichkeit benannte er das Kernproblem: „In Wirklichkeit geht es um die Handhabung sowohl der führenden Rolle der SED als auch der Staatsmacht bei der Gestaltung des Sozialismus.“⁶⁹⁴ Die anderen Parteien und Organisationen folgten; und für einen historischen Augenblick wurde sichtbar, was die DDR auch hätte sein können: Es entbrannte die erste und letzte ernsthafte Debatte um die Gestaltung eines demokratischen Sozialismus, geführt von den reformwilligen Teilen der SED und den Blockparteien sowie der Bürgerbewegung und einem Teil der Bevölkerung: Die Debatte dauerte genau vier Wochen. Im Wesentlichen beteiligten sich an ihr drei Gruppen:

Zunächst die SED. Sie entfaltete in den letzten Wochen ihrer Macht hektische Aktivitäten, um zu retten, was sie glaubte retten zu können. Am Nachmittag des 18. Oktober traten Erich Honecker und drei weitere Politbüromitglieder zurück, Egon Krenz wurde neuer Generalsekretär des SED-Zentralkomitees. Aber nur wenige glaubten an die von ihm in seiner Antrittsrede verkündete „Wende“. Ziel der Dialogkampagne war es, mit den Oppositionsgruppen und der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. In Berlin diskutierten erstmals am 21. Oktober 1989 Oberbürgermeister Krack und der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, Politbüromitglied Günter Schabowski, mit Demonstranten. Drei Tage später ließ sich Krenz im Palast der Republik von der Volkskammer zum Vorsitzenden des Verteidigungsrates wählen, doch schon am gleichen Abend demonstrierten in Berlin 12.000 gegen die Wahl. Am 29. Oktober begannen die Ost-Berliner „Sonntagsgespräche“, zu denen der Oberbürgermeister protestierende Bürger eingeladen hatte. Von der Straße in die Säle – in dieser Richtung versuchte die SED die Entwicklung zu beeinflussen. Vergeblich.⁶⁹⁵

Ab Mitte Oktober 1989 begannen die Blockparteien und andere Organisationen demonstrativ nach eigenständigem Profil zu suchen. Insbesondere die LDPD rückte von der SED ab und forderte am 21. Oktober, es solle nicht nur mit einzelnen Mitgliedern des Neuen Forums geredet, sondern die Demokratiebewegung offiziell anerkannt werden. Auch die Medien, bisher sämtlich der von der SED vorgegebenen Linie folgend, mühten sich um ein eigenes Gesicht.⁶⁹⁶ Tag für Tag gingen die Beteiligten nun einen Schritt weiter und hinter der zerfallenden Maske der Uni-

formität wurde eine lebendige Gesellschaft sichtbar, die in der Lage war, zu diskutieren, die sich stritt um Ziele, Wege und Mittel, die sich schließlich auf den Weg machte in Richtung Demokratie.

Je mehr die alte Einheitsfront zerfiel, desto entschiedener wurden die Forderungen an die Bürgerbewegung, vornehmlich formuliert als Kritik an der SED. Aber Kritik reichte zu diesem Zeitpunkt schon fast nicht mehr aus. Mit den Erfolgen wuchsen die Erwartungen, und die Opposition musste weiter reichende politische Ziele formulieren.⁶⁹⁷

Ihren Höhe-, aber auch ihren Schlusspunkt fand dieser Abschnitt am 4. November 1989 mit der Ost-Berliner Demonstration, die das DDR-Fernsehen unangekündigt übertrug. Etwa eine Million Menschen versammelten sich auf dem Alexanderplatz. Es war die „lustvolle Phase“ der Revolution, geprägt von aktiven Bürgern ohne Angst und der für sie sprechenden Opposition sowie einer machtloser werdenden SED, die gefangen im alten Denken hilflos der Debatte hinterherhumpelte.⁶⁹⁸ Un erwartet kam vor allem das Selbstbewusstsein, der Witz und die Ironie, mit dem die Bürger ihre Rechte einforderten: keine erbitterte, kämpferische, verbissene Debatte, sondern ein kreativer, engagierter Aufstand, der raffiniert und bauernschlau die SED mit Parolen schlug, die jene der alten Kaderpartei in origineller Weise aufs Korn nahmen: „Dem Land ein neues Antlitz ohne Kalk aus Wandlitz“, „Wir wollen endlich Taten sehn, sonst sagen wir Auf Wiedersehn“, „Mein Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei“ und vieles mehr. Verwundert blickte der Westen nach Ost-Berlin und ein wenig erstaunt betrachteten wohl auch die DDR-Bürger sich selbst: Wer hätte solche Kräfte erwartet, wer diese nahezu unbändige Kreativität?

26 Rednerinnen und Redner meldeten sich am 4. November zu Wort und am Ende der Demonstration, die die Kritik und Vorschläge der Opposition bündelte, war erkennbar geworden, in welche Richtung ihre Aktivitäten trieben: Im Kern ging es um Demokratisierung und Reformierung der DDR, keineswegs um ihre Abschaffung. Ein reformierter, demokratischer Sozialismus, was immer im Detail darunter zu verstehen war, das war die an diesem Tag artikulierte Vision der Bürgerbewegung. Vier Tage später, am Mittwoch, den 8. November, verlieh ihr die Schriftstellerin Christa Wolf noch einmal eine eindrucksvolle Stimme. Im DDR-Fernsehen verlas sie einen Aufruf zahlreicher Künstler und Vertreter oppositioneller Gruppen an die Ausreisewilligen, in dem es unter anderem hieß: „Wir stehen erst am Anfang des grundlegenden Wandels in unserem Land. Helfen Sie uns, eine wahrhaft demokratische Gesellschaft zu gestalten, die die Vision eines demokratischen Sozialismus

bewahrt.“⁶⁹⁹ – Der so hoffnungsvolle wie verzweifelte Appell einer Bewegung, der die Basis davonlief. Denn genau an diesem Punkt teilte das Gros der Bevölkerung nicht die Ideen der meisten Oppositionsgruppen: Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung war nicht mehr bereit zu Experimenten und hatte genug von sozialistischen Visionen, wie demokratisch sie auch gemeint sein mochten. Für ein neues sozialistisches Experiment gab es spätestens am 8. November schon keine Basis mehr. 24 Stunden später war der Traum zu Ende geträumt.

Die kurze Debatte um einen demokratischen Sozialismus war vor allem eine Berliner Debatte, artikulierte sich jedenfalls hauptsächlich hier – einer der großen Beiträge der Stadt zur Demokratie. Die überwiegende Zahl der Vorschläge, sei es von der SED und den Blockparteien oder von der Bürgerbewegung, kamen aus Ost-Berlin, inzwischen die Hauptbühne der Revolution. Forderungen, die aus anderen Städten, vor allem aus Leipzig und Dresden, zu hören waren, gingen schon beträchtlich weiter und stellten den Sozialismus grundsätzlich in Frage. Insofern war die späte Phase der Revolution auch eine „Los-von-Berlin“-Bewegung.

Die Revolution: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden.“

Seit dem 8. November tagte in Ost-Berlin das Zentralkomitee der SED. Seine insgesamt 10. Tagung. Am Abend des 9. November trat Politbüromitglied Günter Schabowski, wie schon am Vorabend, vor die Presse, um über die Ergebnisse zu berichten. Am Ende der Pressekonferenz, die das DDR-Fernsehen übertrug, verkündete Schabowski kurz vor 19 Uhr eher beiläufig: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden.“ Das Statement löste Verwirrung aus, ein Journalist fragte nach: „Heißt das, jeder DDR-Bürger kann jetzt frei in den Westen fahren?“ Schabowski, offensichtlich von der Frage verblüfft, las den Text noch einmal vor. Auf die Nachfrage, wann diese Regelung in Kraft trete, sagte er, dies sei nach seiner Kenntnis „sofort, unverzüglich“ der Fall. Zusatzfragen zu den neuen Regelungen konnte Schabowski nicht beantworten, weil er „nicht ständig auf dem Laufenden“ sei, „sondern, kurz bevor ich hier übergegangen bin, ich diese Information in die Hand gedrückt bekam“.⁷⁰⁰

Obwohl aus der Meldung klar hervorging, dass für die Ausreise nach wie vor Visa erforderlich waren, die üblicherweise bei den Behörden frühestens am nächsten

“Wahnsinn”

Als am 9. November 1989 die Mauer plötzlich und unerwartet geöffnet wurde, entpuppte sich die Mauer plötzlich als das, was sie immer war. Eine hässliche Betonmauer. Viele nutzten sie als “Leinwand” für Bilder und Botschaften aller Art.



Tag mit Beginn der Öffnungszeiten beantragt werden konnten, begaben sich Tausende zu den Übergangsstellen. Dort lagen offenkundig keine Weisungen vor. Als der Druck auf die Grenze zu groß wurde, entschlossen sich die Kommandeure, die Schlagbäume zu öffnen. Zuerst hob sich gegen 22.00 Uhr der Schlagbaum an der Bornholmer Straße, wo sich beim Mauerbau 1961 einige der schlimmsten Szenen abgespielt hatten.⁷⁰¹ Kurz darauf folgten auch die anderen Grenzübergänge. Schon ab etwa 21.00 Uhr hatten Nachrichten- und Sondersendungen verbreitet, dass sich Menschen an der Mauer versammelten. Nun strömten Hunderttausende nach West-Berlin, besuchten Freunde und Verwandte oder bummelten über den Kurfürstendamm. Auch Tausende von West-Berlinern nutzten die Möglichkeit, unkontrolliert nach Ost-Berlin zu gehen. Berlin, eine offene Stadt.

Es war das wohl fröhlichste Fest, das die Stadt je gesehen hat, und sie verstand das Fest zu feiern. An den Sektorenübergängen warteten West-Berliner mit Kaffee, Sekt und Bier, klopfen so begeistert wie gerührt auf die herüberrollenden Trabis, hämmerten Betonsplinter aus der Mauer. Lachen, Freudentränen, Umarmungen: der Kurfürstendamm – ein Hexenkessel mit Freibier und Ringelpietz. Ein südländisches Fest im eiskalten November, das jeden Italiener oder Spanier vor Staunen verstummen ließ: Eine Revolution, eine deutsche Revolution, feuchtfröhlich, heiter, ohne Blutvergießen und zu alledem noch siegreich – es ist kaum zu unterschätzen, was die Bilder, die in jenen Stunden von Berlin aus um die Welt gingen, zur Aufbesserung des Rufes der Deutschen beigetragen haben. Dass der 9. November auch ein Abschied von Berlin-West und Berlin-Ost war, ahnte zu diesem Zeitpunkt kaum jemand. Die Mauer war gefallen, die Revolution hatte gesiegt – und war zu Ende.

Der Herbst 1989 gehört zu den positivsten Erfahrungen in der Geschichte der Stadt. Nach der Niederschlagung der 1848er-Revolution, der innenpolitisch misslungenen Reichsgründung 1871, der stecken gebliebenen Revolution von 1918 sowie der tödlichen „Umwälzung“ 1933, wurde Berlin erstmals in der neueren Geschichte zum entscheidenden Ort einer gelungenen, zudem friedlichen deutschen Revolution – ein Ereignis, das nicht emphatisch genug gewürdigt werden kann.

Die Selbstbefreiung: Auszug aus dem doppelten Käfig

Die Revolution vom Herbst 1989 war eine Befreiung: die Selbstbefreiung einer Bevölkerung, die nicht länger ein System duldete, das ihr die geringsten Freiheiten in Europa gestattete. Spät, im Grunde zu einer Zeit, in der kaum noch jemand eine solche Entwicklung erwartet hätte, begann sich die DDR-Bevölkerung zu emanzi-

pieren, avancierte vom Gegenstand zum handelnden Subjekt. Spätestens nach Gorbatschows unverblümter Ermunterung verbreiterte sich die Aufmüpfigkeit zur Volksbewegung, die, trotz aller Anstrengungen der Stasi, nicht mehr wirksam zu unterdrücken war.⁷⁰² Einer Volksbewegung aber hatte die SED nichts mehr entgegensetzen, ihre Ideen waren endgültig verbraucht: Bürgerkrieg oder Öffnung, das war die letzte Alternative des Politbüros. Ihr historisches „Verdienst“ ist es, sich im entscheidenden Augenblick so sehr selbst blockiert zu haben, dass ein Blutbad nicht mehr möglich war.

In Berlin, anfangs die Hochburg der Gegenrevolution, fielen letztlich die maßgeblichen und wegweisenden Entscheidungen. Unterstützung durch die Sowjetunion, Abschottung nach außen und SED-Sozialismus, auf diesen drei Säulen fußte die Existenz der DDR. Die Unterstützung Moskaus hatte Gorbatschow Ost-Berlin im Herbst 1989 entzogen, blieben Isolation und sozialistischer Zentralismus als letzte Stützen. Brach die eine zusammen, war auch die andere nicht zu halten. Die beiden letzten Stützen hatten ihr stärkstes Fundament in Ost-Berlin. Hier hatte der SED-Staat sein politisches Zentrum, hier blockierte die Mauer jede Öffnung. Insofern entsprach es der Logik der Revolution, dass sie schließlich in Berlin ihr Zentrum fand.

Die Motive und Ziele der Opposition und der Bevölkerung waren im Herbst so unterschiedlich wie bei fast allen Bewegungen dieser Art. Demokratisierung, allenfalls noch demokratischer Sozialismus, verband als kleinster gemeinsamer Nenner die Demonstrierenden. Als sich am Abend des 9. Novembers die Chance zum „Sturm auf die Bastille“ bot, griff das Volk zu, auch zur Überraschung der führenden Oppositionellen, und erzwang in einem typisch berlinischen Handstreich den Fall der Mauer. Die Macht der SED war gebrochen.⁷⁰³ Am Ende implodierte die DDR fast lautlos und die Bevölkerung strömte in Massen durch die geöffneten Schleusen. Das waren für Berlin die in der Tat revolutionären Ergebnisse des Herbstes und Winters 1989.

Wohin die Entwicklung nun treiben würde, nämlich in Richtung Vereinigung, erscheint zwar in der Rückschau als logisch und konsequent, war in jenen Novembertagen aber keineswegs absehbar. Vorerst herrschte Freude über die Selbstbefreiung und das Volk feierte sich selbst. Eine Demokratiebewegung, der es zusammen mit sich in unerwarteter Weise emanzipierenden Bürgern binnen eines halben Jahres gelang, ohne Gewalt eine Diktatur zusammenbrechen zu lassen – diese Erfahrung bietet die deutsche Vergangenheit kein zweites Mal.⁷⁰⁴



14. Vereinigung und neuer Status Quo:

Berlin als Gegenstand des Einigungsprozesses

Der Auftakt: erste Schritte auf einem unübersichtlichen Weg

In den Tagen nach dem 9. November 1989 war wohl nur wenigen bewusst, welche dramatische Zäsur Berlin mit der Öffnung der Mauer erlebt hatte. Berlins Rolle als Faktor internationaler Politik – vor allem als Krisenherd – war beendet. Das bedeutete einen Gewinn und einen Verlust zugleich. Gewinn, denn die Stadt erwachte nun aus ihrer lange währenden Erstarrung; Verlust, weil Berlin mit der Mauer seine berühmteste, wenn auch zweifelhafteste „Attraktion“ verlor. Ende 1989 noch umjubelter Ort des Mauerfalls, änderte sich nun Berlins Rolle in wenigen Wochen. Nicht mehr Mauer-, Front- und sozialistische Friedensstadt, nicht mehr bloß „Symbol“ – für was auch immer –, weder Zentrum des sozialistischen Vorpostens noch Subventionsempfänger des westlichen Wohlstandes, sondern umstrittene Hauptstadt in spe, letztlich: neuer Konkurrent im mit allen Bandagen geführten nationalen wie internationalen Wettkampf der Städte – das waren nun die neuen Rahmenbedingungen für Berlins Zukunft. Die Stadt, herausgefordert zur Gestaltung der Einheit, befand sich abermals auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis.

Die erste Etappe auf dem Weg zur neuen Rolle der Stadt dauerte bis zur Einheit am 3. Oktober 1990. Bis zum Fall der Mauer hatte sich die westdeutsche Politik gegenüber dem Wandel in der DDR auffallend zurückgehalten. Ihr Hauptziel war es gewesen, die politischen Folgen der Fluchtbewegung in Grenzen zu halten und diplomatisch abzufedern, sich ansonsten in die Ereignisse der DDR, wenn überhaupt, allenfalls beschwichtigend einzumischen. Nach dem 9. November mischte sich der Westen nun massiv in die Ereignisse ein. Schon die Kundgebung vom 10. November 1989 vor dem Rathaus Schöneberg ließ die Richtung der neuen Politik erkennen. Vor rund 20.000 Menschen begrüßten unter anderem der Regierende Bürgermeister von Berlin Momper, der SDP-Ehrenvorsitzende Brandt, Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Genscher die Öffnung der Grenzen. Sie riefen zur Besonnenheit auf, sagten Unterstützung der Reformen in der DDR zu, beruhigten die Nachbarn und dankten den Verbündeten. Bei alledem vergaßen sie jedoch nicht, die Zusammengehörigkeit der Deutschen mehr oder minder deutlich zu betonen – mit Ausnahme Mompers. „Gestern war nicht der Tag der Wiedervereinigung“, hob er mit Blick auf den 9. November hervor, „sondern der Tag des Wie-

dersehens in unserer Stadt.“⁷⁰⁵ Ein Standpunkt, der an jenem Abend viel Beifall erhielt, und der vor allem zur Bundesregierung einen auffälligen Interessenunterschied sichtbar werden ließ.

Mompers abweichende Ansicht stand in einer, etwa seit 1987 erkennbaren Linie West-Berliner Politik, die versuchte, ihre Handlungsspielräume zu vergrößern. In der Tat waren die Möglichkeiten des Senats, in Berlin-Angelegenheiten aktiv zu werden, nicht sehr groß. Besatzungsstatus und deutsches Verfassungsrecht, Vier-Mächte-Abkommen und deutsch-deutsche Folgevereinbarungen, insbesondere der Grundlagenvertrag, bildeten ein engmaschiges Netz, das wenig Platz für eigene Gestaltung ließ. War bereits die Einladung Honeckers zur Teilnahme an der West-Berliner 750-Jahr-Feier ein Versuch gewesen, das bisherige Netz auszudehnen, so strebte die SPD-AL-Koalition ab Anfang 1989 eine konzeptionell neue Politik an. Ohne das bewährte Sicherheitsnetz zu zerreißen, suchte der Senat eine stärkere Zusammenarbeit mit der DDR.⁷⁰⁶

Bis zum 9. November 1989 bestanden allerdings kaum ernsthafte Aussichten, eine solche Politik Wirklichkeit werden zu lassen. Es mangelte nicht nur an überzeugenden Ideen, sondern vor allem drohte stets die Gefahr, West-Berlins Lebensgrundlagen, also den Status, zu verletzen. Nun eröffnete sich die Chance, den Handlungsspielraum auszuweiten. Der Unterschied zwischen Senat und Bundesregierung, der sich am 10. November 1989 offenbarte, bestand darin, dass Ersterer unterstellte, die Zweistaatlichkeit würde fortbestehen auf Dauer, und annahm, nur auf dieser Grundlage könne das Verhältnis verbessert werden, während Bonn durch den Fall der Mauer die Zweistaatlichkeit in Frage gestellt sah und in Richtung Einheit zu denken begann.

Die DDR signalisierte schon am Tag nach der Maueröffnung ihre Bereitschaft, den bisherigen Kontaktrahmen – die regelmäßigen Gespräche über den Reise- und Besucherverkehr – auszuweiten und über alle Fragen grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit dem Senat zu sprechen. Ein sensationeller Schritt, mit dem die seit 1971 bestehende Geschäftsgrundlage, das Vier-Mächte-Abkommen, im Grunde schon überwunden war. Hatten beide Seiten 18 Jahre lang zeitweise wie erstarrt einander gegenübergestanden und auf ihrer Auslegung der Berlin-Regelung bestanden, so wurden nun binnen Tagen nicht für möglich gehaltene Fortschritte erreicht. Schon innerhalb von sechs Wochen kam es am 22. Dezember 1989 zur Schaffung eines paritätisch besetzten Regionalausschusses als Diskussionsforum für alle Probleme des Ballungsraums Berlin.

Der Weg, den der Senat nun beschritt, war nicht ohne Risiken: Denn zum einen

brüskierte er mit seiner Politik die West-Alliierten.⁷⁰⁷ Formell hätte jeder Ost-West-Kontakt detailliert mit ihnen abgestimmt werden müssen, tatsächlich aber beschränkten sich die Kontakte zunehmend auf formale Unterrichtung. Zum anderen versuchte der Senat möglichst rasch zu einer Zusammenarbeit mit der DDR zu kommen. Der Versuch West-Berlins, seine Ketten zu lockern und den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern, koppelte die Entwicklung der Stadt ein Stück weit von der Bundesrepublik ab. Das ergab ein seltsames Paradoxon: Während die Bundesregierung verbal auf die Vereinigung zusteuerte, sich tatsächlich aber mit praktischen Schritten gegenüber der DDR Zeit ließ, stand der Senat in seinen Äußerungen einer Vereinigung skeptisch gegenüber, war aber bis Ende des Jahres in der praktischen Zusammenarbeit am weitesten vorangeschritten und deutlich über das hinausgegangen, was nach bisheriger Interpretation des Status quo als zulässig galt.

Die Diskussionen: Pläne und Debatten

Unterdessen überschlugen sich die Ereignisse und innerhalb weniger Wochen geriet die DDR an den Rand des Zusammenbruchs. Trotz angestrebter Reformbemühungen hielten sich die Ausreisezahlen auf einem hohen Niveau⁷⁰⁸ und auch die Zahl der Demonstrationen ging kaum zurück. Die westdeutschen Parteien forcierten derweil ihre Einmischung und erarbeiteten binnen weniger Wochen eine Fülle unterschiedlicher, zum Teil sehr überraschender Vorschläge.⁷⁰⁹ Auch wenn zahlreiche politische Akteure in Ost-Berlin das westdeutsche Engagement ablehnten, zumindest skeptisch sahen, der Großteil der Bevölkerung schien darauf gewartet zu haben und reagierte auf die westlichen Offerten: Am 20. November 1989 skandierten auf der Leipziger Montagsdemonstration erstmals lautstarke Sprechchöre: „Deutschland einig Vaterland“.

Das war ein eindeutiges Plädoyer, das jedoch weniger als nationale Kundgebung zu verstehen war, sondern als der Versuch, die DDR-Probleme ein für allemal zu lösen. Gleich, wer welche Vorschläge unterbreitete, die Mehrheit der Bevölkerung handelte fortan nach der Logik: Warum die DDR demokratisieren, wenn es nebenan eine funktionierende Demokratie gab, die sich ohnehin verpflichtet hatte, die DDR-Bürger mit offenen, vom Wohlstand gut genährten Armen zu empfangen? Warum die DDR-Mark stabilisieren, wenn nun vergleichsweise leicht eine der härtesten Währungen der Welt erreichbar war? Musste nicht ein Trottel geschimpft werden, wer diese Chance nicht beim Schopfe packte?

Die Mehrheit der DDR-Bürger wollte spätestens Ende des Jahres nicht, wie die SED und – wenn auch in ganz anderer Weise – die Bürgerbewegung, einen „eigenständigen Weg“, sie wollte die Vereinigung. Und zwar rasch. So ging es Anfang des Jahres 1990 kaum noch um die Frage, ob es eine Vereinigung geben würde, sondern vor allem um das Wie und Wann. Die Sogwirkung des „Modells Bundesrepublik“ und die Drohung der Bevölkerung, jederzeit davonzulaufen, wenn nicht der bundesrepublikanische Wohlstand in die DDR käme, erklären sowohl die Richtung als auch die Geschwindigkeit der Vorgänge.⁷¹⁰

Unterdessen nutzte der Senat seinen neuen Handlungsspielraum. Täglich gab es Bedarf für Gespräche und Entscheidungen. Der Regionalausschuss war für mehrere Wochen das einzige formelle Ost-West-Gesprächsgremium. Unter formaler Beachtung des Status füllte der Senat so ein politisches Vakuum mit seinen Ideen und bestimmte bis Januar 1990 aktiv die Ost-West-Zusammenarbeit in Berlin.

Die enorme Dynamik der Entwicklung in der DDR untergrub allerdings schon im Januar und Februar 1990 die Politik des Senats. Mompers Überlegungen basierten nach wie vor auf dem bisherigen Status quo der Teilung. Zwar favorisierte die Senatskanzlei eine bestimmte Lesart dieses Status, nach der beide Seiten weitgehend gleichberechtigt waren und sich gegenseitig anerkannten, die Zweistaatlichkeit selbst aber stellte der Regierende Bürgermeister noch nicht in Frage. Das offizielle Ende dieser Haltung kam erst Ende Januar – nach einer Initiative der DDR. Am 29. Januar 1990 erklärte Hans Modrow, Ministerpräsident der am 17. November 1989 von der Volkskammer gewählten DDR-Regierung: „Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten rückt auf die Tagesordnung.“⁷¹¹ Damit war die erste Phase des Einigungsprozesses abgeschlossen und die wichtigsten Beteiligten hatten nun die neue Richtung akzeptiert, zumindest erkannt: Das neue Ziel hieß Einheit.

Die Alternativen: Möglichkeiten und Wege

In der zweiten Phase auf dem Weg zur Einigung ging es vorrangig um die Lösung zweier Probleme: die Klärung der innen- und außenpolitischen Wege zur Herstellung der Einheit. Spätestens im Januar 1990 war klar, dass beide Wege miteinander in Einklang gebracht werden mussten. Letztlich hatte die innenpolitische Entwicklung sogar der außenpolitischen zu folgen, denn nur eine in Übereinstimmung mit allen vier Alliierten und den anderen Verbündeten getroffene Regelung war dazu geeignet, das keineswegs geringe Misstrauen gegenüber einem vereinten Deutschland abzubauen. Ein Prozess, der Zeit erforderte. Die aber lief den Politi-

kern weg, denn die Zahl der Ausreisenden aus der DDR blieb hoch – das Land blutete aus.

Vor diesem Hintergrund entstanden innerhalb kurzer Zeit eine Vielzahl weiterer verschiedener Pläne, die Einheit zu verwirklichen. In der DDR kam es unter dem Druck der Ereignisse rasch zu einem Konsens, freie Wahlen abzuhalten, die schließlich für den 18. März festgesetzt wurden. Des Weiteren sollten die 1952 in Bezirke umgewandelten Länder neu gebildet und ein Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 angestrebt werden.⁷¹²

In der Bundesrepublik entbrannte gleichfalls eine innenpolitische Debatte. Beitritt der DDR über Grundgesetzartikel 23 oder Verfassungsgebende Versammlung für Gesamtdeutschland nach Artikel 146 lautete die Alternative. Der Weg über Artikel 23 war das zweifellos leichtere und einfachere Verfahren, denn die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung hätte – je nach Sicht – die Chance oder Gefahr bedeutet, das Staatsgebilde der Bundesrepublik einer grundlegenden Reform zu unterziehen. Davor aber schreckte die Mehrheit zurück und entschied sich für Beitritt nach Artikel 23. Damit stand der innenpolitische Weg zur Einheit fest: Anpassung der DDR an das bundesdeutsche Vorbild durch Wahlen und Übernahme der föderalen Struktur, danach Verhandlung der Übergangslösungen, am Ende Beitritt.

Berlin bildete innerhalb des Annäherungsprozesses ein Sonderproblem. Während die Bundesregierung die Vereinigung Berlins mit dem zwischen beiden deutschen Staaten ablaufenden Prozess in Übereinstimmung bringen wollte, favorisierte der Senat zeitweise eine frühere Herstellung der Berliner Einheit, und zwar bereits unmittelbar nach den Volkskammerwahlen. Da im Januar, Februar 1990 weder absehbar war, wie schwierig die Ost-West-Verhandlungen zur Herstellung der Einheit werden, noch wie lange sie dauern würden, ging es Momper vor allem darum, die Stadt- und Regionalpolitik weit gehend selbst bestimmen zu können. Dieser Weg aber, mit dem der Senat sein schon in der ersten Phase praktiziertes Vorpreschen fortgesetzt hätte, erwies sich als nicht gangbar: Erstens konnte Berlin bei den Verhandlungen über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nicht ausgeklammert werden. Eine Sonderentwicklung Berlins hätte den ohnehin schon schwierigen Prozess unkalkulierbar kompliziert, mit unabsehbaren Folgen. Zweitens war eine Abkoppelung aus außenpolitischen Gründen nicht möglich, denn eine vorweggenommene Vereinigung Berlins hätte zu statuspolitischen Festlegungen geführt, für die es keine außenpolitische Absicherung gab. Das führte schließlich zum Scheitern der Senatspolitik, die Entwicklung zur Einheit zu forcieren, nachdem die Landesre-

gierung in der ersten Phase dasselbe Ziel noch skeptisch bis ablehnend betrachtet hatte.

Der Senat scheiterte jedoch nicht nur mit seinen berlinpolitischen Zielvorstellungen, auch seiner Politik der regionalen Zusammenarbeit waren zunehmend engere Grenzen gesetzt. Seine bisherigen Ansprechpartner kamen ihm Schritt für Schritt abhanden. Denn zum einen gab es de facto keine Berlin-Politik der beiden deutschen Staaten mehr (und die Vier Mächte beschränkten sich auf die formale Einhaltung des Status). Der in Jahrzehnten entwickelte und bewährte Rahmen der Berlin-Politik blieb zwar bestehen, aber angesichts des Tempos der Entwicklung war er kaum noch in der Lage, in bisheriger Weise zu reagieren; die Beteiligten hatten schlicht andere Probleme, als sich um Berliner Sonderwege zu kümmern. Zum anderen zerfiel auf östlicher Seite die Autorität der alten Funktionsträger, die ihrerseits immer stärker von der Bürgerbewegung und den Beschlüssen des runden Tisches abhängig wurden.

Die runden Tische, die sich im Winter 1989/90 in der DDR gebildet hatten, entwickelten sich dort zunehmend zu einflussreichen Machtfaktoren. Als eine Art „Ersatzparlamente“ schufen sie Öffentlichkeit und zwangen die bisherigen Machttträger, ihre Entscheidungen erstmals offen zu legen. Ost-Berlin war das Zentrum dieser Demokratisierungsbewegung. Dort tagten neben dem „Zentralen Runden Tisch“ der DDR der seit dem 4. Dezember 1989 im Berliner Rathaus bestehende „Runde Tisch von Berlin“, der „Runde Tisch der Jugend“, der „Wirtschaftspolitische Runde Tisch“ und der „Umweltpolitische Runde Tisch“. Der Zentrale Runde Tisch war die bei weitem wichtigste Einrichtung, die als einzige überregional die gesamte DDR vertrat. Während seiner Existenz beriet er alle wichtigen Fragen, von den Problemen der Wirtschaft und der Staatsfinanzen über die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes bis zur Vereinigung. Zu seinen Hauptverdiensten zählte seine Rolle als Forum und Instrument des Krisenmanagements, dem es gelang, die ökologische, wirtschaftliche und finanzielle Situation der DDR offen zu legen, das Demokratieverständnis entscheidend zu fördern und weit reichenden Einfluss auf die Regierungsentscheidungen zu nehmen.⁷¹³

So schwach auch das Echo war, das der Senat mit seinen berlin- und deutschlandpolitischen Initiativen im eigenen, westlichen Bezugsrahmen erzielte, so erfolgreiche erwies er sich in seiner Einflussnahme auf die regionalen östlichen Entscheidungen. Hier gelang es dem Senat, fast alle seine Vorstellungen durchzusetzen.

Sowohl der Regionalausschuss als auch der runde Tisch schlossen sich in vielen Fällen den Vorschlägen der westlichen Beamten an. Dennoch blieb der Graben zur Bundesregierung. Am 22. Februar 1990 erklärte schließlich der Regierende Bürgermeister, dass die Entwicklung in und um Berlin im Einklang mit der gesamten deutsch-deutschen Entwicklung zu erfolgen habe. Damit schwenkte er auf die deutschlandpolitische Linie der Bundesregierung ein und konzentrierte sich fortan auf die Vorbereitung der kommunalen Vereinigung der Stadt.

Ende Februar war also auch der Weg zur Einheit Berlins vorgezeichnet: Nach den Volkskammerwahlen im März würde es am 6. Mai 1990 auch Kommunalwahlen geben und somit auch eine Neuwahl der Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung. Mit Blick auf dieses Datum bereiteten nun beide Seiten die Zusammenführung der Verwaltung vor und schufen in Ost-Berlin Strukturen, die denen im Westteil der Stadt glichen. Ferner erarbeitete der runde Tisch unter intensiver Beratung West-Berliner Beamter eine Verfassung für Ost-Berlin, die in weiten Teilen der im Westteil geltenden Verfassung glich.

Die Entscheidungen: Wahlen und Koalitionen

Am 18. März 1990 erlebte die DDR die ersten und letzten freien Volkskammerwahlen. Das Ergebnis spiegelte den dramatischen Wandel und brachte jene an die Macht, von denen sich das Volk versprach, sie würden die Vereinigung so schnell wie möglich herbeiführen. Die CDU wurde überraschend mit 40,9 Prozent stärkste Partei, die zeitweise als Favorit gehandelte SPD erreichte 21,8 Prozent, die SED-Nachfolgepartei 16,3, die DSU 6,3 und die Liberalen 5,2 Prozent. Die Revolutionäre, gemeinsam angetreten als Bündnis 90, die als stärkste politische Kraft den Umbruch gestaltet hatten, waren tragischer Verlierer der Wahl. Landesweit erreichten sie gerade 2,9 Prozent der abgegebenen Stimmen und mussten nun zusehen, wie andere die Neugestaltung übernahmen.⁷¹⁴

Um für die kommenden Verhandlungen zur deutschen Einheit eine möglichst breite Basis zu haben, begannen am 3. April in Ost-Berlin Koalitionsverhandlungen zwischen der „Allianz für Deutschland“ und der SPD. Zwei Tage später, am 5. April, trat die erste frei gewählte Volkskammer im Palast der Republik zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen und am 12. April wählte sie die erste demokratisch legitimierte Regierung der DDR mit Lothar de Maizière (CDU) als Ministerpräsidenten.

Die ersten DDR-Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 bestätigten im Wesentlichen das Ergebnis der Volkskammerwahlen, wobei die Sonderstellung Ost-Berlins zu Tage trat. Dort erreichte die SPD gut 34 Prozent, die PDS etwa 30, die CDU 17,6 und das Bündnis 90 insgesamt 9,8 Prozent. Das Zentrum des untergehenden sozialistischen Staates wählte links und insbesondere die gewendete Kaderpartei hatte dort ihre Hochburg. Mit den Kommunalwahlen ging die zweite Phase des Einigungsprozesses zu Ende. Unter dem Einfluss des Senats waren in Ost-Berlin die Weichen gestellt worden für eine Angleichung der dortigen Strukturen an das westliche Vorbild.

Die Verhandlungen: Verträge und Vereinbarungen

In der nun folgenden dritten Phase stand die weitere Angleichung und die Verknüpfung beider Stadtteile sowie die Einbindung Berlins in den innen- und außenpolitischen Einigungsprozess im Vordergrund. Bereits am Tag nach der Ost-Berliner Wahl gab der Regierende Bürgermeister in einer Rede in der Urania die Richtung vor und erklärte: „Ziel ist die Verwaltungsunion noch vor der Einheit.“⁷¹⁵ Mit Blick auf dieses Ziel erfolgte in Ost-Berlin die Bildung der Stadtregierung, die eine möglichst breite Parlamentsmehrheit hinter sich haben sollte. Am 26. Mai einigten sich SPD und CDU auf Bildung einer großen Koalition im künftigen Magistrat. Zwei Tage später konstituierte sich die Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung, die am 30. Mai Tino Schwierzina (SPD) zum neuen Oberbürgermeister wählte. Inzwischen hatte die Volkskammer am 17. Mai bereits eine Kommunalverfassung verabschiedet, die bezüglich Ost-Berlins den Vorstellungen des Senats entsprach.⁷¹⁶ Danach erhielt Ost-Berlin einen Status, der dem eines Bundeslandes nahe kam und einen an West-Berlin angelehnten Verwaltungsaufbau ermöglichte.⁷¹⁷

Von Mai bis Oktober rückten die beiden Stadthälften immer näher zusammen. Am 12. Juni trafen sich Senat und Magistrat im Roten Rathaus erstmals zu einer gemeinsamen Sitzung. Dabei bestätigte ein Beschluss nun formal, was seit einiger Zeit schon erprobte Praxis war: der formale Austausch von Beamten zwischen beiden Teilen der Stadt. Auf Regierungs- und Verwaltungsebene war die Einheit zu diesem Zeitpunkt de facto schon hergestellt.

Auf nationaler wie internationaler Ebene waren unterdessen die Verhandlungen zur Herstellung der Einheit vorangekommen. Die wichtigsten Fragen regelte ein Paket von insgesamt vier Verträgen: der Staatsvertrag, der Einigungsvertrag, der Wahlvertrag und der Zwei-plus-Vier-Vertrag.⁷¹⁸ Alle vier Verträge enthielten eine Reihe von Berlin betreffenden Regelungen:

- Der am 18. Mai 1990 von beiden deutschen Finanzministern Theodor Waigel und Walter Romberg in Bonn unterzeichnete „Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ regelte die Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR. Auf seiner Basis wurden am 1. Juli 1990 die „Deutsche Mark“ im „Beitrittsgebiet“ eingeführt sowie die Löhne, Gehälter und Guthaben bis 4.000 DM im Verhältnis 1:1 und der Rest 1:2 umgetauscht. Da West- und Ost-Berlin jeweils in das Währungs-, Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik und der DDR integriert waren, bedurfte es keiner berlinspezifischen Regelungen. Aus Statusgründen enthielt der Vertrag lediglich in Artikel 37 eine Klausel, die bestimmte, dass der Vertrag „entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 ... auf Berlin (West) ausgedehnt“ wird.⁷¹⁹
- Am 3. August 1990 setzten die beiden Innenminister Wolfgang Schäuble und Günther Krause ihre Unterschriften unter den „Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahlen des Deutschen Bundestags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“. Im Kern dehnte er das westdeutsche Wahlrecht auf die DDR und Ost-Berlin aus und legte den Wahltermin für den 2. Dezember 1990 fest. Darüber hinaus bezog er über die Berlin-Klausel (Artikel 7) den Westteil der Stadt ein und Artikel 3 bestimmte: „Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl wird Berlin als ein Land betrachtet.“ Das ermöglichte sowohl West-, als auch Ost-Berlin die erste Beteiligung an Bundestagswahlen zu gleichen Bedingungen.
- Den mit 45 Artikeln und drei Anlagen umfangreichsten aller Verträge, den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag“, unterschrieben die beiden Innenminister am 31. August 1990 im Berliner Kronprinzenpalais. Er regelte den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes, bestimmte die durch die Vereinigung erforderlichen Grundgesetzänderungen und enthielt detaillierte Vorschriften zur Rechtsangleichung sowie zur Anpassung der Lebensverhältnisse. Bezüglich Berlins enthielt der Einigungsvertrag eine Reihe wichtiger Bestimmungen, die sich in drei Gruppen zusammenfassen lassen:
 - Die erste Gruppe betraf die Stellung und Eingliederung Berlins in das künftige Gesamtdeutschland: Der Vertrag definierte das Stadtgebiet (Artikel 1) und dehnte das Grundgesetz auf Ost-Berlin aus (Artikel 3). Ferner

bestimmte er Berlin zur Hauptstadt Deutschlands, wobei die umstrittene Frage des Sitzes von Parlament und Regierung auf die Zeit nach Herstellung der Einheit vertagt wurde, und empfahl den Parlamenten von Berlin und Brandenburg, die Möglichkeit einer Neugliederung des Raumes Berlin/Brandenburg zu erwägen.⁷²⁰

Die wenigen Zeilen karges Juristendeutsch verbargen nichts Geringeres, als die Weichenstellung für Berlins grundlegendsten Rollenwandel seit Kriegsende: Die Teilung überwunden, das Grundgesetz geltend ohne jegliche Vorbehalte in der ganzen Stadt, die Hauptstadt der DDR mitsamt des sozialistischen Staates liquidiert, stattdessen neue Hauptstadt des vereinigten Deutschland, schließlich die Aussicht, die regionale Isolierung zu überwinden durch Fusion mit Brandenburg zu einem neuen Bundesland – das markierte die künftige Stellung Deutschlands einziger Metropole im vereinten Land.

- Die zweite Gruppe berlinspezifischer Klauseln waren die so genannten Übergangsbestimmungen. Sie regelten die Zeit zwischen Herstellung der Einheit und Handlungsfähigkeit der neu zu bildenden Verfassungsorgane. Dazu zählte vor allem die Überbrückung der Zeit vom 3. Oktober 1990 bis zur Bildung der ersten gesamtberliner Landesregierung. Für diesen Übergangszeitraum sollten Senat und Magistrat die Aufgaben der Gesamtberliner Landesregierung gemeinsam wahrnehmen (Artikel 16).⁷²¹
- Die dritte Gruppe von Bestimmungen betraf die Zukunft von in Berlin angesiedelten Einrichtungen und Institutionen. Im Einzelnen nannte der Vertrag die Status- und Aufgabenänderung der noch von der DDR-Regierung am 1. März 1990 gegründeten Treuhandanstalt (Artikel 23 und 25), das Sondervermögen der Deutschen Reichsbahn (Artikel 26) und der Deutschen Post (Artikel 26), zentrale Einrichtungen der Kultur, des Rundfunks, der Wissenschaft und des Sports (Artikel 35, 36, 38 und 39) sowie einige andere.⁷²²
- Den Schlussstein des Vertragspaketes bildete der am 12. September 1990 von den Außenministern der sechs beteiligten Staaten in Moskau unterzeichnete „Vertrag über die abschließenden Regelungen in Bezug auf Deutschland“, der Zwei-plus-Vier-Vertrag. In den ersten sechs Artikeln nannte er zunächst die von den vier ehemaligen Hauptsiegermächten Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich sowie den beiden deutschen Außenministern zwischen Februar und September 1990 ausgehandelten außenpolitischen

Voraussetzungen, unter denen die Vereinigung stattfinden konnte. Das waren die Definition des Staatsgebietes, insbesondere die Anerkennung der seit 1945 rechtlich umstrittenen Ostgrenze (Oder-Neiße-Linie) als endgültig (Artikel 1), ein Gewaltverzicht (Artikel 2), eine Reduzierung der deutschen Truppen auf 370.000 Mann (Artikel 3), die Dauer und Bedingungen des Truppenabzugs, insbesondere der sowjetischen Armee (Artikel 4 und 5), sowie das Recht des vereinigten Deutschland, seine Bündniszugehörigkeit frei wählen zu können (Artikel 6).

Der Sinn dieser Regelungen lag auf der Hand: Es galt, das neue, größere Deutschland an die Abgründe seiner Geschichte sowie deren Folgen zu erinnern, die entsprechenden Lehren zu ziehen und das Land einzubinden in ein Netz von Verpflichtungen, die Sicherheit vor Deutschland ebenso boten, wie Sicherheit für Deutschland. Erst nachdem beide deutschen Staaten die Zustimmung zu diesen Bedingungen bekundet und damit die skeptischen Nachbarn beruhigt hatten, konnten die Vier Mächte ihre „Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“ für beendet erklären und beschließen, „die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken ... und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte“ aufzulösen. Artikel 7 formulierte in schlichten Worten, was das letztlich bedeutete: „Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“

Damit endete für Berlin die Besatzungszeit. Da der Zwei-plus-Vier-Vertrag erst nach Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde bei der Bundesregierung in Kraft trat, was am 15. März 1990 durch die Sowjetunion geschah, hatten die Vier Mächte bei der Vertragsunterzeichnung als Geste des guten Willens erklärt, dass sie ihre Vorbehaltsrechte bereits „mit Wirkung vom Zeitpunkt der Vereinigung“ aussetzen würden. In einem Schreiben der Alliierten Kommandantur an den Regierenden Bürgermeister vom 2. Dezember 1990 hieß es dann entsprechend: „Heute um Mitternacht ist die Aufgabe der Stadtkommandanten erfüllt. ... Das Berlin, das wir zurücklassen, wird vereint und frei sein.“

Alle vier Verträge reichten in ihrer politischen Bedeutung weit über ihre formale Funktion hinaus, einzelne Probleme der Vereinigung zu regeln. Sie beendeten die Nachkriegszeit und die Spaltung Europas, und sie dokumentierten den bislang einmaligen Vorgang, zwei Staaten mit absolut gegensätzlicher Ordnung übergangslos miteinander zu verbinden. In seiner internationalen Dimension noch bedeutender ist ein anderer Gesichtspunkt: Mit der Umsetzung des Zwei-plus-Vier-Vertrages en-

dete der weltweit einmalige Zustand, dass sich in einer Stadt die amerikanischen und sowjetischen Streitkräfte unmittelbar gegenüberstanden und sich gegenseitig beobachteten. Nach fast 50 Jahren rückten die beiden mächtigsten Kontrahenten des Ost-West-Konflikts auseinander und schufen eine neue strategische Lage – die Teilung der nördlichen Hemisphäre in zwei gegnerische Blöcke war beendet.

Die Vereinigung: Reden, Mahnungen und andere Gesten

In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. Das in Berlin zelebrierte Vereinigungsfest erwies sich als ruhige Veranstaltung mit bemüht würdevollen Reden, Mahnworten und Gesten, wie dem Hissen der Bundesflagge vor dem Reichstagsgebäude. Keine Spur mehr vom Überschwang jener eiskalten Novembertage des Jahres 1989. Die Menschen, die sich nun auf dem Platz der Republik und rund um das Brandenburger Tor versammelt hatten, erschienen ruhig, nachdenklich, nicht ohne Sorge.

Die Feier spiegelte den Stimmungswandel des Jahres 1990. Zunehmend drängten Probleme des Vereinigungsprozesses in den Vordergrund und zeitweise schienen sie die Menschen zu erdrücken. Zudem war die Aufbruchseuphorie der Bevölkerung fast völlig verpufft. Die Ende 1989 tief aufgewühlten Menschen hatten keinen Weg gefunden, ihre Motivation politisch kreativ umzusetzen und die Politik hat die Stimmung nicht aufgegriffen, vielleicht nicht einmal erkannt. Während die Menschen in Westdeutschland die Vereinigung vor allem über Fernsehbilder und ihren Geldbeutel wahrnahmen und sich entsprechend äußerten, hatten die Menschen in der gewesenen DDR und in Berlin zu kämpfen mit der dramatischen Veränderung ihrer Lebensumstände. Politisch blieb dort eine Leere, trotz der erstaunlich geräuscharmen Übernahme der westlichen Demokratie. Zweifellos war die DDR eine Notgemeinschaft gewesen, aber auch eine Notgemeinschaft war eine Gemeinschaft.

Einer der Gründe für die politische Ratlosigkeit lag in der Dominanz der Exekutive. Die Vereinigung erwies sich als Stunde der Regierungen. Sowohl die Bundesregierung als auch der Senat hatten nach außen den Eindruck vermittelt, sie hätten mit ihrem Krisenmanagement alles im Griff und eine breite Beteiligung der Bevölkerung am weiteren politischen Prozess sei weder sinnvoll noch nötig, könne im Gegenteil unkalkulierbare Verzögerungen bringen. Lediglich die DDR-Regierungen unter Modrow und de Maiziére erweckten hier einen anderen, unsichereren Eindruck. Eng

Vereinigung

Die Vereinigungsfeiern am 2. und 3. Oktober 1990 waren ein eher stilles Fest. Nach den überschäumenden Tagen um den 9. November 1989 dominierte nun eine Atmosphäre der Nachdenklichkeit.



begrenzt in ihren Handlungsspielräumen und Aufgaben, suchte vor allem die Regierung unter de Maizière den breiten Dialog in- und außerhalb des Parlaments. Die Parlamente aber, die von ihrer Stellung her in der Lage gewesen wären, massiver in den Prozess einzugreifen, fanden nur ansatzweise eine angemessene Sprache. Während der ersten demokratisch gewählten Volkskammer, bei allen Provisorien, unverkennbar die Lust an der neu errungenen Freiheit anzumerken war, behandelten das Abgeordnetenhaus von Berlin und der Deutsche Bundestag den Vereinigungsprozess erstaunlich leidenschaftslos – vom Absingen der Hymne einmal abgesehen. Letztlich beschränkte sich die Legislative darauf, zu legitimieren, was die Exekutive in die Wege geleitet hatte. Einen substantiell eigenen Beitrag, von dem sowohl für die öffentliche Debatte als auch für den politischen Einigungsprozess Berlins und Deutschlands wegweisende Impulse ausgegangen wären, waren weder beim Abgeordnetenhaus noch beim Bundestag zu verzeichnen. Meist wohlwollende, gelegentlich misstrauisch-mürrische Begleitung der Vereinigung durch effektive Beschlussfassung der notwendigen Gesetze – das war die Rolle, in die die Volksvertretungen sich hatten drängen lassen und mit der sie sich begnügten.

Die Regierungen, insbesondere Bundeskanzler Kohl, waren mit ihrem zügigen Handeln letztlich erfolgreich, die Dominanz der Exekutive hatte jedoch ihren Preis. Sie drückte die anderen Kräfte, vor allem die Legislative, fast an die Wand und signalisierte der Bevölkerung, am angemessensten sei ein Verhalten, das den Prozess nicht weiter störe. Dadurch ging der Vereinigung ein Potenzial an Ideen, an gutem Willen und schließlich auch an Bereitschaft, die finanziellen Lasten zu tragen, verloren, das dem vereinten Deutschland den Weg in seine neue Zukunft erleichtert hätte. Eine breit geführte Debatte über die Verteilung der Lasten beispielsweise, geführt im Frühjahr und Sommer 1990, hätte sicher ein anderes Ergebnis gebracht als die regierungsamtliche Verkündung und Umsetzung des Weges zur Vereinigung und die später folgenden, zähen Debatten um den Solidaritätszuschlag. So stand am Ende eine Situation, in der sich für die DDR-Bürger fast alles und für viele Bürger im Westen Deutschlands fast nichts an ihren Lebensverhältnissen geändert hatte. Ein Dilemma, an dem das Land und die Stadt bis heute leiden und das einiges vom anhaltenden Erfolg der zur PDS gewendeten SED erklärt.

Berlin lag genau an der Nahtstelle der Vereinigung. Hatte die Stadt bis etwa Februar 1990 versucht, eine eigene Rolle im Vereinigungsprozess zu spielen, so war sie spätestens ab dem Frühjahr kein nennenswerter Einflussfaktor mehr. Stattdessen geriet die Stadt in die Defensive. Die ab Januar 1990 in ungeahnter Heftigkeit entbrannte Hauptstadtdebatte⁷²³ band zunehmend die Kräfte der Stadt. Am Ende

konnte sie froh sein, dass die Frage im Frühjahr und Sommer 1990 nicht gegen Berlin entschieden wurde und der Einigungsvertrag wenigstens den Kompromiss enthielt, die Frage des Parlaments- und Regierungssitzes zu vertagen.

So enthält die Bilanz der ersten Etappe vom Mauerfall bis zur Vereinigung für die Stadt Licht und Schatten. Auf der einen Seite stand die Statusänderung mit ihren unerwarteten Perspektiven (Eingliederung als gleichberechtigtes Bundesland in das deutsche Staatsgefüge, Bestimmung zur Hauptstadt im Wartestand und die Chance, durch Überwindung der Spaltung zu einer echten europäischen Metropole zu wachsen). Auf der anderen Seite erwiesen sich diese Veränderungen einstweilen als ungedeckter Scheck auf die Zukunft.



15. Aufbrüche und Einbrüche:

die Gestaltung der Einheit und Berlins abermalige Suche nach sich selbst

Der Anspruch: auf der Suche nach dem richtigen Bild

In der ersten Dekade nach der Vereinigung entwickelte Berlin ein neues, widersprüchliches Profil. War eine erste Etappe des Wandels, die formelle Herstellung der Einheit, binnen elf Monaten bewältigt, so erwies sich ihre Ausgestaltung als mühevoll und langwierige Angelegenheit. In dieser zweiten, von 1990 bis zum Umzug von Bundestag und Bundesregierung 1999 dauernden Etappe sah sich die zeitweise zur „Werkstatt der Einheit“ apostrophierte Stadt einer Fülle miteinander verknüpfter Einzelfragen gegenüber, auf die sie im ersten Anlauf nur wenige wirklich überzeugende Antworten fand, die sie deutlich überforderten – und überfordern mussten.⁷²⁴ Infolge dieser Überforderung schwankten die Bevölkerung der Stadt und ihre politischen Repräsentanten zwischen Kleinmut und Selbstüberschätzung. So eindrucksvoll, effektiv und gründlich die Vereinigung der Stadt in einzelnen Bereichen, etwa in der Verwaltung und bei der Herstellung einer einheitlichen Infrastruktur, auch gelang, die große, den ungeheuren Vorgang symbolisierende und nach der formellen Vereinigung ein neues Gefühl der Einigkeit stiftende Geste blieb unerreicht. Das wäre nicht weiter bemerkenswert, hätte die Politik nicht ausdrücklich nach solchen Gesten als politischer Impulsgeber gesucht. Doch gemessen am eigenen Anspruch misslangen diese Berliner Gesten allesamt – von der Olympiabewerbung bis zum Versuch der Schaffung eines gemeinsamen Bundeslandes mit Brandenburg. Die gelungenen, die Stadt voranbringenden Impulse, etwa die Reichstagsverhüllung oder der Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin, kamen vielfach von außen.

Das Scheitern der großen Gesten und Symbole sagt viel über den überhöhten Anspruch an sich selbst und überdeckt die beachtlichen Leistungen der realen Vereinigung, bei der Berlin, wie sich Ende der neunziger Jahre zeigte, erfolgreicher war, als es selbst von Skeptikern für möglich gehalten wurde.

Der Abbruch: Symbole verschwinden

Nach dem Fall der Mauer dominierten Symbole die öffentliche Debatte – an erster Stelle der Abriss des „antifaschistischen Schutzwalls“. Der Berliner Politik genügte es nicht, dass die Mauer offen war, sie musste weg, und zwar rasch. Noch vor Herstellung der Vereinigung begann am 13. Juni 1990 ihr Abriss. In wenig mehr als

fünf Monaten verschwand die „Schandmauer“ und am 30. November 1990 fiel an der Provinzstraße zwischen Wedding und Pankow das letzte Teilstück. Die Schleifung des monströsen Baus erfolgte gründlich: Nur einige wenige, kurze Stücke blieben stehen zur Erinnerung und Mahnung. Etwa ein 70 Meter langer Abschnitt an der Bernauer Straße zwischen Wedding und Prenzlauer Berg, wo am 13. August 1998 die „Gedenkstätte Berliner Mauer“ entstand, einige Meter zwischen Preußischem Landtag und Prinz-Albrecht-Gelände, und die seit September 1990 in Friedrichshain bestehende East-Side-Gallery an der Mühlenstraße, wo 118 Künstler einen 1,3 Kilometer langen Mauerabschnitt mehr oder minder originell bemalten. Der Rest: verkauft, zerkleinert, vornehmlich genutzt für den Straßenbau. Als Ende 1991 auch die Absperranlagen zum übrigen Umland verschwunden waren, schien es kaum glaubhaft, dass das berüchtigste Bauwerk Berlins einmal in der Lage gewesen sein sollte, die Stadt über drei Dekaden lang zu teilen.⁷²⁵

Das zweite Symbol, das aus der Stadt verschwand, waren die Alliierten. Nachdem sie mit dem 3. Oktober 1990 ihre Vorbehaltsrechte ausgesetzt hatten, reduzierten sie Schritt für Schritt ihre Truppen und lösten ihre Einrichtungen auf. Der Alliierte Kontrollrat am Schöneberger Kleistpark, de facto nur von 1945–48 ein arbeitsfähiges Vier-Mächte-Organ, wurde 1990 formell aufgelöst und das Gebäude wieder der Justiz zur Verfügung gestellt. Das im Mai 1992 neu gebildete Landesverfassungsgericht wacht dort seitdem über die Einhaltung der Berliner Verfassung.⁷²⁶

Die dem Kontrollrat unterstellte und für Berlin zuständige Alliierte Kommandantur, untergebracht im Gebäude des Verbandes der öffentlichen Feuerversicherungen in der Kaiserswerther Straße in Dahlem, wurde gleichfalls 1990 aufgelöst. Der Präsident und das Präsidialamt der Freien Universität Berlin nutzen nun den vornehmen Backsteinbau.

Im Sommer 1994 folgte die mit einigem Aufwand zelebrierte Verabschiedung der letzten alliierten Soldaten. Auf eine gemeinsame Feier aller vier Alliierten, die hätte verstanden werden können als Geste der Versöhnung, konnten sich die Beteiligten nicht einigen. So erfolgte der getrennte Auszug mit jeweils doppelten Abschiedsparaden, Kranzniederlegungen, Empfängen und Sonderbeilagen der ortsansässigen Tageszeitungen.⁷²⁷ Im Sommer erreichten die Feierlichkeiten ihren Höhepunkt. Am 12. Juli verabschiedete der amerikanische Präsident Bill Clinton die amerikanischen Soldaten. Eineinhalb Monate später, am 31. August, reiste der russische Präsident Boris Jelzin nach Berlin. Zusammen mit Bundeskanzler Kohl und dem neu gewählten Bundespräsidenten Roman Herzog entließ er die letzten russischen Militärs aus der von ihnen 1945 eroberten Stadt. Ein Festakt im Schauspielhaus am Gendar-

menmarkt, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt und ein militärisches Zeremoniell am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow,⁷²⁸ dann war die Ära der russischen Truppen in Deutschland beendet.

Gut eine Woche später, am 8. September 1994, gingen die letzten Franzosen, Briten und Amerikaner, und mit ihnen verschwand der Begriff „West-Mächte“ aus der Gegenwart in die Geschichte Berlins.⁷²⁹ Am Vormittag empfingen Bundeskanzler und Bundespräsident im Schloss Charlottenburg US-Außenminister Warren Christopher, den britischen Premier John Major und den französischen Staatspräsidenten François Mitterand. Es folgte eine Gedenkstunde am Luftbrückendenkmal vor dem Tempelhofer Flughafen, ein Festakt im Schauspielhaus, ein Großer Zapfenstreich am Brandenburger Tor, den erstmals in Berlin die Bundeswehr veranstaltete, bildeten den Schlusspunkt.

Alles in allem – je nach Standpunkt und Sicht – ein Abschied in Wehmut und Erleichterung. Das eigentliche Verdienst jener Politik in Gesten während des Sommers 1994 bestand darin, dass der Abzug halbwegs würdevoll und ohne größere Peinlichkeiten ablief, trotz geräuschvoller diplomatischer Unstimmigkeiten im Vorfeld. Alle Beteiligten konnten letztlich ihr Gesicht wahren und vor allem die russischen Truppen zogen ab, ohne das Gefühl haben zu müssen, im Nachhinein zu Verlierern des Zweiten Weltkriegs geworden zu sein. Bei den West-Mächten zeigte schon die enorme Anteilnahme der Bevölkerung ein letztes Mal, dass ihr vielfach beschworener Wandel zu Schutzmächten keine sentimentale Worthülse war, sondern vor allem gegenüber den Amerikanern eine tief verankerte Empfindung.

Am 9. September 1994, dem ersten Tag Berlins ohne alliierten Beistand, stand die Stadt ein wenig wackelig auf ihren Beinen. So konsequent der alliierte Abzug nach der Vereinigung war, er hinterließ eine Lücke. „Lasst uns nicht allein“, titelte die links-alternative „tageszeitung“ in frecher Zuspitzung einen ihrer Kommentare – die Empfindung spiegelte ironisch treffend das Gefühl des Verlustes. Mit dem Auszug der Russen, Franzosen, Briten und Amerikaner verlor die Stadt ein Stück Internationalität. Zweifellos war dieses internationale Flair politisch motiviert und nicht frei von Skurrilitäten, aber es hatte der Stadt nicht wenige Impulse und immer wieder internationales Publikum gebracht. Auch hier standen die Amerikaner an erster Stelle. Anders als die Sowjets, die sich selten auf lange und außer in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf öffentliche Debatten einließen, anders als die gegenüber Berlin stets ein wenig frostigen Franzosen und die eher zurückhaltenden Briten hatten sich die „Amis“ stets mit Lust und Leidenschaft in das politische Leben der Stadt eingemischt. Kommentare, Buchbeiträge und Radioauftritte amerikanischer

Gesandter waren keine Seltenheit, amerikanische Soldaten gehörten seit Kriegsende zum festen Inventar des Kurfürstendamms und waren in ihrer unwiderstehlichen Fröhlichkeit stets auf dem Boulevard präsent; und nicht wenige FU-Studenten fanden sich plötzlich und unerwartet geladen zur Diskussion im Amerika-Haus, wenn nicht gar zum Tee beim Botschafter und staunten über die Neugier und schnörkellose Direktheit, mit der dort geredet wurde. Auch wenn die Meinungsverschiedenheiten oft groß und die Generationenkonflikte gelegentlich unüberbrückbar erschienen, die insistierende Beharrlichkeit, mit der die amerikanischen Repräsentanten in Berlin ihr Verständnis von Demokratie vorlebten und sich einmischten, prägte im Westteil der Stadt gut zwei Generationen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten.

Der Umbau: mehr als finanzielle Desaster

Weitaus schwieriger als die Verabschiedung der Spaltungssymbole war der Umbau des politischen Systems. Hier änderte sich für Berlin mehr als für jede andere Region in Deutschland. Während die westlichen Bundesländer institutionell kaum einen Wandel erfuhren und die ostdeutschen Länder vollkommen neu aufgebaut werden mussten, bestand in Berlin eine Sondersituation. Mit West-Berlin gab es ein Bundesland mit einstigem Sonderstatus, das nun befreit von allen Vorbehalten sich zurechtzufinden hatte mit allen Rechten und Pflichten im föderalistischen Staat, und das zudem fusionierte mit dem zwischenzeitlichen Quasi-Bundesland Ost-Berlin.

Zunächst verschwanden die Rücksichten, die die Stadt in den vergangenen vierzig Jahren stets genossen hatte. An erster Stelle stand der zügige, fast eilige und von den städtischen Politikern heftig beklagte Abbau der Berlin-Subvention – der bislang einzige Subventionsabbau dieser Dimension, der je in der Bundesrepublik hatte durchgesetzt werden können. Seit der politischen Spaltung 1948/49 unterstützte die Bundesrepublik West-Berlin massiv, um zu vermeiden, dass die vom Bundesgebiet weit entfernte und vom Umland abgeschnürte Stadt wirtschaftlich abstürzte. Auch wenn das Ziel, West-Berlin an das westdeutsche Wirtschaftswachstum anzukoppeln, nie wirklich erreicht wurde, ohne diese Subventionen wäre das Überleben der Halbstadt unmöglich gewesen.⁷³⁰

Nach der Vereinigung beschloss der Bund das Ende dieser Unterstützung binnen fünf Jahren. Betrogen die Überweisungen für Berlin aus dem Bundeshaushalt 1991 noch 14,5 Milliarden DM, so verringerte sich die Summe 1994 auf gut ein Drittel, 5,6 Milliarden DM, bevor am 1. Dezember 1994 die letzte Rate in Höhe von 227,5

Millionen DM in die Stadt floss. Damit hatte West-Berlin in 42 Jahren etwa 248,5 Milliarden DM erhalten; Sonderaufwendungen, von der die Stadt profitierte, wie etwa die Transitpauschale, nicht gerechnet. Trotz manch unbestritten unsinniger Ausgabe ein Beitrag, der sich verbuchen ließ als langfristig ertragreiche Investition in die Vereinigung, die ohne die Existenz West-Berlins nicht vorstellbar ist.

In Folge des Subventionsabbaus und seiner strukturellen wirtschaftlichen Schwächen geriet Berlin in dramatische Finanznöte. Durch die Vereinigung stiegen die Ausgaben stark an, ohne dass dafür ausreichend Geld zu Verfügung stand. Lagen die Ausgaben im Vereinigungsjahr 1990 noch bei etwas über 25 Milliarden DM, so waren sie 1992, beim ersten regulären Gesamtberliner Haushalt bereits auf fast 42 und bis 1995 auf 43 Milliarden DM geklettert, bevor die Summe aufgrund dramatischer Einnahmeausfälle wieder sank und im Jahr 2000 bei rund 41 Milliarden DM lag.⁷³¹

Mitte der neunziger Jahre deckte Berlin etwa ein Drittel seiner Ausgaben durch das eigene Steueraufkommen. Projektiert war zu diesem Zeitpunkt eine Steigerung der Steuereinnahmen von 15,7 auf 21 Milliarden DM im Jahr 2000 – eine Überschätzung. Tatsächlich sank das Steueraufkommen 1996 auf 15 Milliarden DM und lag im Jahr darauf bei 15,5 Milliarden DM. Erst danach wurde die Summe von 1995 wieder erreicht und stieg auf etwa 17 Milliarden DM im Jahr 2000. Zusammen mit den weiteren Einnahmen aus eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten, etwa Beteiligungen an Unternehmen sowie Verwaltungseinnahmen, Gebühren usw. stieg die eigene Kraft zur Deckung der Ausgaben zu diesem Zeitpunkt auf immerhin rund 45 Prozent.

Ein weiterer Teil der Einnahmen stammte aus dem Länderfinanzausgleich, im Jahr 2000 rund 10 Milliarden DM. Dazu kamen weitere Mittel aus dem Bundeshaushalt und verschiedene andere öffentliche Mittel, etwa 7 Milliarden DM. Beides zusammen deckte rund 40 Prozent des Budgets. Die restlichen 15 Prozent wurden durch Schulden und Vermögensverkäufe gedeckt, zusammen über 6 Milliarden im Jahr 2000.

Der weitaus größte Teil des Geldes wurde für das Personal ausgegeben, deutlich über 13 Milliarden DM, fast ein Drittel des gesamten Haushaltes. Die Sachausgaben schlugen mit knapp 10 Milliarden DM, etwas weniger als ein Viertel, zu Buche. Über 6 Milliarden, etwa 15 Prozent, wurden ausgegeben für laufende Zuweisungen und Zuschüsse, etwa an Unternehmen für so genannte „betriebsfremde Lasten“, an Einrichtungen in Kultur und Forschung und andere. Deutlich über 2 Milliarden DM, etwa 6 Prozent, flossen in die Schuldendiensthilfen, über 5 Milliarden DM, et-

wa 13 Prozent, wurden für Investitionen ausgegeben. Der Rest, etwas über 3 Milliarden DM, rund 7 Prozent, mussten für Schuldzinsen aufgebracht werden.

Die Zahlen spiegelten – und spiegeln – die Kernprobleme der Berliner Finanzsituation:

- Die eigene Kraft und die eigenen Einnahmen deckten nicht einmal die Hälfte der Ausgaben.
- Die Ausgaben – insbesondere für Personal – lagen deutlich über dem, was sich die Stadt leisten konnte.
- Das dramatische Defizit konnte nur durch neue Schulden und den Verkauf des „Tafelsilbers“ in Grenzen gehalten werden – das mochte für eine Übergangszeit und bei einem Konzept, das langfristig zu einer realen Deckung des Ausgaben führte, vertretbar sein.

Das große Dilemma der Berliner Finanzsituation bestand darin, dass es – sollte nicht ein radikaler Neuanfang erfolgen, wofür während der gesamten neunziger Jahre keine politische Mehrheit bestand – nur geringe Handlungsspielräume gab. Da die Einnahmen kurzfristig auch nicht annähernd ausreichend zu steigern waren, blieben als Handlungsfelder nur die Personalkosten und die weitere Schuldenaufnahme. Beim Personal hatte sich der Senat auf das Prinzip festgelegt, ohne „betriebsbedingte Kündigungen“ auszukommen. In der Folge kam es zu einer schrittweisen Reduzierung des Personalbestandes durch Maßnahmen wie „Verrentung“ oder bei einem Wegfall der Stellen mit „Verschiebung“ von Teilen des Personals auf die so genannte „Überhangliste“. Dadurch wurde der Personalbestand des Landes Berlin, der nach der Vereinigung über 206.000 betragen hatte, auf 144.000 im Jahr 2000 reduziert.⁷³² Auf dem Papier ein Erfolg.

Der unvermeidliche Personalabbau hatte jedoch auch fatale Folgen: Durch den weitgehenden Einstellungsstopp während der neunziger Jahre kam es zur Erstarrung innerhalb des Personalgefüges. Überalterung und Inflexibilität waren unter diesen Umständen die Folge – genau das Gegenteil dessen, was zur gleichen Zeit in den Medien vom Personal und einer modernen Personalführung gefordert wurde. Zudem wurde den Bediensteten durch die umfassenden Umstrukturierungen enorme Anpassungsleistungen abverlangt. Nicht zuletzt die permanente öffentliche Debatte und Behandlung der Menschen als „fiskalische Verschiebemasse“ wirkten vielfach lähmend. Ein insgesamt nur begrenzt motivierter Personalbestand war das nahezu zwangsläufige Ergebnis.

Gleichzeitig versuchten Senat und Bezirke die verfahrenere Situation durch ein Reformprogramm in den Griff zu bekommen. Neben der Personalreduktion zählten dazu eine am 26. März 1994 beschlossene Gebietsreform mit einer Reduzierung der Zahl der Bezirke von 23 auf 12 am 1. Januar 2001, eine zum gleichen Datum in Kraft tretende „Funktionalreform“ mit einer Verlagerung zahlreicher Aufgaben aus der Haupt- in die Bezirksverwaltung sowie eine Reihe ressortübergreifender Reformprojekte mit dem Ziel, die Verwaltung an den Bedürfnissen der Bürger, am Wettbewerb, an moderner Qualitätssicherung zu orientieren.⁷³³

Dennoch brachten diese Maßnahmen sowie die unter der Ägide der Finanzsenatorin Fugmann-Heesing 1995–99 strenge und konsistente Haushaltspolitik bis 2000 nicht die Sanierung des Budgets. Immer wieder neu auftauchende „Haushaltslöcher“ erzwangen in jedem Haushaltsjahr der neunziger Jahre Krisensitzungen, Sparrunden und neue „drastische Maßnahmen“ von der obligatorischen „Haushaltssperre“ bis zum Verkauf von Grundstücken, der Privatisierung städtischer Betriebe – und immer wieder neue Schulden. Bis zum Jahr 2000 hatten sich die Verbindlichkeiten auf 65 Milliarden DM summiert – eineinhalb Jahresbudgets, deren Reduzierung voraussichtlich Jahrzehnte beanspruchen und die Handlungsspielräume langfristig einengen wird.

Die Koalition: lähmender Mainstream und bequeme Nischen

Während die Finanzprobleme zum ständigen und heftig diskutierten Stadtthema gehörten, dominierte in der Anfangszeit die politische Vereinigung. Das hieß zunächst die Zusammenführung der in beiden Teilstädten bestehenden oder neu etablierten politischen Organe. Zwei Monate nach der Vereinigung fanden am 2. Dezember 1990 die ersten gesamtdeutschen Wahlen statt. Für die Berliner eine doppelte Premiere: Zum ersten Mal konnten sie an den Wahlen zum Deutschen Bundestag teilnehmen und die Ost-Berliner wählten erstmals ein Abgeordnetenhaus.⁷³⁴

Die direkte politische Folge der Abgeordnetenhauswahl war der Verlust der Macht für die SPD/AL-Koalition. Die beiden großen Parteien einigten sich darauf, dass zur Lösung der hauptstädtischen Probleme eine Regierung mit einer breiten politischen Mehrheit erforderlich sei und es kam zügig zur Bildung einer Großen Koalition. Am 24. Januar 1991 wurde Eberhard Diepgen (CDU) zum Regierenden Bürgermeister der ersten Gesamtberliner, von einer Großen Koalition aus CDU und SPD getragenen Landesregierung nach der Vereinigung gewählt.⁷³⁵

Neben dem Regierungswechsel auf Landesebene brachten auch die Bundestags-

wahlen vom 2. Dezember eine Reihe neuer Erkenntnisse. Von einer Ausnahme abgesehen erzielten die Parteien in Berlin deutlich schlechtere Ergebnisse als im Bundesdurchschnitt, bestenfalls ähnliche. Diese Ausnahme war die gewendete SED. Lag die PDS im Bundesdurchschnitt bei 2,4 Prozent, so erzielte sie in Berlin mehr als das Vierfache: 9,7 Prozent. Auch im Vergleich mit der alten Bundesrepublik und der aufgehörten DDR nahm die PDS den Spitzenplatz ein. Mit Blick auf den Westen konnte das noch vernachlässigt werden, denn im Bundesgebiet erzielte die Partei ganze 0,3, in West-Berlin 1,3 Prozent, und war damit in beiden Fällen weit entfernt von der Fünfprozentmarke. Ganz anders das Bild im Osten: Erreichte die PDS im Durchschnitt der östlichen Länder 11,1 Prozent, so erzielte sie in Ost-Berlin mit 24,8 Prozent mehr als das Doppelte.

Damit zeichnete sich eine Berliner Sonderstellung im deutschen Parteiengefüge ab. Die PDS etablierte sich in Ost-Berlin nach der SPD als zweitstärkste, in der Gesamtstadt nach CDU und SPD immerhin als drittstärkste Kraft. „Vorübergehender Vereinigungsschmerz“ lautete das vorherrschende Erklärungsmuster, aber bereits die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen vom 24. Mai 1992 widerlegten diese Interpretation.

Zweieinhalb Jahre später deutete das Ergebnis der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 keineswegs hin auf ein baldiges Ende der PDS als politischen Einflussfaktor – im Gegenteil.⁷³⁶ Während die Regierungskoalition insgesamt etwa 6,5 Prozent vor allem zu Lasten der FDP verlor und SPD sowie die inzwischen zu einer Partei fusionierten Bündnis 90/Die Grünen etwa ebenso viel gewannen, steigerte die PDS ihr Ergebnis deutlich. Bundesweit verbesserte sie sich von 2,4 auf 4,4 Prozent, in Berlin war der Zuwachs fast doppelt so hoch (+ 3,7 %). Letztlich konnte die PDS die nun bundesweit geltende Fünfprozentklausel allerdings nur deshalb überspringen, weil es ihr gelang, in Berlin vier der insgesamt 13 Direktmandate zu erringen (die SPD gewann drei, die CDU sechs). „Berlin – Hauptstadt der PDS“ konstatierten so übereinstimmend wie ratlos die überregionalen Kommentatoren. Die CDU zehn Prozent unter, die PDS zehn Prozent über dem Bundesdurchschnitt – so ließ sich die Berliner Sondersituation 1995 charakterisieren.

Bei den Bundestagswahlen 1998 und den Abgeordnetenhauswahlen 1995 und 1999 bestätigten die Wähler die starke Stellung der PDS. 1998 übersprang die Partei mit 5,1 Prozent sogar erstmals bundesweit die 5-Prozent-Marke.⁷³⁷ Die PDS hatte sich über ihre Hochburg Berlin als bundespolitischer Faktor etabliert.

Der langfristige Erfolg der PDS ist ein Teil des nachhaltigen Erbes der DDR, der sich aus einem Bündel von Faktoren speiste. Das rhetorische Talent und die Medien-

präsenz ihres langjährigen Vorsitzenden Gregor Gysi zählten hierzu ebenso, wie der nach außen durchaus erfolgreich verkaufte, im Innern nur halbherzig vollzogene Wandel von der stalinistischen Kaderpartei zum Sammelbecken „aufrechter Sozialisten“. Darüber hinaus verstand es die PDS für viele überzeugend, sich als Anwalt ostdeutscher Interessen zu profilieren. In einigen östlichen Bezirken Berlins gelang ihr zudem ein umfangreiches Netz an Organisationen, Vereinen und Gruppen mit sozial- oder kulturpolitischen Zielen zu okkupieren oder neu zu gründen, wobei zahlreiche Einrichtungen selbst auf den zweiten Blick nicht als von der PDS beeinflusste oder gar dominierte Organisationen zu erkennen sind. Damit verfügte die Partei über ein Instrument der „Basisarbeit“, um ständig in direktem Kontakt mit den Menschen zu stehen, die Stimmungen der Basis zu erkunden und in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Einer der Gründe für den Erfolg der PDS wurde allerdings oft übersehen. Fast alle Debatten kreisten im Kern um die Frage, wie die Stärke einer Partei zu erklären sei, deren Konzept nachweislich gescheitert war. Aus einer anderen Perspektive erschien dies weniger verwunderlich. Über vierzig Jahre hatte die SED mit einem erheblichen Aufwand versucht, ihre Ideen in den Menschen zu verankern. Trotz des Zusammenbruchs der DDR ist es deshalb im Grunde erstaunlich, dass ihr Nachfolger PDS lediglich zwischen zehn und zwanzig Prozent der abgegebenen Stimmen erringen konnte. Dass in Ost-Berlin, dem Zentrum der DDR und der bewusst geschaffenen Hochburg der SED, die eingeübten Denk- und Verhaltensmuster stärker verankert und langfristig wirksam waren, erschien in dieser Sicht als durchaus logisch. Ihr Wiedererstarken nach der Vereinigung verdankte die PDS zudem dem ungeschickten Verhalten der anderen Parteien. Sie stigmatisierten die PDS lange Zeit – wenn auch aus nachvollziehbaren Gründen – und versuchten sie zu isolieren, statt inhaltliche Debatten zu führen – eine bessere Wahlkampfhilfe ließ sich schwer denken.

Diese Sicht umgekehrt, betrug die Zustimmung zum neuen politischen System selbst in den größten SED-Hochburgen bei Wahlen etwa zwei Drittel, ansonsten im Ost-Berliner Durchschnitt 80, im ostdeutschen Durchschnitt 90 Prozent. Nach einem fundamentalen Wandel dieser Art, wären weitaus niederschmetterndere Ergebnisse denkbar.

Die Bedeutung der PDS lag in der ersten Dekade nach der Vereinigung – positiv gesehen – in ihrer Rolle als wichtiger Indikator, der Auskunft gab über das Befinden der Menschen auf dem Ex-DDR-Territorium. Drei sich zum Teil überlagernde Hauptempfindungen motivierten die Wähler zur Stimmabgabe für die PDS: Grund-

sätzliche Skepsis oder Ablehnung der neuen Demokratie, Enttäuschung über die Vereinigung und ihre Folgen sowie der Versuch, gelebtes Leben nicht im Nachhinein zu entwerten und sozialistische Ideale zu bewahren.

Die Existenz der PDS hat die Parteienlandschaft in den neunziger Jahren deutlich verändert, in Berlin stärker als im übrigen Deutschland. Nachdem die Grünen bereits in den achtziger Jahren das traditionelle Dreiparteiensystem aufgebrochen und sich etabliert hatten und die FDP in der politischen Bedeutungslosigkeit versunken war, besteht in Berlin ein Vierparteiparlament. Einstweilen dominierten bei den Koalitionsbildungen traditionelle Muster. In einer Konstellation mit einer relativ starken bürgerlichen Partei, der CDU, einer insgesamt schwächer werdenden SPD und zwei kleineren Parteien, die den Rest des Spektrums auf der Linken teilen, sind neue Konstellationen mittelfristig unausweichlich.

Das Erbe: Akten und Geschichten

Auch in anderen Bereichen wurde das Erbe der DDR in Berlin in besonderer Weise sichtbar. So entstanden im Zuge der Auflösung des sozialistischen Staates zwei riesige neue Institutionen: die „Treuhandaanstalt“ und die Einrichtung des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“.

Die zum 1. März 1990 noch von der DDR-Regierung errichtete Treuhandaanstalt mit Sitz im damaligen Haus der Ministerien⁷³⁸ in der Leipziger Straße 5–7 hatte die Aufgabe, die ehemaligen volkseigenen Betriebe und Kombinate der DDR zu reorganisieren, zu sanieren und schließlich zu privatisieren. Hinter dieser schlichten Formulierung verbargen sich anfänglich fast 8.500 Betriebe mit nicht weniger als 40.000 Betriebsstätten und zusammen vier Millionen Beschäftigten sowie etwa 60 Prozent der Fläche der DDR. In den fünf Jahren ihres Bestehens bearbeitete die weltweit größte Holding, die es je gab, über 13.800 Unternehmen bzw. Unternehmungsteile. Mehr als 6.500 wurden privatisiert, rund 310 kommunalisiert und 3.700 Betriebe liquidiert. Mit ihrer Auflösung zum 31. Dezember 1994 blieben lediglich 192 Betriebe übrig, die keinen neuen Besitzer gefunden hatten.⁷³⁹

Eine eindrucksvolle Bilanz. Binnen eines halben Jahrzehnts war damit eine sozialistische Volkswirtschaft vollständig in ein marktwirtschaftliches System überführt worden. Allerdings forderte die Transformation ihren Preis: Der Vorsitzende Rohwedder wurde ermordet (auch wenn das Attentat nicht direkt mit seiner Arbeit als Vorsitzender der Anstalt zu tun hatte), immer wieder wurden Skandale publik, nach

denen einige der 4.000 Beschäftigten ihr Wissen für kriminelle Geschäfte nutzten, schließlich avancierte die Treuhandanstalt in weiten Kreisen der ostdeutschen Bevölkerung zum Synonym für einen gnadenlosen, ausschließlich am Profit interessierten Kapitalismus. Die vielfach mit den neuen Firmeninhabern ausgehandelten Beschäftigungsgarantien sahen dort viele Menschen weniger als Gewinn und als Weg in eine tragfähige Zukunft, sondern sie betrauten vielmehr die verlorenen Arbeitsplätze. Der neue Prozess wurde begriffen als Folge der „Wende“, nicht als Erblast der DDR und ihrer maroden Wirtschaft – entsprechend war die Stimmung.

Ein auf andere Weise lange wirksames Erbe beherbergt die Behörde mit der umständlichen Bezeichnung: „Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“. Als erste Bundesbehörde nahm die neue Einrichtung ihren Hauptsitz in den neuen Bundesländern. Sie verwaltet den Nachlass der Stasi und gewährt Einsicht in die Akten, ein bislang einmaliger und nicht unumstrittener Vorgang. Die zeitweise über 3.000 Beschäftigten standen vor einer kaum lösbaren Aufgabe: Sie sollten Auskunft geben über die Tätigkeit des am 8. Februar 1950 gegründeten Staatssicherheitsdienstes der DDR, der die Bevölkerung systematisch überwacht und jegliche oppositionelle Strömung mit dem Ziel der Zersetzung mehr oder minder effektiv unterwandert hatte.⁷⁴⁰ Im Kern erreichte die Stasi eines ihrer Hauptziele: Sie verbreitete eine Aura der Angst, der sich nur wenige zu widersetzen wagten.

Durch die Aufklärungsarbeit der Behörde, die sich einem unerwartet hohen und anhaltenden Ansturm an Anfragen ausgesetzt sah, lernten die einstigen Bewohner der DDR, wie tief ihre Gesellschaft durch ein Spitzelsystem zersetzt und wie intensiv auf zahlreiche Biographien Einfluss genommen worden war. Auch die Bundesdeutschen mussten erfahren, dass die Stasi keine reine DDR-Angelegenheit war. Einige tausende Bundesbürger hatten sich dem Staatssicherheitsdienst als „Informelle Mitarbeiter“ zur Verfügung gestellt und ihre Mitbürger bespitzelt. Bis in höchste Kreise der westdeutschen Politik – der Sturz des Bundeskanzlers Willy Brandt über den Spion Günter Guillaume ist das spektakulärste der bekannten Beispiele – war die Stasi eingedrungen. Die westdeutsche Gesellschaft musste lernen, dass zahlreiche ihrer Institutionen unterwandert worden und lange Zeit im Sinne der DDR beeinflusst worden waren.⁷⁴¹

Im Nachhinein und im Lichte der Akten erschien die „Arbeit“ der Stasi banal und perfide zugleich: banal, weil ein beachtlicher Teil der durch Bespitzelung gewonnenen Erkenntnisse nicht wirklich informativ waren – perfide, weil die Aura der Angst einen Zustand der Lähmung und Betäubung über Jahrzehnte aufrecht erhielt. Hinzu

kamen dramatische individuelle Schicksale: Durch die Lektüre der Akten erfuhren viele Menschen, dass jene, mit denen sie als Freunde gelebt hatten, in Wirklichkeit Spitzel gewesen waren. Als am bislang teuflischsten erwies sich die Art und Weise, wie mit der Gesundheit politischer Gegner umgegangen wurde. 1997 waren der Wissenschaftler Rudolf Bahro, 1998 der Musiker Gerulf Pannach und 1999 der Schriftsteller Jürgen Fuchs – alle drei Intellektuelle, die sich trotz Gefängnisstrafen, Ausweisung und heftiger Pressionen nicht ihre Kritik verbieten ließen – an Krebs gestorben. Es kam der Verdacht auf, die Stasi habe ihre Finger dabei im Spiel gehabt und „Röntgengeräte, andere radioaktive Strahlen oder auch radioaktive Substanzen gegen Oppositionelle“⁷⁴² eingesetzt. Zweifelsfrei belegen ließ sich bislang nicht, aber die Wahrscheinlichkeit, dass es so war, ist hoch. Allerdings besaß das Ministerium für Staatssicherheit im Umgang mit solchen Möglichkeiten einen erheblichen Freiraum, der ausgeschöpft wurde und „die gesundheitliche Gefährdung von Menschen in Kauf“ nahmen. Belegt sind „jährlich etwa 100 radioaktive Markierungsvorgänge in den siebziger und ... 30 bis 50 Vorgänge in den achtziger Jahren“.⁷⁴³ Dass zumindest Rudolf Bahro mit „radioaktiv markierter“ Post in Berührung kam, scheint wahrscheinlich.

Alles in allem hat die neue Behörde Licht in eines der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte gebracht. Das Interesse der Bürger ließ nicht – wie prognostiziert – nach fünf Jahren nach, sondern blieb konstant hoch. Dass viele der Erkenntnisse umstritten waren und heftig darüber debattiert wurde, war angesichts der unbequemen Materie kaum anders zu erwarten.

Es gab weitere Erbschaften der DDR – die Mauerprozesse, die Erkenntnis, dass an der Mauer weit über 1.000 Menschen gestorben waren und damit deutlich mehr als bekannt, und vieles mehr. Das neue Wissen bestimmte während der gesamten neunziger Jahre die öffentlichen Debatten mit. Sie waren fast immer mit Berlin verbunden, denn hier hatten die neuen Institutionen ihren Sitz, hier wurde über die Mauerschützen verhandelt, hier stellte die Treuhandanstalt Weichen für die Zukunft zahlreicher Menschen. Nachrichten aus Berlin bedeuteten deshalb für viele schlechte, zumindest unbequeme Nachrichten.

Im Unterschied zum übrigen Bundesgebiet erwiesen sich die Auseinandersetzungen in der Hauptstadt intensiver und direkter, nirgendwo sonst saßen sich so viele, in der einen oder anderen Weise Betroffene in Büros, in Gerichtssälen, bei Veranstaltungen direkt gegenüber. Dabei machte Berlin zwei Erfahrungen zugleich:

Auf der einen Seite glichen sich die Lebensverhältnisse tatsächlich aneinander an. Der Wohlstand in den östlichen Bezirken stieg an und einige überflügelten Mitte der neunziger Jahre die ärmeren Westbezirke.

Auf der anderen Seite erwies sich Berlin als der Ort, an dem die Differenzen deutlich wurden. Unterschiedliche Erfahrungen, Lebenswege, Irrtümer und richtige Entscheidungen aller Arten traten zutage und zeigten, dass es mit einer simplen „Angleichung der Lebensverhältnisse“ nicht getan war.

Die Administration: stille Erfolge und laute Niederlagen

Erwiesen sich die „Vereinigungen“ vor allem in der Wirtschaft und Vergangenheitsbewältigung als langwierige und schmerzhaft Lernprozesse, so gelangen sie bei der Herstellung eines arbeitsfähigen politischen Systems in vorbildlicher Weise. Schon vor der Vereinigung war es zu einem eindrucksvollen Neuanfang in Ost-Berlin gekommen. Am 6. Mai 1990 hatte die Bevölkerung dort die erste Stadtverordnetenversammlung seit 1948 frei gewählt. Am 28. Mai trat sie zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen und wählte am 30. Mai 1990 den neuen Magistrat mit Tino Schwierzina als Oberbürgermeister. Mit Elan und effektiver West-Berliner Hilfe lernte und lebte die neue Ost-Berliner Stadtregierung Demokratie und leistete ein eindrucksvolles Pensum mit dem Ziel, nicht nur „beizutreten“, sondern eine „Vereinigung auf Augenhöhe“ zu erreichen. Binnen weniger Monate schufen die neue Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat grundlegende demokratische Strukturen und initiierten zahlreiche Impulse, die später in die neue Berliner Verfassung einfließen.⁷⁴⁴ Während der ersten Legislaturperiode nach der Vereinigung blieben die unmittelbar spürbaren Folgen des veränderten Parteiengefüges vergleichsweise gering und verschwanden hinter dem breiten Rücken der Großen Koalition. Das erste gemeinsame Landesparlament konstituierte sich am 11. Januar 1991. Die Abgeordneten kamen in der Nikolaikirche zusammen, wo sich Berliner Parlamente schon mehrfach zu besonderen Anlässen versammelt hatten. In ihrer ersten Amtshandlung übernahm die Volksvertretung die bisherige West-Berliner Verfassung für die gesamte Stadt. Damit war Berlin auch staatsrechtlich vereint. Bereits am 25. Oktober 1990 beschloss die Volksvertretung, ihren Sitz vom Rathaus Schöneberg nach Berlin Mitte zu verlegen. Das Gebäude des einstigen Preußischen Abgeordnetenhauses wurde grundlegend renoviert und am 29. April 1993 hielt das Abgeordnetenhaus in seiner neuen Residenz die erste Plenarsitzung ab.⁷⁴⁵

Die Landesregierung versuchte ebenfalls Signale zu setzen und im Vereinigungsprozess voranzugehen. Am Anfang stand eine symbolische Handlung. Das vereinte

Berlin, so der Regierende Bürgermeister, solle nicht mehr vom Westen, sondern von der Mitte aus regiert werden. So bezogen Senat und Senatskanzlei, trotz lautstarker Einwände der Belegschaft und nach einigen stürmischen Personalversammlungen, bereits am 1. Oktober 1991 das Rote Rathaus, den traditionellen Amtssitz der Stadtregierungen in Berlin-Mitte. Ob und inwieweit dieser Umzug tatsächlich Einfluss auf politische Inhalte hatte, ist kaum nachzuweisen. Dass die Angleichung der Lebensverhältnisse und die Integration der Gesamtstadt in die neue Bundesrepublik Priorität besaßen, stand von vorneherein fest. Die inhaltliche Bilanz nach zehn Jahren zeigte Licht und Schatten zugleich:

- Auf der einen Seite standen beeindruckende, in der öffentlichen Debatte oft unzureichend zur Kenntnis genommene, geschweige denn ausreichend gewürdigte Leistungen. So wurden im Ostteil der Stadt elf Bezirksverwaltungen komplett neu aufgebaut, rund dreihundert größere Investitionsprojekte mit einem Potenzial von etwa 175.000 Arbeitsplätzen brachte der Senat auf den Weg, über eine halbe Milliarde Mark wurde in neue Gewerbezentren investiert. Mit Gründung der Berliner Bankgesellschaft erhielt der Finanzplatz Berlin eine annähernd national konkurrenzfähige Anstalt. Hinzu kamen die Vereinigung der Wissenschaftslandschaft, die Reorganisation der Museumslandschaft, die Wiederherstellung fast aller Ost-West-Straßenverbindungen, die Wiederinbetriebnahme lange stillgelegter S-Bahnlinien, die Sanierung der U-Bahn und die Verknüpfung beider Stadthälften mit einigen Dutzend neuen Buslinien. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen – in der Summe ein Pensum, das seinesgleichen sucht. Es gab in der Geschichte der Bundesrepublik kein Bundesland, das binnen so kurzer Zeit so viele und vielschichtige Probleme zu lösen hatte und erfolgreich gelöst hat. Gleichzeitig wurden die zentralen Defizite immerhin erkannt, die Verfassung überarbeitet und eine anspruchsvolle Verwaltungsreform auf den Weg gebracht.
- Den Erfolgen standen herbe Niederlagen gegenüber. Beispiele sind das zähe Ringen um den neuen Großflughafen oder die Art und Weise, wie das Schiller-Theater und die anderen staatlichen Bühnen im Handstreich geschlossen wurden. Als bitterste Niederlage wurde jedoch von vielen das klägliche Scheitern der Bewerbung um die Austragung der Olympischen Sommerspiele im Jahr 2000 empfunden. Sie zeigte in symptomatischer Weise die Grundprobleme der Stadt. All diese Beispiele waren jedoch nur das Symptom eines grundlegenden Dilemmas: Die politischen Eliten fanden keine Sprache für den fundamentalen Wandel, den die Stadt erlebt hatte. Mit dem Ton der Be-

schwichtigung, die Verantwortlichen würden die anstehenden Probleme schon lösen, wurden die Vereinigung und ihre Folgen administriert. Das Bewusstsein, dass tatsächlich eine Revolution stattgefunden hatte, griff nicht um sich. Die Chance für einen grundlegenden Strukturwandel, die Überwindung der West-Berliner Denkfiguren und -schemen wurden verschenkt, wie sich nicht zuletzt bei der Olympiabewerbung zeigte.

Die Verhüllung: Wahrnehmungen und Fehlwahrnehmungen

Die Olympiabewerbung begann mit einer Fehlwahrnehmung: Die Verantwortlichen unterstellten, die Ausstrahlungskraft des vereinigten Berlin wäre so groß, dass die Bewerbung im Grunde ein „Selbstläufer“ sei.⁷⁴⁶ Erst spät wurde dieser lange geleugnete Irrtum gesehen und dann nur halbherzig korrigiert. Hinzu kamen peinliche Fehler: Mängel in der Konzeption und vor allem unübersehbare personelle Fehlbesetzungen, vor allem an der Spitze. Die nachträgliche parlamentarische Untersuchung konnte den Gesamteindruck nicht verwischen, dass jene, die die Bewerbung zu organisieren hatten, zumindest ungeschickt operierten und offensichtlich vornehmlich am eigenen Fortkommen interessiert waren.

Wäre all das bei einem wirklich überzeugenden Konzept noch verkraftbar gewesen, ein Kardinalfehler belastete die gesamte Bewerbung in unrettbarer Weise: die Missachtung der Bevölkerung. Sie wurde weit gehend behandelt als Kulisse, die das Unternehmen gefälligst gut zu finden und möglichst vorbehaltlos zu bejubeln hatte. Die Verantwortlichen verstanden es nicht – und haben es auch nicht ernsthaft versucht –, die Bevölkerung mit wirklich stichhaltigen Argumenten vom Sinn des Unternehmens zu überzeugen und sie dafür zu begeistern. Dass es aber ohne Konsens in der Bevölkerung, ohne deren Beteiligung und Engagement nicht ging, schien den Organisatoren nicht einmal im Nachhinein zu dämmern. Dabei gab es Beispiele dafür, wie so etwas überzeugend und erfolgreich in Angriff genommen werden konnte: Als die norwegische Stadt Lillehammer den Zuschlag für die Olympischen Winterspiele 1994 erhielt, sahen sich die Organisatoren gleichfalls Vorbehalten in der Bevölkerung gegenüber. Dort jedoch wurde die Kritik ernst genommen und aus einer breiten, geschickt und landesweit geführten Debatte entwickelte sich schließlich ein umfassender Konsens für die Unterstützung der Spiele. Der darauf fußende gesellschaftliche Rückhalt förderte schließlich einen Geist zutage, der die Welt in Erstaunen versetzte und die Olympischen Spiele trug – Lillehammer tat etwas für die Olympischen Spiele und erhielt als Lohn eine Imageaufwertung, die das ganze Land voranbrachte.

In Berlin hingegen stand die Argumentation für die Olympiabewerbung auf tönernen Füßen: Statt klar zu machen, was für eine Chance die Olympischen Spiele bedeuteten, um etwa ein neues Berlin- und Deutschlandbild nach außen zu vermitteln, statt die Bedenken der Bevölkerung ernst zu nehmen und den Versuch zu unternehmen, sie im Dialog positiv zu wenden, wurde das Ereignis als wohlfeile Reparaturmaßnahme für die Überwindung der Teilungsfolgen „verkauft“. Die Olympischen Spiele sollten etwas für Berlin tun und nicht Berlin etwas für die Spiele.

Die Antwort kam am 22. September 1993 in Form einer schallenden Ohrfeige. Von den 89 Mitgliedern des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), das über die Vergabe der Sommerspiele zu entscheiden hatte, erhielt Berlin ganze neun Stimmen – und landete damit vor Istanbul (7 Stimmen) und hinter Manchester (11 Stimmen) auf dem vierten und vorletzten Platz. Eine Lehre, die noch lange schmerzte, aus der aber keine erkennbaren Konsequenzen gezogen wurden. Der Kommentar eines der Hauptverantwortlichen nach der Entscheidung, es sei zwar traurig verloren, aber „ja prima“, sich nicht gegen Sydney durchgesetzt zu haben, dokumentiert das peinliche Selbstverständnis der Organisatoren nachhaltig.

Was Berlin in den ersten Jahren nach der Vereinigung prägte, war nicht die Tatsache, dass sich die Stadt mit einer Reihe von Problemen und Ansprüchen überhoben hatte. Kein Wunder angesichts der Aufgaben. Was die zum Teil beachtlichen Erfolge allerdings zu Unrecht verblassen ließ, war vielmehr die Art und Weise, wie die Misserfolge – etwa bei der Olympiabewerbung – zustande kamen: durch Überschätzung der eigenen Ausstrahlung und andere Fehlwahrnehmungen, durch Nicht-Ausschöpfen der eigenen Möglichkeiten, durch falsche Personalentscheidungen und Missmanagement, durch ungenügende Nutzung, streckenweise Missachtung vorhandener Potenziale, insbesondere der Bevölkerung und ihrer Erfahrungen.

So scheiterte mit der Olympiabewerbung auch eine Politik, die in den achtziger Jahren in beiden, damals noch geteilten Stadthälften begonnen worden war. Ihre Grundidee war es gewesen, die Stadt weiterzuentwickeln durch die Veranstaltung

Aufbrüche und Einbrüche

Die Verhüllung des Reichstagsgebäudes und die Olympiabewerbung waren zwei für die neunziger Jahre symptomatische Ereignisse: Das eine Ereignis war eine überraschende, spielerische, ja heitere Volksversammlung im Angesicht eines faszinierenden Kunstwerks, das andere eine dilettantisch vorbereitete und mit einer deprimierenden Niederlage endende Ohrfeige für Berliner Metropolenansprüche. "Besinne dich auf deine Stärken", könnte die Lehre aus beiden Erfahrungen lauten.



von Großereignissen. Hier führte eine direkte Linie von den 750-Jahr-Feiern über die West-Berliner Veranstaltung „Europäische Kulturhauptstadt“, dem „Wall-Konzert“ 1990 bis zur Olympiabewerbung. Selbstverständlich können kulturelle oder sportliche Großereignisse dazu geeignet sein, die Ergebnisse einer Politik zu verdeutlichen oder bestimmte Etappen in Form eines Festes zu markieren – ein überzeugender Ersatz für eine umfassende Politikkonzeption waren und sind sie nicht.

Nach der olympischen Ohrfeige erfolgte die Verabschiedung dieses Ansatzes in so gründlicher Weise, dass die Politik ein der Stadt geschenktes Großereignis fast völlig verschlafen hat. Als im Sommer 1995 das Künstlerehepaar Christo und Jeanne-Claude für vierzehn Tage das Reichstagsgebäude verhüllten und gut vier Millionen Menschen den Platz der Republik mit nachdenklich-fröhlichem Leben erfüllten, sah sich der mit einem Informationszelt vor Ort präsente Bundestag einem Ansturm und Interesse gegenüber, wie er es noch nie erlebt hatte. Der Senat hingegen, offensichtlich in letzter Minute noch untergeschlüpft im Zelt des deutschen Souveräns, verschenkte die Chance, umfassend über seine doch vorzeigbaren Anstrengungen zu informieren.

Die Niederlagen: misslungene Gesten

Das misslungene Versuch, über symbolische Gesten einen Impuls für die weitere Entwicklung der Region zu erzielen, hatte auch Folgen für eine der zentralen Aufgaben, die sich der Senat gestellt hatte. Der Misserfolg trübte die Stimmung und schien den Elan der Akteure zu lähmen. Das schlug durch auf eine der wichtigsten Aufgaben der Berliner Politik: die anvisierte Fusion von Berlin und Brandenburg zu einem gemeinsamen Bundesland. Schon der Einigungsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten hatte eine solche Gebietsreform angeregt. Experten verknüpften damit die Hoffnung, auf diesem Weg auch die seit Jahrzehnten überfällige Reform der föderalen Struktur der Bundesrepublik voranzubringen. Seit der Vereinigung von Württemberg-Hohenzollern, Württemberg-Baden und (Süd-)Baden zum gemeinsamen Bundesland Baden-Württemberg im Jahr 1952 hatte es keine Neustrukturierung gegeben. Ein Erfolg der berlin-brandenburgischen Fusion hätte für die Reform des Föderalismus einen entscheidenden Durchbruch bedeutet und die Region hätte damit auch ein für den Gesamtstaat wegweisendes Zeichen setzen können.

Nach zum Teil schwierigen Verhandlungen beschlossen die beiden Landesregierungen im Frühjahr 1995 den „Staatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg ü-

ber die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes (Neugliederungs-Vertrag)“.⁷⁴⁷ Am 27. April unterzeichneten der Regierende Bürgermeister, Eberhard Diepgen, und der Ministerpräsident von Brandenburg, Manfred Stolpe, den Vertrag und zwei Monate später, am 22. Juni 1995, stimmten die Länder darüber ab. Im Abgeordnetenhaus von Berlin stimmten 188 Abgeordnete mit Ja, 43 mit Nein, zwei enthielten sich der Stimme. Damit war die Hürde der geforderten Zweidrittelmehrheit genommen, aber die Zustimmung dennoch weniger deutlich ausgefallen, als ursprünglich erwartet. Insbesondere innerhalb der CDU, wo einige Politiker eine „Verostung“ Berlins befürchteten, war die Fusion umstritten. In Brandenburg wurde gleichfalls eine Zweidrittelmehrheit mit 64 Ja- und 24 Neinstimmen erreicht.

Das Gesetz war an die Zustimmung der Bevölkerung gebunden. Werbekampagnen, Broschüren, Plakate, Veranstaltungen, Statements von Politikern, Unternehmern und Künstlern bereiteten die am 5. Mai 1996 durchgeführte Volksabstimmung vor.⁷⁴⁸ Besonders der Regierende Bürgermeister und der brandenburgische Ministerpräsident warben eindringlich, am Ende fast flehentlich um die Gunst der Wähler. Indessen: Die Mehrheit der Bevölkerung lehnte die Fusion ab – mit einem kuriosen Ergebnis. Hatte die Presse, insbesondere in den Tagen vor der Abstimmung, die West-Berliner als erstarrte, in ihren Nischen verharrende „Modernisierungsverhinderer“ im Visier, so waren sie nach der Auszählung der Stimmen die Einzigen, die für das gemeinsame Bundesland gestimmt hatten – wegen oder trotz der Ermahnungen, das blieb offen.

Insgesamt stimmten in Berlin 765.602 Menschen mit Ja (53,6 %) und 654.840 mit Nein (45,84 %) bei 7.826 Enthaltungen. Da das Gesetz für die Fusion eine Zustimmung von 714.135 Stimmen forderte, war die Zustimmung erreicht. In Brandenburg jedoch waren fast zwei Drittel gegen die Fusion. 814.936 (62,72 %) Bürger stimmten mit Nein, nur 475.202 (36,57 %) mit Ja und 9.280 enthielten sich.

Mit Blick auf Berlin war interessant, wie das Ergebnis zustande kam. Hier lag die Zustimmung in den östlichen Bezirken nur bei 44,58 Prozent, während die Ablehnung 54,91 Prozent betrug – das einstige Ost-Berlin war mehrheitlich gegen die Fusion, Köpenick (51,29 % Ja, 48,22 % Nein) und Weißensee (49,76 % Ja, 49,53 % Nein) ausgenommen.

Nur die hohe Zustimmung des einstigen West-Berlin mit 58,92 Prozent Ja- bei 40,51 Prozent Neinstimmen reichte unter dem Strich zum Berliner Ja für die Fusion. Am höchsten lag die Zustimmung in Charlottenburg (60,97 %), Wilmersdorf

(62,02 %) und Steglitz (62,36 %). Ausgerechnet das als vereinigungsfeindlich gescholtene Zehlendorf erreichte mit 67,9 Prozent Jastimmen die höchste Zustimmung überhaupt.⁷⁴⁹

In Brandenburg gab es weder in einer der kreisfreien Städte noch in einem der Landkreise eine Zustimmung. Den besten Wert erzielten noch die Kreise Potsdam-Mittelmark mit 39,5 Prozent, Teltow-Fläming mit 38,87 und Havelland mit 38,61 Prozent Jastimmen. Den Gegenpol bildete Frankfurt an der Oder mit nicht einmal einem Drittel Zustimmung (32,39 %). Die Ablehnung lag im besten Falle bei „nur“ 59,62 Prozent in Potsdam-Mittelmark und stieg bis auf 66,92 Prozent in Frankfurt an der Oder. Die höhere Wahlbeteiligung in Brandenburg – sie lag hier bei 66,38 Prozent im Unterschied zu 57,69 Prozent in Berlin – unterstrich die Ablehnung noch.⁷⁵⁰ Auch das Ergebnis der Zusatzfrage, die den Wählern einen Vollzug der Vereinigung 1999 oder 2002 anbot, lag im Trend der Gesamtentscheidung: Die Berliner wollten die Fusion mehrheitlich schon 1999, die Brandenburger erst 2002.⁷⁵¹

Mit der Ablehnung der Fusion misslang eines der zentralen Zukunftsprojekte der Region. Ratlos standen die führenden Politiker vor ihrem „Scherbenhaufen“⁷⁵², wie der brandenburgische Ministerpräsident konstatierte. Letztlich scheiterte die Fusion an zu vielen Einzelinteressen. Innerhalb der SPD und der CDU hatte es zahlreiche Stimmen gegen die Vereinigung gegeben und die Regierungschefs hatten weder die Kraft noch die Ausstrahlung gehabt, die an sich überzeugenden Argumente für die Fusion als entscheidend in der Debatte zu platzieren. Eine ernsthafte Debatte, die sich mit den Befürchtungen und Ängsten der Bevölkerung auseinandersetzte, hatte es nicht gegeben. Die Politik versuchte die Bevölkerung eher zu überreden – und erreichte damit möglicherweise das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigten: In diese Lücke stieß die PDS. Ohne ein eigenes Konzept vorzulegen, schürte und kanalisierte sie die Emotionen für sich und verstand es, die Abstimmung zu einer Denkmittelwahl gegen „die Regierenden“ aufzuladen. Dies korrespondierte mit der Befürchtung zahlreicher Brandenburger, das bevölkerungsstärkere Berlin werde Brandenburg „an die Wand drücken“. Hinzu kam das Gefühl, man habe seit 1989 so viele Veränderungen erlebt und erlitten und angesichts der gerade errungenen Selbständigkeit sei es wenig sinnvoll, das eben erst entstandene Bundesland Brandenburg zur Disposition zu stellen.

Nach dem Mai 1996 brach die projektierte und zum Teil schon realisierte Kooperation zwischen zahlreichen Behörden und Einrichtungen beider Länder ab und reduzierte sich auf ein notwendiges Minimum. Seitdem leben beide eher neben- als

miteinander: Brandenburg konzentrierte sich fortan auf sich selbst und Berlin richtete den Blick auf den Umzug von Parlament und Regierung als nächstem, die Stadt voranbringenden Ziel.

Der Sieg: Hauptstadtfragen

Die Hauptstadtfrage war eine der aufregendsten Debatten, die die Bundesrepublik in ihrer Geschichte erlebt hat. Schon kurz nach dem Fall der Mauer begann die Auseinandersetzung, der Berlin wie vom Donner gerührt gegenüberstand. Dabei verkannte die Stadt den tief greifenden Charakter der Diskussion, die nichts anderes war als die erste breit geführte Grundsatzdebatte über das Selbstverständnis der neuen Bundesrepublik. Vereinfacht lautete die Kernfrage: Sollte das vereinigte Deutschland einfach eine größere Bundesrepublik sein oder ein neues Land?

Die Auseinandersetzung durchlief mehrere Phasen. Zunächst plädierten insbesondere Politiker aus dem Rheinland für einen Verbleib der Hauptstadt in Bonn. Aus den südlichen Ländern kamen sowohl Stimmen für Bonn als auch für Berlin, der Norden tendierte eher zu Berlin und Ostdeutschland plädierte fast durchweg für Berlin. Die Debatte wühlte längst versunkene Begriffe und Auseinandersetzungen auf und offenbarte Verlustängste. Preußen, 1947 als Land formell von den Alliierten aufgelöst, tauchte plötzlich wieder als Schlagwort auf und wurde zum Synonym für die schlechte deutsche Vergangenheit und das Schreckbild einer übermächtigen Zentrale. Die Berlin-Befürworter dagegen reklamierten die Sonntagsreden und die Berlin-Bekenntnisse der 40 Jahre Teilungszeit für sich und pochten auf Glaubwürdigkeit. Bonns Befürworter wiederum führten die föderale Struktur des Landes ins Feld.⁷⁵³ So schaukelte sich die Debatte auf und es spielte keine Rolle, dass sich beide Seiten die Argumente zurechtbogen, wie sie sie benötigten, selbst wenn sie noch so dürftig waren.

Im Frühjahr 1991 schien sich auf der einen Seite eine numerische Mehrheit der Abgeordneten (darunter Norbert Blüm, Rita Süßmuth und Theo Waigel) für Bonn entschieden zu haben, während Berlin eine Reihe prominenter Politiker – darunter Willy Brandt, Wolfgang Schäuble, Wolfgang Thierse, Helmut Kohl – vorweisen konnte. Ein Markstein war das Bekenntnis des Bundespräsidenten, der sich anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Berlin am 29. Juni 1990 in der Nikolaikirche für Berlin als „Platz für die politisch verantwortliche Führung Deutschlands“ aussprach.⁷⁵⁴

Der öffentliche Streit komplizierte die parallel geführten Verhandlungen über den Einigungsvertrag. Es kam zu massiven Konflikten zwischen und vor allem innerhalb der westdeutschen Delegation über eine eindeutige Festlegung. Der Kompromiss lautete schließlich: „Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden.“⁷⁵⁵ Danach wurde Berlin mit dem Tag der Einheit, dem 3. Oktober 1990, zur Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, was mit der Parlaments- und Regierungsfunktion werden sollte, blieb einstweilen offen.

In der Folgezeit ging es bei der Debatte vor allem um das Profil der Hauptstadt, also um die Frage des Parlaments- und Regierungssitzes. Die Auseinandersetzung erlebte ihren Höhepunkt am 20. Juni 1991. In einer ganztägigen Debatte trugen die Volksvertreter im Deutschen Bundestag noch einmal die zentralen Argumente vor. Am eindringlichsten – und nach Aussagen zahlreicher Beteiligter in wohl entscheidender Weise – war die Rede Wolfgang Schäubles. Leise und nachdrücklich plädierte er für Berlin. Spannend war die Debatte nicht zuletzt deshalb, weil der sonst übliche Fraktionszwang aufgehoben war und die Meinungen quer zu den üblichen Konfliktlinien lagen. Mit der denkbar knappen Mehrheit von 338 zu 320 Stimmen fiel die Entscheidung für Berlin als Parlaments- und Regierungssitz.⁷⁵⁶

Der Schock in Bonn war beträchtlich, denn offenkundig hatten die Verfechter der Stadt einen Sieg erwartet,⁷⁵⁷ und nun befürchteten die Eliten den Niedergang der Region und malten entsprechende Schreckbilder an die Wand, die sich übrigens später nicht erfüllten. Die Entscheidung für Berlin spiegelte nicht die realen Machtverhältnisse der alten Bundesrepublik. Die Stimmen ihrer Vertreter zusammengenommen, wäre in der Tat Bonn Parlaments- und Regierungssitz geblieben. So gaben die Pro-Berlin-Stimmen der PDS den Ausschlag. Das verstärkte das Gefühl, es habe sich mit der Vereinigung doch mehr verändert als nur die Fläche der Bundesrepublik.

Der in der Folgezeit ausgehandelte Hauptstadtvertrag wurde am 25. August 1992 von Bundeskanzler Kohl und dem Regierenden Bürgermeister Diepgen im Wappensaal des Berliner Rathauses unterzeichnet. Darin definierten Bundesregierung und Senat ihre Zusammenarbeit „zum Ausbau Berlins als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland und zur Erfüllung seiner Funktion als Sitz des Bundestages und der Bundesregierung“.⁷⁵⁸

Parallel wurde ein Ausgleich für Bonn verhandelt. Eine neu gebildete „Unabhängige Föderalismuskommission des Deutschen Bundestages und des Bundesrates“ legte am 27. Mai 1992 einen Beschluss vor, nach dem zahlreiche Bundeseinrichtun-

gen nach Bonn und einige in die neuen Bundesländer verlagert werden sollten.⁷⁵⁹ Von größerer Bedeutung war, dass nicht die ganze Bundesregierung nach Berlin umziehen sollte. Beträchtliche Teile der Ministerien mit zusammen über 13.000 Bediensteten sollten in der neuen „Bundesstadt“ Bonn bleiben.⁷⁶⁰ Eine sachlich unsinnige Entscheidung, die zahlreiche Dubletten produzierte, endlose Dienstreisen und zusätzlich zur klassischen Hierarchie eine uneffektive regionale Teilung. Zudem griff diese Festlegung in die Organisationsfreiheit der Bundesregierung ein, indem sie die Existenz bestimmter Ressorts festschrieb. Dass diese Teilung keinen Bestand haben konnte, war von Beginn an klar. Dennoch wurde sie um des inneren Interessenausgleiches willen realisiert.

Im Sommer 1999 zog der Deutsche Bundestag in das umgebaute Reichstagsgebäude. Sonderzüge rollten von Bonn nach Berlin, Minister demonstrierten Hemdsärmeligkeit und packten für die Kameras die eine oder andere Kiste ein und wieder aus, das Publikum stand Schlange, um dem Parlament auf das neue Dach zu steigen, das sofort zum Symbol der neuen „Berliner Republik“ avancierte. Die Minister bezogen ihre neuen Ministerien und der Kanzler residierte einstweilen am zentralen Platz der Hauptstadt, wo seit dem späten Mittelalter die Politik ihren Sitz gehabt hatte. Berlin lebte sichtbar auf, genoss die neue Rolle und fühlte sich wichtig. Zwei Generationen nachdem in Berlin die erste deutsche Republik mit Hitlers Machtübernahme untergegangen war, wurde Berlin Parlaments- und Regierungssitz der zweiten deutschen Demokratie.

16. **Stadt des Wandels**

Ort des Politischen – wer nichts hat, macht Politik

Berlin ist eine Stadt des Wandels. Schnell, radikal und tief greifend hat das nur 800 Jahre junge Berlin ein Repertoire an Erfahrungen gesammelt, das seinesgleichen sucht. Die Rolle der Stadt als Bühne des Wandels ist von Beginn an erkennbar. Bereits die Gründung im umkämpften Grenzgebiet von Havel und Spree war politisch motiviert. Die brandenburgischen Landesfürsten gründeten die Doppelstadt als Plattform für ihre politischen Ambitionen, die Region zu dominieren und zu prägen. Das gelang eindrucksvoll und Berlin etablierte sich in wenigen Dekaden zu einer der wichtigsten und einflussreichsten Städte der Mark.

Im frühen 15. Jahrhundert kam es zu einer Auseinandersetzung ganz anderer Art. Berlin und Cölln hatten sich zu selbstbewussten mittelalterlichen Handelsstädten entwickelt. Das konfliktierte mit den Ansprüchen der Landesherren, sich als Territorialmacht zu etablieren. Sie strebten nach Machterweiterung und Bündelung der Kräfte. Das stand im Gegensatz zur starken Stellung der Städte. In weiten Teilen Nordeuropas sind ähnliche Prozesse beobachtbar, bei denen die Landesherren schrittweise die Städte übernahmen, um sie als Residenz und Plattform zu nutzen. Besonders hartnäckig war die Auseinandersetzung in und um Berlin. Sie gipfelte im Berliner Unwillen – einem letzten großen und in dieser Form in Deutschland einmaligen Aufbegehren einer freien mittelalterlichen Handelsstadt gegen die Herrschaftsansprüche der Landesherren.

Mögen Stadtgründung und Berliner Unwillen noch als Episoden erscheinen, werden spätestens seit dem 17. Jahrhundert politische Konflikte zur charakteristischen Konstante: Die Stadt entwickelt sich fortan zum ständigen Schauplatz des Politischen. Bemerkenswerterweise ist Berlin dabei oft mehr als eine Bühne, auf der sich historische Dramen abspielen. Vielfach ist die Stadt wichtiger Gegenstand und einflussreicher Akteur politischer Prozesse – überregional, später national und schließlich, zeitweise, auch international.

Ein Ort des Politischen: nie allein, aber immer dabei

Selbstverständlich ist Berlin nicht die einzige für politische Entwicklungen relevante Stadt in der Mitte Europas.⁷⁶¹ Allein im deutschen Sprachraum etablieren sich seit dem Mittelalter einige Dutzend politisch wichtige Orte. Als Residenz Karls des Großen und Krönungsort der Könige wird Aachen zu einem der politischen Mittelpunk-

te des Reiches. Später rücken im Kampf mit dem Papsttum Süddeutschland und München in den Mittelpunkt des Geschehens. An der Schwelle zur Neuzeit verschiebt sich das Gewicht nach Osten, Prag wird für eine längere Zeit zu einem maßgeblichen Zentrum. Mainz, Wien und das wandernde Heerlager Wallensteins sind im Dreißigjährigen Krieg politisch entscheidende Orte. Es folgt Regensburg, wo von 1663 bis 1806 der Immerwährende Reichstag seinen Sitz hat. Ende des 18. Jahrhunderts etabliert sich, als Echo auf die Französische Revolution, in Mainz für eine historische Sekunde die erste Republik in Deutschland. Nach der Niederlage Napoleons wird Wien für die Dauer des berühmten, die Sicherheitsarchitektur der Alten Welt neu definierenden Kongresses zur wichtigsten politischen Stadt in Mitteleuropa. Im 20. Jahrhundert sind – wiederum für einen historischen Augenblick – München mit der Räterepublik und später – für zwei Generationen – Bonn maßgebliche deutsche Schauplätze. All diese Orte haben zwei Dinge gemeinsam: Sie stehen nie allein und keiner von ihnen hält sich dauerhaft als Ort des Politischen:

Zu keinem Zeitpunkt gibt es in Deutschland vor dem späten 19. Jahrhundert, wie in England oder Frankreich, den maßgeblichen Ort, an dem sich mehr oder minder alle maßgeblichen politischen Kompetenzen bündeln. Durch die dezentrale Struktur Deutschlands stehen all die genannten Orte – und eben Berlin – stets in Konkurrenz zu anderen Plätzen; Macht und Einfluss bleiben räumlich und vielfach damit verknüpft auch inhaltlich geteilt.

Für eine gewisse Zeit wichtig, kann sich keiner der Orte dauerhaft als Platz des Politischen etablieren. Das gelingt allein Berlin. In keiner anderen deutschen Stadt ist politische Macht so häufig und für so lange Zeit präsent. Dies beginnt in der frühen Neuzeit, verstärkt sich mit dem Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht und setzt sich Mitte des 19. Jahrhunderts endgültig als prägende Konstante durch.

Ein Ort des politischen Widerspruchs: sich nicht abzufinden, darauf kommt es an

Eine Stadt als Schauplatz oder Bühne politischer Vorgänge ist nichts Ungewöhnliches. Die meisten in dieser Hinsicht wichtigen Städte sind Residenzen oder klassische Hauptstädte. Ihre Bedeutung ist abhängig von der Größe des jeweiligen Landes, dessen Wirtschaftskraft und militärischer Stärke, der Effektivität des politischen Systems und zahlreichen anderen Faktoren. Aus unterschiedlichen Gründen siedeln sich in den Residenzen und Hauptstädten die politischen Funktionen an, sie werden Sitz von Königen und anderen Landesherren, hier tagen die Kabinette, spä-

ter die Parlamente sowie andere einflussreiche Gremien und sie werden zum mehr oder minder dominierenden Zentrum der Machtausübung eines Landes.⁷⁶² Hier wird die Politik formuliert.

Hauptstädte sind sich selbst nicht genug. Sie sind Plattform, von der aus die Eliten versuchen, ihre Ziele auf das ganze Herrschaftsgebiet zu übertragen oder auch international durchzusetzen. Wesentlichen Einfluss auf die Inhalte nehmen die Städte als Resonanzboden, auf dem die politischen Eliten ihre Ideen, Ziele und Programme artikulieren und verstärken. Insofern sind die Hauptstädte oftmals Experimentierfeld für größer angelegte Prozesse wie Reformen oder gar Revolutionen.

Im europäischen Vergleich bietet der Blick auf Berlin als Schauplatz keine dramatischen Besonderheiten. Auch andere Städte erlebten Brüche und Veränderungen, waren überregional, phasenweise sogar welthistorisch von Bedeutung, wie etwa Paris 1789 als Bühne der Französischen Revolution. Berlin ist ein Schauplatz von vielen.

Weitaus seltener werden Städte zum Gegenstand, genauer: zum Thema von Politik.⁷⁶³ Athen und Sparta zählen in der Antike zu diesen Beispielen, natürlich Rom, später Jerusalem, Danzig, Hongkong – und eben Berlin.⁷⁶⁴ In Europa nimmt Berlin hier eine Sonderstellung ein, vor allem im 20. Jahrhundert. 1933–45 wird Berlin zum Synonym für das nationalsozialistische Deutschland. Hier konzentrierten sich beträchtliche Teile administrativer Macht, hier werden maßgebliche Teile der Schreckensherrschaft, etwa die industrielle Massenvernichtung von Menschen und der Eroberungskrieg, mit erdacht und ihre Umsetzung befohlen. 1945–89 ist die Stadt erneut ein zentraler Gegenstand der internationalen Beziehungen. Mitten durch Berlin verläuft spätestens seit 1948 der tiefe Riss zwischen Ost und West, der Umgang mit Berlin wird für zwei Generationen zu einem Schlüsselproblem nationaler und internationaler Politik. Was das bedeutet, zeigt sich 1961 mit dem Bau der Mauer. Der Versuch, sich vorzustellen, Städte wie Paris, London, Warschau, Budapest oder Madrid seien durch eine rund vier Meter hohe Betonmauer geteilt, veranschaulicht noch im Rückblick die Dimensionen dieser Politik. Zweifellos gibt es im Europa der Neuzeit keine zweite Stadt, die in diesem Umfang zum zeitweise welthistorisch relevanten Gegenstand internationaler Politik avanciert.

Zu den raren Ausnahmen in der Entwicklung einer Stadt gehört es, wenn sie zumindest zeitweise zum international einflussreich handelnden Subjekt wird. Als Subjekt kann eine Stadt dann gelten, wenn sich bei politischen Prozessen Einflüsse feststellen lassen, die über die Tatsache, dass ein Vorgang an einem bestimmten Ort stattfindet, oder dass dieser als Plattform für Experimente genutzt wird, deut-

lich hinausreichen.⁷⁶⁵ Es müssen in politischen Vorgängen Beiträge identifizierbar sein, die eindeutig mit einem bestimmten Ort verbunden sind. In Berlin ist das der Fall: Der besondere Widerstand der Stadt gegen die Machtansprüche der Landesherren zählt hierzu ebenso wie die „Unbesungenen Helden“ im Nationalsozialismus, auch das Standhalten der West-Berliner in der geteilten Stadt ist ein markantes Beispiel und schließlich die Art und Weise, wie die Mauer zum Einsturz gebracht wurde.

All diese Ereignisse fußen im Grunde auf dem gleichen Motiv: In verschiedenen Phasen findet sich Berlin mit seiner Rolle als Schauplatz und Gegenstand nicht ab. Weil Berlin für viele Zuwanderer zum Sprungbrett ihrer Visionen avancierte, fanden sich auch immer wieder Menschen, die die Belange der Stadt als ihre annahmen und sich engagierten. Einzelne Menschen oder Gruppen akzeptierten bestehende Zustände und die immer wieder aufbrechenden Krisen nicht, formulieren alternative Vorstellungen, setzen damit unübersehbare Zeichen und geben neue, gelegentlich wegweisende Impulse. Diese immer wieder neu sich artikulierende Widerborstigkeit trägt entscheidend dazu bei, dass die Stadt sich trotz der zahlreichen Krisen und tiefen Einschnitte behaupten und überleben kann.

Ein Ort der politischen Widersprüche: wer satt ist, braucht das Neue nicht

Die Funktionen Berlins als Schauplatz, Gegenstand und Akteur sind selten eindeutig trennbar. Die Grenzen fließen, fast immer bestehen enge Verknüpfungen zwischen den einzelnen Funktionen. Dennoch bleiben alle drei Faktoren in der Geschichte Berlins eindeutig identifizierbar und prägen die Stadt bis heute. Für diese Entwicklung gibt es fünf Hauptgründe, die sich mit den Stichwörtern Ideen, Wandel, Wechsel, Möglichkeiten und Kontroverse zusammenfassen lassen:

1. Ideen: Einer der wichtigsten Gründe für Berlins Entwicklung zum Ort des Politischen ist der Mangel an überzeugenden Alternativen. Ökonomisch zählt die Stadt durchweg zu den Habenichtsen – mit Ausnahme einer Phase im späten Mittelalter und einer Spanne von etwas mehr als einem Dreivierteljahrhundert zwischen 1850 und etwa 1925. Wirklich reich ist die Stadt nie. Natürliche Rohstoffe gibt es nicht. Die großen Handelsstraßen liegen seit 1945 abseits. Zu fast allen Zeiten – auch hier bilden die Jahre von etwa 1850 bis 1925 eine Ausnahme – müssen die Menschen mehr oder minder überredet werden, in die Stadt zu kommen. Kulturell ist Berlin höchstens für einige Dekaden ein überregional und für einige historische Augenblicke sogar ein international relevanter Impulsgeber. Das kometenhafte Erscheinen und Verschwinden des Bildhauer-

architekten Andreas Schlüter zählt hierzu, jene Phase in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit den Baumeistern Friedrich Gilly, Karl Friedrich Schinkel und dem Bildhauer Johann Gottfried Schadow, zweifellos die ersten drei Dekaden des 20. Jahrhunderts mit ihren Aufbrüchen in der Malerei, in der Literatur, im Theater, vielleicht noch einige glückliche Momente in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein national oder gar international dauerhaft prägendes Kulturzentrum war und ist Berlin nicht.

Unter diesen Bedingungen bleibt das eigentlich Erstaunliche, dass sich Berlin dennoch zu einem Kraftzentrum entwickeln kann. Immer wieder ist die Stadt zu neuen, unerwarteten Impulsen fähig. Drei Beispiele:

- Als nach dem Dreißigjährigen Krieg 1648 das Land neu aufgebaut werden muss, fehlen Fachkräfte. Der Landesherr nimmt sie, wo er sie bekommen kann, vor allem aus Frankreich vertriebene Hugenotten. Die Region braucht ihr Know-how und dafür erhalten die Umworbene, was ihnen am dringendsten fehlt: Glaubensfreiheit und eine neue Heimat. Neuberliner bringen der Region jenen technologischen Sprung, ohne den der Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht kaum möglich gewesen wäre. Berlin ist Schauplatz, als attraktivster Ansiedlungsort zugleich Gegenstand und durch die vergleichsweise gelungene Integration in Grenzen auch Akteur dieser Entwicklung.
- Nach der Eroberung Berlins 1806 durch Napoleons Truppen ist der preußische Staat de facto zusammengebrochen. Das Land liegt am Boden und Preußens Zukunft ist mehr als fraglich. In dieser verzweifelten Situation kommen während nur wenig mehr als einer knappen, hektischen Dekade ehrgeizige Reformer um Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein und Karl August Fürst von Hardenberg in höchste Staatsämter und legen das Fundament für einen modernen Staat – eine in mehrfacher Hinsicht zwiespältige Modernisierung. Dass dieser Aufbruch politisch später nicht weitergeführt wird und die 48er-Revolution scheitert, gehört zu den tragischen und folgenreichen Prozessen des 19. Jahrhunderts. Auch hier ist Berlin Schauplatz, zugleich aber auch Gegenstand, etwa bei der Realisierung der Reformen der Bildung, wo die nach Humboldts Ideen umgestaltete Berliner Universität zur internationalen Blaupause einer modernen Spitzenuniversität wird, und spätestens im März 1848 Akteur von Politik: Die Berliner erringen den Sieg in der Revolution und geben ihn wenige Tage darauf wieder aus der Hand.
- Hundert Jahre später, 1948, befindet sich die Stadt erneut in einer prekären Lage: Als die sowjetische Blockade den Westteil Berlins im sowjetischen Machtbereich isoliert, scheint es eine Frage der Zeit, bis die ganze

Stadt kommunistisch werden würde. Immerhin bringt die angloamerikanische Luftbrücke einen Zeitgewinn – doch wofür? Am 9. September 1948 gibt Bürgermeister Ernst Reuter vor Hunderttausenden die Antwort. Vor der Ruine des Reichstagsgebäudes hält er ein machtvolles Plädoyer. Kohlen und Mehl bringen die Rosinenbomber, aber das Ziel, für das es lohnt, die Backstuben anzuheizen und das Brot zu backen, das formulierte Reuter: Freiheit und Demokratie werden zu konkreten, fassbaren Werten. Die Bedeutung dieser Demonstration für die kurz darauf erfolgte Gründung und vor allem für die moralische Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist kaum zu unterschätzen. In dieser Phase ist Berlin Schauplatz, Gegenstand und impulsgebender Akteur auch weltpolitisch entscheidender Prozesse.

Gelungene Integration von Fremden, wegweisende Reformen und Eintreten für Freiheit und Demokratie – das sind aus heutiger Sicht zweifellos positiv zu wertende Beispiele. An Gegenstücken mangelt es nicht: Judenpogrome im Mittelalter, verkrustete Rückständigkeit spätestens in den letzten Jahren Friedrichs II. und danach, obrigkeitsstaatliche Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen im Kaiserreich, die Kapitulation der Demokratie 1933 und anschließend die von Berlin aus betriebene Kriegspolitik und der Völkermord an den europäischen Juden sowie anderen Minderheiten und politisch Verfolgten, schließlich der gewaltsame Versuch, einen sozialistischen Staat dauerhaft zu etablieren. Doch selbst bei den negativen Beispielen bleibt die Rolle der Stadt identifizierbar und reicht über die eines reinen Schauplatzes hinaus. So ist Berlin im Nationalsozialismus als Hauptstadt einer der Haupttorte, die Hitler nutzt, um seine Kriegs- und Rassenpolitik durchzusetzen. In Speers Architekturvisionen ist Berlin Gegenstand einer großwahnigen und menschenverachtenden Politik. Mit den bereits erwähnten Unbesungenen Helden allerdings, jenen Menschen in Berlin, die Verfolgte in einer weit über dem Reichsdurchschnitt liegenden Zahl retten, und nicht zuletzt als einer der maßgeblichen Orte des Widerstandes gegen Hitler, setzt die Stadt ein unvergleichliches, noch heute unterschätztes Zeichen.

2. Wandel: Ein zweiter Faktor, der die Rolle Berlins als Ort des Politischen begründet, ist der extreme Wandel, den drei Faktoren kennzeichnen:
 - Zahlreiche Brüche und Sprünge,
 - eine exponentiale Entwicklung, nach der Berlin bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine im europäischen Vergleich wenig bedeutende Stadt ist und

- ab dieser Zeit die enorme Geschwindigkeit, mit der sich die Prozesse hier vollziehen, als sei der Wandel das einzig Stetige an Berlin.

Was in Berlin geschieht, geschieht in der Regel schnell, auch wenn die Zeitgenossen gelegentlich an der Langatmigkeit einzelner Phasen verzweifeln mögen. Allein in den 20 Jahren von 1915 bis 1935 ist Berlin Hauptstadt des Kaiserreichs, eines der Zentren der Revolution, Mittelpunkt der Weimarer Republik und Plattform der nationalsozialistischen Diktatur.⁷⁶⁶ So viel tief greifenden Wandel in so kurzer Zeit hat kein anderer Ort in Deutschland erlebt und wohl nur wenige in Europa.

3. Wechsel: Eine die Geschicke der Stadt dauerhaft lenkende Schicht hat sich in Berlin nie gebildet. Das unterscheidet Berlin von anderen Städten wie Köln oder Hamburg, wo sich etwa die Kurie oder eine machtvolle Kaufmannschaft als dauerhaft tragende Eliten herausbilden. Als die Hohenzollern im späten Mittelalter die Handelsstadt Berlin unterwerfen, bestimmen sie Gesicht und Profil der Residenz. Adel, Militär und Kurie werden zur Elite in der Stadt. Ein selbstbewusstes Bürgertum entwickelt sich nicht zuletzt mangels ökonomischer Substanz in Verbindung mit den zahlreichen Brüchen erst spät im 19. Jahrhundert in nennenswertem Umfang. Ernsthafter Gegenspieler der alten Eliten wird es nicht. Das liegt nicht zuletzt am extremen und raschen Wachstum der Stadt gerade in dieser Phase. In genau dem Augenblick, in dem sich ein Bürgertum in größerem Umfang hätte bilden können, wächst die Stadt, nahezu explosionsartig und vor allem sozial schwache Schichten kommen in großer Zahl nach Berlin. Deren neuer Repräsentant, die Sozialdemokratie, wird zum eigentlichen Gegenspieler der alten Eliten.

Die politisch Verantwortlichen verstehen es nicht, die tiefen Risse in der Gesellschaft zu überbrücken. Das Problem wird durchaus erkannt, doch die Wege und Mittel zu seiner Lösung greifen nicht, verstärken sogar die Kluft – ein Grund, der später den Nationalsozialismus ermöglicht.⁷⁶⁷ Diese Zerrissenheit setzt sich nach 1945 in anderer Weise fort. Formiert sich in Westdeutschland nach 1945 eine neue Führungsschicht, so bleibt Berlin gespalten. Der Westteil der Stadt vollzieht die westdeutsche Entwicklung im Rahmen seiner Möglichkeiten nach, in Ost-Berlin versucht die SED eine neue, sozialistische Elite zu etablieren. Wie auch immer im Einzelnen bewertet, wirklich langfristige Kontinuitäten bei der Auswahl der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten der Stadt sind kaum erkennbar.

4. Möglichkeiten: Gerade weil Berlins Entwicklung und Entwicklungen in Berlin diskontinuierlich und rasch verlaufen, erscheint die Stadt immer aufs Neue wie ein unbeschriebenes Blatt. Das schafft Raum für Neuanfänge, Visionen, Utopien. Nahezu jede Generation ist gezwungen oder fühlt sich herausgefordert,

die Stadt neu zu definieren. Und dies geschieht fast durchweg in Abgrenzung oder Nicht-zur-Kenntnisnahme des Vorhergegangenen. Die preußischen Reformen im frühen 19. Jahrhundert, eine auch in ihrer Zwiespältigkeit bis ins 20. Jahrhundert hineinwirkende Blaupause für Modernisierungen in ganz Deutschland, können ihre Kraft nicht zuletzt deshalb entfalten, weil es im Grunde keine Alternativen dazu gibt. Die enorme Kreativität in der Weimarer Republik wirkt unter anderem deshalb so prägend, weil mit dem Kaiserreich das hemmende Korsett eines überkommenen Obrigkeitsstaates zersplittert ist und im Ansatz längst vorhandenen Kräften Raum zur Entwicklung gibt. Der Aufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und die Verwirklichung zweier Entwürfe – der freiheitlichen Demokratie und des Sozialismus – werden vor allem in den ersten Jahren deshalb von soviel pathetischer Überzeugungskraft getragen, weil nach der Katastrophe des Krieges ein vollkommener Neuanfang möglich, ja zwingend scheint.

Entscheidend ist dabei nicht, ob der jeweilige Neuanfang wirklich soviel Neues enthält, wie von den Zeitgenossen empfunden, denn das ist bei näherer Betrachtung in allen Beispielen mit guten Argumenten und Belegen zu bezweifeln. Ausschlaggebend sind die Wahrnehmungen der Menschen – und hier hat der Gestus, laut in polierte Fanfaren zu blasen, eine lange Tradition in Berlin. Berlin ist angefüllt mit Gesten und Symbolen des Neuanfangs und der Erinnerung an sie: Das Schloss, der Schlüter'sche Münzturm, Schinkels Städtebauvisionen, die Aufbrüche des Bauhauses und der Neuen Sachlichkeit, Speers brachiale Monumentalarchitektur und schließlich der Palast der Republik – all diese Beispiele stehen für ambitionierte Masterpläne. Mit dem Scheitern der politischen Ideengebäude, auf denen sie basieren, verlieren sie ihren Inhalt, können erst gar nicht realisiert werden, brechen von selbst zusammen, werden geschleift oder bleiben übrig als Zeugnis überkommener Zeiten. Das Stadtbild Berlins lässt sich lesen als Archiv politischer Entwürfe. In der Summe zeigen alle Beispiele, dass es auf die realen, in nüchterner Abwägung kalkulierten Chancen gar nicht so sehr ankommt – der Glaube an die Möglichkeit und die Entschlossenheit, sie wahrzunehmen, sind entscheidend.

5. Kontroverse: Berlin ist ein Ort großer Spannungen und Kontroversen. Konflikte treiben die Entwicklung der Stadt voran. Gerade weil die Stadt immer in besonderem Maß auf neue Ideen angewiesen bleibt, weil ihre Entwicklung diskontinuierlich und ohne dauerhaft prägende Eliten verlaufen ist und nicht zuletzt, weil sie von Beginn an Möglichkeiten zur Verwirklichung von gewagten Entwürfen bietet, erscheint es konsequent, dass verschiedene Ansätze miteinander konkurrieren und sich vielfach heftig befehden. Zu keinem Zeitpunkt setzt sich jedoch ein Entwurf als unumstritten und alternativlos durch – nicht einmal im Nationalsozialismus.

Pro und Contra prägen Berlin. Auch aus dieser Sicht ist der Bau des Schlosses und der Opposition gegen das, wofür es gebaut wird, ein frühes, durchaus typisches Beispiel: die Bedrohung der Freiheit der mittelalterlichen Stadt. Diese Linie setzt sich fort und entwickelt sich zu einem Muster, das seit dem späten 18. Jahrhundert zu einer dominierenden Konstante wird. Weitere Beispiele sind die Debatten um die Französische Revolution, die Auseinandersetzungen um die preußischen Reformen, die Konflikte während der 48er-Revolution. Zu dieser Zeit reicht die Bedeutung der in Berlin ausgetragenen Auseinandersetzungen längst weit über die Stadt hinaus. Allein der Ablauf der 48er-Revolution wirkt wie eine Blaupause für den Verlauf des gesamten Konflikts: Am 18./19. März 1848 hat die Revolution in Berlin gesiegt, das Militär ist abgezogen, die Macht liegt auf der Straße. Aber die Revolutionäre ergreifen sie nicht, niemand ruft die Republik aus. In Berlin lebt weder ein Friedrich Hecker noch ein Gustav Struve. Die alten Eliten ziehen sich eine Zeit lang zurück, geschlagen, gar abgelöst sind sie nicht. Ein Dreivierteljahr später sind die Verhältnisse wieder gekippt. Am 10. November 1948 marschiert das Militär ein, zwei Tage darauf wird der Belagerungszustand verkündet – die Revolution ist gescheitert.

Dieses Grundmuster mindestens zweier, oft zahlreicher weiterer, in verschiedenen Konstellationen sich gegenseitig bekämpfender Kräfte ist in der Folgezeit vielfach zu beobachten. Zu einem wirklichen Ausgleich zwischen den verschiedenen Kräften kommt es in den folgenden 150 Jahren nicht. Fast durchweg avancieren die Konflikte zu ideologisch überhöhten Glaubensfragen: Bismarcks Kampf gegen die Kirche und gegen die Sozialdemokratie, der Zwist zwischen den alten, nach Revision strebenden Eliten und verunsicherten Demokraten in der Weimarer Republik, der „Endkampf“ der Nationalsozialisten, der Grundsatzkonflikt um das richtige System nach 1945. Einen Entwurf, der nicht einen Gegenentwurf provoziert hätte – das gibt es in Berlin nie.

Erstaunlich an Berlin ist weniger das Vorhandensein von – nach heutigen Maßstäben – bewundernswerten oder verabscheuungswürdigen Entwürfen. Bemerkenswert ist vielmehr die Tatsache, dass oft extreme Entwürfe vielfach zur gleichen Zeit am gleichen Ort bestehen. Wie in einem Brennglas bündeln sich in Berlin größere gesellschaftliche Entwicklungen und Konflikte, deren Bedeutung oftmals über die Stadt hinausreicht.

Ein Ort des Wandels: stillos vielleicht, aber mit ungebremster Dynamik

Über 800 Jahre Berlin sind eine widersprüchliche, zwiespältige Geschichte. Benutzt als Schauplatz und Plattform politischer Strömungen aller Art, bleibt es erstaunlich, dass sich eine Stadt mit eigenem Gesicht entwickeln kann. Wer auch immer den Versuch unternimmt, vollständig beherrschen kann die Stadt niemand.

Als Drehscheibe für politische Entwürfe aller Art erlebt Berlin Höhen und Tiefen – bis zur weit gehenden Zerstörung 1944/45. Selbst dann ist die Stadt zu Neuanfängen fähig und setzt Zeichen, wie die Selbstbehauptung 1948 und der Fall der Mauer 1989, die zu Höhepunkten europäischer Geschichte zählen.

Berlin erweist sich als Ort des Wandels, der selbst spürbaren Einfluss auf das Geschehen nimmt. Allein die Hauptstadtfunktion übte die Stadt siebenmal in ihrer Geschichte für die unterschiedlichsten Staaten aus: Residenz der brandenburgischen Kurfürsten, Sitz der preußischen Könige, Hauptstadt des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, des nationalsozialistischen Deutschlands, der DDR und heute der Bundesrepublik Deutschland. Hinzu kommen politische Funktionen, die selbst versierte Experten kaum eindeutig zu definieren in der Lage sind, zuletzt die Jahre 1945–90 als Stadt unter alliierter Hoheit.

Diese Erfahrungen zu kennen, sie zu begreifen als eines der größten Archive von Blaupausen politischer Entwürfe und einzusetzen als einen Bewertungsmaßstab für die Fragen der Gegenwart und Zukunft, ist eine der spannendsten Lektionen, die die Geschichte Berlins bietet.